wurden auch von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt.⁶⁹⁹ Stuckart und seinen Mitarbeitern war somit daran gelegen, in der „Judenpolitik“ einen „sachlichen“, rechtlich abgesicherten sowie am „Machbaren“ und politisch „Vermittelbaren“ orientierten Weg zu gehen. Dies schloss bei veränderten Rahmenbedingungen auch die Billigung und Mitwirkung am Völkermord ein.

4. Stuckarts Mitwirkung an der „Euthanasie“ und der „Endlösung der Judenfrage“

Die „grundsätzliche Richtung der gesamten Judenpolitik“ – Von der „Lösung der Judenfrage“ durch forcierte Auswanderung zur Deportation

Die fortschreitenden Entrechtungsmaßnahmen, insbesondere die erst 1938 legislativ abgesicherte „Arisierung jüdischen Eigentums“⁷⁰⁰ und der „Anschluss“ Österreichs führten 1938 zu einer neuen Stufe der Brutalisierung der „Judenpolitik“.⁷⁰¹ Gleichzeitig verschob sich die Initiative weg von Stuckarts Abteilung I hin zum Sicherheitsdienst (SD) und zur Sicherheitspolizei (Sipo).⁷⁰²

Antijüdische Gewalttaten erreichten nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938 ein bis dahin kaum vorstellbares Ausmaß.⁷⁰³ So wurden unmittelbar nach dem „Anschluss“ im Burgenland jüdische Dorfbewohner einfach über die Staatsgrenze getrieben. In Wien kam es zu schweren Misshandlungen und Plünderungen. Zugleich erging ab April 1938 eine Vielzahl von Verordnungen, die in Stuckarts Abteilung ausgearbeitet oder mitgestaltet wurden und dazu dienten, Tausenden von jüdischen Gewerbetreibenden und Handwerkern die berufliche und damit die materielle Existenz zu entziehen.⁷⁰⁴ Ende Mai 1938 wurden Juden z.B. von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen und am 25. Mai 1938 erging die 4. Verordnung zum RBG, nach der jüdische Ärzte (ab September 1938) ihre Approbation verloren.⁷⁰⁵ Kurz darauf wurde jüdischen Rechtsanwälten mit der 5. Verordnung zum RBG die Zulassung entzogen.⁷⁰⁶ Im Oktober 1938 begann schließlich die Ausweisung und Abschiebung tausender jüdischer Bürger polnischer Herkunft aus dem Reich.⁷⁰⁷ In der Pogromnacht vom 9.–10. November

⁶⁹⁹ Vgl. Kulka, Die Nürnberger Rassengesetze, in: VfZ 32 (1984), S. 582–624.

⁷⁰⁰ Vgl. Meinel, Stigmatisiert-diskriminiert- ausgeraubt, in: Brumlik/Meinel/Renz (Hg.), Gesetzliches Unrecht, S. 65–94; Gruner, Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, in: VfZ 48 (2000), S. 75–126.

⁷⁰¹ Vgl. Kampe, „Endlösung“ durch Auswanderung?, in: Michalka (Hg.), Der Zweite Weltkrieg, S. 827–843, hier S. 834.

⁷⁰² Vgl. Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 267.

⁷⁰³ Vgl. Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, S. 262–290.

⁷⁰⁴ Vgl. hierzu das „Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich“ vom 6. 7. 1938 (RGBl. I, S. 404).

⁷⁰⁵ RGBl. 1938, I, S. 969.

⁷⁰⁶ RGBl. 1938, I, S. 1403.

⁷⁰⁷ Vgl. hierzu: Milton, The Expulsion of Polish Jews from Germany, in: LBIYB 29 (1984), S. 169–199.

1938⁷⁰⁸ wurden nach einem Bericht Heydrichs an Göring⁷⁰⁹ 91 Menschen ermordet, 191 Synagogen verbrannt, 7500 Geschäfte zerstört. 26 000 jüdische Bürger wurden verhaftet und in Konzentrationslager verbracht.⁷¹⁰ Stuckart nahm kurz nach dem Pogrom am 12. November 1938 an einer Sitzung im Reichsluftfahrtministerium teil⁷¹¹, auf der Göring die Federführung in der „Judenfrage“ für sich reklamierte und auf der zahlreiche weitere Maßnahmen zur Entrechtung der jüdischen Deutschen beschlossen wurden.⁷¹² Noch am selben Tag erschienen drei Sonderverordnungen: „zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“, „über die Sühneleistung der Juden“ – hiermit wurde Juden eine Sondersteuer in Höhe von einer Milliarde Reichsmark auferlegt – sowie eine „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbetrieben“, mit der die Versicherungsansprüche der geschädigten jüdischen Deutschen zugunsten des Reiches eingezogen wurden.⁷¹³ Am 3. Dezember 1938 folgte die „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“⁷¹⁴, durch die die bereits angelaufene „Arisierung“ jüdischen Eigentums rechtlich abgesichert wurde. Die SS-Zeitung „Schwarzes Korps“ hatte unter der Überschrift: „Juden was nun?“ bereits am 24. November 1938 gefordert, die Juden zunächst „sämtlich zu pauperisieren“, um dann „die jüdische Unterwelt genau so auszurotten, wie wir in unserem Ordnungsstaat Verbrecher auszurotten pflegen: mit Feuer und Schwert“. Das Ergebnis, so prophezeite das SS-Blatt, „wäre das tatsächliche und endgültige Ende des Judentums in Deutschland, seine restlose Vernichtung“.⁷¹⁵

Stuckart gab nach dem Kriege an, dass er angesichts dieser Entwicklung die Überzeugung entwickelt habe, „dass es richtig sei, die jüdischen Bestrebungen auf Schaffung eines National-Heimes der Juden (etwa Palästina) zu unterstützen und zu fördern“.⁷¹⁶ „Aus der tatsächlichen Entwicklung“ habe er „immer mehr die Überzeugung“ gewonnen, „dass es im Interesse der ~~sowohl~~-Juden liege ~~wie des deutschen Volkes~~ [Streichungen wurden von Stuckart handschriftlich eingefügt],

⁷⁰⁸ Zur Pogromnacht s. Adam, Judenpolitik, S. 143–149; Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 1, S. 44–55; Longerich, Politik der Vernichtung, S. 198–208; Cesarani, Eichmann, S. 102f.; Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, S. 291–328 sowie Pehle (Hg.), Der Judenpogrom 1938; Steinweis, Kristallnacht 1938.

⁷⁰⁹ Vgl. die stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage im Reichsluftfahrtministerium am 12. 11. 1938 als Nbg.-Dok.: PS-1816, in: IMT, Bd. XXVIII, S. 499–540, hier S. 517.

⁷¹⁰ Hermann, Hitler und sein Stoßtrupp in der Reichskristallnacht, in: VfZ 56 (2008), S. 603–620, hier S. 609, hat dargelegt, dass tatsächlich 1300 bis 1500 Menschen ermordet oder in den Tod getrieben wurden, sofern auch noch diejenigen Personen berücksichtigt werden, die sich das Leben nahmen oder kurze Zeit später in den Konzentrationslagern starben.

⁷¹¹ Nicht festgestellt werden konnte, ob Stuckart auch am 14. 11. 1938 bei der Besprechung bei Göring zugegen war, auf der die weitere Koordinierung der Judenverfolgung beraten wurde. Vgl. hierzu: Gruner, Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, in: VfZ 48 (2000), S. 75–126, hier S. 107; Nbg.-Dok. PS-1301, in: IMT, Bd. XXVII, S. 160–164.

⁷¹² Nbg.-Dok. PS-1816, in: IMT, Bd. XXVIII, S. 499–540.

⁷¹³ RGBl. 1938, I, S. 1579, 1581 und 1580.

⁷¹⁴ RGBl. 1938, I, S. 1709. Hierzu: Majer, Fremdvölkische, S. 267–287.

⁷¹⁵ Hachmeister, Der Gegnerforscher, S. 160.

⁷¹⁶ BAK N 1292/37. Dort auch die folgenden Zitate.

die freiwillige Auswanderung der Juden unter Transferierung ihres Vermögens zu erleichtern und zu fördern“. Deswegen habe er sich „für die Bestrebungen Schachts ausgesprochen, im Verhandlungswege mit dem Ausland eine Lösung der Auswanderungsfrage und vor allem der Transferierung jüdischen Vermögens ins Ausland zu finden“. Er habe an entsprechenden Verhandlungen teilgenommen und entgegenstehende Maßnahmen des Reiches für falsch gehalten, die die „Mitwirkungsbereitschaft des Auslandes“ hinsichtlich der Aufnahme von Juden verringert hätten. Zu dem die Politik des „Dritten Reiches“ in der Auswanderungsfrage kennzeichnenden Zielkonflikt zwischen Beraubung der Juden auf der einen und schnellstmöglicher Auswanderung auf der anderen Seite bemerkte Stuckart: „Es ist nun einmal eine Tatsache, dass die Auswanderung und Aufnahme vermögenger Menschen leichter ist, als die von armen Vermögenslosen.“⁷¹⁷

Bis zur Schaffung der „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung“ im Frühjahr 1939 in Reinhard Heydrichs Verantwortungsbereich⁷¹⁸ dominierten Stuckart und seine Mitarbeiter das Politikfeld „Lösung der Judenfrage“ mit ihrem Ansatz einer „legalen“, forcierten Auswanderung.⁷¹⁹ Die primär für die Auswanderung aus Deutschland zuständige „Reichsstelle für Auswanderungswesen“ war eine Behörde im Geschäftsbereich des RMDI.

Von ca. 500 000 jüdischen Deutschen, die 1933 im Reich gelebt hatten, wanderten bis zum Verbot der Auswanderung durch Himmler im Herbst 1941 etwas mehr als Hälfte, ca. 278 500 Personen, aus.⁷²⁰ Die Auswanderung war mit zahlreichen Schwierigkeiten verbunden. Wer vor der Verfolgung aus dem Reich flüchtete, musste ab einer bestimmten Bemessungsgrundlage ein Viertel seines Vermögens

⁷¹⁷ Ebenda. Rink, Doppelte Loyalität, S.228, hat zu Recht angemerkt, dass die erzwungene Auswanderung als „Lösung der Judenfrage“ im „Dritten Reich“ in einem unmittelbaren Widerspruch zu der Tatsache stand, dass die Emigration dadurch behindert wurde, dass die Juden eines Großteils ihres Vermögens beraubt wurden, wodurch die Suche nach einem erreichbaren und aufnahmebereiten Einwanderungsland weiter erschwert wurde.

⁷¹⁸ Zur Schaffung der Reichszentrale s. Görings Schreiben vom 24.1.1939, in: PAAA R 100857, Bl.4ff.

⁷¹⁹ Zu den widersprüchlichen Zielvorstellungen der NS-Politik bei der Auswanderung bis 1941: Kampe, „Endlösung“ durch Auswanderung?, in: Michalka (Hg.), Der Zweite Weltkrieg, S.827–843; Vogel, Ein Stempel hat gefehlt. Kritisch-polemisch zur Haltung der internationalen Staatengemeinschaft: Weingarten, Die Hilfeleistung der westlichen Welt, der alle Völker der Welt an der „Endlösung“ für „voll mitschuldig“ erklärt (S.204). Dieser These wurde – zu Recht – von Brechtken, Madagaskar für die Juden, S.195, widersprochen, der anführt, dass Täter und Außenstehende nicht auf eine Stufe gestellt werden könnten.

⁷²⁰ Zur Auswanderung der Juden aus dem Dritten Reich s. Wetzel, Auswanderung aus Deutschland, in: Benz (Hg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945, S.413–498. Die Zahl der Flüchtlinge verteilte sich nach den bis 1940 geführten Statistiken wie folgt: 1933: 37 000; 1934: 23 000, 1935: 21 000; 1936: 25 000; 1937: 23 000; 1938: 40 000; 1939: 78 000; 1940: 15 000; 1941: 8000. Nach dem von Himmler im Herbst 1941 verhängten Auswanderungsverbot für Juden gelang nur noch schätzungsweise 8500 Personen die Flucht, vgl. Richarz, Jüdisches Leben in Deutschland, 3. Bd., S.53. Nach dem Wannseeprotokoll wanderten bis zum endgültigen Verbot der Auswanderung insgesamt 537 000 Juden aus dem Deutschen Reich (einschließlich Österreich und Böhmen und Mähren) aus. Vgl. PAAA R 100857, Bl.166ff., hier Bl.169.

als „Reichsfluchtsteuer“ an den Fiskus zahlen.⁷²¹ Hohe Abgaben fielen ferner für den Transfer des Umzugsgutes und des Restvermögens ins Ausland an.⁷²² Im Deutschen Reich zurückgelassene Vermögenswerte konnten nach dem „Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens“ vom 14. Juli 1933 in Verbindung mit dem „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ vom selben Tage zugunsten des Reiches eingezogen werden, was in zahlreichen Fällen auch geschah.⁷²³ Nach § 37 a des Devisengesetzes, der mit Änderungsgesetz vom 1. Dezember 1936 eingeführt wurde, hatten die Devisenstellen zudem die Befugnis, in Fällen, in denen die Behörden auf eine Auswanderungsabsicht schlossen, den Betroffenen Verfügungsbeschränkungen über ihr Vermögen aufzuerlegen. Jüdischen Deutschen wurde – konform mit der offiziellen Politik der forcierten Auswanderung – eine generelle Auswanderungsabsicht unterstellt.⁷²⁴ Geldbeträge mussten auf Sperrkonten bei Devisenbanken eingezahlt werden. Für Wertpapiere bestand ein Depotzwang. Für sie und Immobilien bestanden Verfügungsbeschränkungen, die nur durch die

⁷²¹ Die Reichsfluchtsteuer wurde bereits 1931 während der Weimarer Republik eingeführt, um Kapitalflucht zu verhindern. Besteuert wurde bei Aufgabe des inländischen Wohnsitzes das Vermögen, sofern dieses 200 000 RM überstieg. Der Steuersatz betrug 25% des Gesamtvermögens, vgl. „Vierte VO des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens“ vom 8. 12. 1931, 7. Teil, Kap. 3, „Reichsfluchtsteuer und sonstige Maßnahmen gegen Kapital und Steuerflucht“, in: RGBl. 1931, I, S. 699–745 (731–736). Mit dem Steueranpassungsgesetz von 1934 (RGBl. I, S. 925) wurde die Bemessungsgrundlage für die Reichsfluchtsteuer auf 50 000 RM gesenkt. Die Begleichung der Reichsfluchtsteuer sowie aller anderen noch offenen Steuerschulden war Voraussetzung, um die „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ des Finanzamtes zu erhalten, die wiederum notwendig war, um die Pass- und Visaformalitäten abwickeln zu können. Jüdische Deutsche, die nach 1938 auswanderten, mussten zusätzlich zur Reichsfluchtsteuer auch noch die Judenvermögensabgabe entrichten, die zunächst 20%, später 25% betrug. Dazu kamen noch die Kosten der Auswanderung, wie Gebühren und Reisekosten, „Vorzeigegelder“ sowie ab 1939 die angeordnete Auswanderungsabgabe. Vgl. Dreccoll, *Der Fiskus als Verfolger*, S. 126f. und S. 133–135.

⁷²² Ebenda, S. 129; Meinl, *Stigmatisiert-diskriminiert-ausgeraubt*, in: Brumlik/Meinl/Renz (Hg.) *Gesetzliches Unrecht*, S. 65–94. Jüdische Deutsche, die auswandern wollten, wurden zusätzlich noch mit der sogenannten Dego-Abgabe an die Deutsche Golddiskontbank belastet, die für transferiertes Geld und später auch für Umzugsgut erhoben wurde. Die „Dego-Abgabe“ betrug bereits im August 1934 65% der transferierten Gesamtsumme, stieg bis Oktober 1936 auf 81% und bis Juni 1938 auf 90%. Ab September 1939 betrug der Abschlag durchgängig 96%. Ab 1. 1. 1939 wurde auch die Mitnahme von Umzugsgut eingeschränkt. Nur zum persönlichen Gebrauch unbedingt erforderliche Gegenstände durften noch mitgenommen werden. Jeder, der auswandern wollte, musste vorher um Genehmigung nachsuchen und zu diesem Zweck alle auszuführenden Sachen in einem „Umzugsgutverzeichnis“ auflisten. Die Mitnahmegenehmigung wurde nur erteilt, wenn zuvor ein Betrag in Höhe des Anschaffungswertes für sogenannten Neubesitz (Sachen, die nach dem 31. 12. 1932 angeschafft waren) an die Deutsche Golddiskontbank überwiesen worden war. In Einzelfällen konnte die Abgabe bis zu 300% betragen. Vgl. www.staatsarchive.niedersachsen.de/master/C1246199_N1224125_I503_L20_D0.html (eingesehen am 28. 6. 2008).

⁷²³ RGBl. I, S. 479. Zum Verfahren s. Meinl, *Stigmatisiert-diskriminiert-ausgeraubt*, in: Brumlik/Meinl/Renz (Hg.), *Gesetzliches Unrecht*, S. 65–94.

⁷²⁴ Ebenda, hier S. 79.

Devisenstellen aufgehoben werden konnten.⁷²⁵ Hinzu kamen diskriminierende Maßnahmen wie die am 5. Oktober 1938 – auf Anregung der Schweizer Behörden⁷²⁶ – eingeführte „Kennzeichnung von deutschen Reisepässen mit Geltung für das Ausland, die sich im Besitz von Juden deutscher Staatsangehörigkeit befinden“,⁷²⁷ Hierdurch wurde ein ins Ausland reisender Deutscher durch das „J“ in seinem Pass als „Jude“ kenntlich gemacht. Die Behörden des Einreiselandes konnten demnach auf das Motiv der Einreise schließen und trafen vielfach Gegenmaßnahmen, um die Einreise zu verhindern.⁷²⁸

Zudem erschwerten viele Länder die Aufnahmebedingungen für deutsche und österreichische Flüchtlinge oder knüpften sie wie die USA an strenge Einwandererquoten (27 370 Einwanderer aus Deutschland und Österreich p.a.) und/oder eine bestimmte Kapitalausstattung („Vorzeigegelder“ und Bürgschaften). Exemplarisch steht hierfür die internationale Konferenz von Evian vom 6. bis 14. Juli 1938, die deutlich machte, dass von den 32 teilnehmenden Staaten keiner bereit war, seine Grenzen für Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich zu öffnen.⁷²⁹

Stuckart hatte die forcierte „Auswanderung“ und deren mögliche ökonomische Konsequenzen unmittelbar nach der Olympiade am 29. September 1936 zum Gegenstand einer von ihm geleiteten Besprechung gemacht, die eine weitere „Chefbesprechung in der Judenpolitik“ vorbereiten sollte.⁷³⁰ An dieser interministeriellen Besprechung über die „grundsätzliche Richtung der gesamten Judenpolitik“ nahmen Vertreter des RWiM (Staatssekretär Posse) und der Behörde des „Stellvertreters des Führers (Ministerialdirektor Dr. Sommer und Reichsleiter Dr. Blome)⁷³¹ teil. Man verständigte sich darauf, die gesamte „Judenpolitik“ künftig dem Vertreibungsziel unterzuordnen.⁷³² Stuckart, der während der Besprechung den Vor-

⁷²⁵ Ebenda.

⁷²⁶ Vgl. Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 256.

⁷²⁷ Durch die neue Maßnahme sollte nach Darstellung des zuständigen Auswärtigen Amtes „eine klare Unterscheidung solcher Passinhaber von Nichtjuden deutscher Staatsangehörigkeit sichergestellt werden. Das anzubringende Merkmal besteht in dem auf der ersten Seite des Passes links oben durch einen Stempel in roter Farbe einzutragenden 3 cm hohen Buchstaben ‚J‘“, zit. nach Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 256. Bereits am 22. 7. 1938 hatte Himmler als Chef der Deutschen Polizei im RMdI den Kennkartenzwang für die Gesamtbevölkerung eingeführt, wobei Juden im Sinne von § 5 der 1. VO zum RBG auferlegt wurde, bei dem Antrag auf Erteilung der Kennkarte bei der Polizeibehörde „auf ihre Eigenschaft als Jude“ hinzuweisen, RGBl. 1938, I, S. 922.

⁷²⁸ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 257.

⁷²⁹ Hierzu: Thomas Schmid/Susanne Heim, Wir sind kein Einwanderungsland. Wie sich 1938 auf der Konferenz in Evian 32 Staaten höflich davor drückten, die deutschen Juden zu retten, in: Zeit online 28/1998, S. 78, http://www.zeit.de/1998/28/Wir_sind_kein_Einwanderungsland (eingesehen am 28. 6. 2008).

⁷³⁰ BAB R 1501/5514, Bl. 199–211. Abdruck und weitere Hinweise in: Akten der Reichskanzlei, Bd. III, Dok. Nr. 146, S. 525–530. Zur konkreten Veranlassung der Besprechung gibt es keine Aktennachweise. Ziel der Besprechung war offenbar die Abstimmung einer einheitlichen Linie in der Judenpolitik, welche nach der Olympiade und infolge des Vierjahresplans auf dem Reichsparteitag neu in Bewegung geraten war. Die geplante Chefbesprechung, die durch die Sitzung vorbereitet werden sollte, hat offenbar nicht stattgefunden.

⁷³¹ Zu Sommer und Blome s. Anhang 2: Kurzbiographien.

⁷³² Vgl. Gruner, Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, in: VfZ 48 (2000), S. 75–126, hier S. 93.

sitz führte und den Besprechungsvermerk unterzeichnete, hatte eingangs darauf hingewiesen, dass die „wirtschaftliche Stellung der Juden“ geklärt werden müsse, um der Gefahr vorzubeugen, „dass die Juden in wirtschaftlicher Beziehung in Deutschland neue Positionen“ gewinnen.⁷³³ Er äußerte, dass über das „endgültige Ziel der Judenpolitik“ auch zwischen den staatlichen und den Parteidienststellen keine Meinungsverschiedenheit bestünde: „Es sei restlose Auswanderung, denn für den Staat sei ebenfalls das Parteiprogramm maßgeblich.“⁷³⁴ Richtlinie und Maßstab der Auswanderung müsste jedoch der jeweils größtmögliche Nutzen für das deutsche Volk sein. „Wirtschaftliche Betätigung von Juden dürfe nur in dem Rahmen gestattet sein, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienten, ohne dass aber durch ihre wirtschaftliche und politische Lage ihr Auswanderungswillen verschwände. Letzten Endes müsse in Betracht gezogen werden, die Auswanderung auch zwangsweise durchzuführen.“ Zwar sei die jüdische „Autonomie“ etwa im Bereich der religiös-/kulturellen Betätigung zu fördern, es sei jedoch zu vermeiden, dass die Geschlossenheit und der Zusammenhalt des Judentums gefördert würden, was bei den Juden dazu führen könne, dass der Wunsch auszuwandern in den Hintergrund trete. In der Frage der „Zielländer jüdischer Auswanderung“ bemerkte Stuckart, dass hier jedoch zu bedenken sei, „dass die deutschen Juden im Allgemeinen den Einwohnern des Ziellandes überlegen sein werden; so besonders in den südamerikanischen Staaten. Es könne daher nicht ausbleiben, dass die Juden dort eine deutschefeindliche Wirtschaftsschicht bilden würden“. Selbstverständlich müsse die Auswanderung letztlich ohne Rücksicht auf das Zielland gefördert werden, wobei deutsche Mittel in erster Linie für die Auswanderung nach Palästina eingesetzt werden sollten.⁷³⁵

Des Weiteren wurde der Ausschluss von Juden aus einzelnen Gewerbebranchen erörtert, wobei der Vertreter des RWiM darauf hinwies, dass dies insbesondere im Grundstückshandel schwer zu realisieren sei, da der Markt sich in Berlin zu etwa

⁷³³ Ebenda. Der RJM hatte am 14.3.1936 in einem Schreiben an den OLG-Präsidenten von Köln, welches Stuckart den nachgeordneten Behörden des RPrMdI am 21.4.1936 zur Kenntnisnahme übermittelt hatte, nachdrücklich darauf hingewiesen, dass das „Wirtschaftsrecht der Juden“ vorläufig gesetzlich noch nicht geregelt sei und daher auch keine Sonderbestimmungen für Juden gelten würden, vgl. BAB R 1501/3746 b. Dort auch die folgenden Zitate.

⁷³⁴ Ebenda.

⁷³⁵ Zur Förderung der jüdischen Auswanderung in das britische Mandatsgebiet Palästina hatte die „Zionistische Weltorganisation“ gemeinsam mit Repräsentanten der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ im August 1933 mit dem RWiM das Haavara (Transfer)-Abkommen geschlossen, wonach auswanderungswillige Juden ihr Vermögen bei einer der Transfer-Banken in Deutschland einzahlen konnten, so dass von diesem Geld Importeure in Palästina Waren in Deutschland einkaufen konnten, die sie in Palästina veräußerten. Die Veräußerungserlöse erhielten die Auswanderer in Palästina nach Abzug der Kosten wieder ausbezahlt. Im Rahmen von Haavara emigrierten bis 1939 mehr als 50 000 deutsche Juden nach Palästina. Hierzu: Barkai, German Interests in the Haavara-Transfer Agreement 1933–1939, in: LBIYB 35 (1990), S.245–266; ders., Das deutsche Interesse am Haavara-Transfer 1933–1939, in: ders. (Hg.), Hoffnung und Untergang, S.167–195; Yisraeli, The Third Reich and the Transfer Agreement, in: Journal of Contemporary History 6 (1972), S.129–148; Conze u. a., Das Amt und die Vergangenheit, S.106–111.

90% in „jüdischen Händen befinde“. Schließlich wandte man sich der Frage zu, wann ein Geschäft als „jüdisches Geschäft“ zu bezeichnen sei, welche Folgen hieran zu knüpfen seien und wie jüdische Geschäfte gekennzeichnet werden könnten. Diese Fragen sollten der vorzubereitenden Chefbesprechung vorbehalten bleiben, schließlich käme es darauf an, „die Unruhe, die im Wirtschaftsleben hinsichtlich der Unklarheit über den Begriff des jüdischen Geschäfts“ bestände, zu beseitigen. Hinsichtlich der Behandlung der „jüdischen Mischlinge“ und „jüdisch versippter Personen“ verständigte man sich darauf, dass diese in „wirtschaftlicher Beziehung“ den „Deutschblütigen“ gleichgestellt werden sollten. Weiterhin nahm Stuckart zu einem Verbot für Beamte Stellung, bei Juden einzukaufen. Für ein solches Verbot sprachen nach seiner Ansicht vor allem beamtenpolitische Gründe: Es könne nicht angehen, dass Beamte als Repräsentanten des Staates in jüdischen Geschäften einkauften.

Dieser Besprechungsvermerk und vor allem Stuckarts markiger Vorschlag von der „zwangsweisen Auswanderung“ nähren Zweifel an Stuckarts Entlastungsbehauptung, 1936 auf eine Milderung der Judenpolitik hingewirkt zu haben.⁷³⁶ Vielmehr favorisierte er Maßnahmen, die den „Auswanderungswillen“ der jüdischen Deutschen steigern sollten. Gleichzeitig waren er und seine Mitarbeiter, die die systematische Ausgrenzung der Juden aus verschiedenen Erwerbszweigen aktiv betrieben, sich jedoch auch damals schon darüber im Klaren, dass die Ausgrenzung aus dem Erwerbs- und Wirtschaftsleben sowie die systematische Enteignung der Juden mit der Politik der erzwungenen Auswanderung zur Lösung der Judenfrage in einem unmittelbaren Zielkonflikt stand.

In den Folgemonaten war Stuckart dann auch an verschiedenen Initiativen beteiligt, durch die die forcierte Auswanderung beschleunigt werden sollte. So wandte er sich am 18. Dezember 1936 mit einem als „Geheim“ eingestuftem Schreiben an seinen Staatssekretärskollegen im RMdF – „Lieber Parteigenosse Reinhardt“ – und übermittelte diesem den Entwurf für ein „Leistungsausgleichssteuergesetz“.⁷³⁷ Er fügte hinzu, dass der „Führer“ anlässlich eines Vortrags Fricks zur Fortführung der Judengesetzgebung den „Plan der Erhebung einer Judensondersteuer grundsätzlich gebilligt und angeordnet“ habe, „die Vorbereitungen so zu beschleunigen, dass die Möglichkeit gegeben wäre, das Gesetz bereits nach Ende des Gustloff-Prozesses⁷³⁸ zu verkünden.“⁷³⁹ Der Gesetzesentwurf sah die Einführung eines Zuschlages auf die Einkommens- und Vermögenssteuer von Juden vor, der jährlich durch den RMdF festgesetzt werden sollte (§ 1). Das Aufkommen aus diesen Zuschlägen sollte als Sondervermögen des Reiches vom RPrMdI im Einvernehmen mit dem RMdF und der Behörde des „Stellvertreters des Führers“ nach § 3

⁷³⁶ Vgl. hierzu z. B. Stuckarts o. a. Stellungnahme zu seiner Haltung in der „Judenfrage“, in: BAK N 1292/37.

⁷³⁷ BAB R 2/31097.

⁷³⁸ Hierbei handelte es sich um das Strafverfahren gegen David Frankfurter, der den Leiter der Schweizer NSDAP-Auslandsorganisation, Wilhelm Gustloff, am 4. 2. 1936 getötet hatte. Der Prozess fand im Dezember 1936 in der Schweiz statt. Frankfurter wurde von dem Graubündener Gericht indes schon am 14. 12. 1936 zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt.

⁷³⁹ BAB R 2/31097.

Abs.2 des Entwurfes auch „zur Förderung der Auswanderung aus dem Reich verwendet werden“. Es konnte aber auch nach § 3 Abs.3 „zum Ersatz eines Schadens, der dem Deutschen Reich durch die Handlung eines einzelnen Juden zugefügt“ wurde, herangezogen werden.⁷⁴⁰ In seiner dem RMdI übersandten Stellungnahme vom 17. Januar 1937 führte das RMdF unter Bezugnahme auf § 3 Abs.2 des Gesetzesentwurfes aus, dass die Frage, „ob durch die Sonderbesteuerung eine Beschleunigung der jüdischen Auswanderung herbeigeführt werden soll“, noch einer Klärung bedürfe.⁷⁴¹ „In diesem Fall würde auch an die künftige Ausgestaltung der Reichsfluchtsteuer zu denken sein, die bisher von der Steuerseite her einer beschleunigten Auswanderung der Juden entgegenwirkte“.⁷⁴² Damit sprach auch das RMdF den Zielkonflikt zwischen Ausgrenzung aus dem Wirtschaftsleben/Enteignung und dem Ziel der forcierten Auswanderung an, der auch das weitere Gesehen bestimmen sollte.⁷⁴³

Die Verwendung der Mittel aus dem Reichsfluchtsteueraufkommen sowie von Mitteln aus dem Ausland zur Förderung der Auswanderung wurde von Stuckart im August 1937 auch mit dem Hamburger Bankier Max Warburg erörtert. Warburg übermittelte Stuckart eine lange Denkschrift, in der er eine Reihe von Vorschlägen unterbreitete, wie man die Auswanderung der jüdischen Deutschen besser organisieren könnte.⁷⁴⁴ Nach Warburgs Vorstellungen konnte das Ziel der Auswanderung der Juden nur bei einer „planmäßig gestalteten, wirtschaftlich fundierten und nicht überstürzten Auswanderung“ erreicht werden. Hierzu sei es wichtig, die Auswanderer richtig auszubilden und richtig auszustatten. Um die notwendige „wirtschaftliche Ausstattung der Auswanderer zu gewährleisten“, regte Warburg an, dass die „Vermögensfreigrenze der Reichsfluchtsteuer [d.h. 50 000 RM, d. Verf.] heraufgesetzt“ werde, „um einen Teil des Aufkommens der Reichsfluchtsteuer“ für die Ausstattung „unbemittelter jüdischer Auswanderer“ abzuweigen. Außerdem sollten Geldspenden insbesondere ausländischer Juden, die zum Zweck der Auswanderung gegeben würden, von der Schenkungssteuer befreit werden. Schließlich dürften die jüdischen Deutschen im Erwerbsleben nicht

⁷⁴⁰ Ebenda. Die letzte Bestimmung war ausgearbeitet worden, weil ein entsprechender Vorschlag für eine Gesamt- oder Garantiehafung der Juden für Schäden der deutschen Wirtschaft, der vom Stab Görings an den RJM herangetragen wurde, von Letzterem mit der Begründung zurückgewiesen worden war, dass der Gedanke, „eine Mehrheit von Personen haftbar zu machen, unter deren Angehörigen kein anderer Zusammenhang besteht als die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse (einer bestimmten politischen oder sozialen Gruppe u.Ä.)“, der deutschen Rechtsordnung fremd sei.

⁷⁴¹ BAB R 2/31097.

⁷⁴² Ebenda.

⁷⁴³ Das Gesetz kam in dieser Form nicht zustande. Im Dezember 1937 beschied StS Reinhardt den SdF, dass das RWiM ihn ersucht habe, den Erlass des Gesetzes noch hinauszuschieben, da die Verkündung gegenwärtig eine Gefahr für die Rohstoff- und Devisenlage des Reiches bedeuten würde, vgl. BAB R 2/31097.

⁷⁴⁴ Max Warburgs undatierte Denkschrift, auf die sich auch die folgenden Zitate beziehen, wird im Archiv der Stiftung Warburg in Hamburg verwahrt. Sie entstand in Vorbereitung auf einen Gesprächstermin zwischen Stuckart und Warburg am 9.8.1937. Nach der Besprechung informierte Warburg RWiM Schacht über seine Initiative und das Gespräch mit Stuckart (dort auch der undatierte Vermerk von Warburg). Für den Hinweis und die Überlassung eines Abdrucks danke ich Herrn Dr. Christoph Kreuztmüller.

diskriminiert und von weiteren Bereichen ausgeschlossen werden, um die Hilfstätigkeit jüdischer Bürger in Deutschland für die Auswanderer nicht zum Erliegen zu bringen. Auch eine „hemmende Sonderbehandlung in Paßangelegenheiten“ dürfe nicht stattfinden. Schlussendlich schlug Warburg vor, dass die „Reichsvertretung der Juden in Deutschland als deren Gesamtorganisation amtlich anerkannt“ werde.⁷⁴⁵

Einige der Vorschläge Warburgs machte sich Stuckart in der Folgezeit offenbar zu eigen. Nur einige Wochen später versandte er ein als „Geheim“ eingestuftes Besprechungsprotokoll über eine interministerielle Besprechung, welches sein Stellvertreter Hering erstellt hatte, und bat die beteiligten Dienststellen⁷⁴⁶, die Frage „einer erweiterten Zulassung jüdischer Gewerbetreibender zur Ausbildung jüdischer Lehrlinge für Auswanderungszwecke“ zu prüfen.⁷⁴⁷ Auf der Besprechung hatte der Direktor der zum RMDI gehörenden „Reichsstelle für das Auswanderungswesen“ Dr. Schmidt eingangs auf den Rückgang der deutschen Auswanderung vor allem nach Palästina hingewiesen und als Gründe hierfür Widerstände benannt, die „eine große Anzahl von Ländern der jüdischen Auswanderung entgegengesetzten“. Hinzu träten die Unruhen in Palästina, die Erweiterung der sogenannten Negativliste im Haavara-Verfahren⁷⁴⁸ und schließlich auch die wirtschaftliche Erholung Deutschlands, die den Auswanderungsdruck herabsetze. Hering vermerkte hierzu: „Es wird darauf zu sehen sein, den Auswanderungswillen der Juden in Deutschland durch innerpolitische Maßnahmen zu erhalten. Allerdings wird man sich darüber im Klaren sein müssen, dass solche Maßnahmen in erster Linie die reichen Juden zur Auswanderung bringen werden, während die nicht vermögenden Juden in noch größerem Umfang als bisher der Fürsorge zur Last fallen werden.“⁷⁴⁹ Hinsichtlich der unter den Behördenvertretern umstrittenen Fortsetzung des Haavara Transfers bemerkten die Vertreter des RWiM, dass das „Haavara Abkommen auch jetzt noch – devisenmäßig gesehen – der billigste Weg sei, um jüdische Auswanderung zu ermöglichen.“ Im Übrigen habe zwischen den Vertretern der Behörden Übereinstimmung geherrscht, „dass entsprechend der bereits früher getroffenen Entscheidung des Führers und Reichskanzlers weiter auf die möglichst umfassende Auswanderung der Juden hinzuarbeiten ist. Auch soll der bisherige Grundsatz, die Durchführung der Auswanderung den Juden zu überlassen, bestehen bleiben. Eine unmittelbare staatliche Organisation der jüdischen Auswanderung soll also nicht einsetzen, dagegen ist eine staatliche

⁷⁴⁵ Warburg hatte dabei sicher nicht die Zwangsorganisation im Sinn, die Stuckart im Frühjahr 1939 durch die 10. VO zum RBG zur Förderung der Arbeit der Reichszentrale für die jüdische Auswanderung schuf.

⁷⁴⁶ SdF, das Auswärtige Amt, das RWiM, den Chef der Sicherheitspolizei, den Leiter der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, den Leiter der Reichsstelle für das Auswanderungswesen und die NSDAP-Auslandsorganisation.

⁷⁴⁷ Schreiben Stuckarts vom 28. 10. 1937, in: BAB R 2/56269; Einladungsschreiben Herings zu der Sitzung am 18. 10. 1937, in: BAB R 1501/5514.

⁷⁴⁸ Die Negativliste enthielt all diejenigen Güter, die aufgrund enthaltener wertvoller Rohstoffe vom Haavara-Transfer ausgenommen werden sollten. Zum Haavara-Transferabkommen s. Anm. 735.

⁷⁴⁹ Schreiben Stuckarts und Vermerk Herings vom 28. 10. 1937, in: BAB R 2/56269. Dort auch die folgenden Zitate.

Mitwirkung bei der Auffindung neuer Zielländer für die jüdischen Auswanderer erforderlich [...].“ Eine forcierte Auswanderung durch eine para-staatliche Zentrale, wie Eichmann sie wenige Monate später in Wien als Modell für das weitere Vorgehen aufbauen sollte, wurde demnach im Herbst 1937 von den beteiligten Behörden – darunter auch ein Vertreter des SD – noch abgelehnt. Nach Herings Vermerk herrschte ebenfalls Übereinstimmung darüber, „dass die Bereitstellung von Devisen zur Förderung der jüdischen Auswanderung bei der jetzigen Lage der Devisenbewirtschaftung nur im allerbeschränktesten Umfang in Frage kommen“ könne, „weil die lebenswichtigen Interessen des deutschen Volkes dem Interesse an der jüdischen Auswanderung vorgehen müssen“. Daher sollte die handwerkliche und berufliche Ausbildung und Umschulung jüngerer unbemittelter Juden gefördert werden, wobei die Einrichtung entsprechender Schulen und Lager – wie bisher – den Juden überlassen bleiben sollte. Von Staat und Partei sollten entsprechenden Maßnahmen „keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden“. Da jedoch „deutschen Betriebsinhabern die Ausbildung jüdischer Lehrlinge nicht zugemutet“ werden könne, erklärte sich das RWiM zur Prüfung bereit, „inwieweit die Zulassung jüdischer Gewerbetreibender zur Ausbildung jüdischer Lehrlinge erweitert“ werden könne, wobei dafür gesorgt werden sollte, dass entsprechend ausgebildete oder umgeschulte Juden ihr Gewerbe später nicht im Reich ausübten. Des Weiteren sollte die Sprachausbildung von Juden gefördert werden.⁷⁵⁰

Darüber hinaus herrschte auch Einigkeit zwischen den beteiligten Ressorts, dass „die Reichsfluchtsteuer auswanderungshemmend“ wirke. Änderungsmöglichkeiten sollten daher geprüft werden. Das RPrMdI regte zudem an, die Schenkungssteuer für Zuwendungen ausländischer Juden zur Förderung der Auswanderung zu ermäßigen, da an hohen Zuwendungen aus dem Ausland schließlich großes Interesse bestehe. Ebenso herrschte Übereinstimmung, „dass die Regelung der Passausstellung an Juden nicht auswanderungshemmend“ wirken sollte.⁷⁵¹

Die von Stuckart favorisierte „legale“ Auswanderungspolitik zeitigte in den Augen der NS-Machthaber jedoch letztlich keine ausreichenden Ergebnisse, zumal es nicht gelang, den schon eingangs benannten Zielkonflikt zwischen Beraubung der Juden und beschleunigter Auswanderung in einer den Vorstellungen des NS-Regimes entsprechenden Weise aufzulösen. Dies bot dem SD die Gelegenheit, sich mit einer brutaleren Form der Auswanderungspolitik zu profilieren, die noch weniger Rücksicht auf die Belange der Betroffenen nahm.

Entsprechend seiner Konzeption von Juden als „Staats- und Volksfeinden“ und rassischen Gegnern⁷⁵² hatte der SD seine Kompetenzen auf dem Felde der „Lö-

⁷⁵⁰ Der Vertreter der Sicherheitspolizei erklärte sich sogar bereit, „eine Änderung der Bestimmungen über die Behandlung jüdischer Rückwanderer zu erörtern in dem Sinn, dass solche Juden, die als Lehrer, insbesondere als Sprachlehrer an jüdischen Auswandererschulen tätig werden sollen, die Einreise“ gestattet werden sollte.

⁷⁵¹ Die letzten beiden Punkte von Herings Vermerk decken sich mit den Forderungen, die Warburg im August 1937 Stuckart in seiner Denkschrift übermittelt hatte.

⁷⁵² Heydrich hatte hinsichtlich des „Judentums bereits im April 1936 in einem Vortrag zur „Bekämpfung der Staatsfeinde“ in der AfDR ausgeführt: „Das Judentum ist als solches selbstverständlich durch die Gesetzgebung von Nürnberg als jüdische Rasse und jüdi-

sung der Judenfrage“ zielgerichtet ausgeweitet. Das „Judenreferat“ des SD wurde mit Funktionsbefehl vom 1. Juli 1937 von Heydrich offiziell mit der Wahrnehmung aller „grundsätzlichen Judenangelegenheiten“ beauftragt.⁷⁵³ In einem Eichmann zugeschriebenen Memorandum hatte der SD bereits im Januar 1937 eine Liste von Prioritäten aufgestellt, mit der der „Auswanderungsmüdigkeit“ von Juden zwecks „weitgehende[r] Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft“ begegnet werden sollte.⁷⁵⁴ Dies sollte durch eine wesentliche Verstärkung des „politischen und gesetzlichen Drucks“ und der „Erweiterung der technischen Möglichkeiten der Auswanderung“ geschehen.⁷⁵⁵ Zu diesem Zweck wurde schon damals – im Frühjahr 1937 – die Schaffung einer neuen Zentralstelle angeregt, deren Aufgabe es sein sollte, „die gesamten technischen innerdeutschen Arbeiten für die Auswanderung zu leisten, die Gebiete und Märkte genau zu überprüfen, in die Juden abgeschoben werden sollen“, und vor allem „die Lösung des Gesamtproblems in nationalsozialistischem Sinne durchzuführen“.⁷⁵⁶

Mit seiner Entsendung nach Wien, wo er mit weitreichenden Vollmachten die jüdische Auswanderung forcieren sollte, bot sich Eichmann die Möglichkeit, seinen Vorschlag von 1937 in die Praxis umzusetzen. Hierbei musste er – anders als im „Altreich“ – auf andere Akteure oder die normenstaatlichen Einschränkungen kaum mehr Rücksicht nehmen. In der angeschlossenen „Ostmark“ bestand zu-

sches Volk isoliert. Damit ist ein direktes Zuströmen jüdischen Blutes in den Volkskörper verhindert. Der mittelbare Einfluss jüdischen Geistes ist aber noch lange nicht endgültig gehemmt. Einmal sitzen unbewusst noch bei vielen, vor allem in Wissenschaft und Geisteswelt, jüdische, liberale und freimaurerische Infektionsreste. Auf der anderen Seite hat uns unsere eigene deutsche Geschichte gezeigt, dass das jüdische Ziel ewig bleibt: Die Beherrschung der Welt durch eine mehr oder weniger sichtbare jüdische Oberschicht. Und wenn in Deutschland innerpolitisch durch die nationalsozialistische Politik der Boden ungeeignet ist, so schaltet der Jude auf Wirtschaft und Außenpolitik um. In der Wirtschaft konnte er auch in Deutschland immer auf egoistische und verräterische Elemente als Mitarbeiter rechnen. In der Außenpolitik arbeitet der Jude mit den Apparaten, die schon restlos seiner Führung unterliegen, dem Bolschewismus und den im Ausland noch intakten Freimaurerlogen.“ Heydrich, Bekämpfung der Staatsfeinde, in: DR 6 (1936), S. 121–123, hier S. 121.

⁷⁵³ Longerich, Himmler, S. 227. Vgl. hierzu ausführlich: Wildt, Die Judenpolitik des SD 1935–1938. Die „Ziele der Judenpolitik“ fasste der zuständige Referatsleiter im Hauptamt des SD der SS, Herbert Hagen, seinerzeit in einem Vermerk wie folgt zusammen: „Vollkommene Ausschaltung der Assimilation und Förderung der Auswanderung. Dabei sind innenpolitisch zu überwinden der Widerstand der Juden, die geistige Unterstützung der Assimilationsjuden durch Katholizismus und Teile der bekennenden Kirche, die die Lösung der Judenfrage in der Judentaufe sehen und schließlich devisentechnische Schwierigkeiten. Außenpolitisch ist zu berücksichtigen der Plan zur Errichtung des Judenstaates, wodurch die Juden zur Minderheit werden können, und die Abspernung der meisten Länder gegen Judeneinwanderung. Zu einem eventuell entstehenden Judenstaat nimmt das Reich eine ablehnende Haltung ein, da die Juden auf diplomatischem Wege den Boykott gegen den Nationalsozialismus in verstärkter Weise aufnehmen könnten.“ Vgl. BAB R 58/544, Bl. 107–109.

⁷⁵⁴ Zit. nach Hachmeister, Der Gegnerforscher, S. 185. Vgl. auch: Wildt, Die Judenpolitik des SD 1935–1938, S. 95 ff.

⁷⁵⁵ Ebenda. Nach einem internen Bericht des SD vom 12. 11. 1937, „Kurzbericht über das Judentum“, wanderten seit 1933 pro Jahr „nur“ 26 750 Juden (pro Monat 557,29) aus.

⁷⁵⁶ Ebenda.

nächst keinerlei Kontrolle durch rivalisierende Akteure, und der SD war in geringerem Maße als im „Altreich“ auf die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen angewiesen. Anstelle der bisher üblichen, langwierigen bürokratischen Prozedur von der Enteignung der Auswanderer bis zur Ausgabe der Auswanderungspapiere entstand unter Eichmanns Leitung für die „Ostmark“ eine Behörde, in der alle bürokratischen Schritte des Enteignungs- und Auswanderungsvorgangs zusammengefasst wurden. Dies bedeutete aus der Sicht der Akteure einen enormen Rationalisierungsschub. Stuckarts Mitarbeiter Bernhard Lösener, der 1938 Eichmanns Zentralstelle im Rothschild-Palais in Wien besuchte, zeigte sich dann auch nachhaltig beeindruckt von der Brutalität, mit der Eichmann die forcierte Auswanderung organisierte: „Im Rothschildpalais am Belvedere Prinz Eugens war das Hauptbüro. Die Korridore von den unterschiedlichen Büros in den alten Prunkzimmern, die die Auswanderer zu durchlaufen hatten, waren gedrängt voll von jüdischen Menschen, die fort mussten oder wollten. Einen von ihnen anzusprechen hatte ich nicht den Mut, denn auch ich fühlte mich unter der Aufsicht Eichmanns [...]“ Aber er habe bemerkt, wie die Menschen auf Eichmanns Gegenwart reagierten: „Frauen rissen in den überfüllten Korridoren ihre Kinder erschreckt beiseite, sobald sie Eichmann sahen, der unbekümmert wie auf leerer Straße dahinging und alles beiseite stieß, was da in menschlichem Unglück harrete.“⁷⁵⁷

Im Altreich stockte unterdessen die forcierte Auswanderung. In einem in Stuckarts Abt. I ausgearbeiteten, 10-seitigen und als „Geheim“ eingestuften Schreiben Fricks vom 14. Juni 1938 an Görings Vierjahresplan-Behörde, den RWiM, den SdF und den Reichsführer SS mit dem Betreff „Juden in der Wirtschaft“ hieß es abschließend⁷⁵⁸: „Die Juden werden durch ihre Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben zum weit überwiegenden Teil zur Untätigkeit gezwungen und darüber hinaus wird regelmäßig auch ihre Verarmung herbeigeführt werden. Beides ist vom allgemeinen staatspolitischen Standpunkt aus unerwünscht. Insbesondere muss das zu erwartende starke Anschwellen des jüdischen Proletariats zu Bedenken Anlass geben.“ „Wirksame Abhilfe“ könnte hier „vor allem die Auswanderung der Juden bieten.“ Diese „Lösung“ könne derzeit jedoch allenfalls „als erstrebenswertes Ziel“ aufgestellt werden; „denn wenn auch alle innerdeutschen Maßnahmen getroffen werden, die zur Förderung der Auswanderung der Juden notwendig sind, so konnte bisher – abgesehen von Palästina, das ein besonderes Problem darstellt – noch kein Land gefunden werden, das für eine Masseneinwanderung der Juden ernstlich in Frage käme.“

Ungeachtet dessen spitzte sich die Situation im Sommer 1938 weiter zu. Die offizielle antisemitische Propaganda wurde verstärkt, und es kam in Berlin erneut zu gewalttätigen Übergriffen auf Juden.⁷⁵⁹ Weitere antijüdische Gesetze wurden verabschiedet und der Druck zur gänzlichen Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft durch Arisierung jüdischen Eigentums ausgeweitet, um zusätzliche Mittel

⁷⁵⁷ Vgl. Strauß, Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung, in: VfZ 9 (1961), S. 262–313, hier S. 292.

⁷⁵⁸ BAB R 1501/5519, Bl. 153–163, hier Bl. 161. Das Schreiben ging laut Verteiler in Kopie auch direkt Stuckart, Hering, Lösener, Globke, Schiedermaier und einem RR aus der Abt. I namens Kehrl zu. Die Hervorhebungen entsprechen dem Original.

⁷⁵⁹ Cesarani, Eichmann, S. 101.

für die Kriegsvorbereitung in die Staatskasse zu spülen.⁷⁶⁰ Im Zuge der Annexion des Sudetenlandes im September 1938 wurden 25 000 tschechische Juden einfach vertrieben.⁷⁶¹ Als Polen ankündigte, in Deutschland lebenden polnischen Juden die Staatsangehörigkeit zu entziehen, wurden kurzerhand rund 16 000 in Deutschland lebende polnische Juden verhaftet und am 27. und 28. Oktober an die deutsch-polnische Grenze gebracht und zur Ausreise gezwungen.⁷⁶²

Nach der Pogromnacht im November 1938 setzte sich in der „Lösung der Judenfrage“ ein „robusteres Vorgehen“ durch. Die gewissermaßen durch Stuckart verkörperte normenstaatliche Verwaltung verlor die Federführung in der „Judenpolitik“. Hieran vermochte auch eine Reihe von Schreiben und Erlassen, die das RMdI im Herbst 1938 entwarf, und eine große Sitzung der Regierungspräsidenten des Reiches am 16. Dezember 1938 – „in Angelegenheit der Judenfrage“ – im RMdI⁷⁶³, mit der dieses versuchte, seine zentrale Rolle in der Judenpolitik zu behaupten und eine gewisse Einheitlichkeit zu bewahren, nichts mehr zu ändern.

Nach der Reichspogromnacht verwies Heydrich auf der Konferenz bei Göring am 12. November 1938 auf die von seinem Mitarbeiter Eichmann in Österreich vollbrachten „Auswanderungsleistungen“: 50 000 Juden seien binnen kurzer Zeit bereits aus Österreich „herausgeschleust“ worden, während im gleichen Zeitraum aus dem „Altreich“ trotz der Fülle antijüdischer Gesetze und der unablässigen Propaganda gerade mal 19 000 Juden zur Auswanderung veranlasst worden seien.⁷⁶⁴ Der SD/die SS konnte sich demnach als die am effektivsten agierende Institution bei der „Endlösung der Judenfrage durch Auswanderung“ profilieren. Die Rolle Heydrichs und des SD auf dem Gebiet der Judenpolitik war bereits im Juli 1936 durch Göring aufgewertet worden, als dieser in seiner Eigenschaft als Leiter des „Rohstoff- und Devisenstabes“ (der Vorläuferorganisation des Vierjahresplans) Heydrich mit der Einrichtung eines Devisenfahndungsamtes beauftragt hatte, um Juden, die unter „Auswanderungsverdacht“ standen, wegen vorgeblicher Devisen-

⁷⁶⁰ Vgl. Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 197.

⁷⁶¹ Cesarani, *Eichmann*, S. 101.

⁷⁶² Als „Rechtsgrundlage“ für diese Maßnahmen konnte die neu geschaffene Ausländerpolizeiverordnung (APVO) vom 22. 8. 1938 (RGBl. I, S. 1053 und S. 1067) dienen, die in § 7 Abs. 5 Abschiebungen unter Anwendung unmittelbaren Zwanges vorsah: „Der Ausländer ist unter den Voraussetzungen des Abs. 1 durch Anwendung unmittelbaren Zwanges aus dem Reichsgebiet abzuschieben, wenn er das Reichsgebiet nicht freiwillig verlässt oder wenn die Anwendung unmittelbaren Zwanges aus anderen Gründen geboten erscheint. Zur Sicherung der Abschiebung kann der Ausländer in Abschiebungshaft genommen werden.“ Nach § 7 Abs. 1 hatte ein Ausländer – oder diesem gleichgestellt ein Staatenloser – das Reichsgebiet unverzüglich zu verlassen, sofern die Voraussetzungen, nach denen er einer besonderen Aufenthaltserlaubnis nicht bedarf, weggefallen sind. Zit. nach Mommsen, *Aufgabenkreis und Verantwortlichkeit*, in: *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte*, Bd. 2, S. 385.

⁷⁶³ Vgl. Gruner, *Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen*, in: *VfZ* 48 (2000), S. 75–126, hier S. 108, und ders., *Der geschlossene Arbeitseinsatz*, S. 55–63.

⁷⁶⁴ Cesarani, *Eichmann*, S. 106. Vgl. hierzu auch: Wetzel, *Auswanderung aus Deutschland*, in: Benz (Hg.), *Die Juden in Deutschland 1933–1945*, S. 413–498; Kampe, „Endlösung“ durch Auswanderung?, in: Michalka (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg*, S. 827–843; Anderl, *Die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien, Berlin und Prag – ein Vergleich*, in: *TAJB* 23 (1994), S. 275–299.

vergehen zu verfolgen.⁷⁶⁵ Dieser Auftrag Görings war – wie Peter Longerich herausgestellt hat – der erste in einer ganzen Reihe von Ermächtigungen, mit denen Heydrich auf dem Gebiet der Judenverfolgung von Göring bestallt wurde.⁷⁶⁶

Am 24. Januar 1939 erhielt Heydrich von Göring, der wiederum in seiner Eigenschaft als „Beauftragter des Vierjahresplans“⁷⁶⁷ von Hitler unmittelbar nach der Pogromnacht mit der „Behandlung der Judenfrage“ betraut worden war und nunmehr die Federführung in der „Judenfrage“ reklamierte, den Befehl, die Auswanderung der Juden aus Deutschland nach dem von Eichmann in Wien praktizierten Beispiel mit „allen Mitteln zu fördern“ und zu diesem Zweck aus Vertretern verschiedener Behörden im RMdI eine „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“ zu bilden.⁷⁶⁸ Auch wenn die Reichszentrale formell im Geschäftsbereich des RMdI geschaffen werden sollte, so hatte Göring nicht Stuckart, sondern, wie bereits auf der Konferenz im November 1938 angekündigt⁷⁶⁹, Heydrich, den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, mit der Leitung der neuen Behörde beauftragt.⁷⁷⁰ Mit dieser Ermächtigung Görings erlangte neben – bzw. anstelle von – Stuckarts Abt. I mit ihrem „Judenreferat“ nunmehr offiziell Heydrich und die weitgehend verselbstständigte Abt. V des RMdI, das „Hauptamt Sicherheitspolizei“, maßgebenden Einfluss auf die Lenkung der Judenpolitik.⁷⁷¹ Stuckarts Abt. I wurde demgegenüber nunmehr auf eine mitwirkende Rolle als bloße Gesetzge-

⁷⁶⁵ Longerich, Himmler, S. 226.

⁷⁶⁶ Ebenda. Longerich unterstreicht, dass hiermit zwei konkurrierende Kommandoketten in der „Judenpolitik“ etabliert wurden: Hitler-Himmler-Heydrich und Hitler-Göring-Heydrich.

⁷⁶⁷ Zum Vierjahresplan s. Flottmann, Staatliche Wirtschaftsführung im Vierjahresplan, in: DV 16 (1939), S. 242–247.

⁷⁶⁸ PAAA R 100857, Bl. 5f.

⁷⁶⁹ Vgl. Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 257–274. Bereits vier Tage nach der Sitzung in Görings Luftfahrtministerium hatte Heydrich am 16. 11. 1938 zu einer Besprechung über eine zu bildende „Reichszentrale für jüdische Auswanderung in Berlin, die in Zusammenarbeit mit einer ebenfalls zu schaffenden Reichsvereinigung für die Betreuung jüdischer Auswanderer und fürsorgebedürftiger Juden diese Aufgabe“ in Angriff nehmen sollte, eingeladen. Auf der Sitzung wurde über eine Kennzeichnung, eine Ghettosierung und einen „Judenbann“ mit Aufenthaltsbeschränkungen für die im Deutschen Reich lebende jüdische Bevölkerung beraten. In der Folgezeit wurden diese Vorhaben durch unterschiedliche Initiativen auf lokaler und regionaler Ebene aufgegriffen. Eine von Heydrich unterzeichnete PolizeiVO vom 28. 11. 1938 (RGBl. I, S. 1676) ermächtigte die Regierungspräsidenten zum Erlass von räumlichen und zeitlichen Aufenthaltsbeschränkungen („Judenbann“). Frick hatte gegen den Erlass dieser VO vergeblich protestiert. Vgl. hierzu: Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 259; Gruner, „Lesen brauchen sie nicht zu können ...“, in: JfAF 4 (1995), S. 305–341.

⁷⁷⁰ Vgl. hierzu: Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 267.

⁷⁷¹ Ebenda. Seitens des RMdI gehörten dem Ausschuss der Reichszentrale Lösener, seitens des Auswärtigen Amts der Gesandte Eisenlohr als Beauftragter für amtliche zwischenstaatliche Verhandlungen und der MinDir Wohltat als der Beauftragte für die Verhandlungen über den Rublee-Plan an. George Rublee war der Direktor des Intergovernmental Committee (IGC), das auf der Konferenz von Evian vom 6. bis 14. 7. 1938 gegründet wurde und deren Arbeit fortsetzen sollte. Das Komitee tagte bis zum Kriegsausbruch noch dreimal. Rublee traf sich im Dezember 1938 mit RWiM Schacht in London. Die Reichszentrale, deren erste Sitzung am 11. 2. 1939 stattfand, sollte zunächst offenbar an die Verhandlungen mit dem IGC anknüpfen. Vgl. hierzu: Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 207. Zur Konferenz von Evian s. Thomas Schmid/Susanne Heim, „Wir sind kein

bungsabteilung zurückgedrängt. Die für das NS-Regime besonders bedeutsame „Lösung der Judenfrage“ wurde damit auch institutionell zusehends von einer verfassungs- und verwaltungstechnischen Frage zu einer Sicherheits- und Polizeifrage, auch wenn Stuckart weiterhin die Federführung zwecks „Einheitlichkeit der Judenpolitik“ reklamierte und auch vor neuen Entrechtungsinitiativen nicht zurückschreckte.⁷⁷² Hierbei gelang es ihm insbesondere den Einflussbereich des RMdI hinsichtlich der nicht unbedeutenden Frage der gesetzlichen Definition von „Juden“ und sogenannten Mischlingen erfolgreich zu verteidigen.

Heydrich beeilte sich, den neugewonnenen Macht- und Gestaltungsspielraum bei der „Lösung der Judenfrage“ auszufüllen. Bereits am 30. Januar 1939 ersuchte er das Auswärtige Amt, den RWiM, den RMdF und namentlich Stuckart, ihm je einen Vertreter für den Lenkungsausschuss der Reichszentrale zu benennen, damit er in Kürze eine erste Sitzung anberaumen könne.⁷⁷³

Auf einer späteren Sitzung zur Organisation der jüdischen Auswanderung, die am 19. April 1939 im RMdI stattfand und an der die Mitglieder des „Reichsausschusses“ teilnahmen, stellte Lösener den in der Abt. I des RMdI ausgearbeiteten Entwurf für eine 10. Verordnung zum RBG vor, die nach weiteren Beratungen am 4. Juli 1939 im RGBl. veröffentlicht wurde⁷⁷⁴ und durch die – entsprechend Görings Befehl – eine unter staatlicher Kontrolle operierende Zwangsvereinigung, die „Reichsvereinigung der Juden“, geschaffen wurde. Die „Reichsvereinigung“ übernahm die Infrastruktur der am 17. September 1933 als Antwort auf die Repressionspolitik des NS-Regimes gegründeten „Reichsvertretung der deutschen Juden“ unter Leitung ihres Präsidenten Leo Baeck (1873–1956). Alle noch bestehenden jüdischen Organisationen und Gemeinden wurden zwangsweise in die „Reichsvereinigung“ eingegliedert. Auch wenn eine gewisse Kontinuität zwischen der „Reichsvertretung“ und der „Reichsvereinigung“ bezüglich ihrer Tätigkeitsfelder und der personellen Führung durch Leo Baeck und Hirsch bestand, so war die

Einwanderungsland“, in: Zeit online 28/1998, http://www.zeit.de/1998/28/Wir_sind_kein_Einwanderungsland (eingesehen am 28.6.2008).

⁷⁷² Am 10.8.1939 richtete Stuckart z. B. ein Schreiben an den Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, in dem er das erhebliche Interesse des Reiches daran bekundete, dass die im Protektorat wohnenden Juden das allgemeine Verhältnis des Protektorats zum Reich und die politische Entwicklung im Protektorat nicht länger beeinflussten. Er halte daher die Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben des Protektorats für notwendig und reklamierte zugleich seine Federführung für die „Einheitlichkeit der Judenpolitik“: „Schließlich bitte ich, mich an Verordnungen und Maßnahmen, durch die die Judenfrage im Protektorat berührt wird, stets zu beteiligen. Ich lege großen Wert darauf, die Einheitlichkeit der Judenpolitik, deren Federführung bei mir liegt, auch für das Protektorat sicherzustellen“, in: BAB R 1501/5519.

⁷⁷³ PAAA R 100857, Bl.4. Heydrich übertrug im Oktober 1939 Eichmann die Geschäftsführung der Reichszentrale, die bis dahin beim Gestapochef Heinrich Müller in der Abt. II des Gestapa ressortierte. Am 21.12.1939 informierte er u. a. den Befehlshaber der Sipo und des Sicherheitsdienstes (SD) in Krakau, dass Eichmann nunmehr als „Sonderreferent“ im RSHA das Referat IV D 4 für „Auswanderung und Räumung“ leitete. Gleichzeitig unterstand Eichmann das neugeschaffene Sonderreferat „Evakuierungen“, das für die Vertreibung von Juden und Polen aus den eingegliederten Ostgebieten zuständig war. Vgl. hierzu: Cesarani, Eichmann, S. 89–110. Zu Müller s. Seeger, „Gestapo-Müller“.

⁷⁷⁴ RGBl. 1939, I, S. 1097.

neue „Reichsvereinigung“ doch völlig von der Willkür der NS-Behörden abhängig. Sie unterstand der unmittelbaren Aufsicht durch des RMdI und war gezwungen, dessen Anweisungen Folge zu leisten. Hierzu gehörten die Konfiszierung jüdischen Vermögens und ab dem Auswanderungsverbot vom Oktober 1941 auch die Vorbereitungen zur Deportation. 1943 wurde die Geschäftsstelle der Reichsvereinigung aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt und die letzten Mitarbeiter in KZs deportiert.⁷⁷⁵

Die Gründung der jüdischen „Reichsvereinigung“ wurde von den Mitgliedern des Ausschusses als eine der wichtigsten Maßnahmen angesehen, um die Auswanderer nach bestimmten Richtlinien auszuwählen und entsprechende Geldmittel für die Auswanderung aus einer zehnpromzentigen Vermögensabgabe zur Verfügung zu stellen.⁷⁷⁶ Außerdem wurden durch die Schaffung der „Reichsvereinigung“ alle im Deutschen Reich lebenden Menschen, die als Juden im Sinne von § 5 der 1. Verordnung zum RBG klassifiziert waren, im Rahmen einer Zwangsmitgliedschaft erfasst.⁷⁷⁷ Der Judenbegriff wurde hierbei zum ersten Mal auch auf Staatenlose mit Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt im Reichsgebiet ausgedehnt. Ausnahmen von der Zwangsmitgliedschaft sah die 10. Verordnung zum RBG lediglich für durch eine „Mischehe“ privilegierte Juden vor. Damit hatte das bereits im „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“ vom 30. April 1939⁷⁷⁸ geschaffene Konstrukt der „privilegierten Mischehe“ Aufnahme in das System der Nürnberger Rassengesetze gefunden. Nach § 7 dieses Gesetzes galten als „privilegiert“ kinderlose jüdische Ehepartnerinnen einer „Mischehe“ oder jüdische Partner einer Mischehe mit christlichen oder konfessionslosen „halbjüdischen“ Kindern. Diesen „Privilegierten“ stand eine freiwillige Mitgliedschaft in der

⁷⁷⁵ Zur Reichsvertretung der Juden s. Ball-Kaduri, *The National Representation of Jews in Germany*, in: *Yad Vashem Studies* 5 (1958), S. 159–178; Kulka, *Deutsches Judentum unter dem NS*; Strauss, *A Jewish Autonomy within the Limits of National Socialist Policy, the Community and the Reichsvertretung*, in: Paucker/Gilchrist/Suchy (Hg.), *Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1943*, S. 125–152.

⁷⁷⁶ Erörterung anlässlich der zweiten Besprechung der „Reichszentrale“ im Gestapa am 29. 6. 1939, vgl. Essner, *Die Nürnberger Gesetze*, S. 268. Wie das Verfahren in der „Berliner Zentralstelle“ der neuen „Reichszentrale“ vonstattenging, beschrieb der Zeitzeuge Alexander Szanto wie folgt: „In der Praxis sah das so aus, dass der Jude wie an einem laufenden Band völlig ausgeplündert wurde. Wenn er den Saal betrat, sah er vor sich eine lange Tischreihe mit zehn oder zwölf Schaltern, hinter denen je ein Gestapobeamter saß. Im Augenblick des Eintritts war er noch ein deutscher Staatsbürger, im Besitz einer Wohnung, vielleicht auch eines Geschäftes, eines Bankkontos, einiger Ersparnisse. So wie er von Schalter zu Schalter ging oder – besser gesagt – geschoben wurde, wurde ihm eines nach dem anderen abgenommen, und als er den Saal verließ, war er ein staatenloser Bettler mit einem einzigen Besitzobjekt in der Hand: dem Auswanderungspass.“ Zit. nach Rink, *Doppelte Loyalität*, S. 239.

⁷⁷⁷ Essner, *Die Nürnberger Gesetze*, S. 270, weist zutreffend darauf hin, dass mit der 10. VO zum RBG erstmals das „Kollektiv aller als Juden Klassifizierten“ mit einer Zielbestimmung seiner Zukunft genannt wurde und dass mit der Zwangsmitgliedschaft in der Reichsvereinigung eine Art „Ghetto ohne Mauern“ geschaffen wurde.

⁷⁷⁸ RGBl. 1939, I, S. 864.

Reichsvereinigung offen. Später waren sie u. a. von der Pflicht, den Judenstern zu tragen, befreit und blieben weitgehend von der Deportation verschont.⁷⁷⁹

Während die „Reichsvereinigung“ später zum Hilfsinstrument der Judendeportation werden sollte, wurde die „Reichszentrale“ am 1. Februar 1940 dem Referat Adolf Eichmanns im RSHA angegliedert und ging in diesem auf.⁷⁸⁰ Stuckart und sein Mitarbeiter Schiedermaier betrachteten die von ihnen geschaffene 10. Verordnung zum RBG in ihrem Grundriss zur „Rassen- und Erbpflege“ von 1943 im Rückblick als „einen gewissen Abschluss“ der „Gesetzgebung zur Judenfrage“, da mit dieser Regelung nun die „geordnete Abwanderung“ vorbereitet worden sei und damit der „letzte Abschnitt auf dem Wege zur endgültigen innerpolitischen Lösung des Judenproblems“ beschriftet werde.⁷⁸¹

Nach Kriegsbeginn kam die Auswanderung nahezu völlig zum Erliegen. Gerade unter den Umständen des Krieges galten die Juden den NS-Behörden jedoch als besondere Gefahr, d. h. als „Sicherheitsrisiko an der Heimatfront“.⁷⁸² Mit der Eroberung Polens im Herbst 1939 und der westeuropäischen Staaten im Frühjahr 1940 wuchs der Anteil der jüdischen Bevölkerung im deutschen Machtbereich. Zugleich schien der zunächst erfolgreiche Eroberungskrieg neue Möglichkeiten für eine „territoriale Endlösung“ im Osten oder in Übersee (Madagaskar) zu bieten, die an die Stelle der „Lösung der Judenfrage“ durch forcierte Auswanderung treten konnte.

Exkurs: Stuckart und die „Euthanasie“-Morde als Vorstufe zum Holocaust

Der Mord an geistig und körperlich behinderten Menschen bildete in mancherlei Hinsicht eine Art „pilot scheme for the Holocaust“⁷⁸³. In seiner Funktion als

⁷⁷⁹ Lösener versicherte am 9. 6. 1948 an Eides statt (BAB 99 US 7, Fall XI/870, Bl. 71 f.), dass das auf eine Initiative Görings zurückgehende „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“ vom RMDI genutzt worden sei, um das Institut der „privilegierten Mischehen gesetzlich zu verankern“. Hierdurch sei die Möglichkeit geschaffen worden, sich auf ein von Hitler unterzeichnetes Gesetz zu berufen und hierdurch bei weiteren Maßnahmen eine entsprechende Ausnahme zu erreichen.

⁷⁸⁰ Vgl. Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 269 f., unterstreicht, dass sich Heydrich über die „Reichszentrale“ mit der „Reichsvereinigung“ ein weiteres Instrument schuf, das ihm über die Abt. V des RMDI einen offiziellen Zugriff auf die „Judenpolitik des Normenstaates“ gestattete und damit der bisher zuständigen, unter Leitung Stuckarts stehenden Abt. I auf diesem Gebiet Konkurrenz machte.

⁷⁸¹ Stuckart/Schiedermaier, Rassen- und Erbpflege in der Gesetzgebung des Reiches (1943), S. 84 f. Auch im Protokoll der Wannseekonferenz hieß es im Frühjahr 1942 zur forcierten Auswanderung: „Im Vollzug dieser Bestrebungen wurde als einzige vorläufige Lösungsmöglichkeit die Beschleunigung der Auswanderung der Juden aus dem Reichsgebiet verstärkt und planmäßig in Angriff genommen.“ Dem Rechtsempfinden der Nationalsozialisten entsprechend, „[war es] das Aufgabenziel, auf legale Weise den deutschen Lebensraum von Juden zu säubern“. Dies implizierte möglicherweise bereits den Übergang zu „illegalen Mitteln“, da nach Kriegsausbruch die „legalen Mittel“ keine Aussicht mehr auf „Erfolg“ versprachen.

⁷⁸² Kampe, „Endlösung“ durch Auswanderung?, in: Michalka (Hg.), Der Zweite Weltkrieg, S. 827–843, hier S. 834.

⁷⁸³ Weindling, Health, Race and German Politics, S. 548; ausführlich zu den engen Zusammenhängen zwischen Kranken- und Judenmord: Friedländer, Der Weg zum NS-

Staatssekretär im RMdI wirkte Stuckart an der Vorbereitung der Morde an geistig und körperlich behinderten Neugeborenen und Kindern mit, die den Auftakt für die später auch auf Erwachsene ausgedehnten Euthanasiemorde bildeten.⁷⁸⁴

Hitler hatte in einem auf den 1. September 1939 rückdatierten Befehl die „Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt“ unter seiner Verantwortung „beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbaren Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden“ konnte.⁷⁸⁵ Die Federführung für die Behindertenmorde lag damit bei der von Philipp Bouhler geleiteten „Kanzlei des Führers“, einer Behörde des „Maßnahmenstaates“, die für die Zwecke des Behindertenmordes extra eine Tarnbehörde, den „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden“, kurz „Reichsausschuss“ gründete.⁷⁸⁶ Da jedoch die gesamte Medizinalverwaltung bei der Abteilung „Volksgesundheit“ (Abteilung IV) unter Leitung von Stuckarts Kollegen, Dr. Arthur Gütt, und nach dessen Ausscheiden Dr. Leonardo Conti ressortierte, wurde das RMdI in die Vorbereitung und Organisation der Euthanasiemorde eingebunden, um durch entsprechende Anweisungen und Erlasse die Zusammenarbeit der Medizinalverwaltung mit dem neugeschaffenen „Reichsausschuss“ sicherzustellen.⁷⁸⁷ Die Zuständigkeit für diese Mitwirkung am Behindertertmord lag nicht unmittelbar bei Stuckart, sondern war primär bei den Mitarbeitern der „Abteilung Volksgesundheit“, insbesondere dem Leiter des Referates

Genozid. Vgl. auch: Moghareb-Abdel, Rassenhygiene/Eugenik, in: Michalka (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg*, S. 798–813.

⁷⁸⁴ Zur „Euthanasie“ im NS s. Gruchmann, *Euthanasie und Justiz*, in: VfZ 20 (1972), S. 235–279; Schmuhl, *Rassenhygiene; Friedländer, Der Weg zum NS-Genozid; Klee, „Euthanasie“ im NS-Staat; Petter, Zur nationalsozialistischen „Euthanasie“*, in: Michalka (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg*, S. 814–825; Schwartz, „Euthanasie“-Debatten in Deutschland (1895–1945), in: VfZ 46 (1998), S. 617–65; Süß, *Der „Volkkörper“ im Krieg*, S. 127–168; Sandner, *Verwaltung des Krankenmordes; Hinz-Wessels u. a., Zur bürokratischen Abwicklung eines Massenmordes*, in: VfZ 53 (2005), S. 79–107. Die Umstände und das Verfahren der sogenannten Euthanasie wurden bereits zwei Jahre nach dem Ende der NS-Herrschaft vom LG Frankfurt am Main in einem Urteil gegen Personal der Tötungsanstalt Hadamar in Hessen vom 21.3.1947 untersucht, vgl. LG Frankfurt, Urteil gegen Adolf Wahlmann, Bodo Gorgaß, Irmgard Huber u. a., Az.: 4a KLS 7/47, in Auszügen ist das Urteil abrufbar unter: <http://www1.jur.uva.nl> (eingesehen am 28.2.2007).

⁷⁸⁵ Das Schriftstück trägt den handschriftlichen Vermerk: „Von Bouhler mir übergeben am 27.8.1940. Dr. Gürtner“, abgedruckt u. a. in: LG Frankfurt, Urteil gegen Adolf Wahlmann, Bodo Gorgaß, Irmgard Huber u. a., Az.: 4 KLS 7/47.

⁷⁸⁶ Bei dem tatsächlich schon vor Beginn der Euthanasie gegründeten „Reichsausschuss“ handelte es sich um eine Behörde, die nur auf dem Papier existierte; ihre Adresse war ein Postfach und sie fungierte lediglich als Tarnorganisation der hauptverantwortlichen KdF.

⁷⁸⁷ Friedländer, *Der Weg zum NS-Genozid*, S. 93, hat die Funktion des RMdI bei der Kindereuthanasie unter Verweis auf einen Sachstandsvermerk der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg (147 Js 58/67 vom 25.2.1970, S. 38) wie folgt beschrieben: „Das RMdI hatte das Programm zur Ermordung behinderter Kinder in Gang gesetzt. Doch das Ministerium war nur der ‚Postbote‘; der eigentliche Verantwortliche war der Reichsausschuss.“

„Heil- und Pflegeanstalten“ im RMDI, Ministerialrat Dr. Herbert Linden⁷⁸⁸, verortet. Stuckart war aber als Staatssekretär zumindest punktuell und vertretungsweise auch immer wieder mit Fragen der Medizinalverwaltung und insbesondere der Rassenhygiene befasst.⁷⁸⁹ Aus diesem Grunde ist es auch nicht verwunderlich, dass er in Vertretung für Frick den Erlass des RMDI zur „Meldepflicht über missgestaltete Neugeborene“ vom 18. August 1939 unterzeichnete.⁷⁹⁰ Der mit dem Vermerk „Streng Vertraulich“ versehene und nicht im Ministerialblatt veröffentlichte Erlass, der offiziell zur „Klärung wissenschaftlicher Fragen auf dem Gebiet der angeborenen Missbildung und der geistigen Unterentwicklung“ beitragen sollte, bildete den Auftakt zur sogenannten Kindereuthanasie, der systematischen Ermordung von vermeintlich behinderten Neugeborenen, Säuglingen und Kleinkindern.⁷⁹¹ Nach diesem Erlass wurden Hebammen und Ärzte in den Entbindungsanstalten und Geburtsabteilungen der Krankenhäuser verpflichtet, den Gesundheitsämtern Neugeborene zu melden, die ihnen verdächtig schienen, an Idiotie, Mongolismus, Mikrocephalie, Hydrozephalus schweren oder fortschreitenden Grades, Missbildungen jeder Art, Lähmungen und Spasmen zu leiden.⁷⁹² Melde- und anzeigepflichtig waren zudem alle Ärzte, die im Rahmen ihrer ärztlichen Tätigkeit entsprechende Erscheinungen bei Kindern von bis zu drei Jahren feststellten. Hebammen erhielten eine Aufwandsentschädigung, die durch die Gesundheitsämter ausgezahlt wurde.⁷⁹³ Die Meldungen sollten durch Amtsärzte überprüft und mit einem Befundsbericht an die Postfachadresse des „Reichsausschusses“ in Berlin weitergeleitet werden.⁷⁹⁴ Der Erlass sollte bei dem medizinischen Personal offenbar den Eindruck erwecken, dass es sich bei dem auszufüllenden Meldebogen um eine statistische Erhebung zu Forschungszwecken und beim „Reichsausschuss“ um eine Forschungseinrichtung handelte.

⁷⁸⁸ Die Abstimmung zur Vorbereitung der sogenannten Kindereuthanasie zwischen den zuständigen Mitarbeitern der KdF mit dem Leiter des Referates Heil- und Pflegeanstalten im RMDI, MinR Dr. Herbert Linden, erfolgte nach Darstellung von Friedländer, *Der Weg zum NS-Genozid*, bereits im Frühjahr 1939. Zu Linden s. Anhang 2: Kurzbiographien.

⁷⁸⁹ In einem Schreiben/Erlass des RMDI vom 27. 3. 1939, das Stuckart „in Vertretung“ für den RMDI Frick unterzeichnet hatte, lobte er die bisher im Dienste der Rassenhygiene geleistete Arbeit der Gesundheitsämter: „Die Erbbestandsaufnahme hat sich immer mehr als unentbehrliche Grundlage für die Durchführung der Erbpflege des nationalsozialistischen Staates erwiesen.“ Zudem wies er die Heil- und Pflegeanstalten an, den Gesundheitsämtern jede Neuaufnahme binnen zwei Wochen inklusive Diagnose zu melden. Diese Meldung wurde ggf. als Anzeige i.S.d. Erbgesundheitsgesetzes angesehen. In: „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Nur zum Dienstgebrauch“, Berlin 1939, S. 126.

⁷⁹⁰ Schreiben des RMDI vom 18. 8. 1939, Az. IV b 3088/39-1079 Mi, in: BAB R 1501/5586 und in: „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Nur zum Dienstgebrauch“, Berlin 1939, S. 80f. Die Herkunft des von der Abt. IV verfassten Erlasses kann anhand des Aktenzeichens zurückverfolgt werden: IV b 3088/39-1079 Mi. Stuckart unterzeichnete den Erlass „In Vertretung“.

⁷⁹¹ Friedländer, *Der Weg zum NS-Genozid*, S. 92-95.

⁷⁹² Vgl. Schreiben des RMDI vom 18. 8. 1939, Az. IV b 3088/39-1079 Mi, in: BAB R 1501/5586, Art 2.

⁷⁹³ Ebenda, Art. 4.

⁷⁹⁴ Ebenda, Art. 8; zum Verfahren: Klee, „Euthanasie“ im NS-Staat, S. 295; Schmuhl, *Rassenhygiene*, S. 184.

Da sich der ursprüngliche Meldebogen als unzulänglich erwies, versandte das RMDI mit einem weiteren Runderlass am 7. Juni 1940 einen neuen Meldebogen, der weitere Einzelheiten, u. a. Angaben zur Krankengeschichte der Eltern, Geschwister und Verwandten, verlangte.⁷⁹⁵ Den Amtsärzten kam danach die Aufgabe zu, die Einweisung der Kinder zu veranlassen:

„Sache der Amtsärzte ist es, die Eltern des in Rede stehenden Kindes von den sich in der näher bezeichneten Anstalt bzw. Abteilung bietenden Behandlungsmöglichkeiten in Kenntnis zu setzen und sie gleichzeitig zu einer beschleunigten Einweisung des Kindes zu veranlassen. Den Eltern wird dabei zu eröffnen sein, dass durch die Behandlung bei einzelnen Erkrankungen eine Möglichkeit bestehen kann, auch in Fällen, die bisher als hoffnungslos gelten mussten, gewisse Heilerfolge zu erzielen.“

Mit der „beschleunigten Einweisung“ sollten die Amtsärzte zudem verhindern, „dass engere Bindungen der Mütter an ihre Kinder“ erfolgten. Die hierbei offensichtlich notwendige Druck- und Drohkulisse wurde dadurch verwirklicht, dass die Amtsärzte im Verweigerungsfall den Eltern sowohl finanzielle Nachteile als auch den Entzug des Sorgerechts in Aussicht zu stellen vermochten.⁷⁹⁶ Während im Rahmen der „Euthanasie der Erwachsenen“ der Abtransport der Opfer meist direkt aus den Anstalten erfolgte, war der „Reichsausschuss“ bei der „Kindereuthanasie“, bei der die Kinder von ihren Familien getrennt werden mussten, auf die Mitwirkung von Hebammen, Ärzten und Gesundheitsämtern angewiesen. Um diese Mitwirkung sicherzustellen, war eine entsprechende juristische Absicherung durch Erlasse des RMDI als oberster Medizinalverwaltung erforderlich. Das RMDI förderte demnach durch seine Erlasse die Mitarbeit der Beamtschaft und der Ärzte im Gesundheitswesen und flankierte und legitimierte damit die „Kinder-euthanasie“.⁷⁹⁷

In einem Schreiben an die Reichsstatthalter und Regierungspräsidenten, den Polizeipräsidenten und den Oberbürgermeister von Berlin und die Gesundheitsämter begründete Stuckarts Staatssekretärskollege, Conti, am 20. September 1941 die „Asylierung schwer leidender und besonders pflegebedürftiger Kinder“ damit, dass „den Eltern erfahrungsgemäß eine wirtschaftliche und seelische Last abgenommen und eine Vernachlässigung etwa in der Familie vorhandener gesunder Kinder zugunsten des kranken Kindes verhindert“ werde.⁷⁹⁸ Schließlich werde oft „beobachtet, dass, auch wenn das Leiden des kranken Kindes nicht anlagemäßig bedingt ist, seitens der Eltern auf weitere Nachkommenschaft verzichtet wird, um alle Sorgfalt dem kranken Kinde zuwenden zu können. Alle diese ungesunden Begleitumstände werden durch die Asylierung des Kindes vermieden. Die in den Anstalten mögliche fachärztliche Untersuchung gestattet es auch, die Erblichkeit des Leidens zu klären und diesen Eltern gegebenenfalls von weiterem Nachwuchs abzuraten oder sie zur Zeugung weiterer Kinder zu ermutigen.“ Der „Reichsaus-

⁷⁹⁵ Runderlass des RMDI vom 1. 7. 1940, Az. IV b 2140/1079 Mi, zit. nach Klee, „Euthanasie“ im NS-Staat, S. 300. Dort auch die folgenden Zitate.

⁷⁹⁶ Vgl. Klee, „Euthanasie“ im NS-Staat, S. 304, sowie Schreiben des RMDI vom 20. 9. 1941 bei Schmuhl, Rassenhygiene, S. 185.

⁷⁹⁷ Friedländer, Der Weg zum NS-Genozid, S. 97.

⁷⁹⁸ Abgedruckt bei: Schmuhl, Rassenhygiene, S. 185. Dort auch die folgenden Zitate.

schuss“ verfüge über „hervorragende Sachkenner auf dem in Frage kommenden medizinischen Spezialgebiet“.

Obgleich bei den beteiligten Behörden – wie später beim Judenmord – stets darauf geachtet wurde, die Tatsache der Ermordung der behinderten Kinder und Erwachsenen geheim zu halten, sickerten entsprechende Informationen bald an die Öffentlichkeit.⁷⁹⁹ Am 3. August 1941 erregte insbesondere der Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, große Aufmerksamkeit, als er in einer Predigt in der St.-Lamberti-Kirche öffentlich die Euthanasiemorde anprangerte und hervorhob, dass er „pflichtgemäß nach § 211 [Mord, d. Verf.] und § 139 [Anzeigepflicht für schwere Straftaten, d. Verf.] Strafgesetzbuch“ Mordanzeige erstattet habe.⁸⁰⁰

Die Proteste Galens und die weitverbreitete Verunsicherung in der Bevölkerung, die fürchtete, dass die Tötungen auf Kriegsversehrte ausgedehnt würden, führten tatsächlich zu einer Einschränkung der „Erwachseneneuthanasie“ im Reich.⁸⁰¹ Auf die weiterlaufende „Kindereuthanasie“ hatte dieser Beschluss offenbar jedoch keinen Einfluss, wie das Schreiben Contis vom 20. September 1941 nahelegt.

Die Proteste gegen die „Euthanasieaktion“ drangen auch zum RMdI und sind sicherlich auch Stuckart zu Ohren gekommen.⁸⁰² Es lässt sich aus den eingesehenen Quellen allerdings nicht rekonstruieren, inwieweit Stuckart über die Unterzeichnung des ersten Erfassungserlasses im Herbst 1939 hinaus in die weitere, die Morde begleitende Tätigkeit des RMdI eingebunden war. An den Beratungen zu einem die „Euthanasiemorde“ rechtfertigenden Gesetzesentwurf, den Hitler jedoch schließlich ablehnte, waren offenbar weder Stuckart noch andere Mitarbeiter der Abt. I beteiligt.⁸⁰³

⁷⁹⁹ Vgl. hierzu z.B. den Protest des Vormundschaftsrichters in Brandenburg, Dr. Lothar Kreyszig, der dem RJM am 8.7.1940 mitteilte, dass seine Mündel in verschiedenen Anstalten offenkundig „getötet worden“ seien und der deswegen, um „Aufklärung und Rat“ seiner „vorgesetzten Dienstbehörde“ bat. Zit. nach Förster, Schlegelberger, S. 108. Vgl. auch: Gruchmann, Ein unbequemer Amtsrichter, in: VfZ 32 (1984), S. 462–488.

⁸⁰⁰ Zit. nach Hansjakob Stehle: Widerstand mit Widersprüchen. Des Bischofs von Münster treudeutscher Löwenmut: Zum 50. Todestag des Grafen Galen, in: Die Zeit Nr. 13 vom 22.3.1996, S. 86.

⁸⁰¹ Vgl. hierzu: Förster, Schlegelberger, S. 120; Süß, Der „Volkskörper“ im Krieg, S. 127–151; dort auch über die Wiederaufnahme der Krankenmorde, ebenda, S. 311–369.

⁸⁰² So nahm etwa der Berliner Dompropst, Bernhard Lichtenberg, ausdrücklich Bezug auf Galens Predigt, als er sich mit einem Protestschreiben am 28.8.1941 an Conti wandte: „Der Bischof von Münster hat am 3.8.1941 in der St. Lambertus-Kirche in Münster eine Predigt gehalten, in der er behauptete, es sei ihm versichert worden, dass man im Reichsministerium des Innern und auf der Dienststelle des Reichsärztesführers Dr. Conti gar keinen Hehl daraus mache, dass eine große Anzahl von Geisteskranken in Deutschland vorsätzlich getötet worden ist und in Zukunft getötet werden soll. [...] Ich gebe von diesem Brief der Reichskanzlei, den Reichsministerien und der Geheimen Staatspolizei Kenntnis [...]“ (nachzulesen unter: www.kath.de/pjp/lichtenb/kemper.htm [eingesehen am 28.6.2008]).

⁸⁰³ Hitler hatte – nach einer Mitteilung von Lammers vom 23.7.1940 – die Legalisierung der Euthanasiemorde durch ein Gesetz abgelehnt. Dies und zahlreiche Beschwerden veranlassten Stuckarts Staatssekretärskollegen und amtierenden RJM, Dr. Franz Schlegelberger, am 23./24.4.1941 im „Haus der Flieger“, dem heutigen Berliner Abgeordne-

Nach Darstellung von Stuckarts drittem Sohn, Rüdiger Stuckart, wurde am 15. Juni 1941 jedoch dessen größerer Bruder, Stuckarts am 2. November 1940 geborener zweiter Sohn Gunther, selbst ein Opfer der „Kindereuthanasie“. Er wurde zu dem in Leipzig tätigen Professor Dr. Werner Catel gebracht, der an der „Kindereuthanasie“ mitwirkte.⁸⁰⁴ Bedauerlicherweise ließen sich keine anderen Quellen zu diesen Vorkommnissen auffinden.

Für das SS-Mitglied und den überzeugten Nationalsozialisten Stuckart mag die Geburt eines behinderten Kindes ein schwerer Makel gewesen sein. Dieses Kind dann im Wissen um die von ihm mit veranlasste „Kindereuthanasie“ dem „Euthanasiearzt“ Professor Catel zu überlassen, es gewissermaßen der eigenen Ideologie zu opfern, erscheint besonders grausam und konsequent.

Von der „territorialen zur endgültigen Lösung der Judenfrage“: Stuckarts Mitwirkung an der „Endlösung der Judenfrage“

Die Verteidigung Stuckarts betonte in ihrem Nürnberger Schlussplädoyer, dass das RMdI an der „Endlösung der Judenfrage“, d. h. dem systematischen Massenmord an den europäischen Juden, nur noch „in den Grenzen seiner Zuständigkeit“ „an den rechtlichen Maßnahmen“ beteiligt war, während die „praktischen Maßnahmen“ – d. h. das Morden an sich –, „in die Hände der Polizei gelegt“ wurden.⁸⁰⁵ Die Beteiligung an „rechtlichen Maßnahmen“, die in den Grenzen der Zuständigkeit von Stuckart und seinen Mitarbeitern verblieben, waren vor allem die rechtliche Absicherung der Deportationen und die damit eng verknüpfte Frage der Definition des Opferkreises, nämlich ob auch „Mischlinge“ und in „Mischehen“ lebende Menschen deportiert und ermordet werden sollten.

Auch nach Schaffung der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ im Januar 1939 und der damit verbundenen förmlichen Verschiebung der Federführung in der Judenfrage hin zum Chef der Sicherheitspolizei und des SD⁸⁰⁶ wurde Stuckart von Heydrich weiter über „Maßnahmen“ auf dem Gebiet der „Judenpolitik“ unterrichtet und konnte ziemlich genau über die Vorgehensweise bei der unmittelbar nach Kriegsbeginn anlaufenden Verbringung der jüdischen Bevölkerung in Ghettos in Polen Bescheid wissen. Dies macht insbesondere ein als „Geheim“ eingestuftes „Schnellbrief“ Heydrichs an die Chefs aller Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei vom 21. September 1939 deutlich, von dem das RMdI – „z. Hd. des Herrn Staatssekretär Stuckart“ – sowie andere Behörden eine Kopie erhielten.⁸⁰⁷

tenhaus, eine Besprechung mit den OLG-Präsidenten und Generalstaatsanwälten abzuhalten, auf der die Spitzen der Justiz über die Euthanasiemorde unterrichtet und verpflichtet wurden, über entsprechende Anzeigen direkt ans RJM zu berichten. Vgl. hierzu: Förster, Schlegelberger, S. 115 f.; Gruchmann, Euthanasie und Justiz, in: VfZ 20 (1972), S. 235–279; ders., Ein unbequemer Amtsrichter, in: VfZ 32 (1984), S. 462–488.

⁸⁰⁴ Zu Catel s. Friedländer, Der Weg zum NS-Genozid, S. 84–87.

⁸⁰⁵ Vgl. S. 21 f. der deutschsprachigen Fassung des Schlussplädoyers, in: BAK N 1292/125.

⁸⁰⁶ Vgl. hierzu: Ermächtigung zur Errichtung der Reichszentrale vom 24. 1. 1939, in: PAAA R 100857, Bl. 5 f.

⁸⁰⁷ Vgl. Nbg.-Dok. EC 307, in: LAB Rep. 031-02-01, Nr. 12647, hierzu auch: Longerich, Himmler, S. 454.

In diesem Schreiben wies Heydrich eingangs daraufhin, dass „die geplanten Gesamtmaßnahmen (also das Endziel) streng geheim zu halten sind“. Heydrich differenzierte zwischen „1. dem Endziel (welches längere Fristen beansprucht) und 2. den Abschnitten der Erfüllung dieses Endziels (welche kurzfristig durchgeführt werden).“ Als „erste Vormaßnahme für das Endziel“ benannte Heydrich „zunächst die Konzentrierung der Juden vom Lande in die größeren Städte“, wobei die vom Reich annektierten polnischen Gebiete „von Juden freigemacht werden“ bzw. dort nur wenige „Konzentrierungsstädte“ gebildet werden sollten, die wiederum „entweder Eisenbahnknotenpunkte sind oder zumindest an Eisenbahnstrecken liegen“. Ferner wies Heydrich die Bildung jüdischer Ältestenräte an, die „für die exakte termingemäße Durchführung aller ergangenen oder noch zu ergehenden Weisungen“ wie die Zählung, Erfassung, Unterbringung, Verpflegung etc. der jüdischen Bevölkerung „voll verantwortlich zu machen“ seien. Als „Begründung für die Konzentrierung“ hatte „zu gelten, dass sich Juden maßgeblichst [sic!] an den Franktireurüberfällen und Plünderungsaktionen beteiligt“ hätten. Diese hatten bereits in den ersten Tagen des Polenfeldzuges als Vorwand für allerlei brutale Willkürmaßnahmen von Wehrmacht und SS gegen die polnische Bevölkerung gedient.⁸⁰⁸

Zudem war Stuckart – wie oben ausgeführt – zugegen, als Hitler am 17. Oktober 1939 Keitel, Himmler, Heß, Frick und Lammers sein radikales „Programm“ für Polen erläuterte⁸⁰⁹, aufgrund dessen am 12. November 1939 der Himmler unterstehende HSSPF in Posen, Wilhelm Koppe, den Befehl zur Deportation von 200 000 Polen und 100 000 Juden aus dem Warthegau ins Generalgouvernement gab.⁸¹⁰ Im Hinblick auf die im Herbst 1939 geschlossenen Verträge mit Estland, Italien, Lettland und der Sowjetunion über die Umsiedlung der „Volksdeutschen“ in die besetzten polnischen Gebiete sollte „Lebensraum“ geschaffen werden, um den „Volksdeutschen“ die „Heimkehr“ ins Reich zu ermöglichen.⁸¹¹

⁸⁰⁸ Zu den Gewalttaten beim „Polenfeldzug“ s. Herbert, Best, S. 234–240. Bei ihren „Maßnahmen“ war die Sipo angehalten, enge Fühlung mit Wehrmacht und Zivilverwaltung zu halten, damit durch die Verbringung in die Ghettos insbesondere kein größerer wirtschaftlicher Schaden entstehe. Darüber hinaus ordnete Heydrich Berichtspflichten zur Ghettoisierung für die Chefs der Einsatzgruppen an und ermahnte sie zu enger Zusammenarbeit. Vgl. Nbg.-Dok. EC 307, in: LAB Rep. 031-02-01, Nr. 12647.

⁸⁰⁹ Vgl. Rebentisch, Führerstaat, S. 172; Nbg.-Dok. PS-864, in: IMT, Bd. XXVI, S. 382.

⁸¹⁰ Das RSHA reduzierte den Befehl etwas später auf den „1. Nahplan“, nach dem rund 88 000 Menschen in den ersten Dezemberwochen aus dem Warthegau „ausgesiedelt“ wurden. Himmler ordnete an, Juden und Polen, die versuchten zurückzukehren, „sofort standrechtlich zu erschießen“. Vgl. Aly, „Endlösung“, S. 68f.; Longerich, Himmler, S. 457–571.

⁸¹¹ Vgl. Cesarani, Eichmann, S. 118. Das Deutsche Reich schloss im Herbst 1939 eine Reihe von Abkommen zur Umsiedlung sogenannter Volksdeutscher: am 15. 10. 1939 das Abkommen mit Estland über die Umsiedlung der deutschen Volksgruppe (etwa 12 900 Personen). Am 21. 10. 1939 folgte das „Abkommen über die Umsiedlung von Reichsdeutschen und Volksdeutschen aus Südtirol in das Deutsche Reich“ mit Italien. Am 31. 10. 1939 wurde ein Umsiedlungsvertrag mit Lettland unterzeichnet, von dem 48 600 Baltendeutsche betroffen waren (bis 1940 wurden ca. 88,6% der deutschbaltischen Bevölkerung umgesiedelt). Am 3. 11. 1939 schloss das Deutsche Reich mit der Sowjetunion ein Abkommen zur Umsiedlung aller Deutschen aus der Ukraine und Weißrussland sowie aller Ukrainer, Weißrussen und Russen aus den früher zu Polen gehörenden Ge-

Am 10. Dezember 1939 ordnete der zumindest nominell dem RMDI unterstehende Regierungspräsident Friedrich Übelhör schließlich die Bildung eines Ghettos in Lodz „als Übergangslösung“ zur Zusammenfassung der jüdischen Bevölkerung der Stadt an.⁸¹²

Am 12. Februar 1940 nahm Stuckart mutmaßlich an einer Sitzung über „Ostfragen“ unter Vorsitz Görings teil, auf der beschlossen wurde: „Das Generalgouvernement wird die geordnete Judenauswanderung aus Deutschland und den neuen Ostgauen aufnehmen müssen. Es darf aber nicht vorkommen, dass Transportzüge ohne ordnungsgemäße und fristgerechte Anmeldung bei dem Generalgouverneur ins Generalgouvernement geschickt werden.“⁸¹³

Handelte es sich bei den oben dargestellten „Maßnahmen“ um „Evakuierungen“, die vornehmlich nach der Auflösung Polens „staatenlos“ gewordene polnische Juden betrafen, so ist anzunehmen, dass Stuckart dienstlich Kenntnis erlangte von der „wilden Abschiebung“ jüdischer Deutscher, die auf Veranlassung örtlicher Gauleiter in Grenzgebieten durchgeführt wurden.⁸¹⁴ Immerhin hatte sein Mitarbeiter, Globke, beim Auswärtigen Amt interveniert, als das RMDI von der „Abschiebung“ von über 6000 jüdischen Deutschen aus Baden und der Saarpfalz nach Südfrankreich am 22. Oktober 1940 erfuhr, die auf Veranlassung des Gauleiters Bürckel mit Unterstützung Himmlers geschahen.⁸¹⁵ Es ist zudem kaum vorstellbar, dass das RMDI und Stuckart nicht über die Deportationen aus Pommern unterrichtet wurden, die im Frühjahr 1940 stattfanden: Am 12. und 13. Februar 1940 wurden über 1100 Juden aus der Region Stettin – fast die gesamte jüdische Bevölkerung der Stadt – in den Raum Lublin deportiert; am 12. März erfolgte die Deportation von 160 Menschen aus Schneidemühl nach Głowne bei Posen.⁸¹⁶

Unterdessen hatte Stuckart am 15. Februar 1940⁸¹⁷ die obersten Reichsbehörden über die erfolgreiche „Erfassung der Juden und jüdischen Mischlinge bei der

bieten. Die „Deutsch-sowjetische Vereinbarung über die Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus dem zur Interessenzone der UdSSR und der ukrainischen und weißrussischen Bevölkerung aus dem zur Interessenzone des Deutschen Reichs gehörenden Gebiet des früheren polnischen Staates“ vom 16. 11. 1939 bildete schließlich die Grundlage für weitere Bevölkerungstransfers/Vertreibungen. Vgl. hierzu: Longerich, Himmler, S. 461–471.

⁸¹² Vgl. Aly, „Endlösung“, S. 72.

⁸¹³ Sitzung bei Göring über Ostfragen vom 12. 2. 1940, Nbg.-Dok. EC-305, in: IMT, Bd. XXXVI, S. 299–307, hier S. 302.

⁸¹⁴ Vgl. Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 293; Cesarani, Eichmann, S. 127.

⁸¹⁵ Die Vertreter Frankreichs hatten der deutschen Waffenstillstandskommission eine Protestnote überreicht, die sich gegen die „Aussiedlung“ von über 6000 Juden aus dem Saargebiet und Baden nach Frankreich wandte. Ausweislich eines Vermerkes des Auswärtigen Amts vom 21. 11. 1940 wurde Stuckarts Mitarbeiter Globke damals beim Auswärtigen Amt vorstellig und verlangte eine Abschrift der französischen Note mit der Begründung, dass das RPrMDI die für „Judensachen zuständige Stelle“ sei. Vgl. Schreiben Rademachers an Luther, in: BAK N 1292/136. Rademacher mutmaßte in dem Schreiben, dass Globke als ehemaliger Saarreferent gegen Gauleiter Bürckel vorgehen wolle.

⁸¹⁶ Vgl. Browning, *The Final Solution and the German Foreign Office*, S. 20; Longerich, Himmler, S. 471.

⁸¹⁷ Nach der Statistik befanden sich zum Zeitpunkt der Volkszählung vom 17. 5. 1939 330 892 Juden (0,42% der Gesamtbevölkerung) im Reichsgebiet (inkl. Österreich), da-

Volkszählung 1939“ unterrichtet und mit seinem Schreiben eine vom Statistischen Reichsamt erstellte Übersicht zur jüdischen und zur „Mischlings“-Bevölkerung in den verschiedenen Reichsteilen übermittelt. Die im Nachgang zur Volkszählung von 1939 erstellte Aufstellung erfasste die jüdischen Bürgerinnen und Bürger sowie die im Reich lebenden „Mischlinge“ nahezu lückenlos und schuf eine wichtige Voraussetzung für deren spätere Deportation. Aus dem im Rahmen der Volkszählung 1939 gesammelten Material entstand im Herbst 1942 eine „Kartei der Reichsangehörigen nicht deutscher Volkszugehörigkeit“ („Volkstumsdatei“) beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD, in der neben den noch im Reich verbleibenden Juden und „Mischlingen“ auch Ausländer erfasst wurden.⁸¹⁸

Stuckart blieb zudem bei den immer weitergreifenden Entrechtungs- und Rationalisierungsmaßnahmen federführend, wie aus einer Einladung zu einer Besprechung für den 8. Januar 1941 deutlich wird, auf der – wie durch den Beauftragten für den Vierjahresplan angeregt – die durch „den Arbeitseinsatz der Juden notwendig gewordenen Sonderbestimmungen“ auf arbeitsrechtlichem Gebiet erörtert werden sollten.⁸¹⁹ Ziel dieser Erörterungen sollten nicht mehr diskriminierende Einzelmaßnahmen, d. h. „jeweilige Ausnahmen von dem Arbeitsrecht der Deutschen“ sein, sondern die Schaffung eines „erschöpfenden Arbeitsrecht[s] für die Juden“, das „ihre Sonderstellung auch grundsätzlich zum Ausdruck“ bringen sollte.⁸²⁰ Am 3. Oktober 1941 erging daraufhin die „Verordnung über Beschäftigungsverhältnisse mit Juden“.⁸²¹

Aufgrund seiner Funktion als „Zentralstellenleiter“ für die eingegliederten neuen Gebiete und seiner späteren Einbindung in sogenannte Umvolkungsmaßnahmen und in die Umsetzung der „Deutschen Volksliste“⁸²² erscheint es naheliegend, dass Stuckart Himmlers Denkschrift „Einige Gedanken über die Be-

von 82 788 in Berlin und 91 480 im „Reichsgau“ Wien. Die Zahl der „Mischlinge 1. Grades“ wurde auf 72 738 und die Zahl der „Mischlinge 2. Grades“ auf 42 811 (0,05% der Gesamtbevölkerung) beziffert. Vgl. Schreiben Stuckarts vom 15.2.1940, in: BAB R 1501/5519, Bl. 205–209 (Statistik: Bl. 208). Stuckarts Vertreter Hering hatte einen Monat zuvor, am 15.1.1940, bereits ein ähnliches Schreiben mit statistischen Angaben zur jüdischen und „Mischlings“-Bevölkerung in Preußen versandt, in welchem er darauf hingewiesen hatte, dass die Ergebnisse „auf Grund der ‚Ergänzungskarte für Angaben über Abstammung und Vorbildung‘, die bei der Volkszählung neben der Haushaltungsliste in verschlossenem Umschlag besonders abzugeben waren“, ermittelt worden seien (vgl. BAB R 1501/5519, Bl. 203f.).

⁸¹⁸ Vgl. Schreiben des RMDI an die Reichsstatthalter u. a. vom 10.12.1942, abgedruckt bei: Roth, Kommentar. Nun zählen sie wieder, in: 1999. ZfSG 2 (1987), Heft 2, S. 4–13, hier S. 12.

⁸¹⁹ Einladungsschreiben des RMDI an den Beauftragten für den Vierjahresplan u. a. vom 23.12.1940, in: BAB R 1501/5519. Zum geschlossenen Arbeitseinsatz für die deutschen Juden s. Gruner, Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden.

⁸²⁰ Ebenda.

⁸²¹ RGBl. 1941, I, S. 675; DVO vom 31.10.1941 (RGBl. 1941, I, S. 681).

⁸²² „VO über die deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten“ vom 4.3.1941 (RGBl. I, S. 118). Zur Volksliste s. Berger, Die Deutsche Volksliste in den eingegliederten Ostgebieten, in: DV 18 (1941), S. 327–331, sowie Stuckarts programmatischen Aufsatz: „Staatsangehörigkeit und Reichsgestaltung“, in: RVL V (1943), S. 57–91, hier S. 81f.

handlung der Fremdvölkischen im Osten“ kannte. In dieser am 25. Mai 1940 Hitler überreichten Denkschrift skizzierte der Reichsführer SS und Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums (RKFVD) seine Gedanken für eine Volkstumspolitik in Mittelosteuropa.⁸²³ Er beabsichtigte im Osten eine „rassische Siebung“ durchzuführen mit dem Ziel, die „rassisch Wertvollen“ zu assimilieren. Das Nationalbewusstsein der Polen, ihr Bewusstsein, eine ethnische Identität zu besitzen, sollte zerstört werden. Weiterbildende Schulen sollten für die polnische Bevölkerung nicht zugänglich sein, die nur bis 500 zählen lernen und vor allem lernen sollte, dass es ein „göttliches Gebot sei, den Deutschen zu gehorchen“. Für „rassisch-einwandfreie“ Kinder waren Ausnahmen vorgesehen. „So grausam und tragisch jeder einzelne Fall sein mag, so ist diese Methode, wenn man die bolschewistische Methode der physischen Ausrottung eines Volkes aus innerer Überzeugung als ungermanisch und unmöglich ablehnt, doch die mildeste und beste.“ Zur „Judenfrage“ führte Himmler lediglich aus: „Den Begriff Juden hoffe ich durch die Möglichkeit einer großen Auswanderung sämtlicher Juden nach Afrika oder sonst in eine Kolonie völlig auslöschen zu sehen.“⁸²⁴

Es erscheint demnach auch naheliegend, dass Stuckart über die Entwicklung unterrichtet war⁸²⁵, die den Hintergrund für Himmlers abschließende Bemerkung zum weiteren Vorgehen in der „Judenfrage“ bildete: das „Madagaskar-Projekt“.⁸²⁶ Immerhin hatten die Madagaskarplanungen des Auswärtigen Amts Heydrich veranlasst, mit Schreiben vom 24. Juni 1940 an den Außenminister Ribbentrop – in Übereinstimmung mit Görings Befehl von 1939 –, seine Federführung für eine „territoriale Endlösung“ anzumahnen, da das „Gesamtproblem“ der im deutschen Herrschaftsbereich befindlichen ca. „3 1/4 Millionen Juden“ durch Auswanderung nicht mehr gelöst werden könne.⁸²⁷ Im Hinblick auf die Friedens-

⁸²³ Abgedruckt in: Krausnick, Denkschrift Himmlers, in: VfZ 5 (1957), S. 194–198. Vgl. hierzu: Longerich, Himmler, S. 466.

⁸²⁴ Zitate nach: Krausnick, Denkschrift Himmlers, in: VfZ 5 (1957), S. 194–198, hier 195f.

⁸²⁵ In den überlieferten Beständen des RmDI, in: BAB R 1501, konnten hierzu allerdings keine Dokumente gefunden werden.

⁸²⁶ Zum Madagaskarplan: Brechtken, Madagaskar für die Juden; Jansen, Der Madagaskar-Plan.

⁸²⁷ Vgl. PAAA R 100857, Bl. 8. Zur Rolle des Auswärtigen Amts im „Dritten Reich“ vgl. Browning, *The Final Solution and the German Foreign Office*; ders., Referat Deutschland, in: *Yad Vashem Studies* 12 (1977), S. 37–73; ders., Unterstaatssekretär Martin Luther, in: *Journal of Contemporary History* 12 (1977), S. 313–344; Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich*; Weitkamp, *Braune Diplomaten*; sowie nunmehr Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit. SS-Obersturmführer Rademacher leitete das Judenreferat des Auswärtigen Amts (Referat D III) von 1941 bis Frühjahr 1943. Sein Nachfolger wurde Eberhard von Thadden. Rademacher sagte am 10. 3. 1948 in Nürnberg aus, dass sich sein Dienstverkehr fast ausschließlich auf das RSHA beschränkt habe, das sich „auf Grund eines Führerbefehls für Judenfragen allein zuständig erklärte“. Zum Nachweis des Führerbefehls habe das RSHA dem Auswärtigen Amt eine „Fotokopie eines entsprechenden Briefes“ von Göring übersandt. Nachdem die Auswanderung der Juden im Jahre 1940 „zum Erliegen“ gekommen sei, habe Heydrich eine „territoriale Endlösung“ propagiert. Luther habe ihm dann nach der Wannseekonferenz mitgeteilt, dass dem RSHA „die Endlösung der Judenfrage in Europa übertragen sei, in deren Verfolg die Bildung eines autonomen Reservats im Osten für die Juden vorgesehen sei“. Luther habe ihm „kein Wort von Vernichtung oder natürlicher Verminderung der Juden ge-*

verhandlungen mit der französischen Regierung hatte das Judenreferat des Auswärtigen Amtes im Sommer 1940 eine Denkschrift mit dem Titel „Die Judenfrage im Friedensvertrage“ verfasst.⁸²⁸ Danach sollte im Friedensvertrag mit Frankreich die Insel Madagaskar – „für die Lösung der Judenfrage“ – an das Deutsche Reich abgetreten werden, um zum Zielort für Judendeportationen aus Europa zu werden.⁸²⁹ Durch eine solche „territoriale Lösung der Judenfrage“ würde – anders als bei der forcierten Auswanderung – sichergestellt, dass die Juden „als Faustpfand in deutscher Hand für ein zukünftiges Wohlverhalten ihrer Rassegenossen in Amerika“ verwendet werden könnten.⁸³⁰

Die „Abschiebung“ der Juden in eine afrikanische Kolonie erschien dem NS-Staat im Sommer 1940 zunächst durchaus realistisch. Man rechnete mit einem baldigen Sieg über Großbritannien und damit, dass hierdurch der Zugriff auf die französischen Kolonien und die britische Handelsflotte gesichert würde. Zudem hatte das RSHA im Rahmen von Eichmanns durch Einspruch verschiedener Dienststellen gestopptem Projekt zur Einrichtung eines Judenreservates in Nisko am San in Ostpolen bereits entsprechende Erfahrungen auf dem Gebiet der Massendeportation und „Ansiedlung“ von Juden gesammelt.⁸³¹ Entsprechende Vorarbeiten sollten daher in engem Einvernehmen mit den „Dienststellen des RFSS“ vorgenommen werden, die die „Judenevakuierung“ und die Überwachung der Deportierten letztlich durchführen sollten. Eichmann und seine Mitarbeiter stimmten in der Folgezeit mit dem Auswärtigen Amt einen sehr detaillierten Plan für die Deportation der Juden und ihre Ansiedlung auf Madagaskar ab, der die Billigung Himmlers und offenbar auch Hitlers fand.⁸³² Das RSHA schätzte die Zahl der in

sagt“. Von Luther habe er im Laufe des Jahres 1941 erfahren, „dass Botschafter Abetz zu ihm gesagt habe, Hitler habe den Madagaskar-Plan gebilligt“. Hierauf habe er sich verlassen, bis er von „Luther die in der Wannsee-Besprechung von Heydrich bekannt gegebene Entscheidung Hitlers über die territoriale Lösung im Osten erfuhr“ (BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 59). Zu Rademacher s. Klee, Personenlexikon, S. 476.

⁸²⁸ PAAA R 100857, Bl. 10ff.

⁸²⁹ Cesarani, Eichmann, S. 123, nimmt an, dass Ribbentrop den Madagaskarplan als Mittel ansah, um Himmler und Heydrich an Radikalität übertrumpfen zu können, indem er Hitler hiermit eine „elegante Lösung“ des „Judenproblems“ anbot.

⁸³⁰ Der Gedanke, Madagaskar zur Ansiedlung der europäischen Juden zu verwenden, wurde nicht erst 1940 entwickelt. Bereits in der Zwischenkriegszeit verbreiteten die britischen Antisemiten Henry Hamilton Beamish und Arnold Leese sowie der Niederländer Egon van Winghene die Idee von einer Abschiebung der Juden nach Madagaskar. 1937 erhielt die polnische Regierung, die seinerzeit ebenfalls die Auswanderung ihrer jüdischen Bevölkerung vorantreiben wollte, von Frankreich die Genehmigung, eine dreiköpfige Prüfungskommission in die Kolonie Madagaskar zu schicken, um Ansiedlungsmöglichkeiten für polnische Juden zu erkunden. Neben der polnischen und der französischen Regierung hatten auch die britische Regierung und sogar das Joint Distribution Committee (JDC) erwogen, Juden in Madagaskar anzusiedeln. Auch Göring hatte anlässlich der Besprechung am 12. 11. 1938 Madagaskar als wünschenswerte „Lösung der Judenfrage“ bezeichnet. Zu den verschiedenen Madagaskarplanungen s. Brechtken, Madagaskar für die Juden; Jansen, Der Madagaskar-Plan.

⁸³¹ Vgl. hierzu: Cesarani, Eichmann, S. 114–120.

⁸³² Heydrich, der Chef des RSHA, leitete diesen Plan unmittelbar dem Außenminister zu, vgl. PAAA R 100857, Bl. 18ff. Am 8. 7. 1940 versicherte Hitler Generalgouverneur Frank, dass das Generalgouvernement in Bälde keine jüdischen Deportierten mehr aufneh-

Madagaskar anzusiedelnden Juden auf 4000 000.⁸³³ Ein enger Mitarbeiter Eichmanns sagte nach dem Krieg aus, dass man unter dem Begriff „Endlösung der Judenfrage in Europa“ im Jahre 1940 die „totale Auswanderung“ der Juden verstanden habe.⁸³⁴ Dies habe sich erst im Zuge der ausbleibenden militärischen Erfolge gegen Großbritannien geändert. Das Madagaskarprojekt wurde schließlich im September 1940 zurückgestellt. Spätestens nach dem Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941, der die Aussichten auf einen baldigen Friedensschluss schwinden ließ, wurde allen Beteiligten deutlich, dass der Madagaskarplan nicht realisierbar war. Da die deutsche Wehrmacht noch im Sommer 1941 große Landstriche im Osten besetzte, eröffnete sich aus der Perspektive der Beteiligten nunmehr eine andere Möglichkeit für eine „territoriale Lösung der Judenfrage im Osten“.⁸³⁵

Am 24. November 1941 weilte Stuckart zum Mittagessen und zum Vortrag bei Himmler in Friedrichsruh. Himmler vermerkte zu den Themen, die mit Stuckart erörtert wurden:

„1- Grenzfragen Südosten

2- Volkstumsfragen Abt. VI

3- Judenfrage gehören [sic!] zu mir

4- Zust. der Höheren SS u. Pol. Führer Posen;

Volkstumserlass Partei an ~~Stuckart/Frick~~; Volkstumserlasse Führer, Vertrag mit Ribbentrop.“⁸³⁶

men müsse, und Frank unterrichtete seine Mitarbeiter, dass geplant sei, „die ganze Judentumschaft im Deutschen Reich, im Generalgouvernement und im Protektorat in denkbar kürzester Zeit nach dem Friedensschluss in eine afrikanische oder amerikanische Kolonie zu transportieren. Man denkt an Madagaskar“. Vgl. Cesarani, Eichmann, S. 124. Unterdessen leitete Eichmann umfassende Erkundungen ein und schickte Mitarbeiter ins Hamburger Tropeninstitut und in die französischen Kolonialarchive in Paris. Anfang Juli 1940 traf er sich mit einer Gruppe deutsch-jüdischer Funktionäre, die binnen 24 Stunden die wesentlichen Gesichtspunkte für eine Evakuierung von vier Millionen europäischen Juden bei Kriegsende auflisten sollten.

⁸³³ In einer Vortragsnotiz vom 30. 8. 1940 über die „Bisherige Entwicklung des Madagaskar-Plans“ ging Rademacher davon aus, dass die höchstens auf 6 1/2 Millionen zu schätzenden europäischen Juden auf der Insel untergebracht werden könnten, vgl. PAAA R 100857, Bl. 37f.

⁸³⁴ Aussage Dieter Wislicenys vor dem IMT am 3. 1. 1946, in: IMT, Bd. IV, S. 395. Tatsächlich gibt es Hinweise, dass noch in den Folgemonaten im RSHA an der Verwirklichung des Madagaskarplanes gearbeitet wurde. Zu diesem Zweck nahm Heydrichs Behörde damals in Lissabon Kontakt mit Vertretern des „Joint Distribution Committee“ auf, die gebeten wurden, sich bei der britischen Regierung dafür einzusetzen, dass die Transportschiffe, die die anzusiedelnden Juden nach Madagaskar bringen sollten, unbehelligt blieben. Joint lehnte ein entsprechendes Ansinnen mit der Begründung ab, dass als jüdische Heimstätte nur Palästina in Frage komme. Vgl. Cesarani, Eichmann, S. 125f.

⁸³⁵ Nach einem als „Geheim“ eingestuften Brief Rademachers vom 10. 2. 1942 an den Gesandten Bielefeld hatte Hitler selbst diese Änderung befohlen, PAAA R 100857, Bl. 47: „Der Krieg gegen die Sowjetunion hat inzwischen die Möglichkeit gegeben, andere Territorien für die Endlösung zur Verfügung zu stellen. Demgemäß hat der Führer entschieden, dass die Juden nicht nach Madagaskar, sondern nach Osten abgeschoben werden sollen. Madagaskar braucht mithin nicht mehr für die Endlösung vorgesehen zu werden.“

⁸³⁶ Dienstkalender Himmlers, S. 281.

Diese Eintragung legt nahe, dass Stuckart und Himmler noch im November 1941 über Zuständigkeitsfragen in der Judenpolitik gestritten haben, obgleich leider keine weiteren Quellen zum Inhalt des Treffens zwischen Stuckart und Himmler aufgetan werden konnten.

Die rechtliche „Flankierung“ der Deportationen – Stuckarts Mitarbeit an der 11. Verordnung zum RBG

Der Judenmord entzog sich – selbst unter den Bedingungen des NS-Regimes – einer (formal-)rechtlichen Regelung, schon weil das Morden weitgehend geheim bleiben sollte.⁸³⁷ Zudem scheint es der NS-Bürokratie nach den Erfahrungen mit dem Behindertenmord deutlich geworden zu sein, dass Hitler der Normierung derartiger „Maßnahmen“ durch Gesetz ablehnend gegenüberstand.⁸³⁸ Dessen ungeachtet erforderten jedoch die Begleitumstände der Deportationen eine rechtliche Gestaltung. Die Opfer mussten in einer dem Grundsatz der Rechtssicherheit Rechnung tragenden Weise aus ihren trotz aller Ausgrenzungsmaßnahmen noch bestehenden schuld- und sachenrechtlichen Bindungen „gelöst“ werden, die den Rechtsfrieden nicht gefährdete. Zudem sollten die beschönigend als „Judenevakuierung“ bezeichneten Deportationen in Form eines standardisierten Massenverwaltungshandelns „effizient“ durch eine arbeitsteilig handelnde Bürokratie umgesetzt werden. Deren Akteure sollten mit zumindest dem Schein nach rechtmäßigen Handlungsermächtigungen ausgestattet werden, die sie von der Eigenverantwortlichkeit ihres Tuns entlasteten.

Stuckart und seinen Mitarbeitern kam daher 1940/41 die Aufgabe zu, den Rechtsrahmen für die Deportationen der jüdischen Deutschen zu gestalten. Zu diesem Zweck wurde in der Abteilung I eine Verordnung erarbeitet und abgestimmt, die am 25. November 1941 als 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz (RBG) im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wurde.⁸³⁹ Sie bildete den Versuch einer formal-juristischen Grundlage zur Absicherung des Deportationsprozesses. Sie erschien nur wenige Wochen, nachdem mit der Polizeiverordnung vom 1. September 1941⁸⁴⁰ eine äußerliche Kennzeichnung durch Tragen des sogenannten Judensterns eingeführt wurde und ab 15. Oktober 1941 die ersten Transporte mit jüdischen Deutschen in verschiedene Ghettos im Osten angelaufen waren.

⁸³⁷ Weber, Die Mitwirkung der Juristen, in: SchlHA 255 (2005), Heft 7, S. 207–212, hier S. 207. Dessen ungeachtet wurde in den Nachkriegsprozessen – insbesondere gegen Angehörige der Einsatzgruppen – darüber gestritten, inwieweit der Massenmord – entsprechend der von der damaligen vorherrschenden Auffassung vertretenen Rechtsauffassung – durch einen „geheimen Führerbefehl“ gedeckt war. Zu dieser Problematik: Redeker, Vergangenheitsbewältigung als Aufgabe der Justiz, in: NJW 17 (1964), Heft 24, S. 1097–1100; Kroeschell, Rechtsgeschichte der Neuzeit, S. 78 ff.

⁸³⁸ Vgl. hierzu: Weber, Die Mitwirkung der Juristen, in: SchlHA 255 (2005), Heft 7, S. 207–212, hier S. 207. Ein entsprechender Gesetzentwurf zur Rechtfertigung der „Euthanasie“-Morde wurde von Hitler 1941 verworfen. Vgl. hierzu auch den o.a. Fall des Brandenburger Vormundschaftsrichters Lothar Kreyssig bei Förster, Schlegelberger, S. 103–110.

⁸³⁹ RGBl. 1941, I, S. 722.

⁸⁴⁰ RGBl. 1941, I, S. 547.

§ 1 der 11. Verordnung legte fest, dass „ein Jude, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat“, nicht deutscher Staatsbürger sein könne, und definierte dann den gewöhnlichen Aufenthalt als gegeben, „wenn sich ein Jude im Ausland unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er dort nicht nur vorübergehend verweilt“. § 2 der Verordnung bestimmte, dass Juden, die am 25. November 1941 ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hatten oder ihn danach dorthin verlegten, die deutsche Staatsangehörigkeit *ipso iure* verloren.⁸⁴¹ Hierdurch sollte für die NS-Verwaltung ein Rationalisierungsgewinn erreicht werden. Während das oben dargestellte Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935⁸⁴² und die Vielzahl der ihm folgenden Verordnungen und Erlasse jüdische Deutsche zwar systematisch entrechtet hatten, so war ihnen bis zum Erlass dieser Verordnung bisher die deutsche Staatsangehörigkeit und damit auch ein gewisser – wenn auch bereits stark eingeschränkter – Rechtsstatus belassen worden.⁸⁴³ Bis zum Erlass der 11. Verordnung zum RBG – und außerhalb ihres geographischen Anwendungsbereiches – blieb der Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit von der Feststellung der „Volks- und Staatsfeindlichkeit“ im Einzelfall abhängig.⁸⁴⁴ Auch wenn der Be-

⁸⁴¹ § 2 der 11. VO hatte folgenden Wortlaut:

„§ 2 Ein Jude verliert die deutsche Staatsangehörigkeit,

a) wenn er beim Inkrafttreten dieser Verordnung seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, mit dem Inkrafttreten der Verordnung,

b) wenn er seinen gewöhnlichen Aufenthalt später im Ausland nimmt, mit der Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts ins Ausland.“

Den Begriffswechsel gegenüber den früheren Entwürfen vom „Wohnsitz“ zum „gewöhnlichen Aufenthalt“ als Anknüpfungspunkt begründete Stuckarts Stellvertreter MinDirig Hering damit, dass für den gewöhnlichen Aufenthalt allein objektive, vom Willen des Betroffenen unabhängige Gesichtspunkte maßgebend seien, so dass auch in das Generalgouvernement (wo sich die im Ausbau befindlichen Vernichtungslager befanden) abgeschobene Juden staatenlos wurden. Im Gegensatz dazu blieben die nach Theresienstadt, Auschwitz oder ins Ghetto von Litzmannstadt (Lodz) verschleppten Juden Deutsche, weil die VO auch im Protektorat Böhmen und Mähren sowie in den eingegliederten Ostgebieten galt. Vgl. Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 303. Theresienstadt, das demnach nicht unter die 11. VO zum RBG fiel, wurde über sogenannte Heimeinkaufsverträge finanziert, in denen die Deportierten ihr Restvermögen der Reichsvereinigung der Juden übertragen mussten, nachdem sie außerdem noch eine „Sammellagergebühr“ von 120 RM zu entrichten hatten. Vgl. Weber, Die Mitwirkung der Juristen, in: SchlHA 255 (2005), Heft 7, S. 207–212, hier S. 208.

⁸⁴² RGBl. 1935, I, S. 1146.

⁸⁴³ Das hatte 1940 bei der o.a. Abschiebung der saarpfälzischen Juden bereits zu Verwicklungen geführt, als die französische Regierung feststellte, dass es sich um deutsche Staatsbürger handelte, und bei der Waffenstillstandskommission vergeblich die Rückführung nach Deutschland und Ersatz der verauslagten Kosten verlangte. Vgl. Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 293.

⁸⁴⁴ Das „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. 7. 1933“ (RGBl. I, S. 480, geändert durch das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 10. 7. 1935“, RGBl. I, S. 1015, und ergänzt durch die „VO zur Durchführung des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 26. 7. 1933“, RGBl. I, S. 538) ermöglichte den Widerruf von Einbürgerungen, die aus Sicht des NS-Regimes als „rassisch unerwünscht“ galten (§ 1) sowie die Aberkennung der Staatsangehörigkeit von Bürgern, die sich im Ausland aufhielten, sofern sie durch „treuwidriges Verhalten“ deutsche Belange geschädigt oder eine Rückkehraufforderung nicht befolgt hatten (§ 2).

griff der „Volks- und Staatsfeindlichkeit“ 1937 durch einen entsprechenden Erlass Heydrichs zu einem weitreichenden „Gummitatbestand“ ausgeweitet wurde, um gezielt jüdische Emigranten auszubürgern und mit Hilfe des „Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens“ enteignen zu können⁸⁴⁵, so verursachte dieses Verfahren doch einen erheblichen bürokratischen Aufwand, der im Hinblick auf die im Herbst 1941 noch etwa knapp 200 000 im Reich verbliebenen Juden – aus Sicht der Verwaltung – reduziert werden sollte.⁸⁴⁶

Die entscheidende Rechtsfolge des Staatsangehörigkeitsverlustes war demnach auch die Enteignung der Deportierten. Nach § 3 Abs. 1 der 11. Verordnung verfiel das Vermögen eines Juden dem Reich in dem Moment, in dem er seine Staatsangehörigkeit verlor, d. h. im Augenblick des Grenzübertritts.⁸⁴⁷ Ferner legte § 3 Abs. 1 der 11. Verordnung fest, dass dem Reich das Vermögen derjenigen Juden

Stuckarts späterer Stellvertreter, Hering, rechtfertigte diesen „harten Eingriff“ damit, dass „die laxe Einbürgerungspraxis der vergangenen 14 Jahre“ „eine große Zahl höchst unerwünschter, großenteils der deutschen Art wesensfremder Elemente in die Volksgemeinschaft“ habe hineingelassen, die „teils als Schädlinge, teils als Fremdkörper“ empfunden worden seien, vgl. ders., Der Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit, in: RVBl. 54 (1933), S. 621–624, hier S. 621. Vgl. hierzu: Hepp (Hg.), Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–45, Bd. 1; Neander, Das Staatsangehörigkeitsrecht des „Dritten Reiches“, <http://aps.sulb.uni-saarland.de/theologie.geschichte/inhalt/2008/59.html#fuss2> (eingesehen am 26. 6. 2008).

⁸⁴⁵ Nach einem Geheimerlass Himmmlers vom 30. 3. 1937 sollten neben „Rasseschändern“, Sozialdemokraten und Kommunisten nunmehr auch jüdische Deutsche darunterfallen, die gegen die Devisen- und Steuergesetze oder andere Strafvorschriften verstoßen hatten. Zur Praxis: Lehmann, Acht und Ächtung politischer Gegner im Dritten Reich, in: Hepp (Hg.), Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–45, Bd. 1, S. XIII f. Vgl. hierzu die Ausführungen im Urteil des Zweiten Senats des BVerfG vom 24. 5. 2006 – 2 BvR 669/04, S. 37 f. Meinel, Stigmatisiert-diskriminiert-ausgeraubt, in: Brumlik/Meinel/Renz (Hg.), Gesetzliches Unrecht, S. 65–94, hier S. 92, Anm. 21, hat unter Verweis auf LAB, A 93-03, Nr. 54589, ermittelt, dass das zentral zuständige Finanzamt Berlin-Moabit-West von 1933 bis September 1940 insgesamt 3562 Fälle von Ausbürgerung mit Vermögenseinziehung verzeichnete.

⁸⁴⁶ Weber, Die Mitwirkung der Juristen, in: SchIHA 255 (2005), Heft 7, S. 207–212, hier S. 208, geht unter Bezugnahme auf das Wannseeprotokoll und Einbeziehung der dort angenommenen Zahlen für die eingegliederten „Ostgebiete“, d. h. „Danzig-Westpreußen“, das „Wartheland“ und Teile von „Oberschlesien“, also Westpolen, sogar von 670 000 Menschen aus, die allerdings, sofern sie als Juden klassifiziert wurden, die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erlangten. Stuckart hatte in seiner Anweisung zur Volkslistenverordnung vom 13. 3. 1941 ausdrücklich bestimmt, dass Juden und Zigeuner nicht einmal „Staatsangehörige auf Widerruf“ werden konnten. Vgl. Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 289.

⁸⁴⁷ Weber, Die Mitwirkung der Juristen, in: SchIHA 255 (2005), Heft 7, S. 207–212, hier S. 208, hat darauf hingewiesen, dass dies einer der Gründe war, weshalb die Deportationszüge zwischen Abfahrt und Ankunft nicht verlassen werden durften und plombiert wurden. Wer auf dem Transport verstarb, dessen Tod konnte mangels anderer Feststellungen als im Ausland eingetretten fingiert werden. Für die Enteignung der noch auf dem Territorium des Deutschen Reiches verstorbenen jüdischen Deutschen wäre mangels Staatsangehörigkeitsverlust infolge des „Grenzübertritts“ formal weiterhin die Feststellung der „Volks- und Staatsfeindlichkeit“ erforderlich gewesen, was den Enteignungsprozess komplizierter gestaltet hätte. Dieses „Verwaltungsproblem“ wurde erst einhalb Jahre später mit der letzten, der 13. VO zum RBG vom 1. 7. 1943 (RGBl. 1943, I, S. 372) endgültig „bereinigt“. In der 13. VO zum RBG wurde kurzerhand festgelegt: „Nach dem Tode eines Juden verfällt sein Vermögen dem Reich.“

zufallen sollte, die bei dem Inkrafttreten dieser Verordnung staatenlos waren und zuletzt die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland genommen hatten oder nehmen würden. Damit wurde sichergestellt, dass auch die ausgewanderten oder die vor Erlass der 11. Verordnung bereits über die Reichsgrenze deportierten Juden enteignet wurden. § 3 Abs. 2 der 11. Verordnung bestimmte – analog zu Stuckarts Vorschlägen zur Verwendung eines speziellen Sondersteueraufkommens für Juden –, dass das Vermögen der Deportierten zur „Förderung aller mit der Lösung der Judenfrage im Zusammenhang stehenden Zwecke dienen“ sollte, mithin die Deportation und die am Deportationsziel stattfindende „Lösung“ finanzieren sollte.⁸⁴⁸

In einem strafbewehrten Testier- und Schenkungsverbot wurde es deutschen Staatsangehörigen in § 4 der 11. Verordnung untersagt, den von Deportation bedrohten Juden etwas zu schenken. Zugleich wurde festgelegt, dass Juden nach § 4 Abs. 1 von deutschen Staatsangehörigen nichts von Todes wegen erben durften. Verfügungen von Todes wegen zugunsten von Juden wurden demnach ausgeschlossen, womit der Verlust der Rechtssubjektsqualität der Juden noch einmal unterstrichen wurde.⁸⁴⁹

Daneben wurden weitere flankierende Maßnahmen getroffen, um sicher zu stellen, dass infolge der Enteignung oder durch das „Verschwinden“ der Menschen dem Reich keine pekuniären Belastungen entstanden. So wurde die Haftung für die im Wege der Universalsukzession auf das Reich übergegangenen Schulden von Juden der Höhe nach auf den Wert des enteigneten Vermögens beschränkt und konnte auch ganz entfallen, wenn die Erfüllung der Schulden „dem Volksempfinden widersprechen würde“. Unterhaltsansprüche gegen Juden entfielen. Im Inland lebenden nichtjüdischen Berechtigten konnte jedoch ein Ausgleich im Wege einer ins Ermessen der Behörden gestellten Billigkeitsentschädigung gewährt werden (§§ 5 und 6 der 11. Verordnung). Hierdurch sollten offensichtlich die Rechtsfolgen der 11. Verordnung zumindest für „arische Unterhaltsberechtigte“, z. B. nichtjüdische Partner geschiedener „Mischehen“, „abgefedert“ werden. In § 7 wurde eine sechsmonatige strafbewehrte Frist zur Anmeldung etwaiger Vermögenswerte in den Händen Dritter und zur Geltendmachung von Ansprüchen bei dem Oberfinanzpräsidenten Berlin geregelt⁸⁵⁰, der nach § 8 Abs. 2 für die Verwaltung und

⁸⁴⁸ Weber, Die Mitwirkung der Juristen, in: SchlHA 255 (2005), Heft 7, S. 207–212, hier S. 208, sieht in der sprachlichen Verknüpfung des Tarnbegriffs „Lösung der Judenfrage“ mit dem Verwendungszweck für das geraubte Vermögen einen deutlichen Bezug zum Genozid. Ob dies allen Beteiligten so klar war, darf allerdings bezweifelt werden, da der Begriff „Lösung der Judenfrage“ sich zuvor auf die Auswanderung und später auch auf die Deportation i. S. einer „territorialen Lösung“ bezog, die nicht von Anfang an die systematische Vernichtung mit umfasste.

⁸⁴⁹ Mit bindender Interpretation bestimmte eine allgemeine Anweisung des RJM vom 24. 9. 1941, dass zugleich Testamente zugunsten von Juden ungültig seien. Vgl. Deutsche Justiz 103 (1941), S. 958; eine solche Anweisung war erforderlich geworden, nachdem sich in der Vergangenheit Gerichte „unbotmäßig“ verhalten und Juden Erbscheine nach „deutschblütigen“ Erblassern erteilt hatten. Vgl. „Anmerkung der Schriftleitung“, in: DR 11 (1941), S. 2330.

⁸⁵⁰ Dabei ging es nicht so sehr um die wenigen, den Opfern verbliebenen Vermögensgegenstände, die sie bei Erhalt des Deportationsbefehls in einer Vermögenserklärung an-

Verwertung des verfallenen Vermögens sowie die gebührenfreie Grundbuchberichtigung zuständig war.⁸⁵¹ Die Feststellung über den Eintritt der Voraussetzungen des Vermögensverfalls hatte die für Deportation (und Vernichtung) zuständige Behörde, der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, zu treffen.

§ 10 regelte das Erlöschen von beamtenrechtlichen Versorgungsansprüchen mit dem Ablauf des Monats, in dem der Staatsangehörigkeitsverlust eintreten war. Nach § 10 Abs. 2 der 11. Verordnung zum RBG war jedoch auch hierbei – mit Augenmerk auf „Mischlinge“ und Partner aus „Mischehen“ – für in Deutschland verbliebene Angehörige eine ins Ermessen der Behörden gestellte Billigkeitsentschädigung vorgesehen. So konnte ein Unterhaltsbeitrag bewilligt werden, sofern „im Falle des Todes des Versorgungsberechtigten“ Ansprüche auf „Witwengeld, Waisengeld, Unterhaltsbeitrag oder ähnliche Bezüge“ bestanden.⁸⁵² Im Rahmen von Deportation, Staatsangehörigkeitsverlust und Enteignung sollten unvorhergesehene „Härten“ vermieden werden. Daher wurde in § 11 der 11. Verordnung eine Generalklausel aufgenommen, die es dem RMDf ermöglichte, „abweichende Regelungen zu treffen“.⁸⁵³

Der örtliche Geltungsbereich umfasste nach § 12 der 11. Verordnung auch das Protektorat Böhmen und Mähren und die eingegliederten Ostgebiete. § 13 ermächtigte den RMDI im Einvernehmen mit dem Leiter der Parteikanzlei und den sonst beteiligten Reichsministern die zur Ergänzung und Durchführung erforderlichen Bestimmungen zu erlassen.

Am 3. Dezember 1941 unterzeichnete Stuckart eine vertrauliche Anordnung zur Durchführung der 11. Verordnung zum RBG⁸⁵⁴ und schloss dadurch eine Regelungslücke, die sich nach der Durchführung der Deportationen in den Osten ergeben hatte:

„(1) Der Verlust der Staatsangehörigkeit und der Vermögensverfall trifft auch diejenigen unter die Verordnung fallenden Juden, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in den von den deutschen Truppen besetzten oder in deutsche Verwaltung genommenen Gebieten haben oder in Zukunft nehmen, insbesondere auch im Generalgouvernement und in den Reichs-

geben mussten. Vielmehr sollten vor allem versteckte oder verschwiegene Konten erfasst werden. Wer jüdisches Vermögen besaß oder Juden etwas schuldete, musste das bei Vermeidung von Strafe dem Oberfinanzpräsidenten melden. Zum Verhalten der Banken s. Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 313–318.

⁸⁵¹ § 9 der 11. VO zum RBG regelte die grundbuchrechtliche Abwicklung der Entziehung von Grundstücken und Rechten an Grundstücken. Weber, Die Mitwirkung der Juristen, in: SchlHA 255 (2005), Heft 7, S. 207–212, hier S. 208.

⁸⁵² Ebenda. Während den nichtjüdischen Angehörigen der Unterhaltsbetrag „bis zur Höhe der entsprechenden Hinterbliebenenversorgung bewilligt“ werden konnte, war dies bei den jüdischen Angehörigen nur bis zur Hälfte möglich. Kinderzuschläge wurden zudem nur „an nichtjüdische Versorgungsempfänger gewährt“.

⁸⁵³ Der Wortlaut von § 11 der 11. VO zum RBG lautet: „Um Härten zu vermeiden, die aus dem Vermögensverfall entstehen, kann der Reichsminister der Finanzen eine von den Vorschriften der §§ 3 bis 7 und 9 abweichende Regelung treffen. Das gilt auch für Fälle, in denen das Vermögen auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. 7. 1933 (RGBl. I, S. 480) für verfallen erklärt worden ist oder in Zukunft für verfallen erklärt wird.“

⁸⁵⁴ BAB R 1501/3746 b.

kommisariaten Ostland und Ukraine. (2) Von einer Veröffentlichung dieser Anordnung ist abzusehen.“

Die Vertraulichkeit dieser Anordnung musste gewahrt werden, da es unzutunlich schien, das Generalgouvernement oder die besetzten Ostgebiete in einer amtlichen Anordnung als „Ausland“ zu bezeichnen. Zu einer ähnlichen Regelung sah sich Stuckart am 2. Juni 1942 bezüglich der „Zahlung von Versorgungsbezügen an nach dem Osten abgeschobene jüdische Versorgungsempfänger“ veranlasst.⁸⁵⁵

In der 77. Sitzung des Bezirksgerichts Jerusalem vom 22. Juni 1961 erläuterte Eichmann auf Befragung seines Verteidigers Dr. Servatius nach dem unkorrigierten stenographischen Protokoll die Entstehung und Handhabung der 11. Verordnung zum RBG wie folgt:

„Dieser Entwurf, der seitens der Abteilung I MdI vorgelegt wurde, war, soviel weiß ich, die Basis für die darauf folgende 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz. Sie war darüber hinaus die Basis schlechtweg, die gesetzliche Basis schlechtweg, um Deportationen von Juden aus dem Reichsgebiet, d.h. von Juden deutscher Staatsangehörigkeit, in der Folge frei zu ermöglichen. Ich kann es heute nicht sagen, ob es dann andere Maßnahmen diktatorischer Art ermöglicht hätten, aber jedenfalls, diese gesetzliche Basis, die machte es den Spitzenbehörden sehr bequem, ihre Deportationsanordnungen in grundsätzlicher Hinsicht zu erteilen. Darüber hinaus wurde die Frage der Vermögensregelung mit dieser Frage angeschnitten und erledigt, und beide Fragen waren späterhin gleichsam Vorbild für eine ähnliche Regelung, z. B. in Frankreich⁸⁵⁶, ich kann mich im Augenblick nicht an andere Länder erinnern; in Frankreich weiß ich es ganz genau, wo hier die örtlichen deutschen Bevollmächtigten oder Missionschefs auf die französische Regierung Einfluss nahmen, mag auch sein der höhere SS- und Polizeiführer, nach diesem Muster ihre Juden auszubürgern, weil auf Grund dieser gesetzlichen Basis eben die Deportationen leichter durchzuführen waren.“

In der 78. Sitzung vom 23. Juni 1961 führte Eichmann zu dieser Frage weiter aus:

„Ich bin der Meinung, dass, soweit es sich um die gesetzliche Basis in fundamentaler Hinsicht handelt, ausschließlich das Reichsministerium des Innern zuständig war und nicht etwa die Dienststelle des Chefs des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei. Hier sieht man an sich, an Hand vieler Dokumente, an Hand einiger Dokumente, dass die

⁸⁵⁵ In diesem von Stuckart „in Vertretung“ unterzeichneten und als „vertraulich“ gekennzeichneten Schreiben an die oberste Reichsbehörde u.a. vom 2.6.1942 wies Stuckart auf die Problematik hin, dass § 10 der 11. VO nicht auf die in das Ghetto „Litzmannstadt (Lodz) abgeschobenen jüdischen Versorgungsempfänger“ zutraf, da sich diese noch im Inland (d.h. im annektierten Wartheland) befanden. Er verfügte daher kurzerhand, dass das „Vermögen dieser jüdischen Versorgungsempfänger nach den einschlägigen Bestimmungen über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens zu Gunsten des Deutschen Reiches eingezogen“ worden sei, mit der Wirkung, „dass die Zahlung der Versorgungsbezüge in diesen Fällen einzustellen ist“. Hinsichtlich der ins Generalgouvernement und in die Reichskommissariate Ostland und Ukraine abgeschobenen Juden, verwies Stuckart auf seinen o.a. nicht veröffentlichten Runderlass vom 3.12.1941. Vgl. BAB R 1501/5515, Bl. 35f.

⁸⁵⁶ Mit Gesetz vom 23.7.1940 verloren Franzosen, die sich ohne ein „legitimes“ Motiv außerhalb der französischen Staatsgrenzen aufhielten, ihre Staatsangehörigkeit. Ihr Vermögen wurde eingezogen. Vgl. zudem die „VO über Maßnahmen gegen Juden“ vom 27.9.1940, in: VOBl. des Militärbefehlshabers in Frankreich vom 30.9.1940, S. 92f., und das erste französische „Loi portant sur le statut des Juifs“ vom 3.10.1940, in: Journal Officiel du 18 octobre 1940, S. 5323, sowie die folgenden Bestimmungen zur Einziehung jüdischen Vermögens. Vgl. Mayer, Staaten als Täter, S. 105–173.

Federführung bei den jeweiligen Chefs innerhalb des Innenministeriums gelegen hat, und dass die Juristen des Reichssicherheitshauptamtes beispielsweise zu den Besprechungen gebeten wurden, weil sie am Rande mitzubeteiligen waren, nicht in federführender Hinsicht. Das heißt also, dass diese gesetzlichen Vorausmaßnahmen in die primäre Zuständigkeit der Abteilungen des Reichsministeriums des Innern fielen und nicht in die des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Sicherheitspolizei.“

Mag Eichmanns Aussage auch von der Absicht getragen gewesen sein, das eigene Tun zu verharmlosen, indem er glaubhaft machen wollte, dass die Gesamtinitiative für die Deportationen nicht beim RSHA, sondern beim RMdI lag, so wird jedoch auch aus den Quellen deutlich, dass Stuckart und seine Mitarbeiter eine maßgebliche Rolle bei der Ausarbeitung der 11. Verordnung spielten.

Auch wenn im Entstehungszeitpunkt der 11. Verordnung die systematische Vernichtung der Juden noch nicht feststand und Stuckart möglicherweise diese selbst auf der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 noch nicht in ihren Dimensionen erfassen konnte, so gab es für ihn und seine Mitarbeiter bereits im Winter 1940 keine Zweifel, dass eine – wie auch immer geardete – „Endlösung“ das „Verschwinden“ der Juden aus dem Reichsgebiet nach sich ziehen sollte. Zudem stand die Entstehung der 11. Verordnung in engem Zusammenhang mit einem anderen zentralen Vorhaben der Abteilung I: der „Neuordnung des Staatsangehörigkeitsrechts“, die vom RMdI schon seit 1938 verfolgt wurde. Mit der Eingliederung der neugewonnenen Gebiete mit ihrer zum Teil als „eindeutschungsfähig“, zum Teil als „fremdvölkisch“ qualifizierten Bevölkerung erlangte dieses Vorhaben 1939/40 zentrale Bedeutung.

Bereits im Zuge der Erweiterung des deutschen Staatsverbandes durch den „Anschluss“ Österreichs trat Stuckart im Sommer 1938 in einem programmatischen Artikel, „Probleme des Staatsangehörigkeitsrechts“, in der „Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht“ für eine grundlegende Novellierung des als überkommen und liberalistisch geltenden Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 und eine Abkehr von den internationalen Prinzipien des Staatsangehörigkeitserwerbs durch Geburt oder Heirat ein.⁸⁵⁷ Im Gegensatz zum Liberalismus

⁸⁵⁷ Stuckart, Probleme des Staatsangehörigkeitsrechts, in: ZSdAfDR 5 (1938), S.401–403. Bereits am 14.2.1938 hatte die Abt.I einen Referentenentwurf für ein „Gesetz über den Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit“ versandt, der den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit für Kinder vorsah, die „aus einer nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geschlossenen Ehe stammen und Jude“ sind. Das Gleiche sollte für Kinder gelten, die nach den Rassengesetzen als „Mischlinge“ oder „sonst artfremden Blutes“ kategorisiert wurden, sowie „wenn einer der Ehegatten Jude, jüdischer Mischling oder sonst artfremden Blutes ist“. In der vertraulichen Begründung wurde erläutert, dass durch den Gesetzentwurf, „die in vieler Hinsicht unerwünschten Rassenmischlinge in Deutschland nach und nach zum Verschwinden“ gebracht werden sollen. „Es hieße aber dieses Ziel gefährden, wenn auf dem Umweg über den automatischen Erwerb der Staatsangehörigkeit durch eheliche Abstammung neue Mischlinge in die deutsche Staatsangehörigkeit einströmen können.“ Zit. nach Essner, Die Nürnberger Gesetze, S.279, mit Verweis auf BStU, MfS-Ast-I-7/63, Bd.72, Bl.56–103. Essner unterstreicht, dass in dieser Bestimmung, die „Mischlinge abermals wie Juden behandelt“ wurden. Dieses und weitere Gesetzesprojekte der Abt.I machten deutlich, dass diese keine „mildernde“ Judenpolitik verfolgt habe, sondern sich im Gegenteil bemühte, den im Herbst 1935 kodifizierten minderen Rechtsstatus der Juden zu einer umfassenden Entrechtung auszuweiten. Der Wunsch nach Angleichung des Status der „Halbjuden“ an den „Volljuden“ spiegle „die generelle Haltung der Abteilung I zu diesem Zeitpunkt wider“.

sehe der Nationalismus im Staat keine „blutleere und abstrakte Rechtspersönlichkeit, die neben oder über einer Summe untereinander völlig gleicher Individuen“ stehe und lediglich deren freie Entfaltung zu sichern habe, sondern betrachte den Staat „als die umfassende völkisch-politische Organisation der blutgebundenen Gemeinschaft des Volkes“.⁸⁵⁸ Der Staat müsse daher in der „artgemäßen Erhaltung und Förderung des Volkes seine vornehmste Aufgabe erblicken“ und bemüht sein, „alle artfremden Elemente aus seinem Verbandsverbande auszumerzen und jeden weiteren Zustrom artfremden Blutes in den Volkskörper für alle Zeiten zu unterbinden.“ Das bisher geltende Staatsangehörigkeitsrecht werde dieser Aufgabe durch das „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 14. Juli 1933 nur zum Teil gerecht. Zwar beseitige dieses Gesetz die „größten Missstände“ und auch bei der Einbürgerungspraxis sei sichergestellt, dass keine „unerwünschten Elemente in den Schutzverband des Deutschen Reiches“ aufgenommen würden. Allein damit könnten „die gerade auf dem Gebiet der Judenfrage notwendigen Maßnahmen auf dem Gebiet des StAR [Staatsangehörigkeitsrecht, d. Verf.] nicht als abgeschlossen betrachtet werden“. Auch wenn den „im Inlande ansässigen Juden aus allgemeinen politischen Erwägungen die deutsche Staatsangehörigkeit“ belassen werde, so gehe „es doch auf der anderen Seite nicht an, den nach dem derzeitigen Staatsangehörigkeitsrecht noch möglichen weiteren Zugang von Juden in den deutschen Staatsverband durch eheliche oder außereheliche Geburt, durch Legitimation und durch Heirat auch in Zukunft zu dulden“. Das neue Staatsangehörigkeitsrecht müsse daher Vorsorge treffen, dass dies nicht mehr möglich sei: „Dass dieselbe Regelung auch z. B. für die Zigeuner wird getroffen werden müssen“, bedurfte nach Stuckart „keiner näheren Erörterung“.

Weiterhin trat Stuckart für Regelungen zur Unterbindung des Staatsangehörigkeitserwerbs durch „unerwünschte Ausländerinnen“ ein. Im Übrigen könne aber auch das Reich kein Interesse haben, „Frauen, die infolge ihrer Verehelichung mit einem Ausländer jede innere Beziehung zum deutschen Volke verloren haben, in seinem Staatsverband zu behalten“. Hinsichtlich der Ausbürgerungen plädierte Stuckart für eine Beibehaltung der im „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 14. Juli 1933 getroffenen Regelung. Hierbei gab er jedoch – ganz auf der Linie von Heydrichs Erlass vom März 1937 – zu bedenken, ob es sinnvoll sei, an dem engen Tatbestand einer „Treueverletzung, durch die deutsche Belange geschädigt“ worden seien, festzuhalten, da dies oft schwer nachweisbar sei. Man könne hingegen darüber nachdenken, ob es „zweckmäßig“ sei, eine Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit „auch für im Inland begangene Treuepflichtverletzungen vorzusehen“, wobei zu berücksichtigen sei, dass im Inland, anders als im Ausland, jederzeit die Möglichkeit der Strafverfolgung gegeben sei. Abschließend bemerkte Stuckart, dass das kommende Staatsangehörigkeitsrecht „ein wichtiges Glied in der Reihe jener Grundgesetze des Dritten Reiches“ bilden werde, deren Aufgabe es

⁸⁵⁸ Stuckart, Probleme des Staatsangehörigkeitsrechts, in: ZSdAfDR 5 (1938), S. 401–403. Dort auch die folgenden Zitate.

sei, „die innere Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes zu festigen und für alle Zeiten zu sichern“.

Die spätere Entwicklung, die das Staatsangehörigkeitsrecht infolge der territorialen Expansion und der von Himmler als RKFDV koordinierten „Umvollungsmaßnahmen“ nahm und die auch für die der 11. Verordnung zum RBG zu Grunde liegenden Überlegungen entscheidend waren, referierte Stuckart in einem anderen Artikel, der am 1. August 1941 wiederum in der „Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht“ erschien⁸⁵⁹: Während man beim „Anschluss“ Österreichs noch „grundsätzlich alle österr[eichischen] Staatsangehörigen ohne Rücksicht auf Rasse und Volkstum“ an dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit habe teilnehmen lassen, sei der Kreis der „Fremdvölkischen“, denen die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen worden sei, bei der „Wiedervereinigung der sud[eten]d[eu]t[schen Gebiete“ und des Memellandes von vornherein dadurch beschränkt worden, dass man der Bevölkerung ein Optionsrecht eingeräumt habe. „Bei der Schaffung des Reichsprotektorates Böhmen und Mähren und der Eingliederung der Ostgebiete“ seien dann „die fremdvölkischen Bewohner dieser Gebiete“ grundsätzlich von dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen „und ihr staatsrechtl[iches] Verhältnis zum Reich in besonderer Weise geregelt“ worden.⁸⁶⁰ „Dass es nicht angängig war, der großen Zahl der neu zum Deutschen Reich hinzukommenden Fremdvölkischen die deutsche StA [Staatsangehörigkeit, d. Verf.] zu verleihen“, habe auf der Hand gelegen.⁸⁶¹ „Die Absonderung der fremdrassigen Staatsangehörigen durch die Reichsbürgergesetzgebung [d. h. vor allem der jüdischen Deutschen, d. Verf.] ließ sich durchführen, weil die Grenzen zwischen den verschiedenen Rassen nicht verwischt“ werden könnten. Anders sehe es jedoch bei den Grenzen zwischen verschiedenen Völkern aus, die nach Stuckarts Vorstellung „schwankten“. Daher habe die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit „nach menschlichem Ermessen trotz aller Vorsichtsmaßregeln auf die Dauer zu einer mehr oder weniger starken Vermischung mit den deutschen Staatsangehörigen deutschen Volkstums geführt“. Dies sei den Interessen des deutschen Volkes zuwider gelaufen, „da die Fremdvölkischen im deutschen Volke vielfach Eigenschaften verbreitet oder wenigstens verstärkt hätten, die den Deutschen nicht eigentümlich sind und daher ihre bisherige Eigenart, die ihre völkische Stärke ausmacht, gefährdet hätten“.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass der erste Entwurf für die spätere 11. Verordnung zum RBG im Kontext von Himmlers Volkstumserlass vom 12. September 1940 entstand.⁸⁶² In diesem Erlass, dessen Regelungen am 3. März 1941 Eingang in die „Verordnung über die Deutsche Volksliste“ fanden⁸⁶³, war bereits eine mehrstufige Staatsangehörigkeit für die Bewohner der eingegliederten Ostge-

⁸⁵⁹ „Die Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Gebieten“, in: ZSdAfDR 8 (1941), S. 233–237.

⁸⁶⁰ Ebenda. So wurde am 21. 6. 1939 beispielsweise der „Judenbegriff“ auch auf das Reichsprotektorat übertragen (vgl. Verordnungsblatt des Reichsprotektors, 1939, S. 45).

⁸⁶¹ „Die Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Gebieten“, in: ZSdAfDR 8 (1941), S. 233–237. Dort auch die folgenden Zitate.

⁸⁶² Nbg.-Dok. PS-2916, in: IMT, Bd. XXXI, S. 283–294.

⁸⁶³ RGBl. 1941, I, S. 118.

biete vorgesehen. Demnach gab es vier als „Abteilungen“ bezeichnete Kategorien, nach denen die „eindeutschungsfähige“ Bevölkerung sortiert werden sollte.⁸⁶⁴ In Abteilung 1 sollten diejenigen „Volksdeutschen“ eingetragen werden, „die sich vor dem 1. September 1939 im Volkstumskampf aktiv für das Deutschtum eingesetzt“ hatten, in Abteilung 2 „diejenigen Volksgenossen, die sich in der polnischen Zeit zwar nicht aktiv für das Deutschtum eingesetzt, aber gleichwohl ihr Deutschtum nachweislich bewahrt“ hatten. Abteilung 3 und 4 betrafen demgegenüber u. a. Personen, die „Bindungen zum Polentum“ eingegangen waren oder „gänzlich im Polentum aufgegangen“ (Abteilung 4) waren.⁸⁶⁵ Während für die Abteilungen 1 und 2 der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerschaft vorgesehen war, sollten die in Abt. 3 und 4 der Volksliste eingetragenen Personen nur deutsche Staatsangehörige bzw. „Staatsangehörige auf Widerruf“ (Abteilung IV) werden.⁸⁶⁶ Für alle nicht-deutschstämmigen Personen, die als nicht „eindeutschungsfähig“ galten und damit außerhalb der Abteilungen der „Volksliste“ blieben, hatte Himmler die dem Kolonialrecht entlehnte Kategorie der „Schutzangehörigen des Deutschen Reiches mit beschränkten Inländerrechten“ vorgesehen.⁸⁶⁷ Hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung der eingegliederten Gebiete bestimmte eine von Stuckart unterzeichnete „Anweisung zur Volkslisten-Verordnung“ vom 13. März 1941, dass Juden und Zigeuner keine „Staatsangehörigen auf Widerruf“ werden könnten und mithin keinen Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit über die „Volksliste“ besäßen.⁸⁶⁸

⁸⁶⁴ Vgl. hierzu die Darstellung bei Stuckart, Staatsangehörigkeit und Reichsgestaltung, in: RVL, V (1943), S. 57–91, hier S. 81 f.; sowie Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 286–289; Neander, Das Staatsangehörigkeitsrecht des „Dritten Reiches“, <http://aps.sulb.uni-saarland.de/theologie.geschichte/inhalt/2008/59.html#fuss2> (eingesehen am 26. 6. 2008).

⁸⁶⁵ Vgl. Stuckart, Staatsangehörigkeit und Reichsgestaltung, in: RVL, V (1943), S. 57–91, hier S. 81 f.

⁸⁶⁶ Nach der „VO über die Staatsangehörigkeit auf Widerruf“ vom 25. 4. 1943 (RGBl. I, S. 269) war der Staatsangehörige auf Widerruf nicht Reichsbürger, er konnte also zum Beispiel kein öffentliches Amt bekleiden. Die Staatsangehörigkeit auf Widerruf sollte nach zehn Jahren in die unbeschränkte Staatsangehörigkeit übergehen, sofern sie nicht vorher widerrufen wurde oder die zuständige Behörde auf den Widerruf verzichtete. Bei Widerruf konnte sie in die Schutzangehörigkeit übergehen (vgl. hierzu die „1. VO über die „Schutzangehörigkeit“ des Deutschen Reiches“ vom 25. 4. 1943 (RGBl. I, S. 271). Die „Schutzangehörigkeit“ „mit beschränkten Inländerrechten“ war an den Wohnsitz im Inland gebunden. Sie ist nie positiv definiert worden, und in der Praxis hatte der „Schutzangehörige“ kaum mehr Rechte als ein Staatenloser. Vgl. hierzu: Neander, Das Staatsangehörigkeitsrecht des „Dritten Reiches“, <http://aps.sulb.uni-saarland.de/theologie.geschichte/inhalt/2008/59.html#fuss2> (eingesehen am 26. 6. 2008).

⁸⁶⁷ Übersicht über Räumungsaktionen bis zum 15. 11. 1940, zusammengestellt vom Chef der Sipo-SD, Nbg.-Dok. PS-2916, in: IMT, Bd. XXXI, S. 283–294. Vgl. hierzu: Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 287.

⁸⁶⁸ Ebenda, S. 289. Die „2. VO über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten“ vom 31. 1. 1942 (RGBl. I, S. 51 f.) stellte in § 4 Abs. 2 klar, dass „Juden, Zigeuner sowie jüdische Mischlinge“ für die Eintragung in die Deutsche Volksliste außer Betracht blieben, „ohne dass es hierfür „einer besonderen Feststellung“ bedurfte. Wer hingegen von den ehem. Danziger oder polnischen Staatsangehörigen „die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Abteilungen 1 oder 2 der Deutschen Volksliste erfüllte“, erwarb nach § 3 der 2. VolkslistenVO die deutsche Staatsangehörigkeit mit Wirkung vom 26. 10. 1939, ohne Rücksicht auf den Tag der Auf-

Vor dem Hintergrund der neugebildeten Staatsangehörigkeitskategorien stellte sich für Stuckart und seine Mitarbeiter im Winter 1940 auch die Frage, wie die noch im Reich verbliebenen jüdischen Deutschen künftig kategorisiert werden sollten. In dem ersten Entwurf für eine zunächst unnummerierte Verordnung zum RBG, die Stuckart den beteiligten Behörden am 11. Dezember 1940 übersandte, schlug das RMdI vor, die jüdischen Deutschen im Reichsgebiet ebenfalls zu „Schutzangehörigen“ herabzustufen und jüdische Deutsche im Ausland zu Staatenlosen zu machen. Die vermögensrechtlichen Folgen, die auch im Dezember 1940 bereits mitbedacht wurden, könnten einer gesonderten Regelung vorbehalten bleiben. Die bloße Herabstufung der im Reichsgebiet lebenden jüdischen Deutschen zu „Schutzangehörigen“ hatte aus Stuckarts Sicht – anders als der Totalverlust der deutschen Staatsangehörigkeit – den Vorteil, dass sie nicht auch alle Familienangehörigen miteinschließe, „da hier eine einheitliche Behandlung einer Familie, deren Glieder teils im Inland, teils im Ausland einen Wohnsitz haben, nicht notwendig ist.“⁸⁶⁹ Da nach dem damaligen Staatsangehörigkeitsrecht die Staatsangehörigkeit des weiblichen Ehepartners der des Mannes folgte und dementsprechend auch ein Staatsangehörigkeitsverlust des männlichen Ehepartners auf den weiblichen Ehepartner und gegebenenfalls die Kinder „durchgeschlagen“ wäre, war es aus Sicht des RMdI hierbei unumgänglich, spezifische Regelungen für „Mischehen“ zu treffen. So schlug Stuckart vor, dass man die jüdischen Ehepartner sogenannter privilegierter Mischehen⁸⁷⁰ von der neuen „Schutzangehörigkeit“ aussparen könne oder gegebenenfalls die Privilegierung auch auf andere „Ehetypen“ ausdehnen könne. Dies habe zur Folge, dass der „jüdische Ehemann auch dann geschützt“ sei, „wenn keine Kinder vorhanden sind“. Eine entsprechende Regelung liege letztlich vor allem „im Interesse der deutschblütigen Ehefrau“, da sie „die Nachteile“ verhindere, „die ihr durch die Schutzangehörigkeit des Ehemanns dadurch erwachsen würden, dass sie praktisch von allen Maßnahmen, die gegen den Ehemann ergriffen würden, wie z. B. Abschiebung, mitbetroffen würde.“⁸⁷¹ Während das Auswärtige Amt Stuckarts Entwurf für „begrüßenswert“

nahme in die Volksliste. Wer jedoch nur in Abteilung 3 oder 4 aufgenommen war, erwarb gemäß § 5 beziehungsweise § 6 nur noch die „deutsche Staatsangehörigkeit auf Widerruf“. Alle anderen Personen wurden, sofern sie ihren Wohnsitz im Inland hatten, „Schutzangehörige des Deutschen Reichs“, mit einer wichtigen Ausnahme: „Juden (§ 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz [...]) und Zigeuner können nicht Schutzangehörige sein.“ Damit wurden die in den eingegliederten Ostgebieten einschließlich Danzigs ansässigen Juden und „Zigeuner“ staatenlos. Vgl. Neander, Das Staatsangehörigkeitsrecht des „Dritten Reiches“, <http://aps.sulb.uni-saarland.de/theologie.geschichte/inhalt/2008/59.html#fuss2> (eingesehen am 26. 6. 2008).

⁸⁶⁹ Nbg.-Dok. NG 2610, in: IFZ Nürnberger Dokumente. Vgl. hierzu: Mommsen, Aufgabenkreis und Verantwortlichkeit, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 2, S. 381 f.; Majer, Fremdvölkische, S. 210; Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 292–295.

⁸⁷⁰ Wie oben ausgeführt, galten nach § 7 des „Gesetzes über Mitverhältnisse mit Juden“ kinderlose jüdische Ehepartnerinnen einer „Mischehe“ oder jüdische Partner einer Mischehe mit christlichen oder konfessionslosen „halbjüdischen“ Kindern als „privilegiert“.

⁸⁷¹ Vgl. hierzu: Nbg.-Dok. 2610, in: IFZ Nürnberger Dokumente. Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 293, hat hierzu angemerkt, dass sich Stuckarts Vorschlag mithin nicht auf eine generelle Aufwertung oder Ausdehnung der Kategorie der „privilegierten Misch-

erachtete, da damit der „unwürdige Zustand“, beendet werde, wonach „für die Ausbürgerung der Juden Gründe an den Haaren herbeigezogen werden“ müssten⁸⁷², lehnte die Reichskanzlei Stuckarts Vorschlag ab. Ministerialdirektor Kritzinger⁸⁷³ notierte in einem Vermerk, dass es absonderlich erscheine, „wenn ausgerechnet die Juden Schutzangehörige des Deutschen Reiches genannt werden sollten“. Ferner fragte er sich, ob es sich im Hinblick darauf, dass „in nicht ferner Zeit die Juden aus Deutschland verschwunden sein werden“, lohne, „ihnen eine besondere Rechtsstellung einzuräumen“.⁸⁷⁴ Reichsbürger seien sie ja schließlich ohnehin nicht. Hitler, dem Stuckarts Entwurf gemeinsam mit dem Entwurf für eine „Verordnung zur Deutschen Volksliste“ vorlagen, sprach sich – wie Lammers am 20. Dezember 1940 vermerkte – dann auch „ganz entschieden“ dagegen aus, dass die Juden in einem Gesetz oder einer Verordnung als „Schutzangehörige“ bezeichnet würden, wovon Lammers das RMdI zeitnah unterrichtete.⁸⁷⁵

Dessen ungeachtet beharrte Stuckart in einem Schreiben vom 12. Januar 1941 „betreffend die Ordnung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse im Großdeutschen Reich“ darauf, die deutschen Juden zu „Schutzangehörigen“ zu machen, da die widersprüchliche staatsrechtliche Situation der verschiedenen nichtdeutschen Bevölkerungsgruppen des Reiches es „unvermeidlich“ mache, „alsbald Ordnung in die völlig unübersichtlich gewordenen Verhältnisse hineinzubringen“. Zur Rechtfertigung seines Vorschlags verwies er auf die von Himmler hinsichtlich der eingegliederten Gebiete getroffene Regelung der Volksliste, die für die nicht eindeutschungsfähigen Bevölkerungsgruppen ebenfalls die Kategorisierung als „Schutzangehörige“ vorsehe. Eine „Neuordnung auf dem Gebiete der Staatsangehörigkeit“ – so Stuckart weiter – sei nur schrittweise möglich, „zumal die notwendige Durchprüfung der fremdvölkischen Bevölkerung geraume Zeit in Anspruch nehmen“ werde. Wenn in den eingegliederten Ostgebieten „einer zwar rassisch nicht wertvollen, aber doch immerhin artverwandten Bevölkerung nur der Status von Schutzangehörigen zugebilligt“ werde, erscheine „es nicht angängig, den Juden den höheren Rechtsstand der Staatsangehörigkeit zu lassen“. Er habe daher vorgesehen, die Juden „den nicht umvolkbaren Fremdvölkischen gleichzustellen“. Die geplante staatsrechtliche Untergliederung der gesamten Reichsbevölkerung – zu denen ferner die „Eingeborenen in den Kolonien“ als „Schutzbefohlene“ hinzukä-

ehe“ richtete, „sondern auf die Einführung einer nach bürokratischem Bedarf dehnbaren Zwitterkategorie der ‚privilegierten Schutzangehörigkeit‘ für sämtliche ‚Rassenmischehen‘“. Stuckarts „Evozieren der Abschiebung“ bezog sich nach Essners Interpretation sowohl auf die Zukunft als auch auf die erst im Oktober 1940 gemachten Erfahrungen mit der „Abschiebung“ von 6500 saarpfälzischen Juden nach Frankreich, die eine Protestnote der französischen Regierung provoziert hatte.

⁸⁷² Der Judenreferent im Auswärtigen Amt, Rademacher, vermerkte für seinen Vorgesetzten Unterstaatssekretär Luther: „Diese Verordnung kommt der Anregung des Referates D III, sämtliche Emigranten auszubürgern, nahe, enthält aber im Gegensatz zu diesem Vorschlag eine ausgesprochene Spitze gegen die Juden.“ Zit. nach Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 293.

⁸⁷³ Zu Kritzinger s. Anhang 2: Kurzbiographien.

⁸⁷⁴ Zit. nach Mommsen, Aufgabenkreis und Verantwortlichkeit, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 2, S. 382.

⁸⁷⁵ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 294f. Dort auch die folgenden Zitate

men – ließen es aus Stuckarts Sicht – „sachlich bedenklich“ und „unerwünscht“ erscheinen, den Juden einen gesonderten Status zu geben, d. h. „hierzu noch eine fünfte Gruppe treten zu lassen, deren Rechtsstellung sich im Wesentlichen mit der der Schutzangehörigen decke“. Daher erwäge er nun, „angesichts der Unmöglichkeit, auf dem Gebiet der Staatsangehörigkeit die fremdblütigen Juden besser zu behandeln als die artverwandten Fremdvölkischen, grundsätzlich den Juden die Staatsangehörigkeit zu entziehen und sie zu Staatenlosen zu machen“. Mit dieser Regelung würde sich zudem „eine besondere Entlassung emigrierter Juden aus der deutschen Staatsangehörigkeit, die [...] mir nicht von vordringlicher Bedeutung erscheint, erübrigen“. ⁸⁷⁶

In den weiteren Beratungen, die der Entwurf für eine 11. Verordnung zum RBG durchlief, ging es vor allem um die Frage der Behandlung der „privilegierten Mischehen“. Anlässlich einer Besprechung am 15. Januar 1941 im RMdI unter Leitung von Stuckarts Stellvertreter Hering hatten sich die Parteikanzlei und das RSHA dagegen ausgesprochen, für die Gruppe der „privilegierten Mischehen“ Ausnahmen vom Verlust der Staatsangehörigkeit anzuerkennen, was wiederum die Repräsentanten des RJM und des RMdF veranlasste, hierüber die Herbeiführung einer Entscheidung Hitlers zu fordern. Hierbei wies das RMdF darauf hin, dass der Sonderstatus der privilegierten Juden „nicht um ihrer selbst willen, sondern wegen ihrer nichtjüdischen Angehörigen“ eingeführt worden sei. Man müsse daher „auch in erster Linie die Auswirkungen der Staatenlosigkeit auf die Angehörigen in Rechnung“ stellen. ⁸⁷⁷ Um das weitere Vorgehen bei der 11. Verordnung zu beschleunigen, lud Stuckart am 15. März 1941 zu einer weiteren Besprechung ein. ⁸⁷⁸ In seinem Einladungsschreiben betonte er, dass das Auswärtige Amt Wert darauf lege, „dass die Verkündung der Verordnung im Anschluss an die Inkraftsetzung des Englandhilfegesetzes durch die USA erfolgen“ solle und daher besonders dringlich sei. Er bat deshalb die angeschriebenen Ressorts zu der geplanten Besprechung nur Vertreter zu entsenden, die zu einer abschließenden Stellungnahme ermächtigt seien. Hinsichtlich des nunmehr zur Beratung anstehenden Entwurfes referierte Stuckart die bisherige Rechtslage auf dem Gebiet des Staatsangehörigkeitsrechts und unterstrich noch einmal, dass im Zuge der Gebietsgewinne des Reiches das „Wesen der Staatsangehörigkeit mehr als bisher mit innerem Gehalt angefüllt werden“ müsse. „Grundsätzlich werden in Zukunft nur deutsche Volkzugehörige Staatsangehörige sein können. Zu ihnen können nur diejenigen Fremdvölkischen hinzutreten, die als umvolkbar anerkannt worden sind“. Die als nicht „umvolkbar anerkannten Fremdvölkischen“ würden nach den für die eingegliederten Ostgebiete neu geschaffenen Regelungen der am 4. März in Kraft getretenen „Verordnung über die Deutsche Volksliste“ als „Schutzangehörige“ behandelt werden. „Wenn man hiernach“ – so Stuckart noch einmal die Notwendigkeit

⁸⁷⁶ Ebenda. Essner vermerkt an dieser Stelle, dass es erneut „der bürokratische Ordnungssinn Stuckarts“ gewesen sei, der die Entwicklung zur verhängnisvollen 11. VO vorwärtsgetrieben habe.

⁸⁷⁷ Zit. nach ebenda, S. 296.

⁸⁷⁸ Schnellbrief des RMdI – unterzeichnet „in Vertretung“ Stuckart, in: BAB R 1501/5519, Bl.433ff. Dort auch die folgenden Zitate.

einer „rassisch kohärenten“ Regelung unterstreichend – „die artverwandten Fremdvölkischen nur zu Schutzangehörigen macht, sie somit vom Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit ausschließt, dann ist es nicht angängig, die artfremden Juden im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit zu belassen.“ Der Entwurf entziehe daher nunmehr allen Juden die deutsche Staatsangehörigkeit und mache sie zu Staatenlosen.

Hinsichtlich der „privilegierten Mischehen“ seien keine Ausnahmen vorgesehen, sofern man diese aber für erforderlich erachte, könne eine entsprechende Regelung aufgenommen werden. Er vertrete jedoch die Auffassung, „dass die vorgesehene Regelung die Aufnahme solcher Ausnahmen“ nicht zulasse, „da sie einen neuen Status für die Juden“ festsetze „und somit grundsätzlicher Art“ sei. Zugleich betonte Stuckart, dass er „die Gründe, die für die Ausnahmebehandlung der im Inland vorhandenen privilegierten Mischehen auf den verschiedensten Rechtsgebieten maßgebend“ seien, auch „weiterhin für stichhaltig“ erachte und es daher für notwendig ansehe, „die bisherigen Erleichterungen für die in privilegierter Mischehe lebenden Juden aufrechtzuerhalten und die Nachteile, die sich aus der Staatenlosigkeit der Juden ergeben, für diesen Personenkreis auszuschließen.“ Dies sollte insbesondere im Hinblick auf die „Frage der Abschiebung von jüdischen Familien“ gelten, da ohne eine solche Ausnahmebehandlung – und hier brachte Stuckart eines der Kernargumente, die auch seine Haltung auf der Wannseekonferenz einige Monate später bestimmen sollten – „voraussichtlich in die deutschblütigen Verwandtenkreise eine Beunruhigung hineingetragen werde, deren Nachteile die in der Einbeziehung der Mischehen liegenden Vorteile überwiegen würden“.

Erst in einem späteren Schreiben vom 8. April 1941⁸⁷⁹ nannte Stuckart die eigentlichen Gründe, die dafür sprechen sollten, auch den im Inland befindlichen Juden die Staatsangehörigkeit zu entziehen: „Auch für die im Inlande lebenden Juden tritt eine dringend notwendige Klärung dadurch ein, dass sie nunmehr als Staatenlose dem Ausländerrecht unterliegen. Es wird dadurch der vom innenpolitischen Standpunkt missliche Umstand vermieden, dass die gegen die Juden zu ergreifenden Maßnahmen wie Abschiebungen usw. gegen Staatsangehörige durchzuführen sind.“⁸⁸⁰ Dies macht deutlich, dass Stuckart und seine Mitarbeiter mit ihrer Initiative nicht nur eine grundsätzliche Neuordnung des Staatsangehörigkeitsrechts propagierten, wie sie es ansatzweise schon 1938 getan hatten, sondern dass es ihnen auch noch auf einen anderen Gesichtspunkt ankam, auf den Mommsen in seinem Gutachten zu Kritzinger im Jahr 1966 bereits hingewiesen hat⁸⁸¹: Solange die jüdischen Deutschen deutsche Staatsangehörige waren, war ihre De-

⁸⁷⁹ Vgl. hierzu: Mommsen, Aufgabenkreis und Verantwortlichkeit, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 2, S. 384f.; Nbg.-Dok. NG 299, Bl. 17, in: IfZ Nürnberger Dokumente.

⁸⁸⁰ Ebenda.

⁸⁸¹ Mommsen, Aufgabenkreis und Verantwortlichkeit, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 2, S. 385, geht davon aus, dass das Bestreben des RMdI darauf gerichtet war, „durch die Aberkennung der Staatsangehörigkeit für die im Altreich und in den angegliederten Ostgebieten ansässigen Juden die formelle Verantwortlichkeit für die Deportation mit den durchaus bekannten Folgen von sich abzuschieben“.

portation über die Reichsgrenzen – wie der Vorfall der saarpfälzischen Juden im Oktober 1940 demonstriert hatte – rechtlich problematisch. Als deutsche Staatsangehörige hätte das Deutsche Reich sie – wie 1940 hinsichtlich der in die unbesetzte Zone abgeschobenen saarpfälzischen Juden von Frankreich auch vergeblich eingefordert – theoretisch wieder aufnehmen müssen. Anders verhielt sich die Situation, wenn den jüdischen Deutschen ihre Staatsangehörigkeit vor oder zumindest während der Deportation entzogen werden konnte. Durch den Verlust der Staatsangehörigkeit würden aus jüdischen Deutschen Staatenlose, ohne rechtliche Bindung ans Reich. Da Staatenlose und Ausländer – wie die im November 1938 über die polnische Grenze abgeschobenen polnischen Juden – unter die Ausländerpolizeiverordnung vom 22. August 1938 (APVO)⁸⁸² fielen, hätte ihre Inhaftierung und „Abschiebung“ aus dem Reichsgebiet unter Anwendung unmittelbaren Zwanges rechtlich auf § 7 Abs. 5 Ausländerpolizeiverordnung gestützt werden können.⁸⁸³ Hiermit hätte die Innenverwaltung für die „Evakuierungen“ der Juden aus dem Reich im Rahmen der seinerzeit propagierten „territorialen Endlösung“ eine zumindest formalrechtlich halbwegs haltbare und damit auch innerhalb der Verwaltung kommunizierbare „Rechtsgrundlage“ erlangt.

Stuckart konnte sich mit seinem Vorschlag aus dem Frühjahr 1941 aber – wie aus der oben dargestellten 11. Verordnung zum RBG deutlich wird – nur zum Teil durchsetzen, da der Verlust der Staatsangehörigkeit und der Vermögensentzug nach der 11. Verordnung zum RBG an den Aufenthalt im Ausland bzw. den Grenzübertritt gekoppelt wurden, so dass die jüdischen Deutschen zumindest bis zur Reichsgrenze theoretisch weiterhin als deutsche Staatsangehörige galten und nicht als Staatenlose nach einer ausländerrechtlichen Ermächtigungsgrundlage unter Anwendung unmittelbaren Zwanges inhaftiert und deportiert werden konnten. Den Hintergrund für diesen aus Sicht Stuckarts misslichen Umstand bildete eine Entscheidung Hitlers, der es im Sommer 1941 offenbar für ausreichend erachtete, den außerhalb des Reichsgebiets befindlichen Juden ihre Staatsangehörigkeit zu entziehen, da er die vom RMDI vorgeschlagene weiterreichende Regelung für „zu kompliziert und praktisch unanwendbar“ gehalten habe.⁸⁸⁴ Die Pläne des RMDI, den jüdischen Deutschen ihre deutsche Staatsangehörigkeit auch im Inland zu

⁸⁸² RGBl. 1938, I, S. 1053 und S. 1067.

⁸⁸³ § 7 Abs. 5 APVO: „Der Ausländer ist unter den Voraussetzungen des Abs. 1 durch Anwendung unmittelbaren Zwanges aus dem Reichsgebiet abzuschieben, wenn er das Reichsgebiet nicht freiwillig verlässt oder wenn die Anwendung unmittelbaren Zwanges aus anderen Gründen geboten erscheint. Zur Sicherung der Abschiebung kann der Ausländer in Abschiebungshaft genommen werden.“ Nach § 7 Abs. 1 hatte ein Ausländer – oder diesem gleichgestellt ein Staatenloser – das Reichsgebiet unverzüglich zu verlassen, sofern die Voraussetzungen, nach denen er einer besonderen Aufenthaltserlaubnis nicht bedurfte, weggefallen waren. Zit. nach Mommsen, Aufgabenkreis und Verantwortlichkeit, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 2, S. 385.

⁸⁸⁴ Vgl. hierzu das Schreiben der RK an das RMDI vom 7. 6. 1941, als Nbg.-Dok. NG-1123 in: IfZ Nürnberger Dokumente. Die 12. VO zum RBG vom 25. 4. 1943 (RGBl. I, S. 268) implementierte schließlich Stuckarts o. a. Vorschlag von 1938. Den noch im Reichsgebiet lebenden jüdischen Deutschen und „Zigeunern“ wurde zwar ihre Staatsangehörigkeit belassen; ihren nach dem 30. 4. 1943 (dem Tag des Inkrafttretens der VO) geborenen Kindern wurde der Erwerb derselben jedoch versagt. § 4 der 12. VO zum RBG lautete:

entziehen, wurden letztlich nicht mehr umgesetzt. Stuckart/Schiedermair bemerkten hierzu in der vierten Auflage ihres Grundrisses zur Rassen- und Erbpflege aus dem Jahre 1943⁸⁸⁵:

„Der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit ist nach dem zur Zeit noch geltenden Rechtszustand an keine blutsmäßigen Voraussetzungen gebunden. Es können daher auch heute noch Fremdblütige deutsche Staatsangehörige sein. Das gilt auch für die in Deutschland lebenden Juden; sie sind regelmäßig noch im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Mehrere Maßnahmen lassen jedoch erkennen, dass es das Ziel der nationalsozialistischen Staatsführung ist, künftig Fremdblütige von der Zugehörigkeit zum Schutzverband des Reiches und damit vom Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit fernzuhalten.“

Die hier nur auszugsweise skizzierte Entstehungsgeschichte der 11. Verordnung macht deutlich, dass Stuckart und seine Mitarbeiter bei der juristischen Absicherung der Deportationen eine zentrale Rolle spielten. Im Hinblick auf die von ihnen angestrebte Neuordnung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse entwickelten sie zum Teil besonders radikale Vorschläge, die sogar Hitler und den ihn beratenden Beamten der Reichskanzlei zu weit gingen.

Weiterhin wird deutlich, dass Stuckart und seine Mitarbeiter um eine rechtliche Rationalisierung des Deportationsgeschehens bemüht waren und hierbei – wie Stuckarts Hinweis auf die „privilegierten Mischehen“ deutlich macht – eine vor allem am Maßstab der politischen Zweckmäßigkeit orientierte Abwägung vornahmen. Ob es ihnen – wie sie später behaupteten – tatsächlich darum ging, möglichst viele Menschen vor der Deportation zu bewahren, darf dagegen bezweifelt werden. Tatsächlich scheint Stuckart vielmehr – wie die amerikanischen Richter in Nürnberg 1949 in ihrem Urteil befanden – , „genau die psychologische Wirkung vorausgesehen“ zu haben, „die in Deutschland entstehen müsste, wenn die Mischehen aufgelöst und die sogenannten Halbarier zu dem gleichen Schicksal wie die Juden verdammt würden“.⁸⁸⁶

Auch als das Deportations- und Genozidprogramm bereits seit 1 ½ Jahren lief, waren Stuckart und seine Mitarbeiter noch an Maßnahmen beteiligt, die weitere Rationalisierungsgewinne bringen sollten. Dies wird evident im Hinblick auf die 13. Verordnung zum RBG vom 1. Juli 1943.⁸⁸⁷ Stand bei den Beratungen um die spätere 13. Verordnung anfangs noch das Bestreben im Vordergrund, den jüdischen

„(1) Juden und Zigeuner können nicht Staatsangehörige werden. Sie können nicht Staatsangehörige auf Widerruf oder Schutzangehörige sein.

(2) Jüdische Mischlinge ersten Grades gelten auch dann als Juden, wenn sie die Staatsangehörigkeit nicht besitzen, aber auf sie die sonstigen Voraussetzungen des §5 Abs.2 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (RGBl. I, S. 1333) zutreffen. [...] Juden und Zigeuner können nicht Staatsangehörige werden. Sie können nicht Staatsangehörige auf Widerruf oder Schutzangehörige sein.“

Vgl. hierzu: Neander, Das Staatsangehörigkeitsrecht des „Dritten Reiches“, <http://aps.sulb.uni-saarland.de/theologie.geschichte/inhalt/2008/59.html#fuss2> (eingesehen am 26. 6. 2008).

⁸⁸⁵ Stuckart/Schiedermair, Rassen- und Erbpflege in der Gesetzgebung des Reiches (⁴1943), S. 29 (Hervorhebungen im Original).

⁸⁸⁶ Kempner/Haensel, Das Urteil im Wilhelmstraßenprozess, S. 169. Vgl. hierzu das folgende Kapitel.

⁸⁸⁷ RGBl. 1943, I, S. 372.

Deutschen den Zugang zu verschiedenen noch bestehenden Rechtsmitteln abzuschneiden⁸⁸⁸, so entwickelte sich die 13. Verordnung schließlich primär zu einem Instrument zur Vereinfachung für den Vermögensverfall. Während nach der 11. Verordnung die Voraussetzungen für den Vermögensverfall nach § 8 noch explizit durch den Chef der Sicherheitspolizei und des SD festgestellt werden mussten, bestimmte § 2 Abs. 1 der 13. Verordnung nunmehr lapidar: „Nach dem Tode eines Juden verfällt sein Vermögen dem Reich.“ Dies stellte vor allem einen Rationalisierungsgewinn hinsichtlich der Einziehung des Vermögens derjenigen Menschen dar, die in ein innerhalb der Reichsgrenzen liegendes Lager verlegt und dort ermordet wurden. Durch diese Regelung wurde nicht zuletzt der Konzentration des Völkermordes im Jahr 1943 in dem im annektierten Teil Oberschlesiens liegenden Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz Rechnung getragen. Eine individuelle Einziehung des Vermögens, die vorher für innerhalb der Reichsgrenzen deportierte Juden weiterhin erforderlich gewesen war, wurde hiermit obsolet.⁸⁸⁹

Auch wenn im RMDI im Zuge der sich über Monate hinziehenden Beratungen zur 13. Verordnung angesichts der bereits angelaufenen „endgültigen Lösung“ der „Judenfrage“ im Sommer 1942 zwischenzeitlich Zweifel aufgekommen waren, ob eine weitere entrechtende Verordnung zum RBG überhaupt noch notwendig sei, so reichte schließlich doch der Hinweis von Heydrichs Nachfolger Kaltenbrunner, dass die vorgesehene Regelung über den unbeschränkten Verfall des Vermögens eines Juden nach dessen Tod an das Reich gegenüber den geltenden Bestimmungen der 11. Verordnung zum RBG „eine beachtliche Beschränkung des staatspolizeilichen Arbeitsanfalles“ nach sich ziehe, aus, um die Arbeiten an diesem weiteren Entrechtungsinstrument fortzusetzen.⁸⁹⁰

Eine weitere Fühlungnahme der Reichskanzlei mit der Parteikanzlei führte dazu, dass Stuckart sich auf einer Staatssekretärsbesprechung am 21. April 1943 im RMDI unter seinem Vorsitz mit Staatssekretär Rothenberger (RJM)⁸⁹¹, Staats-

⁸⁸⁸ Mit Schreiben vom 13. 8. 1942 mahnte Stuckart beim RJM an, man möge die geplante Rechtsmittelbeschränkung für Juden in Strafsachen auch auf Verwaltungssachen ausdehnen. Abgedruckt bei: Poliakov/Wulf, *Das Dritte Reich und seine Diener*, S. 234f.

⁸⁸⁹ Neander, *Das Staatsangehörigkeitsrecht des „Dritten Reiches“*, <http://aps.sulb.uni-saarland.de/theologie.geschichte/inhalt/2008/59.html#fuss2> (eingesehen am 26. 6. 2008).

⁸⁹⁰ Kaltenbrunner verwies in diesem Zusammenhang auf eine Abrede zwischen RJM Thierack und dem RFSS, nach der strafbare Handlungen von Juden direkt durch die Polizei geahndet werden sollten. Die erforderliche Änderung der StPO bedürfe einer gesetzlichen Bestimmung, wobei eine selbstständige gesetzliche Regelung jedoch inopportun erscheine. Thierack hatte nach der Besprechung mit Himmler am 13. 10. 1942 Bormann schriftlich mitgeteilt, dass er beabsichtige, „die Strafverfolgung gegen Polen, Juden und Zigeuner dem Reichsführer SS zu überlassen. Ich gehe hierbei davon aus, dass die Justiz nur in kleinem Umfange dazu beitragen kann, Angehörige dieses Volkstums auszurotten“, zit. nach Przybylski, *Täter neben Hitler*, S. 372. Vgl. hierzu Kap. III. 2., S. 172–174.

⁸⁹¹ Dr. Curt Rothenberger erklärte am 18. 12. 1947 an Eides statt (BAB 99 US 7, Fall XI/870, Bl. 91f.), dass alle bis auf Kaltenbrunner den Entwurf abgelehnt hätten. Jenem sei es um eine Bestimmung zur Regelung des Vermögensverfalls von Juden im Todesfall gegangen, auf die er aus Vereinfachungsgründen Wert legte. Zudem habe er die Abgabe der Strafjustiz über Juden an die Polizei gesetzlich festschreiben wollen, die von Hitler angeordnet und zwischen Himmler und Thierack zuvor vereinbart worden war. Kaltenbrunner habe auch erklärt, dass „praktisch bereits seit längerer Zeit entsprechend ver-

sekretär Klopfer (Parteikanzlei)⁸⁹² und dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD Kaltenbrunner dahingehend verständigte, einen Großteil des bisherigen Entwurfes zu verwerfen, um lediglich an der Ahndung von Straftaten von Juden durch die Polizei und der Regelung über den Verfall des Vermögens an das Reich festzuhalten. Nach § 1 Abs. 1 der 13. Verordnung wurden strafbare Handlungen von Juden unter Ausschaltung der Justiz nunmehr direkt der Ahndung durch die Polizei unterstellt. Die Polenstrafrechtsverordnung vom 4. Dezember 1941⁸⁹³, mit der Polen und Juden ohnehin einem drakonischen Sonderstrafrecht unterstellt waren, welches bereits für kleinere Vergehen die Todesstrafe für zulässig erklärte, wurde mit § 1 Abs. 2 der 13. Verordnung zum RBG für Juden außer Kraft gesetzt. Während nach der Polenstrafrechtsverordnung zumindest noch ein Gerichtsverfahren erforderlich war, waren Juden nunmehr vollends der Willkür der Himmler unterstellten Polizei ausgeliefert.

Stuckarts Mitarbeiter, Dr. Feldscher, kommentierte die 13. Verordnung zum RBG im September 1943⁸⁹⁴:

„Die seit 1933 von Jahr zu Jahr in zunehmendem Maße erfolgende rechtliche und tatsächliche Aussonderung der Juden aus der deutschen Lebensgemeinschaft konnte an dem Rechtsgebiet des Gemeinschaftsschutzes, dem Strafrecht, nicht vorbeigehen. Wenn auch gebietlich begrenzt, so ist doch schon für die eingegliederten Ostgebiete durch die Verordnung des Ministerrats vom 4. 12. 1941 (RGBl. I, S. 759) ein Sonderstrafrecht geschaffen worden, das außer für Polen auch für Juden galt. Zwar waren die besondere Lage und der deutsche Aufbau in diesen Gebieten in erster Linie Ursache für die Schaffung eines verstärkten Schutzes gegen Sabotage. Die Nebenwirkung war aber doch die, dass erstmalig die politisch, beruflich, wirtschaftlich und biologisch durchgeführte Sonderstellung der Juden auch für das Strafrecht anerkannt und die Möglichkeit einer Schließung der Lücke im Rechtssystem der Abwehrmaßnahmen gegen das Judentum bejaht wurde. Während sich diese Bestimmungen jedoch im Wesentlichen auf erhebliche Verschärfungen (besondere Tatbestände, besonderes Verfahren) beschränken, bringt die Verordnung vom 1. 7. 1943 eine völlige Herausnahme der Juden aus dem Strafrecht ohne gebietliche Begrenzung seiner Geltung. Kein deutsches Strafgericht wird sich künftig mehr mit der Kriminalität der Juden zu befassen brauchen.“

Das weiterhin für die Ausführungsbestimmungen der 13. Verordnung zuständige RMDI gab am 25. November 1944⁸⁹⁵ einen von Globke gezeichneten Runderlass

fahren werde“. Die übrigen Teilnehmer seien hierdurch vor vollendete Tatsachen gestellt worden und hätten erklärt, zunächst ihre Minister unterrichten und deren Entscheidung abwarten zu müssen.

⁸⁹² Dr. Gerhard Klopfer sagte am 7. 6. 1948 an Eides statt aus, dass Kaltenbrunner im Frühjahr 1943 erneut auf den Erlass der 13. VO gedrängt habe. In der Besprechung sollte u. a. der Versuch unternommen werden, Kaltenbrunner von seinem Vorhaben abzubringen. Kaltenbrunner habe sich schließlich auf der Besprechung bereitgefunden, auf eine Reihe von ursprünglich vorgesehenen Bestimmungen zu verzichten. Er selber sei durch Weisungen Bormanns gebunden gewesen. Vgl. BAB 99 US 7, Fall XI/870, Bl. 93f. Zu Klopfer s. Anhang 2: Kurzbiographien.

⁸⁹³ RGBl. I, S. 759.

⁸⁹⁴ In: Pfundtner/Neubert, I. Öffentliches Recht (a) Verfassung, Einleitung, zit. nach Rüter (Hg.), Urteil des Obersten Gerichts der DDR gegen Hans Josef Maria Globke vom 23. 7. 1963, <http://www.expostfacto.nl/junsvpdf/Globke.pdf> (eingesehen am 16. 5. 2011), S. 132.

⁸⁹⁵ MBlIV 1944, S. 1149.

heraus, mit dem die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden angewiesen wurden, Mitteilungen an die örtlichen Meldebehörden über die Beurkundung der Sterbefälle von Juden auch den zuständigen Finanzämtern zuzuleiten, um die nach § 2 der 13. Verordnung zum RBG verfallenen jüdischen Vermögen für den NS-Staat schnellstmöglich nutzbar zu machen.

Nach dem Krieg erklärte Stuckart im Hinblick auf seine Mitarbeit an den Verordnungen zum RBG in einer für seine Verteidigung erstellten Stellungnahme⁸⁹⁶:

„Die Einführung solcher Verordnungen ist niemals meiner Initiative oder der Initiative meiner Herren im RMDI entsprungen. Die Gesetzgebungspolitik in Judensachen bestimmte ganz ausschließlich und souverän die Partei, d.h. die Parteikanzlei und die Gauleiter. [...] Meist hatte sich [...] durch die von der Partei im praktischen Leben einfach vollzogenen Tatsachen ein Zustand entwickelt, der für die Juden bei weitem nachteiliger war, als die gesetzlichen Regelungen in den Gesetzen und Verordnungen des Reichsgebietes, so dass dann die Einführung geradezu eine Erleichterung für die jüdische Bevölkerung bedeutete. Es war dann besser, durch die Einführung der Verordnung wieder einen klaren Rechtszustand zu schaffen, wenn man nicht überhaupt die normative Kraft des so geschaffenen Faktischen schlechthin anerkennen wollte.

In jedem Falle hat Minister Frick über die einzuführenden Verordnungen entschieden. Nur wenn er eine positive Entscheidung getroffen hatte, kam eine Unterzeichnung durch Staatssekretär Pfundtner oder durch mich in Frage. Falls er und Pfundtner gleichzeitig verhindert waren, etwa durch Dienstreise, Urlaub, Krankheit usw., habe ich die Anweisung bekommen, die zur Einführung entschiedene Verordnung zu unterzeichnen. Ich habe also immer auf Weisung gehandelt.

Die Judengesetzgebung hat die Partei von jeher als ihre eigenste Domäne betrachtet. Die einzelnen Ministerien waren demgegenüber nur für die fachliche Behandlung im einzelnen eingeschaltet, während der politische Beschluss und die politische Entscheidung bei dem Stellvertreter des Führers, später dem Leiter der Parteikanzlei Bormann meist wohl durch Vortrag bei Hitler getroffen wurde. Diese Handhabung hat praktisch all die Jahre hindurch bestanden. Sie ist aber dann, meiner Erinnerung nach im Jahre 1941 auch ausdrücklich von Hitler angeordnet worden. Es ist ein Erlass ergangen, wonach der Reichsleiter Bormann in allen Judenfragen, in Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaft als federführend anzusehen war und daher in allen Fragen seine Stellungnahme und Entscheidung einzuholen war. Ich bitte bemüht zu sein, dass diese Anordnung im Gedächtnis der verschiedenen Herren wieder genau ausgegraben wird.“

Zweifelsohne war die Parteikanzlei – wie oben dargelegt – einflussreich und Initiator zahlreicher antijüdischer Maßnahmen. Dennoch zeigt die Entstehungsgeschichte der 11. Verordnung zum RBG und auch das hier aus Platzgründen nur kurz wiedergegebene Beratungsgeschehen um die 13. Verordnung zum RBG, dass das RMDI keinesfalls zu einem bloßen Befehlsempfänger des Sicherheitsapparates und der Parteiinstanzen degradiert wurde. Vielmehr wird deutlich, dass Partei und Sicherheitsapparat auch bei der Organisation der Deportationen weiterhin auf die rechtsetzende Arbeit des RMDI und speziell auf Stuckarts Abteilung I angewiesen waren. Stuckart und seine Beamten beeinflussten und gestalteten demnach bis in das Jahr 1944 hinein die rechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen sich die Deportationen vollzogen. Hierbei entfaltete Stuckart – wie die Beratungen um die Entwürfe der 11. Verordnung zeigen – eigene Initiative. Es mag sein, dass der Elan Stuckarts und seiner Mitarbeiter bei den Verhandlungen um

⁸⁹⁶ Zit. nach dem Abdruck des Schreibens K. Kauffmanns an Stuckarts ehem. Kollegen Otto Ehrensberger vom 4.7.1947, in: BAK N 1292/125.

die 13. Verordnung nachließ, da man im RMdI mit Vordringlicherem befasst war und die 13. Verordnung auch primär im Interesse des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD stand. Aus der Tatsache, dass die Verhandlungen über die 13. Verordnung nur noch zögerlich geführt wurden, auf eine Fundamentalopposition Stuckarts und seiner Mitarbeiter gegen die weitere Rationalisierung der „Evakuierungen“ und Enteignungen zu schließen⁸⁹⁷, erscheint jedoch auch im Hinblick auf deren Aktivitäten insbesondere in der „Mischehenfrage“ wenig glaubhaft. Dies soll im Folgenden am Beispiel der Wannseekonferenz und ihrer Nachfolgebekundungen näher erläutert werden.

Vom Massenmord zum Genozid: Die Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 und Stuckarts Sterilisationsvorschlag in der „Mischlings- und Mischehenfrage“

Im Zuge des am 22. Juni 1941 begonnenen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion ließ sich Heydrich am 31. Juli 1941 von Göring eine weitere schriftliche Bestallung erteilen, wonach er „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht“ „für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa“ zu treffen hatte. „Sofern hierbei die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berührt werden“, sollten diese beteiligt werden.⁸⁹⁸ Seit den Sommermonaten des Jahres 1941 hatten Einsatzgruppen in den baltischen Staaten, Ostpolen, Weißrussland und der Ukraine mit der massenhaften Ermordung zunächst der männlichen und wehrfähigen, später der gesamten jüdischen Bevölkerung begonnen.⁸⁹⁹ Unter dem Deckmantel der Gewährleis-

⁸⁹⁷ Vgl. hierzu die eidesstattl. Erklärung Kettners vom 2.5.1948, in: BAB 99 US 7, Fall XI/870, Bl. 82f., und Ehrensbergers vom 22.3.1948, in: BAB 99 US 7, Fall XI/870, Bl. 88f.; beide betonten, dass der Entwurf zur 13. VO „verzögerlich“ behandelt wurde und dass Frick sich auf Veranlassung Stuckarts gegen die VO ausgesprochen habe. Das RSHA habe jedoch insbesondere auf eine Bestimmung gedrängt, durch welche die Strafrechtspflege gegen Juden auf die Polizei übergehen sollte. Schließlich habe eine Staatssekretärsbesprechung stattgefunden, die jedoch zu keinem abschließenden Ergebnis führte. Ehrensberger betonte zudem, dass die Anregung zum Erlass der VO von Hitler und dem ChRK ausgegangen sei. Beide Beamten wollen die 13. VO erst im RGBl. entdeckt haben, wo sie plötzlich erschienen sei. Wer die Verordnung dem ebenfalls unterzeichnenden Frick vorgelegt hatte, entziehe sich ihrer Kenntnis. In der Abt. I wurde angenommen, dass dies durch Kaltenbrunner direkt erfolgt sei. Stuckart soll darüber sehr ungehalten gewesen sein. Kettner nahm sogar an, dass Stuckarts ablehnende Haltung Himmler nach seiner Ernennung zum Innenminister veranlasst habe, der Abt. I die restlichen Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Rassengesetzgebung zu entziehen und dem RSHA zu übertragen.

⁸⁹⁸ Nbg.-Dok. PS-710, in: IMT, Bd. XXVI, S. 266f., abgedruckt u. a. bei: Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 2. S. 420; Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 79; Roseman, The Villa, the Lake, the Meeting, S. 56.

⁸⁹⁹ Vgl. hierzu die bei Klein (Hg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion, S. 319–411, in Auszügen abgedruckten Einsatzbefehle und Einsatzgruppenberichte; zu den Morden der Einsatzgruppen s. Krausnick, Hitlers Einsatzgruppen; Gerlach, Kalkulierte Morde; Longerich, Himmler, S. 533–571. Nach der unter Historikern umstrittenen Aussage des Kommandanten von Auschwitz, Höß, hatte Hitler schon im Sommer 1941 den Befehl zur völligen Vernichtung des Judentums gegeben. Vgl. Aussage Rudolf Höß

tung der Sicherheit im rückwärtigen Heeresgebiet töteten sie auftragsgemäß kommunistische Aktivisten, Juden und Zigeuner und andere, die als potentielle Gefährdung der Sicherheit angesehen wurden. In der Zeit von Sommer 1941 bis zur Wannseekonferenz 1942 ermordeten die Einsatzgruppen schätzungsweise 600 000 Menschen, von denen die Mehrheit Juden waren. Die Morde beruhten nach Darstellung eines beteiligten Einsatzgruppenführers auf einem unmittelbaren Befehl Hitlers.⁹⁰⁰

Ab 15. Oktober 1941 rollten dann auch die ersten Deportationszüge mit jüdischen Deutschen aus dem Reich nach Osten. Am 23. Oktober hatte Eichmanns Vorgesetzter, SS-Gruppenführer Heinrich Müller, den nachgeordneten Dienststellen mitgeteilt, dass Himmler die Auswanderung der Juden verboten habe, womit ein Entkommen aus dem Reich für Juden nahezu unmöglich wurde.⁹⁰¹ Im Dezember 1941 begannen die ersten Vergasungen von Juden aus dem Ghetto Lodz in Chelmno.⁹⁰² Die „Lösung der Judenfrage durch Auswanderung“ stand nicht mehr zur Diskussion. Die „endgültige Lösung“, die „Endlösung der Judenfrage“, war nunmehr der Genozid an der jüdischen Bevölkerung im deutschen Machtbereich. Der Anschein einer „territorialen Endlösung mit Ansiedlung der Juden im Osten“ sollte jedoch weiter aufrechterhalten werden, um die Opfer zu täuschen und möglicherweise auch, um anderen Behörden die Mitarbeit zu erleichtern.

Heydrich lud Ende November 1941 die beteiligten Zentralinstanzen – mit denen er sich nach Görings Bestallungsschreiben abzustimmen hatte – zu einer Besprechung ein. Diese sollte zunächst am 9. Dezember 1941 stattfinden und wurde dann – wohl im Hinblick auf den japanischen Überfall auf Pearl Harbor und die darauf folgende Kriegserklärung des Deutschen Reiches an die Vereinigten Staaten von Amerika am 11. Dezember 1941 – auf den 20. Januar 1942 verschoben.⁹⁰³

vor dem IMT in Nürnberg am 15. 4. 1946, in: IMT, Bd. XI, S. 440–470, 461. Vgl. hierzu u. a.: Schulte, Vom Arbeits- zum Vernichtungslager, in: VfZ 50 (2001), S. 41–69.

⁹⁰⁰ Aussage Dr. Otto Ohlendorfs (Leiter der Einsatzgruppe D) vor dem IMT am 3. 1. 1946, in: IMT, Bd. IV, S. 346, 348, 350. Siehe auch: Aussage Dr. Otto Ohlendorfs vom 9. 11. 1948 in dem Strafverfahren gegen Dr. Georg Leibbrandt wegen Mordes, Az. 72 Ks 3/50, Bl. 48, in: StA Nbg. Akten des Landgerichts Nürnberg-Fürth.

⁹⁰¹ Roseman, *The Villa, the Lake, the Meeting*, S. 74; Essner, *Die Nürnberger Gesetze*, S. 305.

⁹⁰² Vgl. hierzu: Yahil, *Die Shoah*, S. 444f.; Witte, *Two Decisions Concerning the „Final Solution to the Jewish Question“*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 9 (1995), S. 318–345.

⁹⁰³ PAAA R 100857, Bl. 40ff. Zur Wannseekonferenz vgl. vor allem den Katalog und den Internetauftritt der Gedenkstätte „Haus der Wannseekonferenz“ mit zahlreichen Artikeln und Dokumenten: <http://www.ghwk.de/deut/texte/voelkermord.htm> (eingesehen am 28. 2. 2008). Aus der kaum noch überschaubaren umfangreichen Literatur zur Wannseekonferenz s. vor allem: Arendt, *Eichmann in Jerusalem*, S. 112–134; Büchler, *A Preparatory Document for the Wannsee Conference*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 9 (1995), S. 121–129; Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Bd. 2, S. 420–424; Jäckel, *On the purpose of the Wannsee Conference*, in: *Pacy/Wertheimer (Hg.), Perspectives on the Holocaust*, S. 39–50; Kaiser, *Die Wannseekonferenz*, in: *Lichtenstein/Romberg (Hg.), Täter-Opfer-Folgen*, S. 24–37; Klein, *Die Wannseekonferenz*; Longerich, *Die Wannseekonferenz*; ders., *Politik der Vernichtung*, S. 466–472; Mommson, *The Realization of the Unthinkable*, in: ders. (Hg.), *From Weimar to Auschwitz*; Pätzold/Schwarz, *Tagesordnung: Judenmord*; Yahil, *Die Shoah*, S. 433–438; Roseman, *The Villa, the Lake, the Meeting*. Aly/Heim, *Vordenker der Vernichtung*, S. 453–471, und

Der Kreis der 15 Teilnehmer umfasste hochrangige Vertreter verschiedener Behörden, die – wie Stuckart – überwiegend den Rang von Staatssekretären oder zumindest Abteilungsleitern innehatten. Wie er – mit damals 39 Jahren – waren auch die meisten seiner Kollegen, mit denen er zum Teil seit Jahren freundschaftlich verbunden war, Männer der Kriegsjugendgeneration und überwiegend ebenfalls promovierte Juristen. Einige von ihnen bekleideten – wie Stuckart – hohe SS-Ränge.⁹⁰⁴

Aus Heydrichs Aufgabenbereich als Chef der Sicherheitspolizei und des SD nahmen neben Eichmann, dessen Vorgesetzter Heinrich Müller⁹⁰⁵ sowie zwei SS-Führer, Dr. Lange und Dr. Schöngarth, teil, die als Polizeikommandeure in Lettland und im Generalgouvernement bereits Massaker an deutschen, polnischen, lettischen und sowjetischen Juden befehligt hatten und gewissermaßen als „Praktiker der Endlösung“ gelten können. Aus der Reichskanzlei nahm der Leiter der Abt. II, Ministerialdirektor Dr. Kritzinger, aus der Parteikanzlei Staatssekretär und SS-Oberführer Dr. Gerhard Klopfer, aus dem RJM Staatssekretär Dr. Roland Freisler, aus Görings Vierjahresplanbehörde der zweite Staatssekretär Erich Neumann⁹⁰⁶, aus dem Auswärtigen Amt der Leiter der Inlandsabteilung Unterstaatssekretär Martin Luther⁹⁰⁷, für das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete

Aly, „Endlösung“, S. 347–413, die die Verbindungen zwischen NS-„Umvolkungspolitik“, Judendeportation und Genozid herausgearbeitet haben. Zur besonderen Rolle Eichmanns und seiner Mitarbeiter s. Cesarani, Eichmann, S. 132–168. Vor allem Gerlach, Die Wannseekonferenz, in: Werkstatt Geschichte 1997, Heft 18, S. 7–44, sowie Longenrich, Der ungeschriebene Befehl, haben den Prozess der Entscheidungsfindung und Hitlers Rolle in diesem Prozess genauer untersucht. Browning, Referat Deutschland, in: Yad Vashem Studies 12 (1977), S. 37–73, Unterstaatssekretär Martin Luther, in: Journal of Contemporary History 12 (1977), S. 313–344, The Final Solution and the German Foreign Office, und mit einer aktualisierten Gesamtdarstellung: Die Entfesselung der Endlösung, stellt insbesondere die Rolle des Auswärtigen Amtes heraus. Grenville, Die „Endlösung“ und die „Judenmischlinge“, in: Büttner (Hg.), Das Unrechtsregime, S. 91–121, Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 384–410, und ihr folgend Weber, Die Mitwirkung der Juristen, in: SchlHA 255 (2005), Heft 7, S. 207–212, stellen die Problematik der „Mischlingsfrage“ stärker in den Vordergrund. Friedländer, Der Weg zum NS-Genozid, S. 449–460, weist auf die engen personellen und ideologischen Verbindungen zwischen dem Behinderten- und dem Judenmord hin. Zu dem Aspekt Vernichtung durch Arbeit s. insbesondere Schulte, „... sollen nun im Zuge der Endlösung ...“, <http://www.ghwk.de/deut/texte/voelkermord.htm> (eingesehen am 28.2.2008). Zu dem Kenntnisstand der Bevölkerung/bestimmter Bevölkerungsgruppen von der Judenverfolgung s. Longenrich, „Davon haben wir nichts gewusst“ und Mommsen/Obst, Die Reaktion der deutschen Bevölkerung, in: ders./Willems (Hg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich, S. 374–421.

⁹⁰⁴ Weber, Die Mitwirkung der Juristen, in: SchlHA 255 (2005), Heft 7, S. 207–212, hier S. 207, weist darauf hin, dass fast die Hälfte von ihnen noch keine 40 Jahre alt und nur zwei älter als 50 Jahre waren.

⁹⁰⁵ Zu Müller s. Seeger, „Gestapo-Müller“.

⁹⁰⁶ Zu Neumann s. <http://www.ghwk.de/teilnehmer-2.htm> (eingesehen am 28.2.2008); Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 236–238. Zu Kritzinger und Klopfer s. Anhang 2: Kurzbiographien.

⁹⁰⁷ Zu Luther s. Browning, The Final Solution and the German Foreign Office; ders., Referat Deutschland, in: Yad Vashem Studies 12 (1977), S. 37–73; ders., Unterstaatssekretär Martin Luther, in: Journal of Contemporary History 12 (1977), S. 313–344; Conze u. a., Das Amt und die Vergangenheit, S. 143–290.

der Staatssekretär und Gauleiter von Westfalen-Nord Dr. Alfred Meyer⁹⁰⁸ und Reichsamtseiter und Ministerialdirektor Dr. Georg Leibbrandt⁹⁰⁹, für das Amt des Generalgouverneurs Staatssekretär Dr. Bühler und für das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS dessen Leiter Otto Hofmann⁹¹⁰ teil. Die Besprechung sollte, wie Heydrich Hofmann am 8. Januar 1942 mitgeteilt hatte, um 12.00 Uhr mit anschließendem Frühstück in der vom RSHA als Gästehaus genutzten Villa, Am Großen Wannsee 56–58, stattfinden und dauerte nach Erinnerung Eichmanns nur etwa 1–1½ Stunden.⁹¹¹

Staatssekretärsbesprechungen stellten im polykratischen NS-Staat – insbesondere nach dem Wegfall der Kabinettsitzungen 1937/1938 und der de facto Auflösung von Ersatzgremien wie dem Reichsverteidigungsrat – ein besonders wichtiges Medium der politischen Koordination auf höchster staatlicher Ebene dar.⁹¹² Sie waren daher an sich nichts Ungewöhnliches, sondern vielmehr typisch für das Regierungsgeschehen im NS-Staat.⁹¹³ Der britische Historiker Mark Roseman nennt sie in seiner Monographie zur Wannseekonferenz „in effect a substitute for cabinet government“.⁹¹⁴ Ungewöhnlich war an der Konferenz, dass man sich außerhalb des Berliner Stadtzentrums in einer Villa am Wannsee traf. Als Besprechungsthema hatte Heydrich die mit „der Endlösung der Judenfrage zusammenhängenden Fragen“ vorgegeben.⁹¹⁵ Generalgouverneur Hans Frank hatte seinen Mitarbeitern am 16. Dezember 1941 in Krakau bereits angekündigt:

„Mit den Juden – das will ich Ihnen ganz offen sagen – muss so oder so Schluss gemacht werden. [...] Sie müssen weg. [...] Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werde. [...] Diese 3,5 Millionen Juden (im Generalgouvernement) können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen [...]“⁹¹⁶

Soweit sich das Geschehen am Wannsee am 20. Januar 1942 rekonstruieren lässt, verständigten sich Stuckart und seine Kollegen in nur einer bis anderthalb Stunden über grundlegende Modalitäten der Deportation der Juden aus dem Reichs-

⁹⁰⁸ Zu Meyer s. Priamus, in: Nationalsozialismus in Detmold (1998), S. 42–79, Onlineversion unter: www.hco.hagen.de/ns-zeit/alfred_meyer.htm (eingesehen am 28. 2. 2005).

⁹⁰⁹ Zu Leibbrandt s. Botsch, „Politische Wissenschaft“, S. 80–110, 218–220 und 287–298.

⁹¹⁰ Zur Rolle des RuSHA der SS s. Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“.

⁹¹¹ Vgl. Schreiben Heydrichs an Hofmann vom 8. 1. 1942, abgedruckt in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 100f.

⁹¹² Vgl. auch: Kay, Germany's Staatssekretäre, in: *Journal of Contemporary History* 41 (2006), S. 685–700; ders.: Verhungernlassen als Massenmordstrategie, in: *Zeitschrift für Weltgeschichte* 11 (2010), S. 81–105, hier S. 85f.

⁹¹³ Roseman, *The Villa, the Lake, the Meeting*, S. 84. Zur Rolle des Reichskabinetts bis 1937 s. Gruchmann, *Die Reichsregierung im Führerstaat*, in: Doecker/Steffani (Hg.), *Klassenjustiz und Pluralismus*, S. 187–223.

⁹¹⁴ Roseman, *The Villa, the Lake, the Meeting*, S. 57.

⁹¹⁵ Vgl. Schreiben Heydrichs an Hofmann vom 8. 1. 1942, abgedruckt in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 100f.

⁹¹⁶ Vgl. Dauerausstellung Haus der Wannseekonferenz, unter: <http://www.ghwk.de/2006-neu/raum8.htm> (eingesehen am 28. 6. 2008).

gebiet und dem deutschen Herrschaftsbereich in Europa. Die Grundsatzentscheidung für die Deportation und den Massenmord fiel nach der überwiegenden Auffassung der Zeithistoriker schon vorher.⁹¹⁷ Mithinging es auf der Wannseekonferenz nicht mehr um das „Ob“ der Deportation der jüdischen Bürger aus dem Reich und aus verschiedenen besetzten und unbesetzten Staaten Europas, sondern es ging vor allem um das „Wie“, d. h. wie der Kreis der Deportationsopfer zunächst geographisch und anschließend rechtlich konkretisiert werden sollte. Ob hierbei allen Beteiligten deutlich wurde, welches „Schicksal“ den Juden im Osten zuge-dacht war, ist nicht ganz sicher, da neben Stuckart auch noch vier andere Konferenzteilnehmer (Klopfers⁹¹⁸, Hofmann⁹¹⁹, Leibbrandt⁹²⁰, Neumann⁹²¹) nach dem Krieg unisono erklärten, dass Heydrich mit keinem Wort angedeutet habe, dass die Juden im Osten systematisch „zu Tode gearbeitet“ oder vernichtet werden sollten.

Neben den oft nur bedingt glaubhaften Aussagen der Beteiligten, die alle im Lichte der Strafverfolgung gemacht wurden, ist die wichtigste Quelle zur Wannseekonferenz ein als „Geheime Reichssache“ mit der höchsten Geheimhaltungsstufe klassifiziertes „Besprechungsprotokoll“, das in 30 Ausfertigungen (zwei pro Teilnehmer) erstellt und – mit der Einladung zu einer Nachfolgebefahrung am 6. März – Ende Februar 1942 an die Teilnehmer versandt wurde. Bisher hat man nur die 16. Ausfertigung – aus dem Dezernat des Unterstaatssekretärs Luther – auffinden können.⁹²² Die anderen Kopien des Protokolls wurden vermutlich in den letzten Kriegmonaten entweder gezielt vernichtet oder gingen in den Kriegswirren verloren.⁹²³ Das Protokoll der Wannseekonferenz wurde nach eigener Aussage von Eichmann in Abstimmung mit Heydrich erstellt.⁹²⁴ Seine Authentizität und Aussagekraft wurde – offenbar auch aufgrund dieser Provenienz – von den meisten anderen Teilnehmern der Wannseekonferenz, darunter auch Stuckart, – nach dem Kriege in Zweifel gezogen. Möglicherweise deckte sich der Inhalt des Protokolls auch nicht mit der Erinnerung der Teilnehmer an die Besprechung. Schließlich muss hierbei in Rechnung gestellt werden, dass Heydrich und Eichmann durch die Erstellung des Protokolls vor allem beabsichtigten, sich in dem von Ressortstreitigkeiten geprägten Verwaltungsumfeld des „Dritten Reiches“ eine

⁹¹⁷ Vgl. Roseman, *The Villa, the Lake, the Meeting*, S. 152; Gerlach, in: *Werkstatt Geschichte* 1997, Heft 18, S. 7–44; Longerich, *Himmler*, S. 560–571.

⁹¹⁸ Vgl. hierzu die eidesstattl. Erklärungen Dr. Gerhard Klopfers vom 16. 12. 1947 und vom 12. 6. 1948, in: BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 44–54.

⁹¹⁹ Vgl. hierzu den Auszug aus dem Verhör mit Otto Hofmann am 7. 1. 1948 vor dem MGH Nr. 1 im Fall VIII (SS-Rasse- und Siedlungshauptamt), in: BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 62–68.

⁹²⁰ Vgl. hierzu die eidesstattl. Erklärung Dr. Georg Leibbrandts vom 4. 6. 1948, in: BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 55–58.

⁹²¹ Vgl. hierzu die eidesstattl. Erklärung Erich Neumanns vom 29. 6. 1948, in: BAB 99 US 7, Fall XI/874, Bl. 34–37.

⁹²² PAAA R 100857, Bl. 165–180. Ein Faksimile des Protokolls ist unter <http://www.ghwk.de/deut/texte/voelkermord.htm> (eingesehen am 28. 2. 2008) abrufbar.

⁹²³ Wie oben dargestellt (vgl. Kap. III. 2.), ordnete Himmler noch im Winter 1944 die Vernichtung von Geheimakten an, die den Alliierten nicht in die Hände fallen sollten.

⁹²⁴ Vgl. hierzu: Cesarani, *Eichmann*, S. 161.

„Arbeitsgrundlage“ und Legitimierung zu schaffen, die die bereits zuvor immer wieder reklamierte „Führungsrolle“ bei der „Endlösung der Judenfrage“ zementieren und festigen sollte. Dies wird besonders deutlich durch die Mitteilung am Anfang des Protokolls, in der herausgestellt wird, dass Heydrich durch Göring zum „Beauftragten für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage“ bestellt worden sei und die „Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage ohne Rücksicht auf geographische Grenzen zentral beim Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei (Chef der Sicherheitspolizei und des SD) liege“. Auch der Schlusssatz des Protokolls – versöhnlicher formuliert – unterstreicht diese Absicht: „Mit der Bitte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD an die Besprechungssteilnehmer, ihm bei der Durchführung der Lösungsarbeiten entsprechende Unterstützung zu gewähren, wurde die Besprechung geschlossen.“ Zudem steht zu vermuten, dass für das Protokoll eine Art Sprachregelung getroffen wurde, die danach trachtete, den brisanten Inhalt zu bemänteln. So verschweigt auch das Protokoll – wie im Folgenden noch näher dargestellt wird – den Bedeutungswandel, den der Begriff „Endlösung“ mit dem Genozid an den Juden nahm.

Nach dem Protokoll stellte Heydrich eingangs die verschiedenen Etappen der auf eine „Lösung der Judenfrage“ hienzielenden Maßnahmen des NS-Staates dar, um anschließend – im Hinblick auf das Scheitern einer „Auswanderungslösung“ – seinen Organisationsplan für die sogenannte Endlösung zu skizzieren. Im zweiten Teil des Protokolls ist die Ab- und Eingrenzung des Opferkreises, d.h. die geplante Behandlung der „Mischlinge“ und der in „Mischehe“ lebenden Paare, detailliert dokumentiert.

Nach dem Protokoll fuhr Heydrich fort, dass das Ziel bislang gewesen sei, den deutschen Lebensraum „auf legale Weise“ von Juden zu säubern. Bis zum 31. Oktober 1941 seien insgesamt rund 537 000 Juden zur Auswanderung gebracht worden, davon aus dem Altreich etwa 360 000, aus Österreich etwa 147 000 und aus Böhmen und Mähren rund 30 000. Die vermögenden Juden seien gezwungen worden, die Auswanderung der vermögenslosen Juden zu finanzieren.⁹²⁵ Außerdem seien durch ausländische Juden bisher rund 9 500 000 Dollar zur Verfügung gestellt worden. Das Besprechungsprotokoll dokumentiert sodann hinsichtlich der „Endlösung der Judenfrage“ im Wesentlichen die folgenden Planungen⁹²⁶:

„An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten.

Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind.

Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht. [...]

⁹²⁵ Diese Äußerung bezieht sich u.U. auf das o.a., formell bis 1941 weiter geltende Haavara-Abkommen und die dann anlaufende Zwangsemigration, die durch die Zentralstellen für jüdische Auswanderung (s.o.) vorangetrieben wurde.

⁹²⁶ PAAA R 100857, Bl. 165–180, hier Bl. 170 und 172f.

Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte.)

Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa vom Westen nach Osten durchgekämmt. Das Reichsgebiet einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstigen sozialpolitischen Notwendigkeiten, vorweg genommen werden müssen.

Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsgghettos verbracht, um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden. [...]

In diesem Teil des Protokolls wurde einerseits die außenpolitische Dimension der geplanten „Evakuierungen“ dargelegt und in kryptischer Sprache zur Art der „Endlösung“ Stellung genommen, ohne die bereits angewendeten Vernichtungsmethoden zu benennen. Der Text ermöglicht verschiedene Lesarten. So ließ sich im Hinblick auf die eingangs angedeutete Abkehr von der zuvor verfolgten „legalen Lösung“ der Satz „In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird“ durchaus als Anspielung auf das später praktizierte Prinzip der „Vernichtung durch Arbeit“ verstehen, bei der schließlich nur diejenigen, die die Arbeit überlebten, „entsprechend behandelt“, d. h. „sonderbehandelt“ oder ermordet würden.⁹²⁷ Im Hinblick auf die besonders betonte „Trennung der Geschlechter“ und unter Bezugnahme auf den Satzteil: „entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen sei“, ist jedoch auch eine Interpretation möglich, wonach die geschlechtlich separierten Juden am Verbringungsort mangels Fortpflanzungsmöglichkeiten aussterben sollten.⁹²⁸ Eine „entsprechende Behandlung“ etwa durch Sterilisation würde allerdings nur Sinn gemacht haben, wenn die „Trennung der Geschlechter“ zu irgendeinem Zeitpunkt aufgehoben werden sollte, was nach dem Protokoll jedoch nicht vorgesehen gewesen zu sein scheint.

Der zweite Teil des Protokolls⁹²⁹ widmete sich den noch offenen innenpolitischen Fragen der „Endlösung“, d. h. vor allem der rechtlichen Abgrenzung und Festlegung des Opferkreises, wobei eingangs betont wurde, dass „[i]m Zuge des Endlösungsvorhabens“ „die Nürnberger Gesetze gewissermaßen die Grundlage bilden“ sollen, „wobei Voraussetzung für die restlose Bereinigung des Problems auch die Lösung der Mischehen- und Mischlingsfragen ist“. Hierbei erläuterte

⁹²⁷ Dieser Interpretation folgte die amerikanische Militärstaatsanwaltschaft in Nürnberg und mit ihr die meisten Zeithistoriker.

⁹²⁸ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 389–400, hat herausgearbeitet, dass die Terminologie des Protokolls – „unter Trennung der Geschlechter“, „natürliche Verminderung“ – auch die Interpretation zulässt, dass Juden im Osten, an der Vermehrung gehindert, „natürlich“ aussterben würden.

⁹²⁹ PAAA R 100857, Bl. 165–180, hier Bl. 175–178. Dort auch die folgenden Zitate.

Heydrich den Konferenzteilnehmern, dass „Mischlinge 1. Grades“ „im Hinblick auf die Endlösung der Judenfrage den Juden gleichgestellt“ werden sollen, wobei Ausnahmen insbesondere für diejenigen „Mischlinge 1. Grades“ vorzusehen seien, die mit „Deutschblütigen“ verheiratet seien und Kinder hätten, die als „Mischlinge 2. Grades“ eingestuft würden und „im Wesentlichen den Deutschen gleichgestellt“ seien. Auch für „Mischlinge 1. Grades, für die von den höchsten Instanzen der Partei und des Staates bisher auf irgendwelchen Lebensgebieten Ausnahmegenehmigungen erteilt worden“ seien, könnten Ausnahmen von der Deportation nach einer erneuten Einzelfallüberprüfung in Betracht gezogen werden. Es sei hierbei jedoch nicht auszuschließen, „dass die Entscheidung nochmals zu Ungunsten des Mischlings“ ausfalle. Die von der „Evakuierung“ auszunehmenden „Mischlinge 1. Grades“ sollten sodann – „um jede Nachkommenschaft zu verhindern und das Mischlingsproblem endgültig zu bereinigen – sterilisiert“ werden. Die freiwillige Sterilisierung sollte die „Voraussetzung des Verbleibens im Reich“ sein. Der „sterilisierte Mischling“ sollte in der Folgezeit „von allen einengenden Bestimmungen“, denen er bislang unterworfen war, befreit werden. Hinsichtlich der „Mischehen“ sollte nach Heydrichs Vorstellung „von Einzelfall zu Einzelfall“ entschieden werden, „ob der jüdische Teil evakuiert wird oder ob er unter Berücksichtigung auf die Auswirkungen einer solchen Maßnahme auf die deutschen Verwandten dieser Mischehe einem Altersghetto überstellt“ werde. Selbst im Falle von „Mischehen“ „zwischen Mischlingen ersten Grades und Deutschblütigen“ sollte der „Mischling“ „evakuiert bzw. einem Altersghetto überstellt“ werden. Sofern keine Kinder vorhanden waren, sollten die „Mischlinge“ den „Deutschen gleichgestellt werden (Regelfälle)“. Im Falle von „Ehen zwischen Mischlingen ersten Grades oder Mischlingen ersten Grades und Juden“ sowie „Ehen zwischen Mischlingen ersten Grades und Mischlingen zweiten Grades“ sollten alle Teile (einschließlich der Kinder) „wie Juden behandelt und daher evakuiert bzw. einem Altersghetto überstellt“ werden.

Von Heydrichs Planungen zur „Lösung der Mischlingsfrage“ wären im „Großdeutschen Reich“ etwa 90 000 Menschen und weitere Hunderttausende im deutsch-europäischen Machtbereich betroffen gewesen. Ein Großteil von ihnen sollte in den Genozid einbezogen werden. Dies bedeutete eine Veränderung gegenüber dem bis dahin bestehenden Zustand, in dem „Mischlinge 1. Grades“ zwar in vielen Bereichen diskriminiert wurden, aber auch von zahlreichen Verfolgungsmaßnahmen ausgenommen und nicht im selben Maße von den „Deutschblütigen“ isoliert waren wie die „Volljuden“.

An diese Ausführungen Heydrichs schloss sich offenbar eine Aussprache an, in der der SS-Gruppenführer Hofmann dafür eintrat, „von der Sterilisierung weitgehend Gebrauch“ zu machen, da „der Mischling, vor die Wahl gestellt, ob er evakuiert oder sterilisiert werden soll, sich lieber der Sterilisierung unterziehen“ werde.⁹³⁰ Stuckart wird in Eichmanns Protokoll mit dem Einwand zitiert, dass die von Heydrich aufgezählten „Lösungsmöglichkeiten zur Bereinigung der Mischehen- und Mischlingsfragen in dieser Form [d.h. so wie Heydrich es vorgeschla-

⁹³⁰ PAAA R 100857, Bl. 165–180, hier Bl. 178 am Ende bis Bl. 180. Dort auch die folgenden Zitate.

gen hatte, d. Verf.] eine unendliche Verwaltungsarbeit mit sich bringen würde“. Er regte daher an, „zur Zwangssterilisierung zu schreiten“ und zur Vereinfachung des „Mischehenproblems“ Möglichkeiten zur „Zwangsscheidung“ derartiger Ehen zu erwägen. Das Protokoll schloss mit Verweis auf zwei Äußerungen Meyers und Böhlers:

„Abschließend wurden die verschiedenen Arten der Lösungsmöglichkeiten besprochen, wobei sowohl seitens des Gauleiters Dr. Meyer als auch seitens Staatssekretärs Dr. Bühler der Standpunkt vertreten wurde, gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge der Endlösung gleich in den betreffenden Gebieten selbst durchzuführen, wobei jedoch jede Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse. [...]“

Das lässt darauf schließen, dass unter den Teilnehmern letztlich weitgehende Zustimmung hinsichtlich der von Heydrich gemachten Vorschläge jedenfalls in Bezug auf die „Lösung der Judenfrage“ und die „Lösungsmöglichkeiten“ herrschte. Anders verhielt es sich demnach lediglich bei der „Lösung der Mischlings- und Mischehenfrage“, wie der von Stuckart gemachte Einwand nahelegt, der im Folgenden noch einmal näher erläutert werden soll.

Adolf Eichmann, dem nach eigenem Bekunden die Erstellung des Protokolls oblag, sagte in der 79. Sitzung des Bezirksgerichts Jerusalem am 26. Juni 1961 zur Wannseekonferenz wie folgt aus: „zu der Frage, ob das Protokoll das Ergebnis der Besprechung wiedergibt, habe ich schon das letzte Mal, [...], Stellung genommen, und sagte, dass dieses Protokoll den Inhalt der Besprechung wiedergibt, wenn gleich – sagen wir mal – diese Auswüchse – wenn man so sagen darf – ein gewisser Jargon geglättet wurde und in dienstmäßiger Form ausgearbeitet wurde und zwar ergab sich dies aus dem wiederholten Hin- und Hergehen des Protokolls als Entwurf zu Heydrich und zurück zu mir.“ Und über die Stimmung auf der Wannseekonferenz durch seinen Verteidiger Dr. Servatius befragt, antwortete Eichmann am selben Tag: „Hier war nicht nur eine freudige Zustimmung allseits festzustellen, sondern darüber hinaus ein gänzlich Unerwartetes, ich möchte sagen, sie Übertreffendes und Überbietendes im Hinblick auf die Forderung zur Endlösung der Judenfrage. Und die größte Überraschung wohl war, so habe ich es noch in Erinnerung, Bühler, aber vor allen Dingen Stuckart, der stets Vorsichtige, der stets Zaudernde, der hier plötzlich mit einem ungewohnten Elan sich offenbarte.“⁹³¹ Etwa einen Monat später – am 24. Juli 1961 – ging Eichmann in Bezug auf seine Schilderung der Wannseekonferenz noch weiter: „Ich weiß, dass die Herren beisammen gespannt und beisammen gesessen sind und da haben sie eben in sehr unverblühten Worten [...] die Sache genannt – ohne sie zu kleiden. Ich könnte mich dessen auch bestimmt nicht mehr erinnern, wenn ich nicht wüßte, dass ich mir damals gesagt hatte: schau, schau der Stuckart, den man immer als einen sehr genauen und sehr heiklen Gesetzesonkel betrachtete, und da hier war's eben der Ton und die ganzen Formulierungen waren hier sehr unparagrafenmäßig gewesen [...] (auf Nachfrage, worum es dabei ging) Es wurde von Töten und Eliminieren und Vernichten gesprochen.“⁹³²

⁹³¹ Zit. nach Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 187f.

⁹³² Zit. nach Longerich, Die Ermordung der europäischen Juden, S. 92.

Anders ließ sich hierzu im Sommer 1947 der hier angesprochene „Gesetzesonkel“ Stuckart ein. In einer im Rahmen seiner Verteidigung im Wilhelmstraßenprozess gefertigten Stellungnahme verhartete er dabei auffälligerweise in dem euphemistisch-bürokratischen und empathielosen „Jargon“, auf den Eichmann 14 Jahre später im Hinblick auf den Massenmord Bezug nahm. Stuckart scheute sich in Nürnberg auch nicht, weiterhin vom „Judenproblem“ zu sprechen⁹³³:

„Anlage zu b.)

Nach dem Nürnberger Urteil soll von Hitler der Auftrag zur Lösung der Judenfrage am 31.7.1941 an Heydrich bezw. Himmler erteilt worden sein. Ich habe hiervon keinerlei Kenntnis gehabt und erstmals durch das Nürnberger Urteil davon erfahren. Von den Abtransporten von Juden habe ich, wie jeder Volksgenosse, nach deren Durchführung erfahren. Ich glaube mich zu entsinnen, dass Göring bereits vor dem 31.7.1941 einen Auftrag an Heydrich erteilt hatte, alle mit der Lösung des Judenproblems zusammenhängenden Fragen zu bearbeiten. Ich habe eine schriftliche Fixierung eines solchen Auftrags nie gesehen, glaube aber, durch einen Referenten davon gehört zu haben. Dieser Auftrag Görings muss auch die Grundlage für die Bearbeitung des Juden-Problems seit Anfang 1938 gewesen sein, denn die ganzen Auswanderungen z. B. aus Österreich sind meines Wissens durch die Sicherheitspolizei bearbeitet worden. Alle Maßnahmen sind zu allen Zeitpunkten von der Polizei ohne irgendeine Mitwirkung oder Unterrichtung meiner Person oder meiner Herren getroffen worden.

Im Jahre 1942 lud Heydrich plötzlich zu der Sitzung am 20.1. in einem Gebäude am Wannensee ein. Soweit ich mich entsinne, muss der Zweck, den Heydrich mit der Sitzung verfolgt hat, ein doppelter gewesen sein:

- a) Der Generalgouverneur und der Ostminister müssen, wie ich aus der Sitzung entnommen habe, wenigstens nach meiner heutigen Erinnerung, Einspruch gegen die Ausladung von Judentransporten und die Ansiedlung der Juden in den ihnen unterstellten Gebieten beim Reichssicherheitshauptamt vorher erhoben haben. Heydrich hat meiner Erinnerung nach diesen Dienststellen erklärt, dass die Transporte nach dem Osten auf einem ausdrücklichen Befehl beruhen.
- b) Der zweite Zweck der Besprechung, den Heydrich offenbar verfolgte, war, eine Reihe von Gesetzesänderungen zu erreichen, die mit der Halbjudenfrage in Zusammenhang standen. Er teilte in der Sitzung mit, dass Hitler die Lösung der Halbjudenfrage befohlen habe. Er, Heydrich, sehe diese Lösung ebenfalls in der Abschiebung der Halbjuden, allenfalls komme auch die Sterilisation der Halbjuden in Betracht. Er verlangte in der Sitzung meiner Erinnerung nach zunächst eine Erstreckung des Judenbegriffes auf die Halbjuden. Er verlangte ferner die erleichterte Scheidung von Misch-Ehen zwischen Juden, Halbjuden und Deutschblütigen. Wegen dieser von ihm verlangten Gesetzesänderung (Änderung des Judenbegriffes und erleichterte Ehescheidung) sind offenbar die Reichskanzlei, die Parteikanzlei und das Reichsministerium des Innern einzuberufen gewesen.

Die Änderung des Judenbegriffes, die in den vorangegangenen Jahren von den verschiedenen Stellen immer wieder betrieben worden war und die wir immer wieder abgelehnt hatten, habe ich von mir aus sofort abgelehnt, da ich hier den Standpunkt des Ministers genau kannte.⁹³⁴ Ich habe mich auch gegen die Abschiebung der Halbjuden ausgesprochen. Zur Frage der Sterilisation habe ich [mir] in der Sitzung die Prüfung vorbehalten, da Heydrich eine Stellungnahme des Staatssekretärs Conti dazu wünschte. Ich konnte von mir aus als Jurist diese Frage nicht beurteilen, ganz abgesehen davon, dass ich über-

⁹³³ Zit. nach dem Abdruck des Schreibens K. Kauffmanns an Stuckarts ehemaligen Kollegen Otto Ehrensberger vom 4.7.1947, in: BAK N 1292/125.

⁹³⁴ Stuckart vertrat demnach die Auffassung, dass sich auch Frick gegen eine Gleichbehandlung der „Halbjuden“ mit den „Volljuden“ wehrte und sein „Widerstand“ die Haltung seines Ressorts, d.h. des RMDI, widerspiegelte.

haupt dagegen war, dass die Halbjudenfrage in irgendeiner Weise angepackt wurde. Über irgendwelche weitergehenden Maßnahmen ist in der Sitzung nicht gesprochen worden.“

Mit dieser Stellungnahme unterstrich Stuckart, dass auf der Konferenz – anders als von Eichmann 1961 behauptet – nicht über „weitergehende Maßnahmen“ gesprochen worden sei. Hinsichtlich der „Lösung der Mischlings- und Mischehenfrage“ verwies Stuckart auf einen Befehl Hitlers – auch das Protokoll nimmt auf ein Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Bezug – und machte geltend, sich gegen die Abschiebung der Betroffenen ausgesprochen und im Hinblick auf die Sterilisation einen Prüfvorbehalt geltend gemacht zu haben.

Soweit sich das Geschehen aus den offensichtlich unvollständigen Akten von Stuckarts Abteilung rekonstruieren lässt, hatte Lösener den „Herrn leitenden Staatssekretär“ (Pfundtner) „auf dem Dienstwege“ (d.h. über Stuckart, der Löseners unmittelbarer Vorgesetzter war) am 4. Dezember 1941 durch eine von Stuckart und dessen Vertreter Hering noch am selben Tage abgezeichnete Vorlage – gemäß „mündlicher Anordnung“ – über die geplante Wannseekonferenz unterrichtet: „Inzwischen hat der SS-Obergruppenführer Heydrich einen größeren Kreis von Vertretern der Dienststellen, die an der Endlösung der Judenfrage beteiligt sind, darunter Herr Staatssekretär Dr. Stuckart als Vertreter des RMdI., auf Dienstag den 9. 12. 1941 nach Wannsee zu einer Besprechung über die in [der] anliegenden Aufzeichnung erörterten Fragen eingeladen.“⁹³⁵ Bei der von Lösener benannten „anliegenden Aufzeichnung“ handelte es sich offenbar um eine aus zwei getrennten Dokumenten verbundene Vorlage⁹³⁶: Der erste Teil der Aufzeichnung trägt handschriftlich die Nummer „I.“ und ist in Löseners Handschrift mit „(Auffassung der Partei und des Reichssicherheitshauptamtes über die künftige Behandlung der Mischlinge 1. Grades)“ überschrieben. Darunter steht maschinenschriftlich als Überschrift: „Ergebnis der Besprechung im Hauptamt Sicherheitspolizei über die Lösung der europäischen Judenfrage“.⁹³⁷ Der zweite Teil („II.“) der Aufzeichnung ist ein fünfseitiges unter demselben Tage von Lösener unterzeichnetes Schreiben mit dem Titel: „Aufzeichnung betr. Gründe gegen eine weitere Verschärfung der Maßnahmen in der Frage der Halbjuden und der privilegierten Mischehen.“⁹³⁸

In dem ersten zweiseitigen, undatierten und nicht unterzeichneten Vermerk⁹³⁹ zur „Besprechung im Hauptamt Sicherheitspolizei“ fasste ein Mitarbeiter des RMdI (wahrscheinlich Dr. Werner Feldscher) die Haltung der zuständigen Referenten des RSHA, der Behörde des Vierjahresplans und der Parteikanzlei auf der

⁹³⁵ BAB R 1501/5519, Bl. 238. Auch für Unterstaatssekretär Luther (Auswärtiges Amt) wurde von seinem Mitarbeiter Franz Rademacher am 8. 12. 1941 eine Vorbereitung für die Wannseesitzung mit dem Titel: „Wünsche und Ideen des Auswärtigen Amtes zu der vorgesehenen Gesamtlösung der Judenfrage in Europa“ gefertigt. Vgl. PAAA R 100857, Bl. 43ff.

⁹³⁶ So auch Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 404–410.

⁹³⁷ BAB R 1501/5519, Bl. 241f. bzw. Bl. 483f. (doppelte Paginierung).

⁹³⁸ BAB R 1501/5519, Bl. 242–247 bzw. Bl. 487–495 (doppelte Paginierung).

⁹³⁹ BAB R 1501/5519, Bl. 241f. Dort auch die weiteren Zitate. Die Unterstreichungen entsprechen dem Original.

Grundlage der in den Monaten August und September 1941 durchgeführten Besprechungen zur Stellung der „jüdischen Mischlinge“ und der „Mischehen“ zusammen. Hierbei referierte er im Wesentlichen die vorstehend dargestellten Planungen Heydrichs zur „Lösung der Mischlingsfrage, die für Stuckart demnach nicht überraschend gewesen sein können: Die „Mischlinge 1. Grades“ sollten mit den dort genannten Ausnahmen wie Juden behandelt und „abgeschoben werden“. Die zurückbleibenden ca. 10 000 Ausnahmefälle sollten „ausnahmslos sterilisiert werden, auch die bereits Verheirateten“. Die „Jüdischen Mischlinge 2. Grades“ sollten „grundsätzlich mit deutschblütigen Personen gleichgestellt werden“, wobei jedoch – wie später auch im Wannseeprotokoll vermerkt – eine erneute Sortierung oder, wie es der Verfasser des Vermerkes nannte, „rassische Musterung“ stattfinden sollte:

„Zu erwägen ist jedoch die Zurechnung zu den Juden, falls der Mischling nicht mit einem Deutschblütigen verheiratet ist,

1. wenn der Mischling aus einer Bastardehe stammt (beide Eltern Mischlinge),
2. wenn der Mischling ein besonders ungünstiges Erscheinungsbild hat,
3. wenn eine besonders schlechte polizeiliche und politische Beurteilung vorliegt, die erkennen lässt, dass der Mischling sich wie ein Jude fühlt und benimmt.“

Hinsichtlich der „Mischeheproblematik“ wurde vermerkt, dass sich der „Führer“ bisher dagegen ausgesprochen habe, „dass diesen Ehen über die Rechtsprechung hinaus noch ein besonderes Scheidungsrecht gegeben wird“.⁹⁴⁰ Diese Frage sei jedoch „im Zuge der Endlösung noch einmal zu prüfen“, wobei folgende Gesichtspunkte beurteilungsrelevant seien:

- „1. Wertung des deutschen Ehepartners,
2. Wirkung auf die deutschen Verwandten,
3. kein deutsches Blut dem Judenreservoir zuführen.“

Daher sei folgender Vorschlag unterbreitet worden:

„Vorschlag: Nur der jüdische Teil wird verschickt. Die Ehe bleibt bestehen. Der deutschblütige Teil kann verschickt werden:

1. Beim deutschblütigen Mann jedoch Wertung nach den genannten Gesichtspunkten.
2. Falls die Frau der deutschblütige Teil ist, soll sie mit dem Mann und den Kindern regelmäßig verschickt werden.“

In dem zweiten Teil der Vorlage stellte Lösener dann auch gewissermaßen den Gegenvorschlag des RMDI vor. Unter Bezugnahme auf die Volkszählung von 1939 betonte er, dass die Zahl der „Mischlinge 1. Grades“ „weniger als ein Tausendstel der gesamten Wohnbevölkerung“ des Reiches darstelle und zudem jeder Mischling 1. Grades „nur zur Hälfte jüdische Erbmasse“ habe, weshalb die Frage angesichts des bestehenden Eheverbotes mit „Deutschblütigen“ „biologisch ohne nennenswerte Bedeutung“ sei. Hiermit knüpfte Lösener an die Argumentation an, die er im Rahmen der Beratungen der Ausführungsbestimmungen zu den Nürnber-

⁹⁴⁰ Die Rechtsprechung gestattete im Fall der Rassenmischehe beispielsweise die gegenüber der Ehescheidung einfachere „Eheanfechtung“ gem. dem damaligen § 1333 BGB und gestattete hierbei auch Abweichungen von der eigentlich geltenden Fristenfordernis des § 1339 BGB, s. hierzu: Hetzel, Die Anfechtung der Rassenmischehe 1933–1939.

ger Rassengesetzen im Herbst 1935 entwickelt hatte.⁹⁴¹ Zum Teil wortgleich mit seiner damaligen Vorlage legte Lösener dar, dass „jede weitere Sortierung innerhalb der Mischlinge 1. Grades“, die „gesetzlich zwischen Juden und Ariern“ stünden, „unerträgliche Zustände“ schaffe. „Die mit Deutschblütigen Verheirateten sind, wenn Kinder vorhanden sind – auch nach Ansicht der Partei und SS – unter allen Umständen nicht zu den Juden zu schlagen.“ Dies würde sonst zur „Zerreißung der Familien“ führen: „Unverheiratete Geschwister der Verheirateten gelten als Juden und werden deportiert; die Verheirateten bleiben im Reich.“ Im übrigen fühlten sich „die Mischlinge 1. Grades“ „dem Deutschtum zugehörig“ und lehnten „das Judentum innerlich ab“. „Ihre seelische Belastung, wenn sie zu den Juden geschlagen würden, wäre daher besonders folgenschwer.“ Als Feind sei der „Halbjuden“ aufgrund seiner zum Teil „germanischen Erbmasse“, „durchschnittlich guter Intelligenz und sorgfältiger Erziehung“ jedoch gefährlicher als der Jude, da er „zum geborenen Führer“ prädestiniert sei.

Darüber hinaus gab Lösener die „psychologisch-politischen Rückwirkungen“ bei den „vollarischen“ Verwandten und Bekannten – im Falle einer „Verschärfung der Maßnahmen gegen Halbjuden“ – zu bedenken. Diese würden im Falle solcher „Maßnahmen“ – dies spielte wohl auf die Deportationen an und u. U. auch auf die Erfahrungen, die im RMDI mit den Euthanasiemorden gemacht wurden – „mitbetroffen und stimmungsmäßig schwer belastet“. Schließlich dürfe die Bedeutung der „Mischlinge“ als Arbeitskräfte für die Kriegswirtschaft nicht unterschätzt werden: „Sie sollten hier weiter verwertet und nicht dem Feinde zugebracht oder durch dauernde Gefährdung ihrer Existenz in der Leistungsfähigkeit gemindert werden“. Zudem hätten sich die bei der Wehrmacht verbliebenen „Mischlinge“ bewährt, so dass der „Führer“ „einem großen Teil von ihnen ausdrücklich ihre Gleichstellung mit den Deutschblütigen nach dem Kriege in Aussicht gestellt“ habe. Zahlreiche „Mischlinge“ seien bereits gleichgestellt worden. Auch bei den „Geltungsjuden“ gebe es bisher 263 Fälle, in denen „der Führer“ den Betroffenen die Rechtsstellung von „Mischlingen 1. Grades“ gewährt habe. Lösener merkte hierzu an, dass es angesichts der Bedeutung einer „Führerentscheidung“ nicht angehe, „wenn diese Personen nun wieder durch eine generelle Regelung zu Juden gestempelt würden“. Des Weiteren wies Lösener darauf hin, dass die geplante Gleichstellung der „Mischlinge 2. Grades“ „nach der Endlösung“ problematisch würde, wenn man deren halbjdische Elternteile entsprechenden „verschärften Maßnahmen“ unterziehen würde: „Menschen, die man wie Deutschblütige behandeln will, darf man nicht den Vater oder die Mutter sterilisieren oder sonst diffamieren oder die Verwandten deportieren. Sonst schafft man eine neue staatsfeindliche Schicht.“

Hinsichtlich der „privilegierten Mischehen“ bemerkte Lösener: „Sind aus einer Mischehe Kinder hervorgegangen, die nicht als Juden gelten, so ist der jüdische Elternteil privilegiert, d. h. befreit von einer Anzahl von Maßnahmen gegen Juden.“ Dasselbe gelte bei kinderlosen „Mischehen“, in denen lediglich die Ehefrau Jüdin sei. Sinn dieser, im Rahmen der Einführung des „Gesetzes über Mietverhlt-

⁹⁴¹ Vgl. hierzu Kap. III. 3.

nisse mit Juden“ vom 30. April 1939⁹⁴² durch „Führerentscheidung“ geschaffenen Kategorie, war nach Lösener der „Schutz der nichtjüdischen Kinder und des arischen Elternteils“. Auch diese „Schutzkategorie“ müsse aus den bereits genannten Gründen aufrechterhalten werden. Gerade hierbei müsse Rücksicht auf Elternteile von an der Front stehenden Soldaten genommen werden, die nicht „in der Heimat verfolgt oder deportiert“ werden dürften, während der Sohn an der Front kämpfe.⁹⁴³

Außer dieser Vorlage sind in den eingesehenen Akten der Abteilung I keine weiteren Dokumente zur Vorbereitung oder Teilnahme an der Wannseekonferenz nachweisbar. Stuckart scheint auch keinen Vermerk über die Besprechung angelegt zu haben, was angesichts des von ihm herausgestellten Konfliktes mit Heydrich oder der angeblich notwendigen Rücksprache mit Conti nahegelegen hätte.

In dem vorstehend skizzierten, langwierigen Entstehungsprozess der 11. Verordnung zum RBG hatten sich die beteiligten Dienststellen vergeblich bemüht, für die „Mischlinge und in Mischehen“ lebenden Juden eine „zufriedenstellende“ Enteignungsregelung zu finden. Nunmehr drängte Heydrich auf der Wannseekonferenz unter Berufung auf ein Schreiben des Chefs der Reichskanzlei, d. h. eine „Führerweisung“⁹⁴⁴, erneut auf eine Entscheidung und verlangte – nach dem zweiten Teil des Konferenzprotokolls – „im Zuge des Endlösungsvorhabens [...] die restlose Bereinigung der Mischehen- und Mischlingsfragen“, d. h. Gleichstellung der „Mischlinge I. Grades“ – entsprechend der bereits im Herbst 1935 seitens der Behörde des „Stellvertreters des Führers“ favorisierten Position – mit den „Volljuden“ und „Einzelfall-Entscheidungen“ im Falle der „Mischehen“. Diese rechtlichen Statusfragen und die offenbar für erforderlich erachtete Gesetzesänderung betrafen Stuckart in sachlicher Hinsicht als Vertreter des RMDI, das die Federführung über die gesetzliche Definition des „Juden- und Mischlingsbegriffs“ reklamierte und, wie das Beispiel der 11. und 13. Verordnung zum RBG nahelegen, auch behauptete. Auf genau diese Fragen war er auch durch die Vorlagen Löseners vorbereitet worden. Insofern erscheint Stuckarts spätere Einlassung – der eigentliche Zweck der Wannseekonferenz sei die „Lösung der Mischlingsfrage“ gewesen,

⁹⁴² RGBl. I, S. 364, § 7:

„Hängt die Anwendung dieses Gesetzes davon ab, dass der Vermieter oder der Mieter Jude ist, so gilt für den Fall einer Mischehe des Vermieters oder Mieters Folgendes:

1. Die Vorschriften sind nicht anzuwenden, wenn die Frau Jüdin ist. Das Gleiche gilt, wenn Abkömmlinge aus der Ehe vorhanden sind, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht.
2. Ist der Mann Jude und sind Abkömmlinge aus der Ehe nicht vorhanden, so sind die Vorschriften ohne Rücksicht darauf anzuwenden, ob der Mann oder die Frau Vermieter oder Mieter ist.

Abkömmlinge, die als Juden gelten, bleiben außer Betracht.“

⁹⁴³ Abschließend referierte Lösener den Fall eines gewissen Oberleutnants Prager, der als „Mischling I. Grades“ durch „Führerentscheidung“ vom 30. 10. 1941 Deutschblütigen gleichgestellt und als Oberleutnant reaktiviert worden sei und dessen 66-jähriger Vater, Träger des EK. I., „nach [im Original unterstrichen] der Führerentscheidung“ von der Polizei bedroht und gedemütigt und zur schweren Arbeit in einem Gärtnereibetrieb gezwungen wurde. In: BAB R 1501/5519, Bl. 241 f.

⁹⁴⁴ Dieses Schreiben konnte bisher nicht nachgewiesen werden und befand sich auch nicht beim Wannseeprotokoll im PAAA.

in der Heydrich seinen Vorstellungen zum Durchbruch habe verhelfen wollen – durchaus glaubhaft.⁹⁴⁵

Hinsichtlich der Position, die Stuckart in der „Mischlings- und Mischehenfrage“ auf der Wannseekonferenz bezog, referierte das Protokoll nur, dass er vortrug, dass „die praktische Durchführung der eben mitgeteilten Lösungsmöglichkeiten zur Bereinigung der Mischehen- und Mischlingsfragen in dieser Form eine unendliche Verwaltungsarbeit mit sich bringen würde“ und dass er, „[u]m [...] auf alle Fälle auch den biologischen Tatsachen Rechnung zu tragen“, vorschlug, „zur Zwangssterilisierung zu schreiten“. Des Weiteren habe Stuckart angeregt, dass „[z]ur Vereinfachung des Mischehenproblems“ „ferner Möglichkeiten überlegt werden“ sollten „mit dem Ziel, dass der Gesetzgeber etwa sagt: Diese Ehen sind geschieden“.

Aus dem Zusammenhang ergibt sich, dass Stuckarts Einwand von der „unendlichen Verwaltungsarbeit“ auf die vorher referierten Vorstellungen Heydrichs bezogen war, die hinsichtlich einiger „Mischlingskategorien“ eine Neueinordnung und bei bestimmten Gruppen Einzelfallentscheidungen vorgesehen hatten. Beides hätte – bedenkt man die zahlreichen Rechtsfolgen der Umstufung und der „Evakuierung“ mit ihren Folgen z.B. im Hinblick auf die Staatsangehörigkeit, deren Verlust bei einem Familienvater – nach damaligem Verständnis – auch die restliche Familie betroffen hätte – in der Tat einen enormen zusätzlichen Verwaltungsaufwand generiert und Ressourcen gebunden, die durch Stuckarts Tätigkeit als Stabsleiter GBV eigentlich für den Kriegseinsatz freigemacht werden sollten.

Stuckart gab in seiner oben erwähnten Stellungnahme ursprünglich an, dass der Sterilisationsvorschlag von Heydrich stammte, der ja – nach dem Protokoll – auch tatsächlich den Verbleib bestimmter Gruppen an deren Unfruchtbarmachung hatte knüpfen wollen, was von SS-Gruppenführer Hofmann ausdrücklich begrüßt wurde. Er (Stuckart) habe demgegenüber lediglich einen Prüfvorbehalt eingelegt, um Conti diesbezüglich konsultieren zu können. Im Laufe des Wilhelmstraßenprozesses gab Stuckart jedoch später selber an, dass sein Sterilisations- und Zwangsscheidungs-vorschlag nur dazu gedient hätten, Zeit zu gewinnen.⁹⁴⁶ Ob eine und gegebenenfalls welche dieser Behauptungen zutreffend ist, lässt sich nicht mehr eindeutig klären. Die Diskussion über die „Definitionsfrage“ bestimmte im Frühjahr 1942 das weitere Geschehen. Nach der Wannseekonferenz wurde die Diskussion auf Referentenebene in den Folgekonferenzen vom 6. März und 27. Oktober 1942 fortgesetzt.

Nur neun Tage nach der Wannseekonferenz, am 29. Januar 1942, berief der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete eine Besprechung ein, auf der der auf der Wannseekonferenz erreichte Beratungsstand von Lösener, der nach dem Kriege zunächst behauptete, nichts von der Wannseekonferenz gewusst zu haben, referiert wurde.⁹⁴⁷ Es wurde über den Entwurf einer Verordnung verhandelt, mit der

⁹⁴⁵ Vgl. die o. a. Stellungnahme Stuckarts vom 4. 7. 1947, in: BAK N 1292/125.

⁹⁴⁶ Vgl. hierzu das in Kap. IV. 3. auszugsweise wiedergegebene Verteidigungsplädoyer für Stuckart.

⁹⁴⁷ Vgl. hierzu: Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 368–383; dies., S. 410f., vertritt die Auffassung, dass Lösener im Hinblick auf Stuckarts Sterilisierungsvorschlag versucht habe, der Ausweitung des Judenbegriffs für die Ostgebiete entgegenzusteuern, indem er Stuckarts Sterilisierungsvorschlag als das *Ergebnis* der Wannseekonferenz darstellte, ob-

für die besetzten Ostgebiete bestimmt werden sollte, wer als Jude zu behandeln sei. Die vorgesehenen Bestimmungen wichen von den §§ 2 und 5 der 1. Verordnung zum RBG ab. Nach der Aufzeichnung über den Verlauf der Besprechung sollte folgende Definition festgelegt werden:

„2) Jude ist, wer sich zur jüdischen Religionsgemeinschaft oder sonst als Jude bekennt oder bekannt hat oder dessen Zugehörigkeit zum Judentum sich aus sonstigen Umständen ergibt.

3) Dem Juden wird gleichgestellt, wer einen Elternteil hat, der Jude im Sinne des Abs. 1 ist.

4) In Zweifelsfällen entscheidet der Generalkommissar (Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD) oder die von ihm beauftragte Stelle mit allgemein bindender Wirkung.“

Die Besprechungsniederschrift enthält auf S. 4 und 6 noch folgende aufschlussreiche Ausführungen:

„Dr. Wetzel entgegnete darauf, dass infolge der zu erwartenden Lösung der Judenfrage politische Gefahren aus der Gleichstellung jüdischer Mischlinge aus den Ostgebieten nicht zu erwarten seien. [...]

Sturmbannführer Suhr bat, auch die Frage der Mischehen in dem Ausführungserlass zu regeln. Man wurde sich darüber einig, dass Juden, die in Mischehen leben, keiner anderen Behandlung wie die anderen Juden unterliegen sollen und dass dies im Erlass zum Ausdruck gebracht werden sollte.“

Am 6. März 1942 fand im RSHA eine erneute Besprechung über die „Endlösung“ statt, zu der Heydrich bereits in seinem Übersendungsschreiben des Wannseekonferenzprotokolls vom 26. Februar 1942 eingeladen hatte.⁹⁴⁸ In seiner Einladung unterstrich er eingangs den vermeintlich erzielten Konsens zwischen den an der „Endlösung“ beteiligten Behörden: „Da nunmehr erfreulicherweise die Grundlinie hinsichtlich der praktischen Durchführung der Endlösung der Judenfrage festgelegt“ sei und „seitens der hieran beteiligten Stellen völlige Übereinstimmung“ herrsche, könnten jetzt auf Referentenebene die „organisatorischen, technischen und materiellen Voraussetzungen zur praktischen Inangriffnahme der Lösungsarbeiten aufgezeigt“ und für Reichsmarschall Göring die gewünschte Vorlage zum weiteren Vorgehen erstellt werden.⁹⁴⁹ Er bat die „beteiligten Stellen“,

gleich dieser im Protokoll – entsprechend der Haltung des RSHA – nur als Vorschlag referiert worden sei.

⁹⁴⁸ Übersendungsschreiben (PAAA R 100857, Bl. 50), abgedruckt in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 113.

⁹⁴⁹ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 411, deutet Stuckarts Sterilisierungsvorschlag als einen „generellen Einspruch von Seiten des Innenministers“, auch wenn dieser Heydrichs „Federführung“ nicht offen in Frage gestellt habe. Heydrich habe seinerseits vermieden, „die offizielle Aufhebung des gesetzlichen Judenbegriffs zu fordern, in dessen Verwaltung das Recht des ‚Normenstaates‘ zur ‚Behandlung der Judenfrage‘“ begründet gewesen sei, und nur „die ‚Gleichstellung‘ begrenzt auf die Deportation“ gefordert, womit sich die Frage „auf eine polizeiliche Administrationsmaßnahme“ – d. h. Kompetenz der Abt. V des RMDI und nicht der Abt. I – reduziert habe. Die Darstellung des Wannseekonferenzergebnisses als Konsens habe es Heydrich gestattet, die „Lösung der Mischlingsfrage“ niedriger – d. h. auf Referenten- und nicht mehr auf Staatssekretärebene – „aufzuhängen“. Heydrichs Ziel sei es gewesen, Stuckarts Sterilisationsplan „zu bagatellisieren“. Ziel der Konferenz vom 6. 3. 1942 sei allein die Demontierung von Stuckarts Sterilisierungsprojekt gewesen.

einen Sachbearbeiter zu entsenden, der sich mit Eichmann „ins Benehmen“ setzen sollte. Für das RMDI nahm nicht der Referatsleiter Lösener, sondern dessen Mitarbeiter, Regierungsrat Dr. Feldscher, teil, der wohl auch an den Besprechungen im RSHA vor der Wannseekonferenz beteiligt gewesen war. Feldscher erläuterte eingangs den Vorschlag Stuckarts, „alle Mischlinge“ zu sterilisieren, wobei er vom RSHA aufgefordert wurde, vor allem zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen⁹⁵⁰:

- „1.) Personenkreis, der unter die Sterilisierung fällt;
- 2.) Rechtsgrundlagen der Sterilisierung;
- 3.) rechtliche Stellung der Mischlinge nach erfolgter Sterilisierung;
- 4.) verwaltungsmäßige Durchführung der Sterilisierung“

Laut dem vom RSHA verfassten Protokoll erläuterte Feldscher, dass sich Stuckart nur für eine Zwangssterilisierung der „Mischlinge 1. Grades“ ausgesprochen habe, obgleich „eine biologisch völlige Lösung des Mischlingsproblems nur bei einer Sterilisierung der Judenmischlinge aller Grade erfolgen würde“.⁹⁵¹

Hinsichtlich Punkt 2 hielt das Protokoll fest, dass eine „Sterilisierung nur im Verwaltungswege“ als „allseitig nicht tragbar erkannt“ wurde. Dasselbe gelte hinsichtlich einer „gesetzlich ausdrücklich und ausgesprochenermaßen“ angeordneten Sterilisierung, weshalb ein allgemeiner – die Realität bemäntelnder – „Rechtsatz“ des Inhaltes geschaffen werden sollte, wonach „eine bestimmte Stelle ermächtigt werde, die Lebensverhältnisse der Mischlinge zu regeln“. Für die beteiligten Beamten blieb es jedoch offenbar auch im Angesicht der „Endlösung“ „zweifelhaft“, „ob dies als Rechtsgrundlage ausreiche“. Dies macht deutlich, wie wichtig den Beteiligten selbst im Frühjahr 1942 noch die formale, normenstaatliche Absicherung bei ihrem verbrecherischen Tun erschien.

⁹⁵⁰ Vgl. PAAA R 100857, Bl.73ff., dort auch Teilnehmerliste. Rademacher (s. Anhang 2: Kurzbiographien) hatte seinen Vorgesetzten (Luther, Gaus, Woermann und Weizsäcker) bereits unter dem 7.3.1942 über die Ergebnisse der Besprechung am 6.3. berichtet („Geheime Reichssache“) und hervorgehoben, dass es „Schwierigkeiten“ in der in Wannsee angesprochenen Frage der Sterilisierung von 70 000 „Mischlingen“ gäbe, für die 700 000 Krankenhaustage erforderlich seien. Dieser Weg erscheine angesichts der Beanspruchung der Krankenhäuser durch die Verwundeten „während des Krieges jedenfalls nicht gangbar“. Daher sollte „neben“ der in Wannsee „ins Auge gefassten Lösung vorgeschlagen werden, die gesamten Mischlinge ersten Grades in einer einzigen Stadt in Deutschland oder im Generalgouvernement zusammenzufassen und die Frage der Sterilisierung bis nach Kriegsende aufzuschieben“. Hinsichtlich der „Mischehen“ hielt Rademacher fest, dass Stuckarts Zwangsscheidungs-vorschlag kraft Gesetzes seitens des Vertreters des Propagandaministeriums und des RJM abgelehnt werde, weshalb der endgültige Vorschlag eine Scheidung der „Mischehen“ in einem vereinfachten Antragsverfahren durch die Staatsanwaltschaft vorsehe.

⁹⁵¹ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S.414, merkt hierzu an, dass sich das von Eichmann hier wiedergegebene „einhellige Bedenken“ als indirekter Bezug zu dem Satz lesen lasse, mit dem die RK im Juni 1941 den 3. Entwurf der 11. VO zum RBG verworfen habe: „[...] dass es nach dem Krieg in Deutschland ohnedies keine Juden mehr geben werde und dass es deshalb nicht erforderlich sei, jetzt eine Regelung zu treffen, die [...] Arbeitskräfte binde und eine grundsätzliche Lösung doch nicht bringe“. Auch gegen Stuckarts Sterilisierungsplan sollte geltend gemacht werden, dass hier Mittel und Zweck außer Verhältnis stünden.

Gegen Stuckarts dritten Vorschlag, die sterilisierten „Mischlinge 1. Grades“ unbeschadet der weitergeltenden „ihr Leben einengenden Bestimmungen“ im Reich verbleiben zu belassen, wurde geltend gemacht, „dass eine tatsächliche Lösung des Mischlingsproblems, das nicht ausschließlich ein rassenbiologisches“ sei, „hierdurch nicht erfolgen werde“. Die Sterilisierungen würden zwar neben die bisherige „rechtliche“ eine „tatsächliche Verhinderung von Nachkommenschaft“ treten lassen, das Problem der zahlreichen „Ausnahmegesuche auf allen Lebensgebieten“ bliebe jedoch ungelöst. Zudem bliebe auch die „politische Belastung durch das Vorhandensein einer Personengruppe minderen Rechts“ bestehen. Dies würde gegenüber „der bisherigen Stellung noch erschwert dadurch, dass dieser Personenkreis sterilisiert“ sei. Auf der anderen Seite stünde jedoch fest, dass eine „weitergehende Freistellung der Mischlinge 1. Grades aus politischen Gründen untragbar wäre“.

Zu 4. führte das RSHA aus, dass „man sich allseitig darüber klar“ gewesen sei, „dass die Sterilisierung eine verwaltungsmäßige Entlastung gegenüber der augenblicklichen Lage nicht mit sich bringt; vielmehr lediglich durch die Sterilisierung zu den bisherigen Verwaltungsaufgaben eine weitere hinzutrete, deren Aufwand nicht zu unterschätzen“ sei „und deren Durchführung schon allein wegen Ärzte- und Krankenbettmangels nicht möglich“ erscheine. Damit war Stuckarts vermeintliches Obstruktionsargument auf der Wannseekonferenz – Vermeidung von Verwaltungsaufwand – gegen ihn und seinen Sterilisationsvorschlag gewendet worden.⁹⁵² Zudem wurde deutlich, dass die Undurchführbarkeit dieses Vorschlags während des Krieges den anderen beteiligten Behörden deutlich vor Augen trat und möglicherweise gar nicht – wie später in Nürnberg behauptet – auf Stuckarts und Löseners „Urheberschaft“ zurückging, wie nach dem Krieg behauptet wurde.

Des Weiteren wurde gegen Stuckarts Konzept eingewandt, dass bei „Belassung der Mischlinge als ‚Zwischenrasse‘ im Reichsgebiet“ auch in Zukunft ständig neue Probleme für die Behörden in Form von neuen Regelungsbedürfnissen entstünden. So müssten Fragen, die man im Hinblick auf die „bevorstehende Endlösung“ zurückgestellt habe, „nunmehr unbedingt einer Entscheidung zugeführt werden“ („Mischlinge im Sport“, „Mischlinge in der Wirtschaft“ etc.). Mithin würde „weder das Mischlingsproblem“ gelöst, noch eine „verwaltungsmäßige Entlastung“ erreicht, „sondern die augenblickliche Lage noch erschwert.“⁹⁵³ Offenbar wollte das RSHA dem Votum Hitlers aber auch nicht vorgreifen: Für den Fall, dass „der Führer gleichwohl aus politischen Gründen“ – also gewissermaßen „wider bessere biologistische Einsicht“ – „eine allgemeine Zwangssterilisierung für den geeigneten Weg“ halten sollte, sei eine Kompromisslösung möglich, nach der die „Mischlinge 1. Grades ähnlich wie heute alte Juden in einem Gebiet in einer besonderen Stadt“ – gedacht war hier möglicherweise an eine Ghettostadt wie Theresienstadt

⁹⁵² So auch Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 414.

⁹⁵³ Hierzu merkt Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 415, zutreffend an, dass Stuckarts Einwand auf der Wannseekonferenz – wonach Heydrichs Vorschläge zur Mischehen- und Mischlingsfrage unendliche Verwaltungsarbeit mit sich brächten – sich nicht auf den auf der Konferenz am 6. 3. angesprochenen *status quo*, sondern eben auf die Realisierung von Heydrichs Vorhaben bezog.

– „zusammengefasst“ werden könnten. Abschließend wurde zu diesem Punkt – gewissermaßen als Konzession an Stuckart – ausgeführt: „Für die Siedlung käme, um den Bedenken Rechnung zu tragen, die gegen eine Abschiebung teilweise deutschen Blutes über die Reichsgrenze von Staatssekretär Dr. Stuckart vorgebracht wurden, ein Ort innerhalb des unmittelbaren Einflussbereiches des Deutschen Reiches in Betracht.“⁹⁵⁴

In der weiteren Erörterung hob der Vertreter der Parteikanzlei hervor, dass die „Mischlinge“ unbedingte „auf Juden und Deutsche aufzuteilen“ seien, da es „keinesfalls tragbar sei, die Mischlinge als dritte kleine Rasse auf die Dauer am Leben zu erhalten“. Dieser Forderung werde durch Stuckarts Sterilisierungsvorschlag und der „Belassung [der Juden] im Reichsgebiet nicht Rechnung getragen“. Demgegenüber würde eine – bereits im Jahre 1941 in einem vom RSHA ins Leben gerufenen Arbeitskreis⁹⁵⁵ erörterte – „Aussiebung“ in Form einer Überprüfung jedes einzelnen „Mischlings“ – wie Heydrich sie nach dem Wannseeprotokoll gefordert hatte – nur einen einmaligen Verwaltungsaufwand erfordern, da hierzu bereits zahlreiche Unterlagen vorhanden seien. Der kleine, dann noch im Reich verbleibende Rest der „Mischlinge“ – die Mehrheit sollte nach diesen Vorstellungen also den Juden gleichgestellt und deportiert werden – könne man dann sogar von dem einengenden Sonderrecht freistellen, was wiederum den Verwaltungsaufwand reduzieren würde. Es bliebe bei den im Reich verbleibenden „Mischlingen“ lediglich noch die „freiwillige Sterilisierung“ als „Gegenleistung für ihre gnadenweise Belassung im Reich vorbehalten“. Vorteil dieser Vorgehensweise sei auch ihre Flexibilität, die Rücksicht auf Einzelfälle gewährleiste. Des Weiteren wurde auf das Ergebnis der Besprechung im Ostministerium – vermutlich die oben genannte Besprechung am 29. Januar 1942 – rekurriert, bei dem für die Ostgebiete ein Judenbegriff erörtert wurde, der die „Mischlinge 1. Grades“ einschloss. Schließlich wies die Parteikanzlei darauf hin, dass die „Masse der deutschen Volksgenossen“ „eine wirklich klare Lösung der Mischlingsfrage“ „für dringend erforderlich“ halte. An „höchster Stelle“, d. h. wahrscheinlich bei Göring – für den die vorbereitenden Aufzeichnungen zu erstellen waren, die nach Heydrichs Einladungsschreiben auf Grundlage der Besprechung erarbeitet werden sollten – oder möglicherweise bei Hitler selbst, sollte daher neben Stuckarts Zwangssterilisierungsvorschlag auch der bereits 1941 vom Arbeitskreis des RSHA und der Parteikanzlei erarbeitete Plan – „Aussiebung“ und Gleichstellung eines Großteils der „Mischlinge 1. Grades“ sowie deren Deportation zusammen mit den „Volljuden“ –, allerdings ergänzt um die vorstehend erörterte Alternativmöglichkeit einer

⁹⁵⁴ Wie oben angemerkt und von Rademacher berichtet, sollte hierbei wohl auch das Generalgouvernement in Betracht kommen, in welchem zu diesem Zeitpunkt im Rahmen der „Aktion Reinhardt“ 1 000 000 jüdische Bürger ermordet wurden. Vgl. hierzu: Peter Witte, „... zusammen 1 274 166“. Der Funkspruch des SS-Sturmbannführers Hermann Höfle liefert ein Schlüsseldokument des Holocaust, in: Die Zeit Nr. 3 vom 10. 1. 2002, S. 82, abrufbar unter: http://pdf.zeit.de/2002/03/_zusammen_1274166.pdf; Longerich, Himmler, S. 580–593.

⁹⁵⁵ Zu dem Arbeitskreis, der im August 1941 als „Arbeitsgemeinschaft“ unter Leitung Eichmanns firmierte, s. Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 330–335 und S. 412–419.

„Ghettolösung“ für die „Mischlinge 1. Grades“, vorgelegt werden.⁹⁵⁶ Innerhalb dieses Ghettos seien dann – im Sinne eines „natürlichen Aussterbens“ – die Geschlechter zu trennen, „solange nicht auch dort eine Sterilisation in Betracht“ käme.

Hinsichtlich Stuckarts Vorschlag, „alle Mischehen aufzulösen“, und gegen einen „gesetzlichen Ausspruch der Zwangsscheidung“ gab es seitens des Propagandaministeriums politische Bedenken insbesondere im Hinblick auf die „zu erwartende Stellungnahme des Vatikans“. Der gerichtlichen Scheidung – „wenn auch im vereinfachten Verfahren“ – sollte auch im Hinblick auf „vorkommende Einzelfälle“ der Vorzug gegeben werden. Vermutlich hatten die Besprechungsteilnehmer – soweit sie eingeweiht waren – hierbei die Erfahrung mit den Euthanasiemorden vor Augen, die insbesondere im Hinblick auf die Reaktion der Kirchen 1941 teilweise suspendiert wurden. Zudem beklagte das RJM – wie in Schlegelbergers im Folgenden angeführter Stellungnahme besonders deutlich wird – den drohenden Kompetenzverlust, wenn die vorgesehene gesetzliche Zwangsscheidung die Gerichte übergelöst.⁹⁵⁷ Das Protokoll hielt jedoch fest, dass „Einigkeit“ darüber herrschte, „dass bei einer Scheidung im Einzelfall dafür Sorge getragen werden müsse, dass die Verfahren schnell vor sich“ gingen, „und dass ungerechtfertigten Einwendungen der jüdischen Seite ein Riegel vorgeschoben werden müsse“. Man fand auch hier einen Kompromiss. Dem „deutschblütigen“ Ehegatten sollte die Einreichung der Scheidung empfohlen werden. Kam er der Empfehlung nicht nach, sollte der Staatsanwalt den Scheidungsantrag stellen:

„Es wird gesetzlich festgelegt, dass die Gerichte auf Antrag des deutschblütigen Teiles oder des Staatsanwalts rassenmäßige Mischehen zu scheiden haben. Der Antrag soll vorgesehen werden, um nach außen hin den Eindruck einer Zwangsscheidung abzuschwächen. Die Durchführung soll so erfolgen, dass durch interne Dienstanweisung den beteiligten Deutschblütigen ein gewisser Zeitraum zur Beantragung zur Verfügung stehen soll. Nach diesem Zeitpunkt werden die Staatsanwaltschaften angewiesen, Scheidungsanträge zu stellen. Der Scheidungsausspruch hängt dann nur von der Feststellung ab, dass ein Ehepartner volljüdisch bzw. Mischling ersten Grades ist. Diese Feststellung trifft der Chef der Sicherheitspolizei und des SD. Die Staatsanwaltschaft und Gerichte sind an die Feststellung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD gebunden.“⁹⁵⁸

⁹⁵⁶ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S.416, weist darauf hin, dass es sich bei dem hier im Protokoll der Besprechung des 6.3.1942 als Ergebnis des Arbeitskreises referierten Standpunkt nicht um das Projekt des Arbeitskreises, sondern vielmehr um Heydrichs auf der Wannseekonferenz vertretene Position gehandelt habe. Dem Rückgriff auf die „Autorität des Partei-Arbeitskreises“ sei die Funktion zugekommen, „Heydrichs auf der ‚Wannsee-Konferenz‘ vorgestellten Plan als unmittelbaren Ausdruck der Absichten der Parteileitung erscheinen zu lassen“. Das RMdI hatte indes schon im Herbst 1935 eine Sortierungslösung als nicht praktikabel abgelehnt, wobei Lösener sowohl verwaltungstechnische als auch politische Gründe ins Feld geführt hatte.

⁹⁵⁷ Vgl. hierzu: Weber, Die Mitwirkung der Juristen, in: SchlHA 255 (2005), Heft 7, S.207–212, hier S.210.

⁹⁵⁸ Dies wäre – wie Essner, Die Nürnberger Gesetze, S.418, zu bedenken gibt – eine entscheidende juristische Neuerung gegenüber der bisher geltenden Rechtslage gewesen. In Analogie zu §8 der 11. VO zum RBG hätte das RSHA auf diesem Wege erstmals die Definitions-/Klassifikationsmacht in einem wichtigen Bereich des Eherechts und damit in einer Materie erlangt, die den Kern der Nürnberger Gesetze bildete.

Nach der verbindlichen Feststellung durch die Gestapo, dass der Antragsgegner „volljüdisch“ oder „Mischling 1. Grades“ war, sollten die Gerichte die Ehe ohne weitere Sachprüfung scheiden.

Am Ende des Protokolls räumte das RSHA den beteiligten Behörden die Möglichkeit „zur beschleunigten abschließenden Stellungnahme“ ein und stellte, soweit erforderlich, eine weitere Besprechung in Aussicht. Am selben Tag leitete Eichmann im RSHA eine weitere Besprechung, bei der es um die Deportation der französischen Juden ging.⁹⁵⁹

Bei der Lektüre des Protokolls fällt die deutliche Diskrepanz zu Stuckarts Vorschlägen auf der Wannseekonferenz auf. Offenbar hatte sich der noch vergleichsweise junge und in der Ministerialbürokratie unerfahrene Parteigenosse, Dr. Feldscher, der einen der niedrigsten Ränge unter den Anwesenden bekleidete, nicht gegen Parteikanzlei und RSHA durchsetzen können.⁹⁶⁰ Seine Vorgesetzten, Stuckart und Lösener, waren jedenfalls mit dem Sitzungsergebnis vom 6. März 1942 – so wie es von Eichmann dargestellt wurde – nicht einverstanden und wandten sich mit einem wohl von Lösener vorbereiteten Geheimschreiben (gezeichnet „i.V. Stuckart“) am 16. März 1942 – „betr.: Endlösung der Judenfrage“ – an die Parteikanzlei, Heydrich und die anderen Teilnehmer der Wannseekonferenz⁹⁶¹: „Die in der Sitzung vom 20. Januar 1942 besprochene Frage, welche Stellung den jüdischen Mischlingen 1. Grades künftig zugewiesen werden soll“,⁹⁶² gebe ihm Ver-

⁹⁵⁹ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 419, folgert aus dieser Tatsache, dass in den beiden Parallelbesprechungen der „Ursprung der Eichmannschen Legende“ über die Wannseekonferenz lag: „Nicht am 20.1.1942 sprach die Reichsbürokratie offen über die Mordtechniken und Eichmann durfte dabei ‚zuhorchen‘, sondern am 6.3.1942 sprach Eichmann darüber mit den anderen Judenreferenten des RSHA sowie mit Rademacher vom Auswärtigen Amt, und er musste aufpassen, dass die Vertreter der Reichsbürokratie nicht ‚zuhorchten‘“. Im Hinblick darauf, dass Eichmann mit dem Einsatz der „Brack-schen Hilfsmittel“ einverstanden gewesen sei und auf Eichmanns Besuch in Minsk im September 1941, wo er Massenerschießungen beobachtete, konstatiert Essner, dass Eichmanns Name stets dort in den Quellen auftauche, wo es um die technische Realisierung des Massenmordes gegangen sei.

⁹⁶⁰ Dies hat ihm jedoch nicht geschadet. Das RMdI beabsichtigte den 35-Jährigen kurz nach der Konferenz vom 6.3., im April 1942, unter Berufung auf seinen Einsatz für die „Bewegung“ zum ORR zu befördern (vgl. BAB R 2/11690, Bl. 101f). Nach dem Krieg erinnerte sich Feldscher, dass auf der „Referentenbesprechung“ am 6.3.1942 kein Ergebnis erzielt werden konnte, „da die anwesenden Personen keinen Beschluss fassen konnten“. Ein Protokoll über die Sitzung habe er nie erhalten. Vgl. eidesstattl. Erklärung Feldschers, als Dok. Nr. 643 der Verteidigung Stuckarts in: BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 72ff., hier Bl. 75.

⁹⁶¹ In: PAAA R 100857, Bl. 82ff., als Nbg.-Dok. NG-2586, in: IfZ Nürnberger Dokumente. Zum Teil abgedruckt in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 121f. Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 419f., mutmaßte, dass Stuckarts Schreiben vornehmlich durch den „unangemessenen Autoritätsanspruch“ Eichmanns motiviert war und zu dem Besprechungsergebnis vom 6.3.1942 Stellung nahm, obgleich eine ausdrückliche Bezugnahme auf diese Besprechung in Stuckarts Schreiben fehlt. Sie vertritt zudem die Auffassung, dass sich das Schreiben wie eine „Richtigstellung“ des Wannseeprotokolls lese.

⁹⁶² Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 421, vermutet, dass Stuckart seine in dem Schreiben angeführten rassenbiologischen Argumente bereits anlässlich der Wannseekonferenz ins Feld führte, wie auch der Konferenzteilnehmer Otto Hofmann (RuSHA) 1948 in

anlassung, „die bei der Lösung dieser Frage zu erwägenden Möglichkeiten noch einmal einer Prüfung zu unterziehen, wobei, das bedarf wohl keiner besonderen Betonung, das einzige Kriterium das Interesse des deutschen Volkes sein muss“. Es bestehe „völlige Klarheit und Einmütigkeit“ darüber, „dass jüdisches Blut, auch soweit dessen Träger Halbjuden sind, aus dem deutschen und darüber hinaus aus dem europäischen Blutstrom auszuschneiden“ sei. Daher sei „in erster Linie jede Blutmischung mit Deutschen oder Artverwandten zu verhindern“. Unter Bezugnahme auf die von Lösener in Vorbereitung auf die Wannseekonferenz für Stuckart zusammengestellten Argumente⁹⁶³ gegen eine Gleichstellung der „Mischlinge 1. Grades“ mit den „Volljuden“ führten Lösener und Stuckart aus, dass das RMdI es immer „für biologisch außerordentlich gefährlich gehalten habe“, zur Hälfte deutsches Blut preiszugeben und „einer gegnerischen Seite zuzuführen“, wo es Führungspersönlichkeiten hervorbringen könne. Dieser Gesichtspunkt müsse auch vom gesamteuropäischen Standpunkt gelten; „die Lösung dieser Frage in Europa“ müsse daher nach einer „einheitlichen Grundlinie“ erfolgen.⁹⁶⁴ Anderenfalls – so das von Stuckart gezeichnete drohende Szenario – würden „Hunderttausende von Trägern deutscher oder artverwandter Erbmasse abgestoßen und in einen unserem Einfluss im Wesentlichen entzogenen kämpferischen Gegensatz zu uns gebracht werden“.⁹⁶⁵ Hiergegen habe er – „vom Standpunkt des deutschen Interesses“ – so starke Bedenken, dass er „den Weg der Gleichstellung der Halbjuden mit Juden und demgemäß der Abschiebung für untragbar halte und deshalb das natürliche Aussterben der [sterilisierten, d. Verf.] Halbjuden innerhalb des Reichsgebietes vorziehe“. In diesem Zusammenhang verwiesen Stuckart und Lösener auf den anlässlich der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 gemachten

seiner Aussage versicherte. Vgl. Protokollauschnitt der Vernehmung Hofmanns am 7. 1. 1948, in: BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 62ff. hier Bl. 66f.: „Im Verlaufe der Diskussion ergab sich dann von einer Seite die Frage, ob es denn nicht möglich wäre, die Zahl der vorhandenen 70 000 Mischlinge 1. Grades im deutschen Volk mit der Zeit aufgehen zu lassen. Ich weiß bestimmt, dass auch davon gesprochen wurde, dass mit einer Abschiebung der jüdischen Mischlinge 1. Grades jeweils 50% deutschen Blutes verloren gingen. In diesem Vorschlag, die Mischlinge 1. Grades im deutschen Volk aufgehen zu lassen, sah ich einen Ausweg aus dem Labyrinth, weswegen ich ihm sofort zustimmte. Diese Fragen sind im Dokument nicht aufgezeichnet.“ Auf die Frage, ob die Besprechung denn ein Ergebnis gehabt habe, entgegnete Hofmann: „Nein, es sind keine Beschlüsse gefasst worden. Die Besprechung sollte offenbar dazu dienen, Heydrich zu informieren über die Auffassung der Anwesenden./Ich glaube behaupten zu können, dass gerade durch meinen Vorschlag und die dadurch ausgelöste Debatte die Absichten Heydrichs vereitelt wurden, die Mischlinge 1. Grades abzuschieben. [...] Ich halte dieses Dokument [das Wannseeprotokoll, d. Verf.] [...] für eine einseitige Niederschrift, die im Reichssicherheitshauptamt entstanden ist.“ Hofmann sagte weiter aus, dass der Sterilisierungsvorschlag nicht von ihm, sondern schon zuvor gemacht worden war.

⁹⁶³ Vgl. auch: Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 420, die darauf hinweist, dass Löseners Argumente in der Vorlage vom 4. 12. 1941 noch dazu dienten, den *status quo* der „Mischlinge“ zu verteidigen, während sie nunmehr zur Untermauerung von Stuckarts Sterilisierungsvorschlag dienen mussten.

⁹⁶⁴ Diese Argumentation wurde wortgleich im Herbst 1935 verwendet, vgl. hierzu Kap. III. 3.

⁹⁶⁵ Diese Argumentation legt nahe, dass Stuckart und Lösener trotz ihrer Kenntnis von den Judenerschießungen in Riga tatsächlich über das den Abgeschobenen generell zugeachtete Schicksal im Unklaren waren.

Sterilisationsvorschlag und die damit verbundene Verwaltungsrationalisierung: „Diese Sterilisation würde jeden rassenbiologisch zwingenden Grund zu einer anderen Behandlung der Mischlingsfrage überhaupt entfallen lassen.“ Zwar würde dieser Prozess drei bis vier Jahrzehnte brauchen, habe aber insbesondere den Vorteil, dass weiterhin willige Arbeitskräfte zur Verfügung stünden. Hinsichtlich der Zwangsscheidung der Mischehen signalisierten Stuckart und Lösener hingegen ihre Akzeptanz des Sitzungsergebnisses vom 6. März 1942 und führten aus, dass man den Ehepaaren zweckmäßigerweise die Möglichkeit einer freiwilligen Scheidung in einem vereinfachten Verfahren geben sollte. Unter diesen Umständen lasse sich jedoch „auch rechtfertigen [...], den staatlichen Zwang einzuschalten, also die Scheidung entweder auf Antrag des Staatsanwaltes oder kraft Gesetzes auszusprechen“.⁹⁶⁶

Auch der nach dem Tode Gürtners am 29. Januar 1941 und bis zur Ernennung Otto Thieracks am 23. August 1942 amtierende RJM, Staatssekretär Dr. Franz Schlegelberger, dessen Staatssekretärskollege Dr. Freisler⁹⁶⁷ an der Wannseekonferenz und dessen Personenstandsreferent Dr. Massfeller an der Besprechung vom 6. März 1942 teilgenommen hatten, wandte sich mit einem als „Geheime Reichssache“ eingestuften Schreiben vom 5. April 1942 – „Betrifft: Endlösung der Judenfrage“ – an die anderen Wannseekonferenzteilnehmer und nahm zu dem Besprechungsergebnis vom 6. März 1942 Stellung.⁹⁶⁸ „Die Endlösung der Judenfrage

⁹⁶⁶ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 418 und S. 424, hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Zwangsscheidungen „eine zentrale Erleichterung für die Deportationspolitik“ dargestellt hätten, da es nur über die vorherige Scheidung vermeidbar gewesen wäre, dass der aufgrund der 11. VO zum RBG eintretende Staatsangehörigkeitsverlust des jenseits der Reichsgrenze „evakuierten“ Ehemannes auf die im Reich verbleibenden Familienmitglieder zurückgeschlagen wäre. Bei den zwangssterilisierten Halbjuden, die nach Stuckarts Plan im Reichsgebiet bleiben sollten, würde sich die Staatsangehörigkeitsfrage hingegen nicht stellen, was nach Essner „vermutlich“ der „juristische Grund“ war, weshalb diese nach Stuckarts Vorstellungen im Reich bleiben sollten: „Denn anderenfalls, so wusste der Verwaltungsexperte, würde sich deren Deportation noch komplizierter gestalten als bei den deutschen ‚Volljuden‘. Die ‚Mischlinge I. Grades‘ waren nach dem Judenstatut vom Herbst 1935 ‚vorläufige Reichsbürger‘, die dies auch jenseits der Reichsgrenze blieben. Nur wenn die ‚Halbjuden‘ offiziell dem geltenden Judenbegriff unterstellt würden, würden sie wie die ‚Volljuden‘ gemäß der 11. VOzRBüG durch die Deportation im Prinzip die deutsche Staatsangehörigkeit und gleichzeitig das Reichsbürgerrecht einbüßen.“

⁹⁶⁷ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 425, Anm. 137, weist darauf hin, dass sich Freisler in dem „Tauziehen um die Mischlingsfrage“ „recht stumm“ gezeigt habe und führt dies darauf zurück, dass er 1942 im RJM nicht als der geeignete Mann gegolten habe, um die Leitung des Ministeriums zu übernehmen, da von ihm das Gerücht umging, mit einer Halbjüdin verheiratet zu sein.

⁹⁶⁸ In: PAA R 100857, Bl. 86ff.; Nbg.-Dok. NG 2586, in: IfZ Nürnberger Dokumente. Vgl. hierzu auch: Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 425f. Gegen die Ergebnisse der Besprechung vom 6. 3. 1942 hatte Schlegelberger bereits in einem Schreiben vom 12. 3. 1942 an den ChRK protestiert und diesen um eine Unterredung gebeten (s. Nbg.-Dok. PS-4055, in: IfZ Nürnberger Dokumente; Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 425). Schlegelberger führte dort aus, dass er die sich anbahnenden Entschlüsse „zum großen Teil für völlig unmöglich“ halte. Im Juristenprozess sagte Schlegelberger 1947 aus, dass er sich „moralisch dazu verpflichtet“ gefühlt habe, in der Frage der „jüdischen Mischlinge“ einen eigenen Vorstoß zu unternehmen, vgl. Förster, Schlegelberger, S. 145. Schlegelbergers Mit-

setzt eine klare und für immer maßgebende Abgrenzung des Personenkreises voraus, für den die in Aussicht genommenen Maßnahmen getroffen werden sollen.“ Während die „Mischlinge 2. Grades“ „von vornherein“ nicht in die „Maßnahmen“ einbezogen werden sollten⁹⁶⁹, schloss sich Schlegelberger hinsichtlich der Behandlung der „Mischlinge 1. Grades“ der von Stuckart mit Schreiben vom 16. März 1942 geltend gemachten Auffassung des RMdI an, wonach die „Verhinderung der Fortpflanzung dieser Mischlinge ihrer Gleichbehandlung mit den Volljuden und der hiermit verbundenen Abschiebung vorzuziehen“ sei. Weiterhin betonte Schlegelberger, dass ein „völkisches Interesse an der Lösung der Ehe zwischen einem solchen Halbjuden und einem Deutschblütigen“ nicht bestehe, vielmehr sollte den Halbjuden „die Wahl gelassen werden, sich der Unfruchtbarmachung zu unterziehen oder in gleicher Weise abgeschoben zu werden“. In beiden Fällen sei dem „deutschblütigen“ Ehepartner die Möglichkeit zu geben, die Auflösung der Ehe zu beantragen. Gegen ein vereinfachtes Verfahren der Ehescheidung habe er in diesen Fällen (Unfruchtbarmachung oder Abschiebung) nichts einzuwenden. Anders sei im Falle des Vorhandenseins von Nachkommen zu verfahren. Diese müssten „bei einer wirklichen Endlösung der Judenfrage“ in die „deutsche Volksgemeinschaft“ aufgenommen werden, wobei sichergestellt werden müsse, dass „ihnen jede Minderbewertung und jedes Gefühl der Minderwertigkeit“ erspart werde, welches aus dem Bewusstsein entstehen könnte, „dass ihre unmittelbaren Vorfahren von den geplanten Abwehrmaßnahmen der Volksgemeinschaft betroffen worden sind“. Insofern sei sogar zu überlegen, „ob nicht Halbjuden, deren noch lebende Nachkommen nicht auch Halbjuden sind, sowohl von der Abschiebung als auch von der Unfruchtbarmachung verschont bleiben sollten“. Gegen eine „Scheidungserleichterung bei Ehen zwischen Deutschblütigen und Juden“,

arbeiter, Dr. Massfeller, der an den Nachfolgekonferenzen der Wannseekonferenz für das RJM teilgenommen hatte, schrieb in einer dienstlichen Erklärung vom 25.5.1952 für das BMJ, wo er sich um seine Wiedereinstellung bemühte: „[...] Das Justizministerium war zu den Besprechungen geladen worden, weil man von ihm wissen wollte, wie – ohne gesetzliche Maßnahme – die Sterilisierung der Halbjuden und die Scheidung der Mischehen durchgeführt werden könne. Dabei dachte man u.a. auch daran, dass die Sterilisierung am unauffälligsten von Erbgesundheitsgerichten auf Grund des geltenden Gesetzes (wegen Erbkrankheit) angeordnet werden könnte. Herr Dr. Schlegelberger wollte vermeiden sehen, dass die Gerichte mit einer solchen – von ihm missbilligten – Aufgabe betraut würden. Meine Aufgabe als Referent für das gerichtliche Verfahren war es, die Bedenken hiergegen darzulegen. Dies habe ich in der Sitzung getan, indem ich darauf hinwies, dass die Gerichte nur nach Maßgabe des geltenden Gesetzes entscheiden könnten, dass der Reichsjustizminister auch nicht die Möglichkeit habe, die Gerichte anzuweisen, in den in Betracht kommenden Fällen eine Erbkrankheit festzustellen. [...] Ich war nur Zuhörer, um Herrn Staatssekretär Dr. Schlegelberger unterrichten zu können, damit er – soweit das möglich war – in den Stand gesetzt wurde, die vorgesehenen Maßnahmen zu inhibieren oder zu verzögern [...]“. Textauszug in: Ciernoch-Kujas, Massfeller, S. 152.

⁹⁶⁹ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 426, weist darauf hin, dass Schlegelberger sich damit gegen Heydrichs Vorschläge auf der Wannseekonferenz stellte, der auch vorsah, die sogenannten Vierteljuden zu sortieren. Wie Stuckart, befürchtete wohl auch Schlegelberger, der 1941 – wie oben dargestellt – deswegen die Euthanasiekonferenz einberufen hatte, eine ständige Beunruhigung der Bevölkerung, wenn die rassische Identität der „Volksgenossen“ nicht abschließend geklärt werde.

die sich auch auf „Geltungsjuden“ erstrecken sollte, hegte der amtierende RJM hingegen keine Bedenken. Den am 6. März erzielten Kompromiss einer „zwangsweisen Scheidung, etwa auf Antrag des Staatsanwaltes“, dem Stuckart sich angeschlossen hatte, lehnte Schlegelberger jedoch ab. Dieser Zwang sei „unnötig, weil die Ehegatten durch die Abschiebung des jüdischen Teils ohnehin von einander getrennt“ würden und eine Zwangsscheidung auch nicht geeignet sei, „die etwaige innere Verbundenheit der Ehegatten“ aufzuheben.⁹⁷⁰ Da allerdings „ein Festhalten des deutschblütigen Teils an der Ehe wohl nur bei älteren Ehen“ zu erwarten sei, „in denen der jüdische Teil in der Regel nicht abgeschoben, sondern dem Altersghetto zugeführt werden wird, sollte es dem anderen Ehegatten, wenn er durch sein Festhalten an der Ehe seine Zugehörigkeit zum Deutschtum verleugnet, auch nicht verwehrt sein, selbst im Ghetto Aufnahme zu finden“.⁹⁷¹

In einer als „Geheime Reichssache“ eingestuften Aufstellung, die Rademacher am 11. Juni 1942 Staatssekretär Weizsäcker vorlegen wollte⁹⁷², fasste Rademacher die Haltungen Stuckarts und Schlegelbergers wie folgt zusammen⁹⁷³:

Zum Schreiben des RMdI vom 16. März 1942:

„I. Halbjuden:

Am einfachsten scheint Gleichstellung und Abschiebung mit Juden. Indes hiergegen starke Bedenken aus mehreren Gründen (u. a. durch Führererlasse Geltungsjuden mit Halbjuden und Halbjuden mit Deutschblütigen – Offiziere – gleichgestellt); Weg ungangbar. Vorzuzie-

⁹⁷⁰ Weber, Die Mitwirkung der Juristen, in: SchlHA 255 (2005), Heft 7, S.207–212, attestiert Schlegelberger, dass er die für Stuckart wahrscheinlich fundamentale Staatsangehörigkeitsfrage hierbei völlig verkannte.

⁹⁷¹ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S.427, weist darauf hin, dass Schlegelberger offenbar die mörderische Funktion des „Altersghettos“ verborgen blieb. Ohne die Ungeheuerlichkeit des Ganzen, nämlich den geplanten Massenmord beim Namen zu nennen, sagte Schlegelberger hierzu im „Juristenprozess“: „Damit [mit der Einbeziehung der „Mischlinge“ in die Deportationen/in den Judenbegriff, d. Verf.] wäre eine schon lange kategorisch vorgebrachte Forderung der Partei erfüllt worden, und wenn man überlegt, wieweit damals bereits die Parteimaßnahmen gegen Juden gingen, dann musste man erkennen, dass nunmehr die Schicksalsfrage der jüdischen Mischlinge in ein akutes Stadium getreten war.“ Der Sterilisierungsvorschlag, „um der Verschickung zu entgehen“ – den schon andere vor ihm gemacht hätten – stamme letztlich von den „Mischlingen“ selbst. Er habe ihnen helfen wollen: „Ich habe gehandelt, wie es mir mein sittlicher Imperativ aufgetragen hat; es bestand für mich lediglich die Absicht, eine für Unzählige katastrophale Entwicklung abzulehnen“, vgl. Förster, Schlegelberger, S.145f., mit Verweis auf Schlegelbergers Aussage, Protokoll des Juristenprozesses, S.4349 und S.4352. Schlegelberger-Biograph Förster ist der Ansicht, dass es Schlegelberger in diesem Fall tatsächlich weniger darum gegangen sei, Zuständigkeiten der Justiz gegenüber der Polizei zu verteidigen, sondern dass es ihm tatsächlich um das Schicksal der „Mischlinge“ gegangen sei (vgl. ebenda, S.147). Die Verteidigung Schlegelbergers aus dem Jahre 1947 diente Stuckart möglicherweise später als Modell.

⁹⁷² Rademacher fasste damit den Beratungsstand und die Ergebnisse der Wannseekonferenz und der Nachfolgebekämpfung vom 6.3.1942 sowie des „bisherigen Schriftwechsels in der Frage der künftigen Maßnahmen gegen Mischlinge I. und II. Grades“ in einer schematischen Darstellung, zusammen, wobei er lakonisch anmerkte, dass es „vom außenpolitischen Standpunkt gleichgültig sein“ dürfte, „ob die Mischlinge nach Osten abgeschoben oder sterilisiert und in Deutschland belassen werden“. Vgl. PAAA R 100857, Bl.89 und vorstehende Seiten.

⁹⁷³ Ebenda, Bl.71.

hen natürliches Aussterben der Halbjuden innerhalb des Reichsgebietes (3–4 Jahrzehnte). Vorschlag auf Sterilisierung.

II. Scheidung der Ehen:

Freiwillig in vereinfachtem Verfahren; gegebenenfalls auch staatlicher Zwang: Antrag des Staatsanwaltes oder kraft Gesetzes.“

Zum Schreiben des RJM vom 5. April 1942:

„I. Mischlinge I. Grades:

Ansicht RIM [RMdI, d. Verf.] vom 16. 3. 1942 wird geteilt: Der Gleichbehandlung mit Volljuden und somit Abschiebung ist Verhinderung der Fortpflanzung vorzuziehen. Den fort-pflanzungsfähigen Halbjuden Wahl lassen zwischen Sterilisierung und Abschiebung. Ausnahmen, falls Nachkommen vorhanden, die nicht auch Halbjuden sind und die im Deutschtum endgültig aufgehen sollen.

II. Mischlinge II. Grades:

Geplante Maßnahmen diesen gegenüber ausnahmslos außer Betracht.

III. Scheidung der Ehen:

1. Kein völkisches Interesse an Lösung der Ehe zwischen Deutschblütigen und nicht fort-pflanzungsfähigen Halbjuden. Möglichkeit für den deutschblütigen Teil zu vereinfachter Scheidung von seinem unfruchtbar (gemachten) oder abgeschobenen Ehegatten.
2. Keine Bedenken gegen Scheidungserleichterung bei Ehen zwischen Deutschblütigen und Juden, auch Geltungsjuden. Erhebliche Bedenken gegen zwangsweise Scheidung, etwa auf Antrag des Staatsanwaltes. Durch Abschiebung ohnehin Trennung im Übrigen Festhalten an Ehe wohl nur bei älteren Ehen. Dem deutschblütigen Ehegatten nicht verwehren, selbst im Ghetto Aufnahme zu finden.“

Am 21. Mai 1942 bestimmte das RSHA, Referat IV B 4, den Personenkreis, der in das „Ghetto-Lager“ Theresienstadt „abgeschoben“ werden sollte. Demnach handelte es sich um „über 65jährige und über 55 Jahre alte gebrechliche Juden mit ihren Ehegatten, Träger hoher Kriegsauszeichnungen und des Verwundetenabzeichens aus dem ersten Weltkrieg sowie deren Frauen, jüdische Ehegatten aus nicht mehr bestehenden deutsch-jüdischen Mischehen und jüdische alleinstehende ‚Mischlinge‘, wenn sie nach den herrschenden Vorschriften als Juden galten [d. h. sogenannte Geltungsjuden, d. Verf.]“⁹⁷⁴ „Mischlinge 1. Grades“, die keine „Geltungsjuden“ waren, blieben demnach auch nach den Anweisungen des RSHA von der Deportation ins Ghettolager Theresienstadt verschont. Auch Schlegelbergers Vorschlag, Ehegatten, die durch „Festhalten an der Ehe“ ihre „Zugehörigkeit zum Deutschtum“ „verleugneten“, blieb es zunächst „verwehrt“, „selbst im Ghetto Aufnahme zu finden“.

⁹⁷⁴ Erlass über „Bestimmungen des jüdischen Personenkreises, der nach Theresienstadt abgeschoben werden soll“, zit. nach Rink, Doppelte Loyalität, S. 247f., mit Verweis auf Beweisdokument Nr. 1280 des Eichmannprozesses, abgedruckt bei: Benz, Theresienstadt in der Geschichte der deutschen Juden, in: Kárny u. a. (Hg.), Theresienstadt in der „Endlösung der Judenfrage“, S. 70–78, hier S. 71. Vgl. hierzu auch: Gruner, Widerstand in der Rosenstraße, S. 85–95; Theresienstadt war kein Vernichtungslager im engeren Sinne, aber auch in Theresienstadt gehörten Hunger und Krankheit und die Angst vor der Deportation nach Auschwitz zum Alltag. Bis zur Befreiung durch die Rote Armee am 8. 5. 1945 wurden insgesamt 140 937 Frauen, Männer und Kinder nach Theresienstadt deportiert, von denen 118 000 starben (ca. 33 500 in Theresienstadt, die anderen in Vernichtungslagern, vor allem in Auschwitz), vgl. Rink, Doppelte Loyalität, S. 249.

Stuckart, aber auch Klopfer⁹⁷⁵ und Leibbrandt⁹⁷⁶ behaupteten nach dem Kriege *unisono*, dass im Frühjahr 1942 ein „Stopp-Befehl“ Hitlers ergangen sei, durch den die „Lösung der Mischlingsfrage“ auf die Nachkriegszeit verschoben worden sei. Stuckart nahm für sich sogar in Anspruch, durch ein Schreiben an Lammers in der „Mischlingsfrage“ bei Hitler erfolgreich interveniert zu haben:⁹⁷⁷

„Ich habe sodann Frau Kopp [Stuckarts Sekretärin, d. Verf.] eine Vorlage an Dr. Frick diktiert, in der ich mich mit aller Schärfe dagegen ausgesprochen habe, dass die Halbjudenfrage überhaupt angepackt würde. Ich habe darauf hingewiesen, dass Conti mir mitgeteilt habe, dass die Sterilisation im Kriege wegen Ärztemangels im Kriege nicht durchführbar sei. [...] Conti hat Frick den Vortrag gehalten. Frick entschied nach diesem Vortrag, dass er von sich aus keine Möglichkeit sehe, die vom Führer getroffene Entscheidung, dass die Halbjudenfrage gelöst werden müsse, rückgängig zu machen. Es soll[te] daher versucht werden, durch den ja praktisch nicht durchführbaren Sterilisationsvorschlag die Halbjudenfrage abzdrehen. In Kenntnis dieser Entscheidung des Ministers habe ich im Februar Frau Kopp einen Brief an Minister Lammers mit der Aufschrift ‚Persönlich eigenhändig‘ diktiert, der durch meinen Fahrer Meister in die Reichskanzlei gebracht worden ist. [...] In diesem Brief habe ich besonders schwere Bedenken geäußert, dass die Halbjudenfrage jetzt überhaupt irgendwie angepackt würde und mich besonders scharf gegen die Abschiebungen gewandt. Ich wies auf die schweren seelischen Belastungen hin, die dem Volk bereits durch den Krieg täglich erwachsen und bezeichnete es als notwendig, jede weitere Beunruhigung der Bevölkerung zu vermeiden. [...] Ich bat daher den Minister Lammers dringend, Hitler erneut Vortrag zu halten, um eine Änderung seiner früheren Entscheidung herbeizuführen. Als dann von Lammers einige Zeit später, etwa im April, mitgeteilt wurde, dass Hitler entschieden habe, die Halbjudenfrage solle zurückgestellt und nicht weiter verfolgt werden, habe ich meiner Umgebung gegenüber, insbesondere dem Ministerialrat Kettner gegen-

⁹⁷⁵ In einer eidesstattl. Erklärung für Otto Hofmann im RuSHA-Prozess (Fall 8, Hofmann Dok. Nr. 136 a) erklärte Dr. Klopfer am 16. 12. 1947: „[...] Ich erfuhr aber gewisse Zeit nach der Sitzung vom 6. 3. 1942 zunächst mündlich in der Reichskanzlei und hierauf durch ein mir von Bormann zugeleitetes Schreiben des Chefs der Reichskanzlei, Hitler habe auf Vortrag Dr. Lammers die ‚Enlösung der Judenfrage‘ bis nach Ende des Krieges zurückgestellt./Ich erinnere mich, dass eine Reihe von Monaten später der Chef der Reichskanzlei bei Bormann anfragte, ob es richtig sei, dass Hitler auf einen Vortrag von Dr. Frick, wie dieser behauptet habe, in Änderung seiner früheren Entscheidung angeordnet habe, die seinerzeit von Heydrich gewünschten Gesetze seien nun doch zu erlassen. Bormann, den ich erneut auf die Richtigkeit der von Dr. Lammers erwirkten Führerentscheidung hinweisen konnte, antwortete hierauf an Dr. Lammers, Hitler habe seine alte auf Vortrag von Dr. Lammers getroffene Entscheidung nicht umgestoßen; bei der von Dr. Frick geführten Rücksprache handele es sich nur um ein formloses Tischgespräch, dem keinerlei staatsrechtliche Bedeutung zukomme.“ Vgl. auszugsweise Abschrift als Dok. Nr. 656 der Verteidigung Stuckarts in: BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 44–54, hier Bl. 50f. Zu Klopfer s. Anhang 2: Kurzbiographien; Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 219f.; Heckmann, NS-Täter und Bürger der Bundesrepublik.

⁹⁷⁶ Dr. Georg Leibbrandt sagte aus, dass er im Anschluss an die Besprechung seinen StS (Meyer?) und den Minister (Rosenberg) im Rahmen seines Vortrags gebeten habe, „gegen die bei der Zusammenkunft von Heydrich zur Sprache gebrachten Maßnahmen Einspruch zu erheben. Der Minister hat bei dem Chef der Reichskanzlei Vorstellungen erhoben, der dann auch, wie ich gelegentlich später erfuhr, etwa April – Mai 1942 mitgeteilt hat, dass Hitler auf seinen Vortrag entschieden habe, dass die Durchführung aller dieser Maßnahmen bis Kriegsende zurückzustellen sei.“ Vgl. eidesstattl. Erklärung vom 4. 6. 1948, als Dok. Nr. 658 der Verteidigung Stuckarts in: BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 55–58.

⁹⁷⁷ Stuckarts Darstellung des Geschehens in einem Abdruck des Schreibens seines Verteidigers, K. Kauffmann, an Otto Ehrensberger vom 4. 7. 1947, in: BAK N 1292/125.

über, meine besondere Befriedigung darüber zum Ausdruck gebracht, dass es gelungen sei, die Halbjudenfrage abzudrehen. Kettner kennt auch die Vorlage an Minister Frick und meinen Brief an Reichsminister Lammers.“

Diese Aussage Stuckarts, die auch für den in Nürnberg mitangeklagten ehemaligen Chef der Reichskanzlei Lammers günstig war, wurde durch eine Reihe von eidesstattlichen Versicherungen gestützt:

- Lammers Mitarbeiter, Reichskabinettsrat Dr. Dr. Ficker, bekundete, dass Lammers, veranlasst durch die Besprechung vom 6. März 1942, „im April oder Mai 1942 den ganzen Komplex bei Hitler zum Vortrag“ brachte, der dann entschieden habe, „dass die Erörterung der gesamten Angelegenheit bis Kriegsende zurückgestellt werden solle“.⁹⁷⁸
- Dr. Werner Feldscher⁹⁷⁹ und auch dessen Kollege Dr. Hans Globke⁹⁸⁰ bestätigten ebenfalls die Aussage einer von Lammers übermittelten „Stopp-Entscheidung“ Hitlers in der „Mischlingsfrage“.
- Dr. Otto Ehrensberger behauptete am 22. März 1948 sogar an Eides statt, einen Durchdruck des Schreibens an Lammers gesehen zu haben und zugegen gewesen zu sein, als der Stoppbefehl Hitlers durch Lammers schriftlich kundgetan wurde.⁹⁸¹

⁹⁷⁸ „In welcher Form und an wen diese Führerentscheidung weitergegeben wurde“, konnte sich Ficker nicht mehr erinnern. Er sagte jedoch aus, dass es in der RK „stets geübter Brauch“ gewesen sei, „Führerentscheidungen schriftlich entweder sämtlich beteiligten Stellen oder dem federführenden Ressort zu übermitteln“. Nach dieser Entscheidung sei zwischen den Ressorts unter Beteiligung der RK „lediglich die Frage der erleichterten Scheidung von sogenannten Mischehen erörtert worden“, in der jedoch keine Resultate erzielt wurden, da sich die RK und andere Ressorts gegen jede „Sonderregelung“ ausgesprochen hätten. Vgl. Aussage Fickers vom 22. 12. 1947 für Hofmann im RuSHA-Prozess (Fall 8, Hofmann Dok. Nr. 135 c), auszugsweise Abschrift als Dok. Nr. 669 der Verteidigung Stuckarts in: BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 95. Vgl. auch: Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 428.

⁹⁷⁹ Feldscher sagte am 12. 6. 1948 aus, dass er sich erinnern könne, „dass Dr. Stuckart bei Lammers gegen die Evakuierung der Juden und die Einbeziehung der Halbjuden und privilegierten Juden in diese Maßnahmen protestiert hat [...] Ich habe gehört, dass Lammers daraufhin eine Stoppsentscheidung von Hitler erwirkt hat“. Vgl. eidesstattl. Versicherung Feldschers, als Dok. Nr. 643 der Verteidigung Stuckarts in: BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 72–76, hier Bl. 75.

⁹⁸⁰ Globke sagte am 11. 8. 1947, dass Stuckart in einer unter Heydrichs Vorsitz abgehaltenen Besprechung erreicht habe, „dass die Gleichstellung der Halbjuden mit den Juden nicht weiter verfolgt, statt dessen vielmehr eine Sterilisierung der Halbjuden in Aussicht genommen wurde. [...] Nachdem die Entscheidung Hitlers ergangen war, die Halbjudenfrage während des Krieges zurückzustellen, hat Dr. Stuckart in meiner Gegenwart geäußert, dass er damit erreicht habe, was er gewollt habe [...]“, als Dok. Nr. 642 der Verteidigung Stuckarts in: BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 77–87, hier Bl. 87.

⁹⁸¹ Ehrensberger unterstrich in seiner Aussage, dass Stuckart Lammers in seinem Schreiben „geradezu beschwor, die ganze Aktion durch einen erneuten Vortrag bei Hitler zu Fall zu bringen“. „Nach einiger Zeit kam ich wieder zu einer Besprechung zu Stuckart im Kreise einiger Referenten; dabei teilte Stuckart in sichtlicher freudiger Erregung mit, Lammers habe einen Führerbefehl übermittelt, wonach alle Maßnahmen bis Kriegsende gestoppt seien, was Stuckart mit Genugtuung als Erfolg seiner taktisch richtigen Behandlung der Sache unterstrich.“ Zit. nach der Erklärung des Rechtsanwaltes Gertler vom 26. 2. 1952, in: LAB Rep. 031-02-01, Nr. 12647, S. 11.

Auch wenn man in Rechnung stellt, dass es sich bei diesen Aussagen um sorgsam abgestimmte Persilscheine handelte, die zum Teil von den Angeklagten selbst vorformuliert wurden, so findet sich in den Akten des RMDI zu diesem Vorgang eine Abschrift eines Schreibens von Lammers an Frick vom 22. Mai 1942, in welchem der Chef der Reichskanzlei auf ein leider nicht mit überliefertes Schreiben Fricks oder Stuckarts vom 12. Mai 1942 Bezug nahm. Dieses Schreiben habe ihm Veranlassung zu einem Geheimschreiben an Heydrich gegeben habe, das er als Anlage übersandte.⁹⁸² In diesem Geheimschreiben forderte Lammers Heydrich auf, die im Schreiben des RMDI vom 12. Mai 1942 „betreffend die Stellung der Mischlinge 1. Grades“ gemachten Ausführungen bei der geplanten Unterrichtung Görings über die Endlösung zu berücksichtigen. Er wolle sie seinerseits „später bei dem Führer mit zum Vortrag bringen“. Eine endgültige Stellungnahme Hitlers zur „Mischlingsfrage“ i.S. eines „Stopp-Erlasses“ lässt sich in den Akten jedoch nicht nachweisen und scheint im Hinblick auf die Notwendigkeit einer dritten Konferenz am 27. Oktober 1942 auch zweifelhaft.⁹⁸³ Auch in der vergleichsweise lückenlosen Überlieferung des Judenreferates des Auswärtigen Amts in dessen Politischem Archiv finden sich keinerlei Hinweise auf den von Stuckart und seinen Mitarbeitern behaupteten „Stopp-Befehl“ Hitlers.⁹⁸⁴

Tatsächlich wurden die Diskussion und der behördliche Abstimmungsprozess um die „Mischlingsfrage“ selbst durch den Tod Heydrichs am 4. Juni 1942 nicht unterbrochen.⁹⁸⁵ Während im Juni die ersten massenhaften Vergasungen in

⁹⁸² BAB R 1501/5519, Bl. 239ff.

⁹⁸³ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 428, deutet Lammers Worte als Warnung an Heydrich im Hinblick auf die einseitigen Eichmann-Protokolle der Besprechungen vom 20. 1. und 6. 3. 1942, deren Inhalte ja Gegenstand der Unterrichtung des Reichsmarschalls werden sollten. Der wahre Kern der „Stopp-Legende“ bestehe darin, dass Hitler keine Revision der Nürnberger Gesetze gewünscht habe. Ihrer Auffassung nach war es „der Mangel an eindeutiger Äußerung des Führers“ als „strukturelles Merkmal des Tauziehens um die ‚Lösung der Mischlingsfrage‘ seit dem Sommer 1941“, der widersprüchlichen Projekten Nahrung gab.

⁹⁸⁴ Der mit Stuckart befreundete SS-Ogrf. Richard Hildebrandt berichtete 1948 sogar, dass ihm Stuckart Anfang 1942 von den erfolglosen Demarchen Fricks bei Hitler berichtet habe. Nach Darstellung Hildebrandts hatte Stuckart ihm Anfang 1942 sehr eingehend von den Schritten erzählt, die er gegen die „Verpflichtung der Juden zum zwangsweisen Arbeitseinsatz“ unternommen habe. Zunächst sei Stuckart bei Pfundtner und dann mit diesem bei Frick „gegen diese Maßnahmen vorstellig geworden“, da er damals geglaubt habe, dass es sich um „Eigenmächtigkeiten der Polizei“ gehandelt habe. „Minister Frick sei daraufhin zu Hitler gegangen, um die Abstellung dieser Maßnahmen zu erreichen. Hitler habe ihm jedoch erklärt, das Innenministerium solle seine Finger aus Dingen lassen, die es nichts angehe. Fricks Bürokraten möchten sich um die Juristerei kümmern; die Judenfrage sei ausschließlich Sache des Reichssicherheitshauptamtes, was auch tatsächlich der Fall war. Die Judenfrage wurde als eine Fremdvolkfrage angesehen und lag aus diesem Grunde generell wie alle Fremdvolkfragen beim Reichssicherheitshauptamt.“ Leider ist bei dieser Aussage nicht ganz klar, ob sie sich nur auf die „Endlösung der (Voll-)Judenfrage“ oder auch auf „die Mischlingsfrage“ bezog, wobei die erste Interpretation im Hinblick auf den Wortlaut der Aussage näherliegt. Aussage Hildebrandts vom 23. 2. 1948, als Dok. Nr. 667 der Verteidigung Stuckarts in: BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 90f.

⁹⁸⁵ Stuckart schien allerdings Hoffnungen an Heydrichs Tod geknüpft zu haben. Nach dem Krieg verwies er diesbezüglich auf die Aussage seines Mitangeklagten, des Generals der

Auschwitz begannen, meldete sich mit Schreiben vom 16. Juli 1942 der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete mit einer Stellungnahme bei Stuckart und den anderen an der „Endlösung“ beteiligten Behörden zu Wort. Dem Teilnehmer der Wannseekonferenz, Staatssekretär und Gauleiter Alfred Meyer, schien es – „angesichts der verschiedenen Auffassungen über die Lösung der Frage der zukünftigen Behandlung der jüdischen Mischlinge 1. Grades“ – angebracht, „hierüber eine Entscheidung des Führers einzuholen“, wobei auf das Besprechungsprotokoll vom 6. März 1942 hingewiesen werden sollte.⁹⁸⁶ Er sei an einer schnellen Lösung interessiert, da für die ihm unterstehenden Ostgebiete „ein besonderer Judenbegriff vorgesehen ist, wonach die im Osten befindlichen Mischlinge 1. Grades den Juden gleichgestellt werden“.⁹⁸⁷ Dies ergebe sich schon aus den „mangelhaften“, dort vorhandenen Abstammungsunterlagen, die es nicht möglich machten, die „rassische Einordnung der Großeltern“ zu beurteilen. „Schon um die 3/4-Juden wenigstens noch mit zu erfassen“, sei es erforderlich, „einen Bewohner der besetzten Ostgebiete als Juden anzusehen, wenn er einen volljüdischen Elternteil besitzt“. Ferner sei entscheidend, dass der nichtjüdische „Blutsanteil“ bei den „Mischlingen“ in den Ostgebieten „fremdvölkisch“ und daher nicht schutzwürdig sei. Vielmehr seien diese Mischlinge „rassisch noch unerwünschter als die deutsch-jüdischen Mischlinge 1. Grades“. Darüber hinaus müssten schließlich „allgemein politische Gründe“ berücksichtigt werden, wonach „gerade die jüdischen Mischlinge“, „als besonders unzuverlässig und gefährlich anzusehen“ seien. Nur die Gleichstellung der „Mischlinge“ in den besetzten Ostgebieten mit den Juden sei daher geeignet, den „besonderen Gefahren“, die durch diese „gegen die deutsche Herrschaft im Ostraum“ erwachsen, wirksam zu begegnen. Stuckarts Vorstellung von einer „im Wesentlichen einheitlichen Grundlinie“ bei der „Lösung der Mischlingsfrage in Europa“ lehnte Meyer für die besetzten Ostgebiete ab: „Ob für das Reich und die übrigen europäischen Gebiete eine Lösung im Sinne einer Gleichstellung der

Waffen-SS und Chefs des SS-Hauptamtes, Gottlob Berger, der an Eides statt bekundete, dass er im Abteil eines Schlafwagens 1943 Zeuge einer Unterredung Stuckarts mit dem General der Polizei, Werner Lorenz, gewesen sei. Lorenz hätte damals einen Einzelfall eines Halbjuden (vermutlich den Fall des in Kap. II. 2. a. E. angeführten Arztes, Professor Erich Boden, aus Düsseldorf) an ihn herangetragen und hieraus habe sich eine allgemeine Unterhaltung über die „Halbjudenfrage“ entwickelt. Stuckart habe in sehr „temperamentvollen Ausführungen“ zum Ausdruck gebracht, dass er über Heydrichs „dauernde Vorstöße“ zur Verschärfung dieser Frage „empört“ gewesen sei und nunmehr, nach Heydrichs Tod, hoffe, die völlige Gleichstellung der Mischlinge und Deutschblütigen zu erreichen, wobei er allerdings mit dem Widerstand Bormanns rechne. Die Partei leide unter einem „Minderwertigkeitskomplex“ und sei nicht davon zu überzeugen, „dass ein 80 Millionen Volk eine solch kleine Zahl von Mischlingen leicht verkraften kann“. Ein weiterer Grund „seiner Empörung war der Abtransport der Juden aus Berlin, statt sie dort arbeiten zu lassen“. Berger bezeugte weiterhin, dass zwischen Stuckart und Heydrich aufgrund von Stuckarts „bekannte[r] und humane[r] Einstellung in allen Judenfragen“ „scharfe Spannungen“ bestanden hätten. Dies sei auch der Grund gewesen, weshalb nach Himmlers Ernennung zum Innenminister die Rassengesetzgebung ins RSHA „Dr. Kaltenbrunner persönlich“ übertragen worden sei. BAB 99 US 7, Fall XI/870, Bl. 49f.

⁹⁸⁶ PAAA R 100857, Bl. 92. Vgl. hierzu: Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 429f.

⁹⁸⁷ PAAA R 100857, Bl. 92. Dort auch die folgenden Zitate.

jüdischen Mischlinge 1. Grades oder eine Zwangssterilisierung zu wählen ist oder ob man sich für den von Staatssekretär Schlegelberger [...] vorgeschlagenen Weg entscheidet, ist eine Frage, über die man dieser oder jener Ansicht sein kann, an der ich aber nur insofern interessiert bin, als sich Auswirkungen auf die besetzten Ostgebiete zeigen.“ Hinsichtlich der Scheidung deutsch-jüdischer „Mischehen“ zeigte sich Meyer mit dem Ergebnis der Besprechung vom 6. März einverstanden.⁹⁸⁸

Das Auswärtige Amt verhielt sich in der „Mischlingsfrage“ – anders als in der Vorbereitung der „Endlösung der Judenfrage“ einige Monate zuvor – zunächst abwartend. In einem als „Geheime Reichssache“ eingestuften und von Staatssekretär von Weizsäcker unterzeichneten Vermerk an die Herrn Unterstaatssekretäre Gaus, Woermann und Luther hieß es mit Bezug auf die laufende Diskussion zur „Lösung der Mischlings- und Mischehenfrage“⁹⁸⁹:

„Zu einem sachlichen Urteil über die hier geplanten gesetzgeberischen Maßnahmen scheinen mir dem Auswärtigen Amt die Unterlagen und Vorkenntnisse zu fehlen. Ich glaube, wir sollten uns daher auf die allgemeine Feststellung beschränken, dass die jeweils mildere der zur Diskussion stehenden Lösungen vom außenpolitischen Gesichtspunkt aus den Vorzug verdient, um

- a) der Gegnerpropaganda Ansatzpunkte zu entziehen,
- b) das Mitgehen der zu interessierenden anderen europäischen Staaten zu erleichtern“

Dessen ungeachtet wandte sich Luther gegen Stuckarts Vorschläge – unterstellt man, dass diese angesichts der diskutierten „Alternativen“ die für die „Mischlinge“ „mildere“ Lösung darstellten. Er teilte dem RSHA am 2. Oktober 1942 als offizielle Stellungnahme des Auswärtigen Amtes – „nach eingehender Prüfung der in der Niederschrift über die Besprechung vom 6. 3. 1942 im Reichssicherheitshauptamt enthaltenen Vorschläge“ – mit, dass als jeweils mildere Lösung hinsichtlich der „Mischlinge“ der Vorschlag des Arbeitskreises („Ausübung“ und anschließende Deportation eines Gros der „Mischlinge 1. Grades“ zusammen mit den Juden) und hinsichtlich der „Mischehen“ der „Vorschlag der Einzelscheidung auf Antrag“ favorisiert werde.⁹⁹⁰ Am 7. September 1942 reichte Rademacher eine von seinem Mitarbeiter Dr. Klingenuß erstellte Vorlage über Luther, Woermann und Gaus an von Weizsäcker, in der er nochmals den Beratungsstand in der „Mischlingsfrage“ und „Mischehenfrage“ referierte und hierbei Stuckarts Sterilisierungsvorhaben und das als Vorschlag des Arbeitskreises dargestellte Projekt einer

⁹⁸⁸ Nach Einschätzung von Essner, Die Nürnberger Gesetze, S.430f., wollte Himmler, der nach Heydrichs Tod zum Adressatenkreis der Stellungnahmen in der „Mischlingsfrage“ gehörte, die Debatte über die Klassifikation des Opferkreises zum Schweigen bringen, da er eine derartige Definition „als Hemmnis für seine Mordpolitik in den ‚besetzten Ostgebieten‘“ ansehen musste. Der „reibungslose Ablauf“ der Mordpolitik wäre in der Tat behindert worden, wenn für einzelne Opfer erst der Nachweis ihrer „Judeneigenschaft“ hätte geführt werden müssen. Im Ghetto Minsk war es schon zu Beschwerden von Ghettobewohnern gekommen, die sich als „Mischlinge 1. Grades“ bezeichneten und beim Generalkommissar Kube geltend gemacht hatten, zu Unrecht deportiert worden zu sein.

⁹⁸⁹ PAAA R 100857, Bl.124.

⁹⁹⁰ PAAA R 100857, Bl.126.

„Überprüfung“ und „Sortierung“ aller „Mischlinge“ zusammenfasste.⁹⁹¹ Eine Entscheidung über die Vorschläge sollte nach Eingang der Stellungnahmen der beteiligten Dienststellen „an höchster Stelle [d. h. durch Hitler, d. Verf.] erfolgen“. Aus Sicht des Auswärtigen Amtes sei die „Mischlingsfrage“ und die „Mischehenfrage“ unter den Gesichtspunkten zu prüfen, wie sich die Entscheidung „a) auf die im Ausland lebenden deutschen Staatsangehörigen der betreffenden Kategorie“ und „b) auf die Judengesetzgebung der übrigen Länder“ auswirke. Wo in anderen Ländern die „Mischlinge“ nicht den Juden zugeordnet würden, bliebe auch nach „Ausbürgerung der schlechten Elemente die biologische Lösung, [Sterilisation oder Vernichtung] zunächst offen“.⁹⁹² Da die Judengesetzgebung in den meisten europäischen Staaten „zur Weichheit tendiere“ und vielfach „Mischlinge“ nicht einmal erfasst seien, sei eine klare Regelung mit Modellcharakter für andere Staaten vorzuziehen. Es erscheine ausgeschlossen, auf eine allgemeine Sterilisierung der „Mischlinge“ zu drängen, weshalb einer „Sortierung“ und Sterilisation der „gnadenweise“ im Reich belassenen „Mischlinge“ (Vorschlag des Arbeitskreises) der Vorzug zu geben sei. Stuckarts Sterilisierungsplan sei insofern problematischer, als Sterilisierungen in den meisten Staaten auf großen Widerstand stoßen würden. Daher wäre letztlich „eine einheitliche europäische Grundlinie am ehesten auf der Basis des Vorschlages des Arbeitskreises – (Trennung in Juden und Volkszugehörige mit entsprechenden zusätzlichen Maßnahmen)⁹⁹³“ zu erreichen. Hierbei „wäre ein Hauptaugenmerk darauf zu richten, dass in den übrigen Staaten eine rechtliche Verhinderung der Nachkommenschaft (Nürnberger Gesetze) weitgehend gesichert“ werde. Hinsichtlich der „Mischehenfrage“ hielten Klingenuß und Rademacher „aus allgemeinen und propagandistischen Gründen die Lösung der Einzelscheidungen mit erleichtertem Verfahren der allgemeinen Zwangsscheidung“ für vorzugswürdig. Diese Lösung sei im Hinblick auf die „im Ausland in Mischehen lebenden Staatsangehörigen“ brauchbarer; eine Zwangsscheidung wäre in den meisten Fällen praktisch und auch „rechtlich unwirksam“; außerdem könne „durch die Androhung der Ausbürgerung eine freiwillige Scheidung im Einzelfalle beschleunigt, bzw. im Weigerungsfalle durch Ausbürgerung die eindeutige Unterscheidung vorgenommen werden“. Damit bezog das Auswärtige Amt zugunsten des RSHA Stellung.

Stuckart wandte sich in der „Mischlingsfrage“ – wie ihm der Militärgerichtshof in Nürnberg nach dem Kriege zugute halten wird⁹⁹⁴ – am 10. September 1942 mit einem wiederum von Lösener entworfenen⁹⁹⁵ 12-seitigen „Privatdienstschreiben“

⁹⁹¹ PAAA R 100857, Bl. 120ff. Dazu Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 431f.

⁹⁹² Unterstreichung im Original.

⁹⁹³ Unterstreichung im Original.

⁹⁹⁴ Vgl. Urteil des MGH IV, S. 28062f.

⁹⁹⁵ Vgl. eidesstattl. Versicherung Feldschers vom 12. 6. 1948, als Dok. Nr. 643 der Verteidigung Stuckarts in: BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 72–76, hier Bl. 75: „Als im Nachsommer des Jahres 1942 erneut Gerüchte kamen, dass die Halbjuden und privilegierten Juden mit den Juden abtransportiert werden sollten, habe ich zusammen mit Herrn Lösener eine Ausarbeitung gemacht, in der alle Gründe zusammengestellt wurden, die gegen die Schlechterstellung der Rechtslage der Mischlinge sprachen. Diese Zusammenstellung geschah auf Veranlassung von Dr. Stuckart, der ein persönliches Schreiben an Himmler absandte, um diese Maßnahmen zu verhindern. Ich vermute, dass es für ihn nicht leicht

nunmehr an Himmler persönlich⁹⁹⁶, um seine Auffassung über die „künftige Behandlung der Mischlinge 1. Grades zusammenfassend vorzutragen“. Hierbei mag ausschlaggebend gewesen sein, dass Himmler bis zur Ernennung Kaltenbrunnners zum Chef der Sicherheitspolizei und des SD und Leiter des RSHA am 1. Januar 1943 den Aufgabenbereich Heydrichs nach dessen Tod selbst übernommen hatte und dass Stuckart als SS-Führer und gleichzeitig „Staatssekretärskollege“ im RMDI eine besondere Beziehung zu Himmler hatte.⁹⁹⁷ Das Schreiben deckte sich inhaltlich weitgehend mit dem ersten Schreiben Stuckarts vom 16. März 1942 an Heydrich und die anderen Teilnehmer der Wannseekonferenz. In seinem persönlichen Schreiben an den „Sehr verehrten Reichsführer“, von dem Stuckart auch dem Chef der Reichskanzlei, Lammers, eine Abschrift zukommen ließ, wies er eingangs darauf hin, dass in der Bevölkerung Gerüchte über eine unmittelbar bevorstehende Schlechterstellung der „jüdischen Mischlinge 1. Grades“ und ihre Gleichstellung mit den Juden kursierten. Dies habe in „weiteren Bevölkerungskreisen“ zu „starker Beunruhigung“ geführt, wobei immer wieder gefragt werde, „ob gegenwärtig keine wichtigeren Aufgaben zu lösen seien“. „Seitdem die Lösung der Mischlingsfrage zu meinem Aufgabenbereich gehört“, sei es stets sein (Stuckarts) „Bestreben gewesen, hier einen vernünftigen Ausgleich zwischen der wirklichen Größe der Gefahr und Schärfe der erforderlichen Maßnahmen zu treffen“.⁹⁹⁸ Er, Stuckart,

gewesen ist, diesen Schritt zu wagen, da sein Verhältnis zu Himmler als gespannt galt.“ Möglicherweise bezogen sich Feldschers und Löseners Erinnerung auch auf die vor der Wannseekonferenz erstellte Aufzeichnung, die dasselbe Argumentationsmuster enthält, das beide Schreiben Stuckarts vom 16. 3. und vom 10. 9. 1942 durchzieht. In seiner Aussage führte Feldscher weiter aus, „in der damaligen Situation [konnte] selbstverständlich nicht mit humanitären Gesichtspunkten, obwohl sie die inneren Arbeitskräfte für unsere Arbeit waren, der Sicherheitspolizei und der Parteikanzlei gegenüber gearbeitet werden [...]. Um etwas zu erreichen, musste man schon die taktisch richtigen Mittel wählen und sich der damals üblichen Ausdrucksweise bedienen.“

⁹⁹⁶ Zit. nach Strauß, Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung, in: VfZ 9 (1961), S. 262–313, hier S. 298; siehe auch Nbg.-Dok. NG 2982, in: BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 101ff. Im Entnazifizierungsverfahren verwendete Stuckart eine beglaubigte und „wortgetreue Abschrift des Dokumentes, das von Dr. Lösener am 14. 10. 1947 zu den Akten der Ministries Division, OCCWC, Nürnberg, überreicht worden ist“ (in: LAB Rep. 031-02-01, Nr. 12647, Bd. VIII). Die Abschrift sei von Lösener „verglichen und für richtig befunden worden“. Sie stellt den mit Verfügungspunkten versehenen Entwurf dar und ist nicht mit Nbg.-Dok. NG 2982 identisch, sondern stark verkürzt und inhaltlich abgemildert. Das Schriftstück wurde im Wilhelmstraßenprozess eines der wichtigsten Entlastungsdokumente für Stuckart. Die folgenden Zitate folgen diesen Dokumenten. Abweichungen sind in gesonderten Fußnoten gekennzeichnet.

⁹⁹⁷ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 433, weist ausdrücklich darauf hin, dass Stuckart dieses Schreiben nicht als Repräsentant des RMDI, sondern als SS-Ogrf. – diesen Rang hatte ihm Himmler zehn Tage nach der Wannseekonferenz verliehen – an „seinen Reichsführer“ schrieb. Des Weiteren geht Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 421f., davon aus, dass sich Stuckart mit seinem „politisch gewandeten, zentralen erbbiologischen Theorem aus der nordischen Rassenlehre“ an Himmler direkt wandte, da er dessen rassistische Überzeugungen kannte und teilte, insbesondere selbst eine Ausweitung der Nürnberger Rassengesetze auf nicht jüdische Artfremde favorisierte.

⁹⁹⁸ Dieser und die folgenden Sätze fehlen in der im Entnazifizierungsverfahren verwendeten Abschrift resp. dem Entwurfsschreiben (s. Anm. 996). Hier wird weder Stuckarts Aufgabenbereich „Lösung der Mischlingsfrage“ erwähnt, noch die konkrete Bezugnahme auf die Wannseekonferenz, noch taucht die martialische (und belastende) Passage

habe seine „Stellungnahme in den letzten Monaten bereits mehrfach mündlich und schriftlich dargetan und zwar anlässlich der von Gruppenführer Heydrich angeregten Erörterung über die Endlösung der Judenfrage.⁹⁹⁹ Da diese Erörterung durch seinen [Heydrichs, d. Verf.] Tod zunächst unterbrochen worden ist und da gerade jetzt wieder eine Welle von Spannung durch die neuen Gerüchte erregt wird, halte ich den Zeitpunkt für gekommen, Ihnen persönlich meine Auffassung über die künftige Behandlung der Mischlinge zusammenfassend vorzutragen. Mein Ziel ist, eine den Interessen unseres Volkes ohne Rest gerecht werdende Lösung herbeizuführen, die aber dieses Fragegebiet endgültig und baldigst zur Ruhe bringt, ohne dabei eine gegenwärtig besonders überflüssige und schädliche Erbitterung und erregte Erörterung zu verursachen. [...]“ Es bestehe „völlige Klarheit darüber, dass das jüdische Blut, auch soweit seine Träger Halbjuden sind, erst aus dem deutschen und darüber hinaus aus dem europäischen Blutstrom auszuscheiden ist“. Heydrich habe die Lösung der „Mischlingsfrage“ dadurch erreichen wollen, dass Letztere – mit wenigen Ausnahmen – „wie Juden behandelt, vor allem auch evakuiert“ und die von der „Evakuierung auszunehmenden Mischlinge“ sterilisiert werden sollten. Dieser „Abschiebungsplan“ bestehe zwar „zunächst dadurch, dass er das Problem einfach, schnell und wirksam zu lösen scheint“; er würde aber eine Reihe von Folgen nach sich ziehen, „die für das deutsche Volk nachteilig wären und daher ernste Überlegungen fordern.“¹⁰⁰⁰

Im Folgenden führte Stuckart Himmler gegenüber die von Lösener bereits in Vorbereitung auf die Wannseekonferenz und im Herbst 1935 aufgelisteten Argumente gegen eine Gleichstellung der „Mischlinge 1. Grades“ mit den „Volljuden“ an: Mit der Gleichstellung der „Mischlinge“ würde „zur Hälfte germanische Erbmasse“ dem Gegner zugeführt. Überdies seien über die Nürnberger Rassengesetzgebung die „blutmäßigen Halbjuden“ bereits „weitgehend sortiert“ worden, indem sie bei Vorliegen bestimmter Merkmale wie „ihrer Hinneigung zum Judentum“ bereits als „Geltungsjuden“ eingestuft seien. Hierdurch sei „bereits ein erheblicher Teil der Halbjuden abgestoßen worden“. Der Abschiebungsplan würde keineswegs konsequenter sein, da auch hier bestimmte Gruppen aussortiert und verschont werden müssten, was zwangsläufig zu unbilligen Ergebnissen führen müsse. Des Weiteren müsse das Bemühen und der Einsatz von „Mischlingen“ für deutsche Interessen gewürdigt werden, die in den Gnadenentscheidungen des „Führers“ – allein in 260 Fällen sei zugunsten einer gnadenweisen Belassung in der Wehrmacht entschieden worden – ihren Ausdruck gefunden hätten.¹⁰⁰¹ Auch

„aus dem deutschen und darüber hinaus aus dem europäischen Blutstrom auszuscheiden“ auf.

⁹⁹⁹ Auch diese offene Erwähnung seiner Teilnahme an der Wannseekonferenz fehlt in dem Schreiben, dass Stuckart für das Entnazifizierungsverfahren verwendete, vgl. LAB Rep.031-02-01, Nr.12647, Bd.VIII.

¹⁰⁰⁰ Dieser Teil und die folgende Aufzählung der Gründe, die gegen eine Gleichstellung von Juden und Halbjuden sprechen, sind in beiden Dokumenten wortgleich.

¹⁰⁰¹ Vgl. hierzu Kap.III. 3. Dem Schreiben lag eine Aufstellung Löseners vom 10.9.1942 über Gnadenentscheidungen bei, deren „zur Hälfte germanische Erbmasse“ bei ihrer Einstufung den Ausschlag gegeben hatte. Vgl. Steiner/Cornberg, Willkür in der Willkür, in: VfZ 46 (1998), S.144–187, hier S.167 und S.184f.; Handakten Dr. Lösener, in: IfZ F 71/3, Bl.335.

dürfe die Gleichstellung von 340 „Geltungsjuden“ mit „Mischlingen I. Grades“ durch „Führerentscheidung“ nicht konterkariert werden. Zudem seien die „psychologisch-politischen Rückwirkungen“ in Betracht zu ziehen: „Die Gleichbehandlung der Mischlinge I. Grades mit den Juden müsste für den arischen Ahnen- und Verwandtenstamm zu einer sehr großen Verschärfung der seelischen Belastung führen.“ Abschließend wies Stuckart darauf hin, dass die „Herauslösung aus bestehenden Arbeitsverhältnissen“ angesichts der „Arbeitsmarktlage“ auf absehbare Zeit sehr schwierig sein würde. Aufgrund dieser Argumente könne er den „Abschiebungsplan nicht als im richtig verstandenen deutschen Interesse liegend ansehen“ und wolle, „da es sich hier in erster Linie um ein rassenbiologisches Problem“ handle, „der Sterilisation der Halbjuden und ihrem natürlichen Aussterben den Vorzug geben“. „Abschiebung wie Sterilisation könnten selbstverständlich erst nach Änderung der derzeitigen Verhältnisse, also voraussichtlich erst nach Kriegsende¹⁰⁰², vorgenommen werden.“

Nachdem er somit klar gemacht hatte, dass er die „Abschiebung“ als Lösungsmöglichkeit keineswegs ausschloss, sie aber auf die Nachkriegszeit verlegt sehen wollte, führte er weiter aus, dass sich „bei Sterilisation“ „das Mischlingsproblem praktisch innerhalb einer Generation“ von selbst löse.¹⁰⁰³ Der Abschiebungsplan, der vorsehe, dass auch weiterhin bestimmte Kategorien von „Halbjuden“ im Reich verbleiben sollten, sei demgegenüber nicht effektiver, da er ebenfalls „das Problem nicht mit einem Schlag“ löse. Man könne die Fehler der „letzten 200 Jahre nicht von heute auf morgen beseitigen.“ Pragmatisch argumentierte Stuckart – wie bereits auf der Wannseekonferenz – als Stabsleiter GBV gegenüber dem Stellvertreter GBV erneut mit dem letztlich geringeren Verwaltungsaufwand nach einer Sterilisation gegenüber der „Abschiebung“, wobei klar sei, dass die Sterilisation nicht an ein „ausgedehntes Ermittlungsverfahren“ geknüpft werden könne. Unter Berücksichtigung der Zahlen der Volkszählung von 1939 und unter „Abzug“ der „Geltungsjuden“ sowie unter Berücksichtigung der Altersgrenzen für die Vermehrungsfähigkeit liege der zu sterilisierende Personenkreis schließlich bei weniger als 39 000 Personen. Schließlich könne – wie in Wannsee vorgeschlagen – der „Plan“ „auch noch dahingehend ergänzt werden, dass dem zur Sterilisation vorgeschlagenen Mischling jeweils zu gestatten wäre, anstatt der Sterilisation die Abschiebung zu wählen“.¹⁰⁰⁴

Zu dem „mit dem Mischlingsproblem aufs engste“ verknüpften Problem der „Mischehen“ strebte Stuckart eine einheitliche, zeitgleiche Regelung an. Anstatt der laut dem Protokoll ursprünglich von ihm auf der Wannseekonferenz vorgeschlagenen Zwangsscheidung durch Gesetz hielt Stuckart es nunmehr für „aus-

¹⁰⁰² Die Unterstreichungen finden sich nur in der gekürzten im Entnazifizierungsverfahren verwendeten Version, in: LAB Rep.031-02-01, Nr.12647, Bd.VIII.

¹⁰⁰³ Diese und die folgenden Sätze fehlen in dem im Entnazifizierungsverfahren verwendeten Dokument, u.U. weil sie Stuckarts rassistisches Kalkül zu deutlich offenbaren und durch die genauen Berechnungen und das erneute Hervorheben der Wahlmöglichkeit Stuckarts spätere Verteidigungsstrategie von der nur vorgetäuschten Sterilisationslösung, „um Schlimmeres [d.h. „Abschiebung“] zu verhindern“, zu gefährden drohten.

¹⁰⁰⁴ Erst nach diesem Satz ist das im Entnazifizierungsverfahren verwendete Dokument wieder wortgleich mit dem Nürnberger Dokument.

reichend und zweckmäßiger, wenn die Scheidung auf Antrag des deutschblütigen Teils oder des Staatsanwaltes zugelassen würde“. Zusammenfassend führte Stuckart an, dass er dem „Mischlingsproblem“ „keinesfalls die aktuelle Bedeutung zubilligen“ könne, „die ihm von anderer Seite zugemessen“ werde. Forsch und mit einem Seitenhieb gegen RSHA und Parteikanzlei fuhr Stuckart fort:

„Wenn diese Frage nicht immer wieder mehr oder weniger künstlich in den Vordergrund geschoben würde, wäre sie schon längst infolge ihrer inneren Bedeutungslosigkeit für Volk und Reich vergessen und erloschen. Es hat mir auch noch niemand überzeugend dartun können, inwiefern eine ernstliche Gefahr darin bestehen soll, dass ein Bevölkerungsteil, der noch nicht ein Tausendstel der Gesamtbevölkerung des Reiches vom Sommer 1939 beträgt, und der sich völlig ruhig und loyal verhält, in seiner schon jetzt außerordentlich eingeeengten rechtlichen und tatsächlichen Lage verbleibt, die ihn von jeder Art Einfluss auf das öffentliche Leben fernhält. M.E. erweist man unserer Sache einen schlechten Dienst, wenn man zu der Fülle der immer neu erwachsenden echten Probleme, die der Krieg bringt, auch alte, längst geregelte Fragen wieder hervorzieht und damit nicht nur überflüssige Arbeiten verursacht, sondern auch in weite Kreise der Bevölkerung noch zusätzliche Unruhe hineinbringt, ohne dass auch nur ein einziger stichhaltiger Grund für dieses Vorgehen ersichtlich ist.“

Diese Beunruhigung resultiere daraus, dass auf dem Gebiet der Rassenpolitik, „wenn sie überhaupt erst einmal auf das Gebiet der Mischlingsfrage übergegriffen hat, keine natürliche oder logische Grenze für das Weitergreifen auf immer fernere Mischlingsgrade erkennbar“ sei. Deshalb solle „diese Grenze möglichst deutlich, bald und endgültig gezogen werden und zwar dort, wo die Rassenmischung aufhört, eine ernste Gefahr für Volk und Reich zu bilden“. Abschließend drohte Stuckart mit der *ultima ratio*, der „Führerentscheidung“:

„Da ich zwar nicht der Mischlingsfrage an sich, wohl aber der um sie wieder neu entfalteten Aktion kriegswichtige Bedeutung beimesse und ihre Einstellung je eher je besser für nötig halte, möchte ich versuchen, die Sache bei der ersten sich bietenden Gelegenheit dem Führer vorzulegen, um entweder eine abschließende Entscheidung herbeizuführen, oder doch eine solche, durch die das Problem wenigstens bis zur Beendigung des Krieges zur Ruhe kommt.“

Obwohl er es wahrscheinlich bereits längst besser wusste, bat er Himmler, ihm mitzuteilen, wie er darüber denke.¹⁰⁰⁵ Über Himmlers Reaktion auf Stuckarts

¹⁰⁰⁵ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S.434, deutet Stuckarts Drohung mit der „Führerentscheidung“ als Beweis für Stuckarts großes Selbstbewusstsein und unterstellt, dass Stuckart unmittelbaren Zugang zu Hitler besaß. Tatsächlich konnte Stuckart im Nürnberger Prozess jedoch glaubhaft darlegen, dass er nur einige Male bei Hitler war und über keinen unmittelbaren Zugang zu diesem verfügte. Das Schreiben Stuckarts interpretiert Essner daher wie folgt: Stuckart habe Himmlers Judenmord-Politik und das Vernichtungslager Auschwitz genau gekannt. Da sich Auschwitz innerhalb der Reichsgrenzen befand, habe Himmler jedoch Stuckarts Kooperation benötigt und diese auch erhalten, was sich insbesondere bei der Anwendung der 11. VO zum RBG gezeigt habe. Das gute Einvernehmen zwischen beiden habe sich schließlich nach der Ernennung Himmlers zum RMDI am 26.8.1943 gezeigt, als Stuckart neben Conti Hauptstütze des RMDI blieb und von Himmler in seiner Funktion als Vertreter des GBV bestätigt worden sei. Seine Funktion als Stellvertreter des GBV habe Stuckart „zur administrativen Vereinheitlichung in allen besetzten Gebieten“ befugt. Hierzu habe eben auch die „Mischlingsfrage“ gehört, die Stuckart „vom Zentrum bis zur Peripherie auf gleiche

Schreiben ist nichts bekannt. Im Rahmen des Wilhelmstraßenprozesses sagte der ehemalige Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes, SS-Obergruppenführer Hildebrandt, aus, dass Stuckart ihm erzählt habe, dass er in der „Judenfrage“ einen Vorstoß bei Himmler unternommen habe. Himmler habe ihn „sehr ungnädig abgewiesen und ihm erklärt, er sei nur ein Jurist und verstünde nichts davon; er sei für die Fragen in keiner Weise zuständig“.¹⁰⁰⁶ Möglicherweise handelte es sich bei dieser Erklärung – wie bei den meisten anderen Aussagen dieser Art – in erster Linie um eine Gefälligkeit im gemeinsamen Widerstand gegen die „Siegerjustiz“ der amerikanischen Militärtribunale, der demnach nur begrenzter Wahrheitsgehalt beigemessen werden kann. Eine derartige Reaktion Himmlers könnte aber erklären, weshalb das Thema „Behandlung der Mischlingsfrage“ am 27. Oktober 1942 erneut im RSHA auf einer weiteren Konferenz erörtert wurde, an der für das RMDI wiederum Löseners Mitarbeiter, Feldscher, teilnahm. Die ebenfalls als „Geheime Reichssache“ gekennzeichnete Besprechungsniederschrift¹⁰⁰⁷ bedeutete das Ende der seit Sommer 1941 von RSHA und Parteikanzlei verfochtenen Einbeziehung der „Halbjuden“ in den Judenbegriff. Aufgrund neuer „Erkenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete der Unfruchtbarmachung“¹⁰⁰⁸ erschien „die Sterilisation in vereinfachter Form und in einem verkürzten Verfahren schon während

Weise zu lösen vorschlug, d.h. durch Sterilisation, ein enormes Projekt, für das er der Zusammenarbeit mit der Gesundheitsverwaltung seines Kollegen Conti bedurfte“. Hierbei verkennt Essner, dass Stuckart zunächst nur zum „Stabsleiter“ des GBV (RMDI Frick) ernannt worden war (vgl. BAB R 43 II/1293 a, Bl. 5ff., dort auch die von Göring und Lammers gezeichnete Ernennungsurkunde, Bl. 10). Zum Stellvertreter des GBV wurde hingegen Himmler ernannt (vgl. ebenda, Bl. 6 und Bl. 12). Rebutisch hat in seiner Monographie zur Verwaltung des Führerstaates (S. 144f.) herausgearbeitet, dass mit der Funktion des GBV – wie die Konflikte mit den Gauleitern zeigten – keinesfalls unumschränkte Kompetenzen verbunden waren, nicht einmal in den 1939 dem Reich eingegliederten Gebieten Westpolens. Für die besetzten, nicht eingegliederten Gebiete besaß Stuckart – wie oben dargestellt – lediglich die etwas opaque Kompetenz eines „Zentralstellenleiters“, die wohl aber eher eine Scharnierfunktion war und in der Praxis keineswegs zu einer administrativen Vereinheitlichung befugte, was Stuckart bei seinem fruchtlosen Bemühen um Verwaltungsrationalisierung in den besetzten Gebieten und im Reiche selbst immer wieder erfahren musste (vgl. hierzu: Jasch, Die Gründung der Internationalen Akademie für Verwaltungswissenschaften, in: DÖV 58 [2005], S. 709–722, und ders., Das Ringen um die Verwaltungsgerichtsbarkeit, in: Die Verwaltung 38 [2005], S. 546–576). Dessen ungeachtet hat Essner m. E. Recht mit ihrer impliziten Annahme, dass für Stuckart Fragen der Verwaltungsrationalisierung auch bei der Lösung der „Mischlingsfrage“ im Vordergrund standen und seine im Wannseeprotokoll wiedergegebene Äußerung hinsichtlich des Verwaltungsaufwandes durchaus ernst gemeint war.

¹⁰⁰⁶ Eidesstattl. Erklärung Hildebrandts vom 23.2.1948, als Dok. Nr. 667 der Verteidigung Stuckarts in: BAB 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 90.

¹⁰⁰⁷ Vgl. das Einladungsschreiben und die mit Begleitbrief von Eichmann am 3.11.1942 übersandte Besprechungsniederschrift, in: PAAA R 100857, Bl. 127ff. Zur Besprechung vgl. Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 434–442. Essner weist darauf hin, dass unter den 21 Teilnehmern erstmals zwei neue Institutionen vertreten waren, die an den bisherigen Tagungen nicht teilgenommen hatten: der RKFDV und das Rassenpolitische Amt der NSDAP.

¹⁰⁰⁸ Besprechungsniederschrift, in: PAAA R 100857, Bl. 127ff. Dort auch die folgenden Zitate.

des Krieges“ nunmehr durchführbar¹⁰⁰⁹, so dass dem „Vorschlag, sämtliche fortpflanzungsfähigen Mischlinge ersten Grades unfruchtbar zu machen“, zugestimmt werden könne. Die freiwillige Sterilisierung sollte daher eine „freiwillige Gegenleistung des Mischlings ersten Grades für seine gnadenweise Belassung im Reichsgebiet“ werden. „Mischlinge 1. Grades“ sollten demnach „vor die Wahl gestellt werden, sich für eine Abschiebung, worunter gegebenenfalls auch eine Verbringung in eine ‚Mischlingssiedlung‘ im Sinne des Besprechungsvermerkes vom 6.3.1942 verstanden werden kann, oder für eine Unfruchtbarmachung zu entscheiden“. Es sei davon auszugehen, dass sich „nahezu sämtliche Mischlinge ersten Grades für das kleinere Übel der Sterilisierung entscheiden“ würden. Um jedoch den zu befürchtenden „schlechten psychologischen Rückwirkungen vorzubeugen“, sollten „die Sterilisationsmaßnahmen möglichst ohne viel Aufhebens und unter Verwendung einer Tarnungsbezeichnung in einem vereinfachten Verfahren durchgeführt werden.“ Sollten sich dennoch vereinzelt „Mischlinge ersten Grades“ „für die Abschiebung entscheiden“, so sei dafür Sorge zu tragen, „dass ihnen durch eine Trennung vom anderen Geschlecht jedwede Möglichkeit der Fortpflanzung genommen“ werde.

Dies entsprach dem Vorschlag Stuckarts, den er Himmler mit seinem Schreiben vom 10. September 1942 unterbreitet hatte. Auch hinsichtlich der „Mischlinge 2. Grades“ vermerkte das Protokoll, dass diese „ausnahmslos“¹⁰¹⁰ „den Deutschblütigen zugeschlagen werden sollten“, wobei allerdings ihre „mit gewissen Einschränkungen verbundene Rechtsstellung“ weiter aufrechterhalten bleiben sollte.

Hinsichtlich der Behandlung der „Mischehen“ hieß es dann weiter im Protokoll:

1. Zwangsscheidung:

a) Bei Mischehen zwischen Deutschblütigen und Volljuden ist, wie bereits früher festgelegt, eine zwangsweise Scheidung der Ehe für den Fall vorzusehen, dass der deutschblütige Ehepartner sich innerhalb einer bestimmten Frist nicht entschließt, selbst die Scheidung zu beantragen. Die Zwangsscheidung erscheint deswegen angebracht, weil mit Rücksicht auf die Abschiebung der Juden klare Rechtsverhältnisse auf diesem Gebiet geschaffen werden müssen.“

Letzteres war offenbar ein Hinweis auf die mit der 11. Verordnung zum RBG verbundene Staatsangehörigkeitsproblematik. Ausnahmen sollten auch im Falle der „Geltungsjuden“ nicht zugelassen werden, um hierdurch den Überprüfungsaufwand gering zu halten. Somit läge kein Anlass vor, von „der rechtlichen Einordnung als Volljude nach den §§ 2 und 5“ der 1. Verordnung zum RBG abzuweichen. Mit Ausnahme von Gnadenentscheidungen im Sinne des § 7 der Verordnung soll-

¹⁰⁰⁹ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S.435, ist der Auffassung, dass es sich hierbei nur um die Röntgenkastration handeln könne, deren Vorteile Viktor Brack Himmler gegenüber am 23.6.1942 gepriesen hatte, um die zwei bis drei Millionen „sehr gut arbeitsfähiger Männer und Frauen“ aus den ca. zehn Millionen europäischen Juden „herauszuziehen und zu erhalten“. Im Gegensatz zur operativen Sterilisierung sei die „Röntgenkastration“ relativ billig und in kürzester Zeit durchführbar. 1944 teilte dann die Kanzlei des Führers unter Übersendung eines Gutachtens von Dr. Schuster mit, dass dieses Verfahren technisch ungeeignet sei.

¹⁰¹⁰ Unterstreichung im Original.

ten ebenso keine „Volljuden“, „bei deren ehelichen Kindern eine Gleichstellung mit Deutschblütigen entweder bereits ausgesprochen ist oder aber wegen Zugehörigkeit zur Wehrmacht als Soldat zu erwarten steht, von dieser Regelung ausgenommen werden“.

Hinsichtlich der „vereinfachten Scheidung auf Antrag“ wurde festgehalten, dass diese bei Ehen zwischen „Mischlingen 1. Grades“ und „Deutschblütigen“ nicht zur Anwendung kommen sollten, wenn sich der „Mischlingspartner“ für die Unfruchtbarmachung entschied. Anderenfalls sollte lediglich ein vereinfachtes Scheidungsverfahren ohne die Einschränkungen des § 53 Ehegesetz (Verschuldens-/ Zerrüttungsprinzip) zur Anwendung kommen: „Die Zwangsscheidung würde ansonsten zu einer erheblichen Beunruhigung des deutschen Teiles der Verwandtschaft beitragen“. Dies entsprach der Argumentation Stuckarts. Die Zwangsscheidung sollte jedoch zugelassen werden, wenn sich der „Mischlingspartner 1. Grades“ für die Abschiebung entschied.

Das Ergebnis dieser letzten Konferenz vom 27. Oktober 1942 kann demnach als Teilerfolg Stuckarts gewertet werden, da es gelungen war, die Position des RMdI weitestgehend durchzusetzen, und das Hauptziel des RMdI, „mit Rücksicht auf die Abschiebung der Juden klare Rechtsverhältnisse“ zu schaffen, weitgehend erreicht schien.

Am 9. Dezember 1942 teilte der neue RJM Otto Thierack dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD hinsichtlich des Besprechungsergebnisses vom 27. Oktober 1942¹⁰¹¹ mit, dass er „gegen die in Aussicht genommenen Maßnahmen keine Bedenken zu erheben“ habe und bei Vorliegen „einer grundsätzlichen Entscheidung des Führers“ beabsichtige, dem Ministerrat für Reichsverteidigung den Erlass einer Verordnung vorzuschlagen, durch die die Frage der Scheidung der rassischen Mischehen entsprechend dem Besprechungsergebnis geregelt werde. Die Ressortabstimmung über einen entsprechenden Entwurf fand in den Folgemonaten statt.

Unterdessen zeigte sich, wie berechtigt die Befürchtungen Stuckarts und Löseners hinsichtlich der „psychologisch-politischen Rückwirkung“ waren, wenn man die Ehepartner von „Mischehen“ und „Halbjuden“ in die Deportationen einbezog: Im Februar 1943 kam es zu Protesten „arischer“ Frauen, die in der Berliner Rosenstraße vor einem Sammellager gegen die befürchtete Deportation ihrer Männer während der sogenannten „Fabrikaktion“ aufbegehrten.¹⁰¹² Wie lästig den Machthabern solche Vorkommnisse waren, kann man den Eintragungen in den Goebbels-Tagebüchern entnehmen. Am 11. März 1943 vermerkte der Reichspropagandaminister: „Die Evakuierung der Juden aus Berlin hat doch zu manchen Misshelligkeiten geführt. Leider sind dabei auch die Juden und Jüdinnen aus privilegierten Ehen zuerst mit verhaftet worden, was zu großer Angst und Verwir-

¹⁰¹¹ Beglaubigte Abschrift in: PAAA R 100857, Bl. 137.

¹⁰¹² Stoltzfus, Widerstand des Herzens, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), S. 218–247; sowie ders., Widerstand des Herzens. Der Aufstand der Berliner Frauen in der Rosenstraße 1943. Diesen kritisch rezipierend: Gruner, Die Fabrik-Aktion und die Ereignisse in der Berliner Rosenstraße, in: JfAF 11 (2002), S. 137–177; ders., Widerstand in der Rosenstraße, S. 85–94.

„geführt hat.“ Er denke jedoch nicht daran, „diese Frage allzu sentimental zu beurteilen“.¹⁰¹³ Zehn Tage später hielt er dann fest:

„Berlin und das Reich sind jetzt zum größten Teil judenfrei gemacht worden. Das hat zwar einige Mühe gekostet, aber wir haben es doch durchgesetzt. Allerdings leben in Berlin noch die Juden aus Mischehen; diese betragen insgesamt 17 000. Der Führer ist auch außerordentlich betroffen von der Höhe dieser Zahl, die ich auch nicht so enorm eingeschätzt hatte. Der Führer gibt Frick den Auftrag, die Scheidung solcher Ehen zu erleichtern und sie schon auszusprechen, wenn nur der Wunsch danach zum Ausdruck kommt. Ich glaube, dass wir damit eine ganze Reihe dieser Ehen schon beseitigen und die übrigbleibenden jüdischen Partner aus dem Reich evakuieren können. Wir müssen auf diesem Gebiet tun, was wir überhaupt nur tun können. Jedenfalls kommt es nicht in Frage, dass wir hier irgendwelche Kompromisse schließen; denn sollte das Unglück eintreten, dass wir den Krieg verlieren, so würden wir nicht nur derohalben, sondern überhaupt absolut vernichtet werden.“¹⁰¹⁴

Dementsprechend wurde im RMdI zunächst auch weiter an dem Gesetzesvorschlag zur „Scheidung der Mischehen“ gearbeitet, den RMdI Frick in seiner Funktion als GBV schließlich am 19. Mai 1943 mit einem Schreiben betreffend „Scheidung deutschjüdischer Mischehen“ an den Chef der Reichskanzlei versandte. Unter Bezugnahme auf ein Schreiben der Reichskanzlei vom 3. April 1943 übermittelte der RMdI mit diesem Schreiben die „mit dem RJM vereinbarten Entwürfe“ einer „Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung über die Scheidung deutschjüdischer Mischehen“ nebst Durchführungsverordnungen „mit der Bitte, die Zustimmung des Führers herbeizuführen“.¹⁰¹⁵ Zur Erläuterung verwies der RMdI darauf, dass eine Ministerratsverordnung angemessen sei, da die „Scheidung der deutsch-jüdischen Mischehen“ nach der von ihm „eingeholten grundsätzlichen Zustimmung des Führers als kriegswichtig anzusehen“ sei, da „der Zusammenhang der zu ihrer Durchführung erforderlichen Rechtsvorschriften mit der Reichsverteidigung nicht zweifelhaft sein“ könne. Dies deutet auf eine Befassung Hitlers durch das RMdI, u. U. im Nachgang von Stuckarts Schreiben an Himmler hin. Um dennoch weitere – offenbar auch im RMdI vorliegende Zweifel hinsichtlich dieser Rechtsgrundlage – zu zerstreuen, führte der RMdI weiter aus, dass „es sich im politischen Endzweck dieser Maßnahme“ darum handele, „Juden weitgehend aus ihren familiären Verflechtungen zu lösen, um sie der als kriegswichtig laufenden Maßnahme der Abschiebung zu unterwerfen und damit regelmäßig unsicheren und unkontrollierbaren Elementen unerwünschte propagandistische Einflussmöglichkeiten zu entziehen“. Nach dieser bürokratischen Bemäntelung des Holocaust, in der die Deportationen als kriegswichtig eingestuft wurden, führte der RMdI weiter aus, dass es sich schließlich „um eine rassenpolitisch grundsätzliche Frage“ handele, „die das letzte umstrittene Grundproblem der Judenfrage – von der Mischlingsfrage abgesehen – betrifft und deren gesetzliche

¹⁰¹³ In: Fröhlich (Hg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II, Bd. 7, S. 528. Vgl. hierzu: Gruner, Widerstand in der Rosenstraße, S. 139–177.

¹⁰¹⁴ In: Fröhlich (Hg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II, Bd. 7, S. 603. Am 17. 3. 1943 hatte Goebbels Hitler mitgeteilt, dass „die Juden zum größten Teil aus Berlin evakuiert“ seien, vgl. Ball-Kaduri, The National Representation of Jews in Germany, in: Yad Vashem Studies 5 (1963), S. 271–316.

¹⁰¹⁵ In: BAB R 1501/5519, Bl. 513 ff. bzw. Bl. 256 ff. (doppelte Paginierung).

Regelung voraussichtlich die letzte grundsätzliche gesetzgeberische Maßnahme auf diesem Gebiet darstellen wird“. Die zwei Paragraphen des Verordnungsentwurfs und die Bestimmungen des Entwurfs für eine Durchführungsverordnung orientierten sich an dem Ergebnis der Besprechungen vom 6. März und vom 27. Oktober 1942, ohne dass hierauf ausdrücklich Bezug genommen wurde. Nach § 1 des Verordnungsentwurfs konnten „Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes“ (Abs. 1), aber auch „Mischlinge 2. Grades“ (Abs. 2) die Scheidung der Ehe von einem Juden i. S. v. § 5 der 1. Verordnung zum RBG beantragen.¹⁰¹⁶ § 1 Abs. 3 sah vor, dass der Antrag auch vom Staatsanwalt gestellt werden könnte, wobei in § 3 des Entwurfs der Durchführungsverordnung festgehalten war, dass der Antrag gegen beide Ehegatten zu richten war (Abs. 2) und der Staatsanwalt den Antrag nicht stellen sollte, wenn die Ehe vor dem 9. November 1918 geschlossen wurde oder „wenn zugunsten eines aus der Ehe hervorgegangenen Kindes oder zugunsten des antragsberechtigten Ehegatten eine Entscheidung nach § 7 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz oder nach § 15 des Wehrgesetzes ergangen ist [d. h. eine Befreiung, d. Verf.]“.¹⁰¹⁷ § 2 Abs. 1 des Verordnungsentwurfes legte das Inkrafttreten der Verordnung und Satz 2 den Geltungsbereich fest, der auch die „eingegliederten Ostgebiete“ umfassen sollte. Nach Abs. 2 waren die Durchführungsbestimmungen von RMdI und RJM im Einvernehmen mit der Parteikanzlei zu erlassen. Hinsichtlich der Rechtsfolgen der Scheidung legte der Entwurf der Durchführungsverordnung fest, dass die jüdische Ehefrau ihren Geburtsnamen wiedererlangte (§ 4) und der Jude – „soweit dies die Billigkeit“ erfordere – dem anderen Ehegatten Unterhalt zu gewähren habe (§ 5). Mit der Scheidung entfielen nach § 6 die Erleichterungen, die für „privilegierte Mischehen“ galten. In § 8 Abs. 1 des Entwurfs der Durchführungsverordnung wurde dies auch noch einmal hinsichtlich der bereits vor dem Inkrafttreten der Verordnung geschiedenen Ehen fixiert. Dies bedeutete 1943, dass der geschiedene jüdische Ehegatte in ein Vernichtungslager nach Osten deportiert werden konnte, da er damit nicht mehr unter die Ausnahmeregelungen der Deportationsrichtlinien des RSHA fiel. In § 8 des Entwurfs der Durchführungsverordnung war auch das Erlöschen eventueller gesetzlicher oder vertraglicher Unterhaltsansprüche geregelt. An ihre Stelle sollte der in § 5

¹⁰¹⁶ In seinem Übersendungsschreiben erläuterte der RMdI hinsichtlich der auch für „Mischlinge 2. Grades“ vorgesehenen Scheidungsmöglichkeit, dass er diese für „unumgänglich halte“, da die „Mischlinge 2. Grades“ auch auf dem Gebiet der Eheverbote und Verbote des außerehelichen Geschlechtsverkehrs wie Deutschblütige behandelt würden, da auch diese Ehen als „Mischehen“ angesehen würden. Zudem würde es vom „Standpunkt der Judenpolitik aus unzweckmäßig sein, einen Restbestand dieser Ehen aufrechtzuerhalten, abgesehen davon, dass in diesem Falle diese Ehen günstiger behandelt würden als die Ehen Deutschblütiger mit Juden“. Des Weiteren, so fügte der RMdI hinzu, handele es sich bei der Zahl dieser Ehen nach der Volkszählung von 1939 „nur um rund 300“, vgl. BAB R 1501/5519, Bl. 514.

¹⁰¹⁷ Hierzu hielt der RMdI in seinem Übersendungsschreiben fest, dass die Frage der Ausnahmen bewusst nur in dem AVO-Entwurf thematisiert werden sollte, da sie sich nur auf die vom Staatsanwalt betriebenen „Zwangsscheidungen“ bezögen und der Charakter der MinisterratsVO als GrundsatzVO nicht durch Ausnahmenvorschriften entstellt werden sollte. Insgesamt würde die Ausnahmeregelung der vor 1919 geschlossenen Ehen nur etwa 3500–4000 Fälle betreffen.

genannte „Billigkeitsunterhalt“ treten. Nach § 9 des Entwurfs der Durchführungsverordnung sollte die Verordnung auch entsprechend für Ehen zwischen Juden und nichtjüdischen Staatenlosen mit Wohnsitz im Reich gelten.

Hinsichtlich des Scheidungsverfahrens hatte sich das RJM insoweit durchgesetzt, als das Verfahren – verkürzt auf eine Instanz mit einer Beschwerdemöglichkeit – bei den Landgerichten „nach den Vorschriften über das Verfahren der freiwilligen (außerstreitigen) Gerichtsbarkeit“ stattzufinden hatte. Ein normaler Scheidungsantrag sollte dagegen im Falle der Mischehen nicht mehr zulässig sein. Die Beschwerdemöglichkeit stand nicht nur den Ehepartnern, sondern auch dem Staatsanwalt zu.¹⁰¹⁸

In einem Schreiben Eichmanns an das Auswärtige Amt, „z. Hd. von Herrn Legationsrat Eberhard v. Thadden“ vom 5. Juli 1943, das sich vor allem auf die Behandlung von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit bezog, führte Eichmann aus, dass sich „nach dem augenblicklichen Stand der Endlösung der Judenfrage im Reich“ dort „lediglich noch die in deutsch-jüdischer Mischehe lebenden Juden und einige wenige Juden ausländischer Staatsangehörigkeit“ befänden. Dies beschrieb die „Restmenge“ der Menschen, um die sich die Beratungen im Reich auch im Sommer 1943 noch weiter drehten.¹⁰¹⁹ Immerhin sollten die Partner von „Mischehen“ auch in der Folgezeit bei Deportationen verschont werden, wie aus einem als „Geheim“ eingestuften Schnellbriefeferlass an alle Staatspolizeileitstellen und die Befehlshaber und Kommandeure der Sipo und des SD sowie die HSSPF u. a. in den besetzten Gebieten bzgl. der „Behandlung von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit im deutschen Machtbereich“ vom 23. September 1943¹⁰²⁰ deutlich wird. In diesem Erlass wurde die Einbeziehung der nach den „Heimschaffungsaktionen“ in den besetzten Gebieten verbliebenen Juden italienischer, schweizerischer, spanischer, portugiesischer, dänischer, schwedischer, finnischer, ungarischer, rumänischer und türkischer Staatsangehörigkeit in die „Abschiebungsmaßnahmen“ geregelt. Gestapochef Müller wies die Polizeistellen noch einmal abschließend darauf hin, „dass Juden, die mit Ehepartnern deutschen oder artverwandten Blutes verheiratet sind, nach wie vor von sämtlichen Maßnahmen auszunehmen sind“.¹⁰²¹

¹⁰¹⁸ Vgl. BAB R 1501/5519, Bl. 509–511 bzw. 254–255 (doppelte Paginierung). Der RJM Thierack hatte am 22. 3. 1943 zu dem ursprünglich vom RMdI favorisierten und seinerzeit noch als 4. VO zur Ergänzung des BlutSchG bezeichneten Entwurf reklamiert, dass „der Gegenstand“ der geplanten VO es mit sich brächte, dass die Durchführung der in der VO vorgesehenen Maßnahmen im Wesentlichen bei den Justizbehörden läge, weshalb er für das RJM eine eigene Zuständigkeit für die zur Durchführung erforderlichen Verwaltungsvorschriften forderte: „Ich bin daher der Meinung, dass die zur Durchführung und Ergänzung der VO erforderlichen Vorschriften nicht bloß im Einvernehmen mit mir, sondern von mir selbst erlassen oder miterlassen werden müssen.“ Drohend fügte Thierack hinzu, dass er Abschriften dieses Schreibens auch an Göring, Frick als GBV, Lammers und Bormann versendet habe. Vgl. BAB R 1501/5519, Bl. 511 bzw. Bl. 255 (doppelte Paginierung).

¹⁰¹⁹ Vgl. hierzu: Gruner, Widerstand in der Rosenstraße, S. 95–101.

¹⁰²⁰ In: PAAA R 100857, Bl. 223.

¹⁰²¹ Die französischen Juden in „Mischehen“ galten erst ab 1944 als nicht mehr geschützt, vgl. Gruner, Widerstand in der Rosenstraße, S. 97. Dass eine „Mischehe“ und der ener-

Unterdessen wurde in einem Vermerk aus dem Führerhauptquartier vom 6. Oktober 1943 festgehalten, dass die „Angelegenheit der Scheidung deutsch-jüdischer Mischehen am 2. Oktober 1943“ von Lammers mit Bormann „bei einer Besprechung der Endlösung der Judenfrage“ erörtert worden sei. „Da diese Frage zurückgestellt werden“ müsse, habe Einigkeit darüber bestanden, dass auch der Verordnungsentwurf des RMDI/GBV über die Scheidung deutsch-jüdischer Mischehen „zunächst nicht weiter verfolgt werden sollte“.¹⁰²² Da sich Hitler demnach im Oktober 1943 weigerte, eine Entscheidung in der „Mischehenfrage“ zu treffen, versandete die Diskussion schließlich, und der Vorschlag des RMDI zur „Scheidung der Mischehen“ blieb folgenlos.

Anders als sogenannte Volljuden, die seit Oktober 1941 in die Ghettos und Vernichtungslager deportiert wurden, blieben „Mischlinge 1. Grades“ überwiegend von der Deportation in die Vernichtungslager ausgenommen. Eine Ausnahme waren diejenigen, die sich bereits zu Beginn der Deportationen in Konzentrationslagern befanden und Anfang 1942 deportiert wurden, als alle Lager im Reich „judenfrei“ gemacht wurden.¹⁰²³ Zudem wurden – wie das Landgericht Frankfurt bereits 1947 in einem Urteil zu den Euthanasiemorden in Hadamar feststellte – in einigen Anstalten in den letzten Kriegsmonaten geistig behinderte, aber auch gesunde „Mischlingskinder“ gemeinsam mit anderen geistig und körperlich behinderten Menschen ermordet.¹⁰²⁴ Die meisten „Mischlinge 1. Grades“ wurden jedoch – wie auch sogenannte jüdisch Versippte – ab 1944 zum Arbeitseinsatz etwa in der Organisation Todt (OT) eingezogen. „Mischlinge 2. Grades“ blieben hingegen vom Arbeitseinsatz verschont, mussten jedoch zahlreiche Diskriminierungen, Beschränkungen und Nachteile hinnehmen.

Eine Ehe mit einem nichtjüdischen Partner schützte den jüdischen Partner im Allgemeinen vor der Deportation. Nach der Scheidung oder nach dem Tod des nichtjüdischen Partners drohte hingegen die Deportation in das „Altersghetto“ Theresienstadt und von dort oftmals weiter in das Vernichtungslager Ausch-

gische Einsatz des nichtjüdischen Partners nicht immer Schutz vor Deportationen boten, macht das tragische Schicksal des bekannten Berliner Kinderarztes Fritz Demuth deutlich, der 1944 aus dem niederländischen Exil nach Auschwitz deportiert und dort ermordet wurde. Vgl. hierzu: Lennert, Fritz Demuth (1892 Berlin – 1944 Auschwitz).

¹⁰²² Vgl. Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 442, die jedoch anmerkt, dass dieser Vermerk nicht einmal – wie andere im Zusammenhang mit der „Endlösung“ erstellte Dokumente – als „Geheime Reichssache“ eingestuft war.

¹⁰²³ Vgl. Steiner/Cornberg, Willkür in der Willkür, in: VfZ 46 (1998), S. 144–187, hier S. 179. Zum Schicksal der „Mischlinge“ s. die Untersuchung von Fauck/Graml, Die Behandlung von deutsch-jüdischen Mischehen, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, S. 26–28; Grenville, Die „Endlösung“ und die „Judenmischlinge“, in: Büttner (Hg.), Das Unrechtsregime, S. 91–121; ders., Neglected Holocaust Victims, in: Berenbaum/Peck (Hg.), Holocaust, S. 315–326; Meyer, „Jüdische Mischlinge“; Noakes, Wohin gehören die „Judenmischlinge“?, in: Büttner (Hg.), Das Unrechtsregime, S. 69–89; und ders., The Development of Nazi-Policy towards the German Jewish Mischlinge 1933–1945, in: LBIYB 34 (1989), S. 291–354.

¹⁰²⁴ LG Frankfurt, Urteil gegen Adolf Wahlmann, Bodo Gorgaß, Irmgard Huber u. a. vom 21. 3. 1947, Az.: 4a KLS 7/47, in Auszügen ist das Urteil abrufbar unter: <http://www1.jur.uva.nl>, eingesehen am 28. 2. 2007.

witz.¹⁰²⁵ Noch in den letzten Monaten des Krieges, am 15. Januar 1945, erging ein Befehl des RSHA, wonach auch ohne Zwangsscheidung alle in „Mischehen“ lebenden Juden deportiert werden sollten. Ab dem 12. Februar 1945 wurden daraufhin noch mehr als 1600 Menschen aus deutschen Städten in das KZ Theresienstadt verschleppt.¹⁰²⁶

Versuch einer Bewertung

Der zynisch als „Euthanasie“ bezeichnete Krankenmord und der nicht weniger zynisch als „Endlösung“ titulierte Genozid an den europäischen Juden wurden arbeitsteilig organisiert. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Stuckart in seiner Schlüsselposition als Staatssekretär im RMdI an beiden Mordprogrammen mitwirkte. Anders als das Personal der „Euthanasieeinrichtungen“ und der Konzentrations- und Vernichtungslager war Stuckart nicht unmittelbar an dem Morden beteiligt, sondern er gehörte, wie die amerikanischen Richter 1949 betonten, zum Kreis derjenigen Männer, „die in der friedlichen Stille ihrer Büros in den Ministerien [...]“ an dem Mordprogramm „durch Entwurf der für seine Durchführung notwendigen Verordnungen, Erlasse und Anweisungen teilgenommen haben“.¹⁰²⁷

In Stuckarts Verantwortungsbereich wurde eine Reihe von Rechtsvorschriften ausgearbeitet, die den Behindertenmord und den als Endlösung bezeichneten Genozid an den europäischen Juden flankierten, rationalisierten und absicherten. Ohne den Definitions-, Ausgrenzungs- und Entrechtungsprozess, der durch die Erbgesundheits- und die Rassengesetzgebung maßgeblich vom RMdI und dort hauptsächlich von Stuckarts Abteilung I und der Abteilung IV („Volksgesundheit“) initiiert und durchgeführt wurde, wären die Massenmordprogramme weder denkbar noch in dieser Form durchführbar gewesen. Erst durch die Stigmatisierung von Menschengruppen zu einem gesellschaftlichen Problem, wie es im Hinblick auf „lebensunwertes Leben“ und die „Judenfrage“ geschah, konnte ein entsprechender Grad an Akzeptanz und Entsolidarisierung seitens der Mehrheitsbevölkerung erreicht werden, um diese Menschengruppen anschließend systematisch zu entrechten und sie schließlich zu vernichten. Auch der anomische Maßnahmenstaat kam im 20. Jahrhundert nicht ohne die mit juristischem Sachverstand entwickelten Definitionen derjenigen Bevölkerungsgruppen aus, die als „missgestaltet“, „artfremd“ oder „fremdvölkisch“ eingestuft wurden. Nur aufgrund solcher Definitionen wurde die arbeitsteilige und behördenmäßige Erfassung, Entrechtung, Enteignung und Ermordung überhaupt „handhabbar“. Zugleich verschaffte die juristische Gewandung dem Unrecht auch in den Augen derjenigen ein gewisses Maß an Legitimität, die der NS-Ideologie nicht mit Überzeugung folgten, und erleichterte dadurch Mitwirkung durch Mitläufertum.¹⁰²⁸

Mit der Staffelung von Teilaufgaben und Zuständigkeiten in einem „Gefüge administrativer Arbeitsteiligkeit“ ging notwendigerweise eine Schichtung der Ver-

¹⁰²⁵ Vgl. Steiner/Cornberg, Willkür in der Willkür, in: VfZ 46 (1998), S. 144–187, hier S. 180.

¹⁰²⁶ Vgl. Gruner, Der geschlossene Arbeitseinsatz, S. 328f.; Walk, Sonderrecht, IV 524, S. 406.

¹⁰²⁷ Kempner/Haensel, Das Urteil im Wilhelmstraßenprozess, S. 169.

¹⁰²⁸ Siehe auch: Jasch, Das Ringen um die Verwaltungsgerichtsbarkeit, in: Die Verwaltung 43 (2010), S. 217–271.

antwortlichkeiten einher: Je weiter ein Mitarbeiter einer an diesen staatlichen Morden beteiligten Behörde von der ursprünglichen „Aufgabe“ entfernt war, desto distanzierter und freier von Verantwortung konnte er sich fühlen. Die individuelle Verantwortlichkeit blieb auf die unmittelbare eigene Zuständigkeit beschränkt. Da jedoch die Mitarbeiter der an den Mordaktionen beteiligten Behörden – mit wenigen Ausnahmen – ihre jeweiligen Aufgaben „ordnungsgemäß“ erfüllten, lief der Verwaltungsapparat weiter und funktionierten das Definieren, Entrechten, Aussondern, Deportieren und schließlich die industrielle Vernichtung weiter.¹⁰²⁹ Hierbei entfalteten arbeitsteilige Strukturen ihre volle Wirksamkeit. Der Einzelne als Handelnder blieb innerhalb seines am Morden beteiligten Verwaltungsapparates verborgen, konnte aber durchaus wissen, was er tat, insbesondere, wenn er in leitender Stellung tätig war und zu Informationen Zugang hatte, die ihm eine Gesamtschau ermöglichten. Bei vielen verstärkte sich die Distanz zu ihrer Tätigkeit – oder wurde bewusst verstärkt – durch die versachlichte und vielfach euphemistische Sprache der Bürokratie, die – angereichert durch Fach- und Spezialtermini – die Erörterung der unterschiedlichsten Themen in stets demselben an Zweckrationalität und Routine orientierten gefühllosen Ton gestattete.¹⁰³⁰

Insbesondere die oben dargestellten, von Stuckart und seinen Mitarbeitern 1935 in schwierigen Verhandlungen mit der Behörde des „Stellvertreters des Führers“ entwickelten und umgesetzten Ausführungsbestimmungen zu den Nürnberger Rassengesetzen mit den in ihnen niedergelegten Definitionen darüber, wer als „Jude“ und damit als „rassischer Gegner“ der nichtjüdischen Deutschen gelten sollte, blieben bei der Entscheidung über Deportation und Vernichtung der jüdischen Deutschen letztlich bis zum Ende bestimmend, obgleich das Ringen um die „Definitionsmacht“ sich auch nach Beginn der Deportation und des Völkermordes fortsetzte.

Nach dem Krieg behauptete Stuckart, weder mit den Euthanasiemorden noch mit den Judenmorden zu tun gehabt zu haben.¹⁰³¹ Zu seiner Kenntnis von den Plänen zur systematischen Judenvernichtung während des Wilhelmstraßenprozesses in Nürnberg am 6. Oktober 1948 durch seinen Verteidiger, von Stackelberg, befragt¹⁰³², ließ sich Stuckart dahingehend ein, dass er von der systematischen Judenvernichtung nichts gewusst habe und er den Begriff der „Endlösung der Judenfrage“ stets mit der Auswanderung der Juden und deren „territorialer Zusammenfassung in einem Reservat im Osten“ verbunden habe. Die „Ausrottung der Juden“ sei „damals überhaupt nicht in den Bereich [seiner] Vorstellung gekommen“. Das Protokoll der Wannseekonferenz, das er nie erhalten habe, gebe deren Inhalte, „in einer ganzen Reihe von Punkten entstellt und frisiert wieder“. So habe Heydrich die Vernichtung von Juden durch Arbeit mit keinem Wort erwähnt.

¹⁰²⁹ Vgl. hierzu: die Darstellung von Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Bd. 1, S. 56–66.

¹⁰³⁰ Ebenda, S. 123.

¹⁰³¹ Abdruck des Schreibens K. Kauffmanns an Stuckarts ehemaligen Kollegen, Otto Ehrensberger, vom 4. 7. 1947, in: BAK N 1292/125.

¹⁰³² BAB Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 207, Bl. 73/74, zit. nach Pätzold/Schwarz, *Tagesordnung: Judenmord*, S. 156–160. Dort auch die folgenden Zitate.

Tatsächlich lässt der Text des Wannseeprotokolls nicht den zwingenden Schluss zu, dass Heydrich die wahre Bedeutung des Begriffs „Endlösung“ am 20. Januar mit den dort vertretenen Repräsentanten der Ministerialverwaltung erörterte.¹⁰³³ Dies war vielleicht auch gar nicht erforderlich, ging es doch primär um Unterstützung für die Modalitäten der Deportationen und insbesondere um die Festlegung des Opferkreises. Eichmann, der in Jerusalem 1961 aussagte, dass in Wannsee offen vom „Töten und Vernichten“ gesprochen wurde, ist insofern nur ein bedingt glaubwürdiger Zeuge, da er im Lichte der israelischen Strafverfolgung ein besonderes Interesse daran hatte, sich selbst als bloßen Befehlsempfänger und den Sicherheitsapparat als bloßen Exekutor von Entscheidungen darzustellen, die auf höchster Ebene unter Beteiligung des „Normenstaates“ gefällt wurden.

Zwar mag Stuckart selbst auf der Wannseekonferenz im Januar 1942 möglicherweise noch nicht in allen Einzelheiten über den systematischen Charakter des bereits angelaufenen Massenmordes unterrichtet gewesen sein.¹⁰³⁴ Dass er und seine Mitarbeiter einiges über das „Schicksal“ wussten, welches den Juden im Osten zgedacht war, ergibt sich bereits aus einer Begebenheit, die sich kurz vor Weihnachten 1941 im RMdI zutrug: Am 19. Dezember 1941¹⁰³⁵ fand eine Unter-

¹⁰³³ In dem von Eichmann erstellten Protokoll wurden die Worte „Ausrottung“ oder „Vernichtung“ vermieden. Mommsen ging in seinem Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte zum Wannseekonferenzteilnehmer Kritzinger (Aufgabenkreis und Verantwortlichkeit, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 2, S. 380f.) allerdings davon aus, dass kaum ein Zweifel bestehen könne, dass für alle Teilnehmer der Konferenz Klarheit über die Absicht bestand, die jüdische Bevölkerung zu vernichten. Er sieht hierin den Grund dafür, dass nach dem Krieg alle befragten Teilnehmer beharrlich leugneten, von den Inhalten des Protokolls Kenntnis erhalten zu haben.

¹⁰³⁴ Mommsen/Obst, Die Reaktion der deutschen Bevölkerung, in: Mommsen/Willems (Hg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich, S. 374–421, hier S. 414f., betonen, dass die Zusammenhänge von Deportation, Selektion und Vernichtung selbst in Berliner Regierungskreisen infolge der „systematischen Nichtkommunikation zwischen den Ressorts und den übrigen Machtapparaten des Regimes“ nicht hinreichend klar gewesen seien. Zudem scheinen die „beteiligten Beamten anfänglich die Zielsetzungen, die Heydrich mit dem ‚Endlösungs‘-Konzept verband, nur unscharf wahrgenommen zu haben“, und hätten sich daher, „bevor sie dessen volle Konsequenz erkannten, in einer Weise in dessen Durchführung“ „verstrickt“, „dass sie späterhin keine Möglichkeit mehr sahen, ihre Mitwirkung zu verweigern“. Den Autoren erscheint es „auf der Grundlage der verfügbaren Quellen mindestens plausibel, dass selbst Spitzen der beteiligten Ressorts keine umfassende Kenntnis des ‚Endlösungs‘-Programms gehabt haben“. Hierbei nehmen sie allerdings das Auswärtige Amt und das RMdI ausdrücklich aus. In der Bevölkerung kursierten – wie auch die im Folgenden dargestellte Unterredung Löseners mit Stuckart im Dezember 1941 zeigt – zahlreiche Berichte und Gerüchte, die nahelegen, dass die „Geschehnisse im Osten“ insbesondere den führenden „Männern der Verwaltung“ kaum verborgen bleiben konnten, was allerdings noch nicht belegt, dass sie wussten, dass der Massenmord an den Juden systematisch erfolgte. Zum Wissensstand um die „Endlösung“ s. die Darstellung von Longeric, „Davon haben wir nichts gewusst!“.

¹⁰³⁵ Lösener datierte seine Rücksprache mit Stuckart in seiner posthum veröffentlichten Rechtfertigungsschrift von 1950/1961 (in: Strauß, Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung, in: VfZ 9 [1961], S. 262–313, hier S. 311), irrtümlich auf den 21. 12. 1941. Die zeitnähere Überlieferung ist allerdings ein handschriftlicher Vermerk vom 26. 12. 1941, in der er die Rücksprache mit Stuckart auf den 19. 12. 1941

redung von Stuckart und seinem Mitarbeiter Lösener statt, in der sich Lösener über den fortschreitenden Kompetenzverlust seines Judenreferates gegenüber dem RSHA beklagte und Stuckart darüber unterrichtete, dass deportierte Berliner Juden in der Nähe von Riga unmittelbar nach ihrer Ankunft erschossen würden. In der Unterredung habe er (Lösener) Stuckart ausführlich berichtet, dass ihm sein Mitarbeiter Dr. Feldscher mitgeteilt habe, dass deutsche Juden nach ihrer Ankunft in Riga „dazu gezwungen worden [seien], Massengräber auszuheben, sich zu entkleiden, sich nackt im Grabe niederzulegen“,¹⁰³⁶ um dann von SS-Leuten erschossen zu werden. „Dann habe eine nächste Gruppe sich entkleiden, in die Gräber heruntersteigen und sich auf die Körper der zuerst Ermordeten legen müssen, um dasselbe Schicksal zu erleiden.“¹⁰³⁷ Auf seine Einwendung hin, dass er angesichts dieser Entwicklung nicht länger als Referent für jüdische Angelegenheiten tätig sein könne und um seine Versetzung bitte, habe Stuckart entgegnet, dass „das Verfahren gegen die evakuierten Juden“ auf einer Entscheidung von höchster Stelle beruhe, und er, Lösener, sich damit abfinden müsse. Daraufhin habe Lösener entgegnet: „Ich habe in mir innen einen Richter, der mir sagt, was ich tun muss.“ Stuckart sicherte ihm daraufhin zu, dass er von seinen Dienstgeschäften entbunden werden solle. Abschließend soll Stuckart bemerkt haben,¹⁰³⁸ dass man „die

datierte, in: BAB R 1501/3746 a, abgedruckt bei: Lenz, Die Handakten von Bernhard Lösener, in: Archiv und Geschichte 57 (2000), S. 684–699, hier S. 695–699. Vgl. auch das Protokoll der Vernehmung Dr. Löseners am 13. 10. 1947 durch Kempner, S. 3f., in: StA Nbg., Interrogations. Im Nürnberger Urteil (Kempner/Haensel, Das Urteil im Wilhelmstraßenprozess, S. 166) finden sich die Äußerungen Löseners nur in Auszügen. Lösener hatte im Prozess gegen Stuckart seine eidesstattliche, ursprüngliche Erklärung nicht ausdrücklich widerrufen, wohl aber – wie es im Urteil heißt – Schilderungen der auf die Behandlung der Juden bezüglichen Unterredung abgegeben, die mit seiner ursprünglichen Erklärung nicht in Übereinstimmung zu bringen waren, was die Richter damit erklärten, dass der Zeuge unter Druck gesetzt worden sei.

¹⁰³⁶ Zit. nach Kempner/Haensel, Das Urteil im Wilhelmstraßenprozess, S. 166. Es handelte sich hierbei vermutlich um die Erschießung der Insassen des ersten Transportes von Berliner Juden nach Riga durch das Einsatzkommando 2 im Wald von Rumbuli in der Nähe von Riga. Der Transport hatte Berlin am 27. 11. 1941 verlassen und war drei Tage später in Riga eingetroffen. Vgl. Friedländer, Der Weg zum NS-Genozid, S. 457. Himmler hatte die Erschießung der Berliner Juden noch durch ein Telefonat mit Heydrich verhindern wollen (Eintragung in seinem Dienstkalender: „Judentransport aus Berlin. Keine Liquidierung“) und drohte dem Verantwortlichen SS-Ogrf. Friedrich Jeckeln sogar per Funktelegramm mit Bestrafung. Vgl. Longenrich, Himmler, S. 508.

¹⁰³⁷ Vgl. Vermerk Löseners vom 26. 12. 1941, in: BAB R 1501/3746 a, abgedruckt bei: Lenz, Die Handakten von Bernhard Lösener, in: Archiv und Geschichte 57 (2000), S. 684–699, hier S. 695–699. Dort auch die folgenden Zitate.

¹⁰³⁸ Dieser Teil der Unterredung ist von Lösener in seiner Erklärung als wörtliche Äußerung Stuckarts gekennzeichnet und ist nur in Löseners handschriftlichem Vermerk vom 26. 12. 1941 enthalten, in: BAB R 1501/3746 a. Im Nürnberger Urteil (Kempner/Haensel, Das Urteil im Wilhelmstraßenprozess, S. 166) taucht diese Passage genauso wenig auf wie in Löseners Rechtfertigungsschrift von 1950/1961 (Strauß, Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung, in: VfZ 9 [1961], S. 262–313). Auch im Nürnberger Kreuzverhör – auf das das Urteil im Wilhelmstraßenprozess ausdrücklich Bezug nahm (vgl. Kempner/Haensel, Das Urteil im Wilhelmstraßenprozess, S. 167) – hatte Lösener auf die Frage von Stuckarts Verteidiger, ob in der Unterredung von Seiten Stuckarts eine „Billigung der Rigaer Verbrechen“ „gefallen“ sei, ohne Ein-

Endlösung der Judenfrage doch von einem höheren Standpunkt aus betrachten [müsse]. Allein in den letzten Wochen sind 50 000 deutsche Soldaten an der Ostfront gefallen; Millionen werden noch fallen, denn, Herr Lösener, der Krieg wird noch sehr lange dauern. Denken Sie daran, dass an jedem deutschen Toten die Juden schuldig sind, denn nur den Juden haben wir es zu verdanken, dass wir diesen Krieg führen müssen. Das Judentum hat ihn uns aufgezwungen. Wenn wir da mit Härte zurückschlagen, so muss man die weltgeschichtliche Notwendigkeit dieser Härte einsehen und darf nicht ängstlich fragen, ob denn gerade dieser oder jener bestimmte Jude, den sein Schicksal ereilt, persönlich, daran schuldig ist.“¹⁰³⁹

Dieses Gespräch macht deutlich, dass Stuckart auch im dienstlichen Zwiegespräch mit einem engen Mitarbeiter nicht davor zurückscheute, den Genozid an den Juden sachlich zu rechtfertigen. Diese von Lösener überlieferte Argumentation Stuckarts deckte sich fast wörtlich mit dem Inhalt eines Artikels von Propagandaminister Goebbels in der Wochenzeitung „Das Reich“ mit dem Titel „Die Juden sind schuld“ vom 16. November 1941¹⁰⁴⁰ und mit einer Propagandabroschüre, die Goebbels im selben Zeitraum verteilen ließ und die gewissermaßen die parteiamtliche Begründung bildete.¹⁰⁴¹ Zudem hatte Rosenberg am 18. November

schränkung mit „Nein“ geantwortet. Vgl. hierzu: Lenz, Die Handakten von Bernhard Lösener, in: *Archiv und Geschichte* 57 (2000), S. 684–699, hier S. 694, der darauf hinweist, dass das Nürnberger Gericht bei Kenntnis des Vermerks vom 26. 12. 1941 wohl ein schärferes Urteil gegen Stuckart gefällt hätte.

¹⁰³⁹ In einer anderen für den Nürnberger Wilhelmstraßenprozess bestimmten „Erklärung unter Eid“ vom 8. 6. 1948 schilderte Lösener den Ausgang des Gesprächs mit Stuckart wie folgt: „Ich sagte Stuckart, dass diese Gräueln mich nicht nur als Menschen berühren, wie es bei sonstigen Gräueln der Fall war, sondern dass ich diesmal auch als Referent des Innenministeriums betroffen würde, da es sich diesmal um Juden deutscher Staatsangehörigkeit handelte. Meinen Verbleib in meiner bisherigen Stellung und im Ministerium könnte ich fortan nicht mehr mit meinem Gewissen vereinbaren, auch auf die Gefahr hin, dass sich die bisherige Handhabung der Mischlings- und Mischehenfragen nicht mehr halten lasse. Stuckart entgegnete hierauf wörtlich: Herr Lösener, wissen Sie nicht, dass das alles auf höchsten Befehl geschieht? Ich entgegnete: Ich habe in mir innen einen Richter, der mir sagt, was ich tun muss.“ In: *StA Nbg., Interrogations*, vgl. hierzu: Lenz, Die Handakten von Bernhard Lösener, in: *Archiv und Geschichte* 57 (2000), S. 684–699, hier S. 691, Anm. 27.

¹⁰⁴⁰ In diesem Artikel hatte Goebbels verkündet, dass man nun die Hitler'sche Prophezeiung vom 30. 1. 1939 erlebe und dass das Judentum einen „allmählichen Vernichtungsprozess“ erleide; die Juden müssten von der Volksgemeinschaft „abgesondert“ werden. Hitler hatte am 30. 1. 1939 verkündet: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!“ Vgl. Mommsen/Obst, Die Reaktion der deutschen Bevölkerung, in: Mommsen/Willems (Hg.), *Herrschaftsalltag im Dritten Reich*, S. 374–421, hier S. 404f.

¹⁰⁴¹ Auf der ersten Seite dieser Broschüre war ein Davidstern und der Halbsatz abgedruckt: „Wenn Du dieses Zeichen siehst ...“. Weiter heißt es dann: „... dann denke daran, was der Jude unserem Volke angetan hat“, und es folgten Ergebnisse der zeitgenössischen „Judenforschung“. Hitler selbst deutete den Genozid an den Juden vor dem „Großdeutschen Reichstag“ am 8. 11. 1942 unter Bezugnahme auf seine Drohung vom 30. 1. 1939 in einer Rede an: „Sie werden sich noch erinnern an die Reichstagsitzung,

1941 auf einer Pressekonferenz die bevorstehende „biologische Ausmerzung des gesamten Judentums in Europa“ angekündigt.¹⁰⁴²

Stuckarts Mitarbeiter Globke bestätigte nach dem Kriege, ebenfalls von der „systematischen Ausrottung der Juden“ gewusst zu haben, wobei er allerdings nicht erkannt habe, dass sich der Genozid „auf alle Juden bezog“.¹⁰⁴³ Es scheint daher durchaus möglich, dass auch Stuckart der Gesamtumfang des Genozids erst später zum Bewusstsein gekommen ist. Das er 1941/42 gar nichts wusste, ist jedoch unwahr und wird für das Jahr 1942 auch durch seinen eigenen, in Schaeffers Reihe seit 1938 erschienenen Grundriss zum Rasserecht widerlegt. Hatte Stuckart die „Lösung“ der „Judenfrage“ in der ersten Auflage seines Grundrisses 1938 noch als „ein Gebot der völkischen Selbsterhaltung und Notwehr“ bezeichnet und nur erwähnt, dass der NS-Staat die Juden auf „deutschem Boden dulde“, ihnen „aber die weitere Vermischung mit den deutschen Volksgenossen“ verbiete¹⁰⁴⁴, schlug er – nach Diemut Majer – in der 3. Auflage von 1942 in Bezug auf die Juden radikalere Töne an: „Es handelt sich bei dieser Rasse, wie der Führer auf dem Parteitag der Arbeit betont hat, um eine [...] durch und durch minderwertige Rasse. Die Judenvernichtung findet ihre Rechtfertigung daher nicht nur in der Andersartigkeit, sondern auch in der Anderswertigkeit des Judentums.“¹⁰⁴⁵ Bemerkenswerterweise tauchte das Wort „Vernichtung“ in der dem Verfasser vorliegenden 4. Auflage des Grundrisses von 1943 nicht mehr auf. Hier ist vielmehr im gleichen Zusammenhang von „endgültige Lösung“ (angenähert an „Endlösung“) die Rede. Stuckart differenzierte nunmehr zwischen einem „vorläufigen“ und einem „Endziel in der Judenfrage“: Während das „vorläufige Ziel“ in der „Trennung der Juden vom deutschen Volkskörper“ bestanden habe, sei das „Endziel in der Judenfrage [...] ein von Juden freies Deutschland“. Dieses Endziel sei bei einer „räumlichen Trennung“ im Wege der „Auswanderung und Ausweisung der Juden“ erreicht. Abschließend heißt es jedoch: „Das Ziel der Rassengesetzgebung kann als *bereits erreicht* und die Rassengesetzgebung daher im Wesentlichen als abgeschlossen angesehen werden. Sie hat [...] zu einer vorläufigen Lösung der Judenfrage geführt und gleichzeitig die endgültige Lösung wesentlich vorbereitet. Viele Bestimmun-

in der ich erklärte: Wenn das Judentum sich etwa einbildet, einen internationalen Weltkrieg zur Ausrottung der europäischen Rassen herbeiführen zu können, so wird das Ergebnis nicht die Ausrottung der europäischen Rassen, sondern die Ausrottung des Judentums in Europa sein (Beifall). Sie haben mich immer als Propheten ausgelacht. Von denen, die damals lachten, lachen unzählige nicht mehr (vereinzelt Lachen, Beifall). Die jetzt noch lachen, werden in einiger Zeit vielleicht auch nicht mehr lachen (Gelächter, starker Beifall). Diese Welle wird sich über Europa hinaus über die ganze Welt verbreiten.“ Zit. nach: Dauerausstellung, 2001, S. 147.

¹⁰⁴² Vgl. Longerich, Himmler, S. 569.

¹⁰⁴³ Globke entlastete Stuckart mit der Bemerkung, dass er manchmal mit Erstaunen bemerkt habe, „wie uninformiert Dr. Stuckart“ gewesen sei. In: Gotto, Der Staatssekretär Adenauers, S. 223; TWC, Bd. XIV, S. 232.

¹⁰⁴⁴ Stuckart/Schiedermair, Rassen- und Erbpflge in der Gesetzgebung des Reiches (1938), S. 12.

¹⁰⁴⁵ Zit. nach Majer, Grundlagen, S. 142f., die auf Stuckart/Schiedermair, Rassen- und Erbpflge in der Gesetzgebung des Reiches (³1942), S. 12, verweist. In der 2. (1939) und der 4. Aufl. von 1943 fehlt diese Passage.

gen werden in dem gleichen Maße, in dem sich Deutschland der Erreichung des endgültigen Ziels in der Judenfrage nähert, an praktischer Bedeutung verlieren“.¹⁰⁴⁶ Auch in dem gemeinsam mit von Rosen-von Hoewel und Schiedermaier verfassten Leitfaden für die Ausbildung: „Der Staatsaufbau des Deutschen Reiches in systematischer Darstellung“ (Neues Staatsrecht III) war von der „restlosen Entfernung“ der Juden im Zuge der „Neuordnung des europäischen Kontinents“ die Rede.¹⁰⁴⁷

Schließlich ist davon auszugehen, dass Stuckart als Himmlers „Staatssekretär des Innern“ und als ranghohes SS-Mitglied zu denjenigen gehörte, die am 4. oder 6. Oktober 1943 oder bei anderer Gelegenheit eine von Himmlers Reden vernahmen¹⁰⁴⁸, in denen er den Massenmord an den europäischen Juden jeweils vor einem größeren Publikum rechtfertigte.¹⁰⁴⁹ Am 4. Oktober 1943 erklärte Himmler vor 92 SS-Gruppenführern, die an der SS-Gruppenführertagung im Goldenen Saal des Posener Schlosses teilnahmen:

„[...] Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes. Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht. ‚Das jüdische Volk wird ausgerottet‘, sagt ein jeder Parteigenosse, ‚ganz klar, steht in unserem Programm! Ausschaltung der Juden, Ausrottung, machen wir. [...] Von allen, die so reden, hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 da liegen oder wenn 1000 da liegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwäche – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte, denn wir wissen, wie schwer wir uns täten, wenn wir heute noch in jeder Stadt – bei den Bombenangriffen, bei den Lasten und bei den Entbehrungen des Krieges – noch die Juden als Geheimsaboteure, Agitatoren und Hetzer hätten [...]. Es trat an uns die Frage heran: Wie ist es mit den Frauen und Kindern? Ich habe mich entschlossen, auch hier eine ganz klare Lösung zu finden. Ich hielt mich nämlich nicht für berechtigt, die Männer auszurotten – sprich also, umzubringen oder umbringen zu lassen – und die Rächer in Gestalt der Kinder für unsere Söhne und Enkel groß werden zu lassen. Es musste der schwere Entschluss gefasst werden, dieses Volk von der Erde verschwinden zu lassen.“¹⁰⁵⁰

¹⁰⁴⁶ Stuckart/Schiedermaier, Rassen- und Erbpflege in der Gesetzgebung des Reiches (⁴1943), S. 14, Hervorhebungen im Original.

¹⁰⁴⁷ Stuckart/Rosen-von Hoewel/Schiedermaier, Der Staatsaufbau des Deutschen Reiches in systematischer Darstellung (Neues Staatsrecht III) S. 24–27. Angesichts dessen mutet es in der Tat realitätsfern an, wenn Stuckart an anderer Stelle, in: ders., Staatsangehörigkeit und Reichsgestaltung, in: RVL, Bd. V (1943), S. 57–91, noch im Herbst 1943 über den Begriff der Staatsbürgerschaft bei den Juden räsonierte. Vgl. Herbert, Best, S. 285.

¹⁰⁴⁸ Mommsen/Obst, Die Reaktion der deutschen Bevölkerung, in: Mommsen/Willems (Hg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich, S. 374–421, hier S. 419f., haben darauf hingewiesen, dass Himmler mehrere Reden hielt, auf denen er im Herbst/Winter 1943 vor SS-Führern, Gauleitern und am 16. 11. 1943 in Weimar vor Befehlshabern der Kriegsmarine die Tatsache der Judenmorde und die Umstände und Motive der Massenvernichtung offen darlegte. Hierbei sei es ihm vermutlich darauf angekommen, sich nicht mit der alleinigen Verantwortung für den Völkermord zu belasten und „die SS aus der ‚Schmutzdecke‘, in die sie geraten war, herauszuziehen“. Vgl. auch: Longerich, Himmler, S. 710–716, hier S. 715.

¹⁰⁴⁹ Nbg.-Dok. 1919-PS, in: Nazi Conspiracy and Aggression, Vol. IV, USGPO (1946), S. 616–634.

¹⁰⁵⁰ Ebenda. Vgl. auch: BAB NS 19/4010. Hierzu: Longerich, Himmler, S. 709–711.

Angesichts von Stuckarts Äußerung gegenüber Lösener und den Ausführungen in seinen Grundrissen muss davon ausgegangen werden, dass Stuckart durchaus bereit war, den Judenmord zu rechtfertigen und ihn gegenüber Lösener oder den Lesern seiner Grundrisse zu legitimieren. Bestenfalls könnte man sagen, dass Stuckart gegenüber dem „Schicksal“ der „Volljuden“ einen hohen Grad von moralischer Indifferenz zeigte, möglicherweise weil er es aufgrund von Hitlers Entscheidung für unbeeinflussbar hielt.¹⁰⁵¹ Gleichzeitig wirkte er allerdings auch aktiv an der juristischen Absicherung und Rationalisierung der Deportationen mit und bereitete damit – wie er selbst es in seinen Grundrissen formulierte – „die endgültige Lösung“ der „Judenfrage“ vor.

Dass sich Stuckart mit seinem Vorschlag auf der Wannseekonferenz, bei den „Mischlingen“ und in „Mischehen“ lebenden Juden „zur Zwangssterilisierung zu schreiten“, um „unendliche Verwaltungsarbeit zu vermeiden“ und „zum anderen auf alle Fälle auch den biologischen Tatsachen Rechnung zu tragen“, ausdrücklich gegen eine Einbeziehung der „Mischlinge 1. Grades“ in die Deportationen wandte, um zumindest diese Gruppe vor der Vernichtung zu schützen, wie er nach dem Kriege behauptete, bleibt ebenfalls zweifelhaft. Seine Aussagen nach dem Krieg sind widersprüchlich und lassen sich kaum mit den Inhalten des Protokolls der Wannseekonferenz in Einklang bringen.

Stuckarts dort dokumentierter Vorschlag zur Zwangsscheidung von Mischehen musste und sollte darauf zielen, den jüdischen Partner in einem geordneten Verfahren schutzlos zu stellen, und lässt sich somit kaum mit Stuckarts angeblichen mildernden Absichten vereinbaren. Dies muss Stuckart seinerzeit im Hinblick auf den Kontext, in dem diese Maßnahmen diskutiert wurden, vollauf bewusst gewesen sein. Schließlich heißt es im Protokoll der Wannseekonferenz, dass „von Einzelfall zu Einzelfall“ entschieden werden müsse, „ob der jüdische Teil evakuiert wird, oder ob er unter Berücksichtigung auf die Auswirkungen einer solchen Maßnahme auf die deutschen Verwandten dieser Mischehe einem Altersghetto überstellt wird“. Unter „Auswirkungen auf deutsche Verwandte“ mag man einerseits die vorstehend dargestellte Staatsangehörigkeitsproblematik verstanden haben, andererseits herrschte auch innerhalb der NS-Bürokratie das Bewusstsein, dass „jüdische Mischlinge“ und Partner von „Mischehen“ innerhalb der deutschen Gesellschaft noch nicht in demselben Maße ausgegrenzt und entsolidarisiert waren wie die „Volljuden“, die über keinerlei Verbindungen zu „arischer“ Verwandtschaft verfügten. Stuckarts Zwangsscheidungsvorschlag als Versuch zu bewerten, „Schlimmeres zu verhindern“ oder Zeit für die Betroffenen zu gewinnen, erscheint auch vor dem Hintergrund problematisch, dass in seinem Aufgabenbereich (u. a. als Stabsleiter GBV) noch im Sommer 1943 ein entsprechender entscheidungsreifer Verordnungsvorschlag entstand. Das Verdienst, vereitelt zu haben, dass dieser in Kraft trat und die Partner der „Mischehen“ nicht deportiert wurden, nahm nach dem Krieg Stuckarts Mitarbeiter Globke für sich in Anspruch, der erklärte, dass die „geplante gesetzliche Zwangsscheidung deutsch-jüdischer Misch-Ehen

¹⁰⁵¹ Mommsen/Obst, Die Reaktion der deutschen Bevölkerung, in: Mommsen/Willems (Hg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich, S.374–421, hier S.411f.

durch Vorstellungen des [durch ihn informierten, d. Verf.] Episkopats verhindert werden konnte“.¹⁰⁵²

Dessen ungeachtet bleibt weiterhin unklar, ob der Sterilisierungsvorschlag überhaupt auf Stuckart zurückgeht. Schließlich hatte dieser 1947 zunächst selbst behauptet, dass es sich hierbei um einen Vorschlag Heydrichs gehandelt habe, zu dem er Conti habe konsultieren wollen. Erst im Laufe des Wilhelmstraßenprozesses änderte Stuckart seine Taktik und behauptete nunmehr – gestützt durch eidestattliche Aussagen¹⁰⁵³ –, dass er schon vor der Wannseekonferenz mit Conti gesprochen habe und mithin den Sterilisierungsvorschlag erst im Wissen um dessen Undurchführbarkeit gemacht habe. Cornelia Essner sieht Stuckarts Verteidigung in Nürnberg, wonach der Zwangssterilisierungsplan lediglich ein Täuschungsmanöver gewesen sei, um Zeit zu gewinnen, dadurch als Lüge enthüllt, dass das Argument des Ärztemangels die Modifikationen des Ergebnisses der Wannseekonferenz auf der Sitzung am 6. März 1942 bestimmte.¹⁰⁵⁴ Sie vertritt die Interpretation, dass sich Stuckart für seine Verteidigung lediglich aus der „Argumentenkiste“ der damaligen Diskussion bedient habe. Dies erscheint folgerichtig. Dessen ungeachtet, bleibt jedoch unklar, welche Absichten ihn dabei umtrieben. Schließlich konnte das Jonglieren mit den 1942 diskutierten Argumenten – auch denen der Gegner – durchaus hilfreich sein, um Verzögerungen zu erreichen, zumal er in seinem Schreiben an Himmler im Herbst 1942 noch einmal sehr deutlich machte, dass er der „Mischlingsfrage“ angesichts der Kriegslage schon aus pragmatisch-technischen Gründen nicht die Bedeutung zumessen könne, die andere ihr beimaßen.

Zu Stuckarts und seiner Verteidigung führte Lösener 1950/1961¹⁰⁵⁵ an, dass Stuckart ihm nach der Konferenz sagte, dass man nur dann einen Erfolg in der Hauptsache erzielen können, wenn man den Gegnern (gemeint sind wohl: RSHA und Parteikanzlei) einen scheinbaren Kompromiss anbiete, da Sterilisationen schon aus technischen Gründen erst nach dem Ende des Krieges möglich seien. Zudem hatte Stuckart zehn Tage nach der ersten Nachfolgekonferenz, am 16. März 1942, in seinem Geheimschreiben¹⁰⁵⁶ an Heydrich und die anderen Teil-

¹⁰⁵² Aufzeichnung Globkes (Frühjahr 1956), abgedruckt in: Gotto (Hg.), *Der Staatssekretär Adenauers*, S. 247–259, hier S. 254. Vgl. hierzu: Bevers, *Der Mann hinter Adenauer*, S. 66–84. Der Berliner Bischof Konrad Kardinal von Preysing bestätigte diese Darstellung 1946: Es sei „in erster Linie“ der „klugen und mutigen Zusammenarbeit“ von Globke mit den Vertretern des Berliner Ordinariats zu verdanken, „dass zwei Gesetzesentwürfe, die die Zwangsscheidung aller rassischen Mischehen bezweckten“, aufgrund der „drohenden Haltung des Deutschen Episkopates keine Gesetzeskraft erhielten“. „Erklärung“ Kardinals von Preysing vom 18. 1. 1946, abgedruckt in: Gotto (Hg.), *Der Staatssekretär Adenauers*, S. 266: Globke habe „durch seine Mitteilungen und rechtzeitigen Warnungen die wertvollsten Dienste geleistet“ und „in selbstloser Weise Verfügungen und Gesetzesvorlagen des Judendezernates im Innenministerium wirkungsvoll sabotiert“.

¹⁰⁵³ Vgl. hierzu Kap. IV. 3.

¹⁰⁵⁴ Essner, *Die Nürnberger Gesetze*, S. 414ff.

¹⁰⁵⁵ In: Strauß, *Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung*, in: VfZ 9 (1961), S. 262–313, hier S. 298f.

¹⁰⁵⁶ BAK Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 372, Bl. 160/161, 163–165, zit. nach Pätzold/Schwarz, *Tagesordnung: Judenmord*, S. 121.

nehmer der Wannseekonferenz unter Aufzählung der von Lösener in Vorbereitung auf die Konferenz zusammengestellten Argumente ausgeführt, dass er „den Weg der Gleichstellung der Halbjuden mit den Juden und demgemäß der Abschiebung für untragbar“ halte und „deshalb das natürliche Aussterben der Halbjuden innerhalb des Reichsgebietes“ vorziehe.¹⁰⁵⁷

Fraglich bleibt daher auch, welche Realisierungschancen dem Sterilisierungsvorschlag von den Beteiligten beigemessen wurden? Schließlich wurde der Sterilisierungsvorschlag auf der letzten Nachfolgekonzferenz am 27. Oktober 1942¹⁰⁵⁸ angesichts der neuen „Erkenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete der Unfruchtbarmachung“, die die „Sterilisation in vereinfachter Form und in einem verkürzten Verfahren schon während des Krieges“ möglich erscheinen ließ, für die Frage der künftigen Behandlung der „Mischlinge 1. Grades“ zum Konsens erklärt. Mit der massenhaften Sterilisation von Menschen hatte man in der Gesundheitsabteilung (Abt. IV) des RMDI schon seit 1934 umfangreiche Erfahrungen gesammelt. Zwar ist nach wie vor ungeklärt, wie viele Menschen aufgrund des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ sterilisiert wurden¹⁰⁵⁹; die Angaben für die Jahre 1934–1944 schwanken zwischen 360 000 und 1,5 Millionen Menschen.¹⁰⁶⁰ Diese Zahlen lagen weit über der vermuteten Anzahl der „jüdischen Mischlinge“, die 1942 in die „Endlösung“ einbezogen werden sollten. Die Gefährlichkeit dieser Eingriffe war im RMDI ebenfalls bekannt. Die Amtsärzte berichteten bis 1942 re-

¹⁰⁵⁷ Ebenda, S. 122.

¹⁰⁵⁸ Vgl. das Einladungsschreiben und die mit Begleitbrief von Eichmann am 3. 11. 1942 übersandte Besprechungsniederschrift, in: PAAA R 100857, Bl. 127 ff. Zur Besprechung vgl. Darstellung bei Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 434–442.

¹⁰⁵⁹ Vgl. hierzu folgende zeitgenössische kommentierende amtliche Sammlungen: Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (1939); Ristow, Erbgesundheitsrecht (1935); Harmsen, Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (1935). Zum Verfahren der Sterilisationen auch: Bauer/Mikulicz-Radecki, Praxis der Sterilisationsoperationen (1936). Zur Gesamtentwicklung s. Schmuhl, Rassenhygiene. Stellenweise ist der Bereich der Zwangssterilisationen auf regionaler Ebene erforscht: Bräutigam, Ärztliche Gutachten in Sterilisationsverfahren; Boland, Zwangssterilisation, in: Juni-Magazin für Kultur und Politik 4 (1990), S. 30–40; Bach, Zur Zwangssterilisierungspraxis in der Zeit des Faschismus im Bereich der Gesundheitsämter Leipzig und Grimma, in: Spaar/Thom (Hg.), Medizin im Faschismus, S. 157–161; Frei, Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit (1991); Heesch, „... dass defekten Menschen die Zeugung anderer ebenso defekter Nachkommen unmöglich gemacht wird ...“, in: Ende und Anfang im Mai 1945, S. 207–211; Horn, Erhebung über die im Rahmen des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses; Rothmaler, Sterilisation nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“.

¹⁰⁶⁰ Vossen, Die Gesundheitsämter im Kreis Herford, in: Historisches Jahrbuch für den Kreis Herford 1993, S. 89–119, hier S. 94; Weindling, Health, Race and German Politics, S. 533. Senn, Die Verrechtlichung der Volksgesundheit, in: Zeitschrift der Savigny Stiftung für Rechtsgeschichte, GA, 116 (1999), S. 407–435, hier S. 426, geht davon aus, dass in den Jahren 1934–1936 allein in Deutschland 230 000 Menschen aus rassenhygienischen Gründen zwangssterilisiert wurden; bis Kriegsbeginn seien es 400 000 Menschen gewesen, von denen 5000 Personen – überwiegend Frauen – an den Folgen des Zwangseingriffs starben. Das NRW-Innenministerium ging in einem Schreiben vom 22. 11. 1955 von 1,5 Millionen Betroffenen aus, zit. nach Pfäfflin, Zwangssterilisation im Dritten Reich, in: 50 Jahre Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens, S. 31–42, hier S. 32.

gelmäßig darüber.¹⁰⁶¹ Mit einer offiziellen, durch das RMDI ermittelten Sterbeziffer von 0,45% bei Frauen und 0,12% bei Männern schienen sich die angewandten Verfahren jedoch in einem – nach damaligen Vorstellungen – vertretbaren Rahmen zu halten.¹⁰⁶² Kurz vor Kriegsbeginn wurde der staatliche Sterilisationsapparat allerdings der Flut von Anträgen nicht mehr Herr, so dass nach Art.1 §1 der „Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und des Ehegesundheitsgesetzes vom 31. August 1939“ festgelegt wurde, dass „Anträge auf Unfruchtbarmachung“ nur noch gestellt werden sollten, „wenn die Unfruchtbarmachung wegen besonders großer Fortpflanzungsgefahr nicht aufgeschoben werden darf“.¹⁰⁶³ Der zeitliche Zusammenhang mit dem deutschen Überfall auf Polen und damit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges war hierbei nicht zufällig; die Ärzte waren, wie es später in einem Schreiben des RMDI hieß, „für kriegswichtige Zwecke stark in Anspruch genommen“.¹⁰⁶⁴ Zum anderen wurde medizinisches Personal jetzt verstärkt für den Massenmord an körperlich und geistig behinderten Menschen, der sogenannten Euthanasie, benötigt.

Auch wenn der kriegsbedingte Ärztemangel vordergründig für Stuckarts Argument spricht, er habe mit seinem Vorschlag nur Zeit gewinnen wollen, so muss auch berücksichtigt werden, dass gerade von Seiten der SS während des Krieges intensiv an Massensterilisationsverfahren geforscht wurde, die Stuckarts Vorschlag in den Bereich des Realisierbaren gerückt hätten. Himmler hatte den für den Behindertenmord und ab 1942 für den Judenmord in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor und Treblinka mitverantwortlichen Viktor Brack um Durchführung dieser Arbeit gebeten und diese „durch Zurverfügungstellung des entsprechenden Materials in KL Auschwitz“ unterstützt. Im April 1944 übersandte die auch für den Behindertenmord federführende „Kanzlei des Führers“ Himmler die Forschungsarbeit von Dr. Horst Schumann „Über die Einwirkung der Röntgenstrahlen auf die menschlichen Keimdrüsen“¹⁰⁶⁵ und wies ihn darauf hin, „dass eine

¹⁰⁶¹ Frick wies bereits mit dem Schreiben vom 15.7.1935 darauf hin, dass sich „eine verschärfte Propaganda gegen das Gesetz“ bemerkbar mache, die sich „insbesondere auf vorgekommene Todesfälle“ stütze, zit. nach „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Nur zum Dienstgebrauch“ (1939), S.67.

¹⁰⁶² Vgl. ebenda. Die tatsächliche Anzahl der Todesopfer ist schwer zu ermitteln (s.o. zur Zahl der Zwangssterilisierten).

¹⁰⁶³ „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Nur zum Dienstgebrauch“ (1939), S.22f.

¹⁰⁶⁴ Schreiben des RMDI vom 27.1.1942, in: „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Nur zum Dienstgebrauch“ (1939), Anlage 15, S.5.

¹⁰⁶⁵ Als „Geheime Reichssache“ eingestuftes Schreiben der Kanzlei des Führers an Himmler vom 29.4.1944, Nbg.-Dok. NG-208, in: IfZ Nürnberger Dokumente. Der Arzt Horst Schumann (*1.5.1906, †5.5.1983) war Gauobmann des NS-Ärztbundes und Richter am Erbgesundheitsgericht und leitete Ende 1939 die „Euthanasie“- und Vergasungsanstalt Grafeneck sowie von 1940 bis August 1941 die Vergasungsanstalt Sonnenstein/Pirna. Zudem wirkte er an der „Selektion“ von KZ-Häftlingen mit. Von Herbst 1942 bis Sommer 1944 leitete er die hier erwähnte „Röntgenkastration“ jüdischer Häftlinge in Auschwitz, die für viele seiner Opfer schwere Verbrennungen mit Todesfolge bedeuteten. Nach dem Krieg war Schumann zunächst als Knappschaftsarzt in Gladbeck tätig, 1951 floh er zunächst als Schiffsarzt nach Ägypten und in den Sudan, 1959 nach Ghana. Er wurde 1966 ausgeliefert, jedoch nach dem Prozessbeginn 1970

Kastration des Mannes auf diesem Wege ziemlich ausgeschlossen ist oder einen Aufwand erfordert, der sich nicht lohnt“, während sich die operative Kastration „zuverlässiger und schneller bewerkstelligen“ ließ als „die Kastration mit Röntgenstrahlen“.

Stuckarts Vorschläge zur Zwangssterilisation waren 1942 demnach nicht aus der Luft gegriffen. Sie wurden zwischen den Beteiligten intensiv diskutiert und lagen nicht außerhalb des Vorstellbaren. Sie waren allerdings in Zeiten des Krieges – und dies konnte Stuckart als Stabsleiter GBV realistisch einschätzen – angesichts der medizinischen Versorgungslage kaum realisierbar. Zudem ist es nicht ausgeschlossen, dass Stuckart – wie von ihm und seinen Mitarbeitern, insbesondere Lösenner, nach dem Krieg behauptet¹⁰⁶⁶ – mit seinen Argumenten bei Himmler im Herbst 1942 den richtigen Nerv traf und zumindest Zeit für die „Mischlinge 1. Grades“ gewinnen konnte. Die Nürnberger Richter gingen in ihrer Entscheidung zwar letztlich davon aus, dass Stuckarts „Bemühungen für die Mischlinge“ hauptsächlich darauf zurückzuführen waren, „dass er genau die psychologische Wirkung vorausgesehen hat, die in Deutschland entstehen müsste, wenn die Mischehen aufgelöst und die sogenannten Halbarier zu dem gleichen Schicksal wie die Juden verdammt würden“.¹⁰⁶⁷ Es sei jedoch nicht eindeutig ersichtlich, ob sein „Vorschlag der Unfruchtbarmachung“ – gewissermaßen als kleineres Übel – ernsthaft gemeint war oder ob Stuckart diese Lösung nur vorschlug, „weil er wusste, dass dieses Vorhaben infolge des Mangels an Ärzten und Betten für die Tausende [...] doch nicht würde durchgeführt werden können, und weil er glaubte, durch einen solchen Vorschlag noch weitergehende Maßnahmen verzögern und verhindern zu können, so dass der Plan schließlich aufgegeben werden würde“.¹⁰⁶⁸

In seiner Funktion hatte Stuckart höchstwahrscheinlich auch von den Festnahmen der in „Mischehen“ lebenden Juden Kenntnis bekommen, die sich im Zuge der „Fabrikaktion“ im Zeitraum vom 27. Februar bis zum 17. März 1943 ereigneten, als über 10 000 Menschen verhaftet und in die Vernichtungslager gebracht wurden.¹⁰⁶⁹ In den Berliner Ministerien verfügte man schon Tage zuvor über genaue Informationen zu „der geplanten Razzia“, wie aus einem kirchlichen Schreiben von Anfang März 1943 deutlich wird: „Streng vertraulich wurde unseren Herren aus einem Ministerium mitgeteilt, dass noch vor einer Woche, auf eine Anfrage hin, von der SS-Führung geantwortet worden sei, dass bei der geplanten Razzia ‚Mischehen‘ nicht einbezogen würden.“¹⁰⁷⁰ Als es dann doch zur Verhaftung von in „Mischehen“ lebenden Juden kam, bat der Breslauer Kardinal Bertram, der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, den Berliner Bischof Wienken, „namens des gesamten Episkopats mündlich Protest“ bei mehreren Ministerien,

vor dem LG Frankfurt für verhandlungsunfähig erklärt. Vgl. Klee, Personenlexikon, S. 570.

¹⁰⁶⁶ Strauß, Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung, in: VfZ 9 (1961), S. 262–313, hier S. 301.

¹⁰⁶⁷ Kempner/Haensel, Das Urteil im Wilhelmstraßenprozess, S. 169.

¹⁰⁶⁸ Ebenda, S. 167.

¹⁰⁶⁹ Vgl. Gruner, Widerstand in der Rosenstraße, S. 34–84; ders., Die Fabrik-Aktion und die Ereignisse in der Berliner Rosenstraße, in: JfAF 11 (2002), S. 147–177.

¹⁰⁷⁰ Ebenda, S. 155.

der Reichskanzlei und dem RSHA einzulegen; er selber richtete parallel schriftliche Eingaben an dieselben NS-Institutionen.¹⁰⁷¹ Es kann als sicher gelten, dass dieser Protest auch an Stuckarts Ohren drang.

Die dennoch während der „Fabrikaktion“ verhafteten „Mischlinge“ und in „Mischehen“ lebenden Juden blieben jedoch von der Deportation überwiegend verschont.¹⁰⁷² Die „Lösung der Mischlingsfrage“ sollte auf die Nachkriegszeit verschoben werden. Dies erschien auch dem rassenideologisch geprägten, aber rational denkenden Bürokraten Stuckart mit Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung und die schwierigen Kriegsverhältnisse zweckmäßig.¹⁰⁷³

Der britische Historiker Jeremy Noakes geht unter Bezugnahme auf Uwe D. Adam davon aus, dass die „Mischlinge“ ihr Überleben letztlich jedoch nicht Stuckart, sondern Hitlers oft widersprüchlicher Haltung verdankten. Obgleich er die „Mischlinge“ als rassische Bedrohung ansah, schien er sich doch der Tatsache bewusst, dass bei dieser Opfergruppe der Grad der Entsolidarisierung innerhalb der deutschen Gesellschaft weniger stark fortgeschritten war als bei den „Volljuden“. Insofern mögen die Erfahrungen mit Protesten von Verwandten sowie die Haltung von Kirchenleuten, die das Regime im Sommer 1941 veranlassten, die Euthanasiemorde zumindest offiziell zu suspendieren, Auswirkungen auf die „Lösung der Mischlingsfrage“ gehabt haben. Während nach Noakes für eine Radikalisierung bei der „Lösung der Judenfrage“ seit Herbst 1938 von Hitler zunehmend grünes Licht gegeben wurde, habe die Ampel für eine „Lösung der Mischlingsfrage“ nur auf „gelb“ gestanden.

„The result was that, instead of official agencies competing with one another to implement the ‚Final Solution‘, in order thereby to prove their efficiency in fulfilling Hitler’s will, in the case of the Mischlinge a group of bureaucrats could successfully stall the issue and insist on adherence to legal and bureaucratic rules and procedures and on not moving without Hitler’s express approval.“

Stuckart und seine Mitarbeiter widersetzten sich mit wechselndem Erfolg den Bestrebungen, den Judenbegriff auszudehnen. Ob man dieses Ringen um die „Defi-

¹⁰⁷¹ Vgl. ebenda, S. 158f.

¹⁰⁷² Dies scheint – nach neueren Erkenntnissen – nicht allein den Protesten ihrer mutigen Angehörigen vor der von der Gestapo als Sammellager verwendeten jüdischen Einrichtung in der Rosenstraße in Berlin-Mitte geschuldet zu sein, sondern vielmehr der Absicht des RSHA, noch verbleibendes „volljüdisches“ Personal jüdischer Einrichtungen im Reich durch in „Mischehen“ lebende Juden „auszutauschen“. Vgl. Gruner, Die Fabrik-Aktion und die Ereignisse in der Berliner Rosenstraße, in: JfAF 11 (2002), S. 137–177, und ders., Widerstand in der Rosenstraße, der der bisherigen Deutung z. B. von Stoltzfus, Widerstand des Herzens, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), S. 218–247, widersprochen hat.

¹⁰⁷³ Essner, Die Nürnberger Gesetze, S. 401, vermutet, dass Stuckarts „Plan der generellen Zwangssterilisierung der ‚Halbjuden‘“ vor allem dadurch motiviert worden sei, um juristische Komplikationen infolge einer Ausbürgerung der „Mischlinge“ zu verhindern. Ursprünglich sei auch das Projekt der Zwangssterilisierung wahrscheinlich auf den Arbeitskreis zurückgegangen, der die Sterilisierung allerdings nur für die „sortierten Halbjuden“ in Betracht gezogen habe, während Stuckart die Sterilisierung zum Regelfall machen wollte.

nitionsmacht“ als Akt des Widerstandes auffassen kann, bleibt im Hinblick auf die Mitwirkung und Billigung des Genozids an den „Volljuden“ selbst unter den spezifischen Bedingungen der NS-Diktatur allerdings zweifelhaft.¹⁰⁷⁴

¹⁰⁷⁴ Nach § 7 Abs. 1 und 2 des DBG vom 26. 1. 1937 (geändert durch Gesetz vom 25. 3. 1939 [RGBl. I, S. 577], Gesetz vom 20. 12. 1940 [RGBl. I, S. 1645], Gesetz vom 21. 10. 1941 [RGBl. I, S. 646], Gesetz vom 9. 3. 1942 [RGBl. I, S. 107]), das in dieser Fassung bis 1945 galt, war der Beamte für die Gesetzmäßigkeit seiner Amtshandlungen verantwortlich (§ 7 Abs. 1 des DBG) und hatte die dienstlichen Anordnungen seiner Vorgesetzten oder der kraft besonderer Vorschrift ihm gegenüber zur Erteilung von Weisungen berechtigten Personen zu befolgen, soweit gesetzlich nichts anderes vorgeschrieben war; die Verantwortung traf dann denjenigen, der die Anordnung gegeben hatte. Auch damals war bereits geltende Norm, dass Beamte Anordnungen nicht befolgen durften, deren Ausführung erkennbar den Strafgesetzen zuwiderlief.